

Rita Bake (Bearb.)

**Wie wird es
weitergehen...**

*Zeitungsartikel und Notizen
aus den Jahren 1933 und 1934
gesammelt und aufgeschrieben
von Elisabeth Flügge*

Rita Bake (Bearb.)

Wie wird es weitergehen...

*Zeitungsartikel und Notizen aus den Jahren
1933 und 1934: gesammelt und aufgeschrieben von Elisabeth Flügge*

Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Die Landeszentrale für politische Bildung ist eine Abteilung des Amtes für Bildung in der Behörde für Bildung und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg. Ein pluralistisch zusammengesetzter Beirat sichert die Überparteilichkeit der Arbeit. Zu den Aufgaben der Landeszentrale gehören:

- Herausgabe eigener Schriften
- Ankauf von themengebundenen Publikationen
- Koordination und Förderung der politischen Bildungsarbeit
- Beratung in Fragen politischer Bildung
- Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen
- Beratung und Informationen rund um den Bildungsurlaub zur beruflichen Weiterbildung und politischen Bildung
- Anerkennung der Bildungsurlaubsveranstaltungen nach dem Hamburgischen Bildungsurlaubsgesetz
- Finanzielle Förderung von Veranstaltungen politischer Bildung
- Veranstaltung von Rathausseminaren für Zielgruppen
- Öffentliche Veranstaltungen

Die Informationen und Veröffentlichungen richten sich an Hamburgerinnen und Hamburger. Sie sind unentgeltlich. Schriften können während der Öffnungszeiten des Informationsladens abgeholt werden. Für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können gegen eine Jahres-Verwaltungsgebühr von 10,- € acht Bücher aus einem zusätzlichen Publikationsangebot mitgenommen werden. Die Landeszentrale Hamburg arbeitet mit den Landeszentralen der anderen Bundesländer und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Unter der gemeinsamen Internet-Adresse www.politische-bildung.de werden alle Angebote erfasst.

Der Informationsladen befindet sich in der Altstädter Straße 11, 20095 Hamburg.
Die Büroräume sind in der Steinstraße 7, 20095 Hamburg.

Öffnungszeiten des Informationsladens:

Montag bis Donnerstag: 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr

Freitag: 13.30 bis 16.30 Uhr

Erreichbarkeit:

Telefon: 42854-2148/2149

Telefax: 42854-2154

Email: PolitischeBildung@bbs.hamburg.de

Internet: www.politische-bildung.hamburg.de

Impressum:

Copyright 2001 Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Gesamtherstellung: dgw · druck- und grafikwerkstatt, Hamburg

ISBN 3-929728-58-3

Inhalt

Was wird kommen - von Dr. Rita Bake	6
Elisabeth Flügge: Lebensdaten	8
Meine Mutter - von ihrer Tochter Maria Holst	11
Hoffnung: Kirche - von Dr. Stephan Linck	17
Aus Elisabeth Flügges Kladden: Zeitungsartikel und eigene Notizen	25
Innenpolitik. Propaganda/Wahlen/Arbeit/Wirtschaft/Soziales/Justiz/Polizei	31
Außenpolitik. Sicht anderer Staaten auf Deutschland	65
Bauern	71
Beamte	73
Kultur	77
Forschung, Lehre, Wissenschaft	86
Schule	94
Jugend	99
Frauen	106
Kirche	110
Konzentrationslager	129
Antisemitismus	131
Eugenik	146
Homosexualität	147
Umgang mit Andersdenkenden	148
Personenverzeichnis	163
Dank und Mitwirkende	196

Was wird kommen

Am 20. August 1934, einen Tag nach der Volksabstimmung über das Reichsgesetz vom 1. August 1934, wonach fortan das Amt des Regierungschefs mit dem des Präsidenten verschmolzen war und Hitler sich nun Führer und Reichskanzler nannte, schrieb Elisabeth Flügge in einer ihrer Kladden: „Wer wird der Führer der sechs Millionen Nein-Sager oder Nichtwähler sein? Was wird kommen, eine gemäßigte Rechtsregierung oder noch schärfere Diktatur? Trotz des Befehls zu flaggen, ist die Stimmung keineswegs siegesgewiss. Man fühlt es genau und wartet was kommen wird.“

Nach der Machtergreifung durch die Nazis suchte Elisabeth Flügge nach Klarsicht. Sie wollte die Zusammenhänge einer Politik erkennen, die sich wie eine bedrohliche Flutwelle nicht aufhalten ließ. Mit ihrem dreckigen braunen Schlamm überschwemmte sie alle Bereiche des Lebens, überrollte alles, was sich ihr in den Weg stellte, ihr nicht freie Bahn gewährte.

Elisabeth Flügge kaufte sich in jenen Tagen eine kleine mit einem schwarzen Einband versehene Kladder und begann die weißen Seiten mit Zeitungsausschnitten, Kommentaren und Notizen zu füllen. Zwischen Februar 1933 und Anfang 1935 beschrieb sie drei Kladden und beklebte die Seiten dieser Hefte mit Zeitungsausschnitten, aus denen sie hellstichtig entnahm, wohin die Politik des Nazi-Regimes führen würde. Je mehr sie sich dieser Tä-

tigkeit widmete, umso mehr kam sie zur geistigen Erkenntnis über die Machenschaften des Nationalsozialismus. So formulierte sie bereits 1934 über Deutschland in einer ihrer Kladden: „Ein Land der Knechtschaft und Diktatur, der Mörder und Verbrecher, ein Land, wo Tausende von Menschen missandelt und andere aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen werden. Ein Land, wo Furchtsamkeit und Lüge die Menschen beherrscht und Denunzianten gepriesen werden, wo nicht mal mehr die Kirchen Stätten des Friedens sind. Armes Deutschland!“

Anfang 1935 beendete Elisabeth Flügge diese Arbeit des Aufschreibens und Dokumentierens. Natürlich konnte sie noch nicht die ganze Dimension der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus erfassen und voraussehen. Doch sie ahnte, und dies sehr klarsichtig, wenn sie z. B. 1933 die Zeitungsnotiz mit der Überschrift „Das erste Konzentrationslager eröffnet“ in eines ihrer Kladden einklebte. Elisabeth Flügge durchschaute den Etikettenschwindel, den die Medien mit Worten betrieben bzw. betreiben mussten. In ihren Kladden verwahrte Elisabeth Flügge eine Vielzahl von Zeitungsausschnitten, in denen so vermeintlich harmlos von „Schutz“ und „Schutzhäftlingen“ gesprochen wurde und dabei die Opfer des NS-Regimes gemeint waren, die - und das war Elisabeth Flügge bereits 1933 klar - auf keinen „Schutz“ durch die Nazis hoffen durften - im Gegenteil.

Das Ausschneiden von Zeitungsartikeln, ihr Einkleben in Kladden und das Kommentieren erleichterte es zwar Elisabeth Flügge persönlich, zur geistigen Erkenntnis zu gelangen. Doch vor dieser Tat stand ein kritischer, liberaler Geist, den Elisabeth Flügge als Rüstzeug für ihren Lebensweg mitbrachte. Ein Rüstzeug, welches ihr - wie ihre Tochter Maria Holst im folgenden noch ausführlicher beschreiben wird - bereits durch ihr Elternhaus mitgegeben worden war. Bei der heutigen Lektüre der von Elisabeth Flügge gesammelten Zeitungsartikel drängt sich unweigerlich die Frage auf, die sich auch Frau Flügges Tochter Maria Holst stellt: Es hätten doch bereits in den Anfangsjahren der NS-Herrschaft weitaus mehr nicht parteigebundene Menschen beim Lesen von Zeitungsmeldungen den politischen Weg dieses Regimes - zwar nicht in all seiner Konsequenz und Dimension - aber dennoch erahnen und teilweise auch erkennen können? Dagegen steht allerdings die heute von den damaligen Erwachsenen immer wieder vorgebrachte Aussage: „Davon haben wir nichts gewusst.“ Teilweise lässt sich dieser Ausspruch dadurch erklären, dass damals natürlich nicht die gesamte Bevölkerung aus eifrigen Zeitungsläserinnen und -lesern bestand. Viele konnten sich schon aus Kostengründen gar keine Tageszeitung leisten oder waren von der Tagesmühe und -arbeit zu stark erschöpft, um noch eine Zeitung zu lesen. Viele waren auch niemals herangeführt worden, sich mit Tagespolitik zu beschäftigen, geschweige denn, kritisch - also auch zwischen den Zeilen - zu lesen. Letzteres war jedoch notwendig, um nicht in die Propaganda-Falle zu tappen. Um zwischen den Zeilen lesen zu können, bedurfte es eines Verstandes, der grundsätzlich nicht alles hin-

nahm, der sich eigene Gedanken machte und der nicht durch seine ihm widerfahrenen Lebensumstände den kritischen Blick auf die wesentlichen Dinge des Lebens verloren hatte. Denn die Mechanismen der Presse waren gekannt durchdacht und angewendet: Die Sprache eingängig, klar und deutlich, politische Zielsetzungen konkret und leicht verständlich vorgebracht. Immer wieder wurden die Ängste und Animositäten bzw. Feindbilder, die ein Großteil der Bevölkerung hatte, benutzt, um die politischen Forderungen und Ziele der NS-Herrschaft dem Volke schmackhaft und durchsetzbar zu machen. Hier den kritischen Blick nicht zu verlieren, bedurfte einer ständigen Reflexion des Gelesenen, eigener Beobachtungen und auch der ständigen Auseinandersetzung mit den eigenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Elisabeth Flügge ist dieses mit dem von ihr gewählten Weg zur Erkenntnisfindung gelungen.

Dr. Rita Bake

Elisabeth Flügge

Lebensdaten:

- 4.2.1895 geboren in Hamburg
- 1916 Lehramtsprüfung an der Klosterschule
- 1919 Lehrerin an der Privaten Vorschule für Knaben in der Sierichstraße in Hamburg
- 1919 Heirat
- 1920 Geburt des Sohnes Hermann
- 1922 Geburt der Tochter Maria
- 1926 Scheidung
- 1926-1938 Lehrerin an der Privaten Realschule für Mädchen (Ria Wirth) am Mittelweg in Hamburg
- 1930 Zweite Lehramtsprüfung für das höhere Lehramt
- 1938-1942 Lehrerin an der öffentlichen Mädchen Volksschule Große Freiheit 63 im Hamburger Stadtteil St. Pauli
- 1942-1944 Wegen Ablehnung der KLV-Arbeit (Kinderlandverschickung) Einsatz als Sachbearbeiterin in einer Dienststelle des Haupternährungsamtes
- 1944-1946 Lehrerin an der Volksschule Hamburg-Sasel
- 1945 Tod des Sohnes Hermann
- 1946-1947 Schulleiterin der Volksschule Bäckerbreitergang
- 1947-1958 Schulleiterin der Volksschule Erikastraße (heute Wolfgang-Borchert-Schule)
- 1958 Pensionierung
- 1976 Auszeichnung mit der in der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem verliehenen Medaille „Gerechte unter den Völkern“ - der höchsten Auszeichnung, die der israelische Staat an Nichtjuden und -jüdinnen verleiht.
- 1981 Verleihung des Bundesverdienstkreuzes
- 2. 2. 1983 Gestorben in Hamburg

(Wesentliches entnommen aus: Lutz van Dick: Lehreropposition im NS-Staat. Berichte über den aufrechten Gang. Frankfurt a. M. 1990, S. 84f.)



Elisabeth Flüge im Alter von 41 Jahren, 1936



Elisabeth Flügge mit ihren Kindern Maria und Herrmann



Elisabeth Flügge mit ihrer Tochter Maria Holst

Meine Mutter

von ihrer Tochter Maria Holst

Meine Mutter Elisabeth Flügge geb. Uhrbach wurde am 4.2.1895 in eine Familie geboren, in der es väterlicherseits seit mehreren Generationen überzeugte Freimaurer gegeben hatte und gab. Toleranz, Liberalität, Vorurteilslosigkeit und soziales Engagement kennzeichneten die Freimaurer und damit auch die Haltung im Elternhaus meiner Mutter. Den fortschrittlichen Ansichten meines Großvaters, einem Kaufmann entsprach es, seinen drei Töchtern eine Berufsausbildung zukommen zu lassen.

Meine Mutter wählte den Beruf der Lehrerin. Die Klosterschule in Hamburg bot die Möglichkeit, die letzten beiden Schuljahre entweder mit dem Abitur abzuschließen oder - quasi als Seminare - mit einem Lehrerinnenexamen. Letzteres wählte meine Mutter und beendete 1916 ihre Ausbildung. Schon als Schülerin und Seminaristin der Klosterschule schloss Mutter sich den weiblichen Wandervögeln an. Sie schätzte es, wie man sich in diesen Gruppen von den gesellschaftlichen Konventionen freimachte. Wanderfahrten, Volkstänze, Lieder zur Laute, Suche nach Romantik in der Natur und Idealismus in der Lebensführung bestimmten diese jungen Menschen.

Der erste Weltkrieg brachte einschneidende Veränderungen. Die jungen Männer zogen an die Front - zunächst noch begleitet und getragen von ihren Idealen - im Laufe der Jahre dann durch schlimme Erfahrungen ernüchert und verstört. Das meine Mutter ihren Freund, den sie bei den Wandervögeln kennen

gelernt hatte, trotz der Warnungen ihres Vaters vor diesem konservativ deutsch-national eingestellten Mann dennoch heiratete (1919 nach dem plötzlichen Tod ihres Vaters), geschah nicht zuletzt auf Grund der früheren romantischen Verbundenheit mit diesem alten Wandervogelkameraden. Diese sollte sich jedoch bald als nicht tragend erweisen. Die Ehe meiner Eltern hielt nur wenige Jahre. Seit 1924 lebten sie getrennt, 1926 wurde die Ehe geschieden.

Durch ihren Beruf als Lehrerin, den sie von 1916 bis 1958 ausübte, konnte meine Mutter ein finanziell unabhängiges und ihr gemäßes selbständiges Leben führen. Es folgte in der zweiten Hälfte der 20-er Jahre eine schöne und unbeschwerte Zeit. 1926 bekam Mutter eine Anstellung an der privaten Realschule für Mädchen von Ria Wirth. „Fräulein Wirth“, wie sie genannt wurde, gehörte zum Freundeskreis von Gertrud Bäumer. Geprägt von deren demokratischer Geisteshaltung herrschte in der Wirth'schen Schule eine liberale und reformorientierte Pädagogik. Es war selbstverständlich, das Kinder aller Konfessionen die Schule besuchten. Als 1932 die jüdische Mädchenschule von Jacob Löwenberg schloss, kam ein großer Teil der Schülerinnen von dort zu Ria Wirth. Vollkommen integriert wuchsen sie mit den nicht-jüdischen Schülerinnen zusammen auf.

Als nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten Fräulein Wirth in den 30-er Jahren ihrer demokratischen Gesinnung untreu wurde, war dies für meine Mutter unbegreifbar und schmerzlich. Das

Klima in der Schule begann sich zu ändern. Die jüdischen Schülerinnen wurden mehr und mehr ausgegrenzt.

Während ich diese Lebensjahre meiner Mutter als unbeschwert und von Lebensfreude bestimmt in Erinnerung habe, blieb mir verborgen, dass sie die politische Entwicklung in Deutschland mit wachsender Sorge und tiefgreifenden Befürchtungen begleitete. Ihrer liberalen Haltung entsprechend opponierte Mutter gegen die Veränderungen in der Schule. Sie pflegte freundschaftliche Beziehungen zu den Eltern ihrer jüdischen Schülerinnen und nahm z. B. jüdische Kinder mit in die Sommerferien, als ihnen andere Reisen nicht mehr möglich waren. So mietete sie ein Haus in der Lüneburger Heide, wo sie mit ihren beiden Kindern und einem Dutzend Schülerinnen die Ferien verbrachte. Diese Ferienfahrten unternahm sie bis 1937.

Im Gegensatz zu manchem ihrer Freunde hat meine Mutter sich zu keiner Zeit zu irgend einem Kompromiss in ihrer Haltung dem nationalsozialistischen Regime gegenüber verleiten lassen. Sie verwies auf bestimmte Passagen aus Hitlers „Mein Kampf“ über Judenfeindschaft und Hitlers imperiale Pläne für Deutschland. Ihre ständige Behauptung lautete: „Hitler bedeutet Krieg“ – und in Bezug auf die Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender immer wieder der Hinweis auf den Satz aus dem Matthäus Evangelium: „Was hülfte es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele.“

Mutters Loyalität gegenüber ihren jüdischen Freunden ging sehr weit. Mehrfach exponierte sie sich dermaßen, dass eine Anzeige bei der Gestapo sie sofort

ins KZ gebracht haben würde. Uns als Kinder und Jugendliche vermittelte sie ihre Weltanschauung in einer Weise, die uns ganz zu ihren Verbündeten machte. Allerdings begleitete uns eine ständige Angst vor einer Verhaftung unserer Mutter.

Wie durch ein Wunder blieben wir zwar verschont vor einer Verhaftung meiner Mutter durch die Gestapo, nicht aber von einem schweren Schicksalsschlag: Mein Bruder, Jahrgang 1920, wurde im letzten Kriegsjahr als Fahnenjunkerfeldfebel zur Kriegsschule nach Potsdam abkommandiert. Als ihm klar wurde, dass er den Lehrgang zwangsläufig als Leutnant beenden würde, verweigerte er die bevorstehende Beförderung. Für diese Verweigerung wurde er zum Tode verurteilt. Verständlicherweise bemühte sich meine Mutter, ihren Sohn zu einem Kompromiss zu bewegen. Aber mein Bruder blieb bei seiner Haltung. Im letzten Moment stellte man fest, dass unser Vater als Oberstleutnant in Norwegen stationiert war und bat ihn um eine Stellungnahme. Er ahnte nicht, dass die Haltung seines Sohnes einer festen Überzeugung entsprang und erklärte sie als eine psychisch bedingte Störung. So wurde mein Bruder zwar begnadigt, aber dafür sofort nach Russland in den Kurlandkessel kommandiert. Wenige Wochen später fiel er dort im Januar 1945. Für meine Mutter war dies die schmerzlichste Konsequenz der Erziehung ihrer Kinder.

Die hier abgedruckten Zeitungsausschnitte und die Mitschriften von Vorträgen aus den Jahren der Machtergreifung zeigen, mit welcher Hellsichtigkeit meine Mutter die damalige Entwicklung verfolgt hat und in ihrer Einstellung bestätigt wurde. Wäre dies nicht auch für andere Menschen möglich gewesen?



Das Haus in der Heide...



...Olsen 1934



1931: Klasse 7 der Ria-Wirth-Schule am Mittelweg

Hintere Reihe, von links: Lisa Neuburger, Evi Gotthardt, Lieselotte Witt, Lieselotte Zacher, Anneliese Raschke, Elimar Klinger, Margot Johannson, Lotte Möller.

Vordere Reihe, von links: Vera Jacoby, Ruth Strauß, Gridli Rubensohn, Inge Althaus, Lieselotte Stern, Betty Schindler.

Hoffnung: Kirche

von Dr. Stephan Linck

Obwohl Elisabeth Flügge kirchenpolitisch nicht aktiv war, beschäftigen sich eine Vielzahl ihrer Aufzeichnungen mit den Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche, dem beginnenden Kirchenkampf. Sie schrieb auf, was sie auf Veranstaltungen und in Kirchen gehört hatte und trug Informationen zusammen, über deren Ursprung keine Klarheit herrscht, die aber im wesentlichen - was die Geschehnisse des Kirchenkampfes angeht - deckungsgleich mit den Berichten der „Jungen Kirche“, der Zeitschrift der Bekennenden Kirche, sind.

Die Frage, weshalb sich Elisabeth Flügge den kirchenpolitischen Auseinandersetzungen so intensiv widmete, lässt sich aus ihren Aufzeichnungen beantworten. Im Prozess der „Gleichschaltung“ aller gesellschaftlichen Bereiche - ob freiwillig oder erzwungen - spielten die Kirchen eine Sonderrolle. Auf die Kirchen selbst hatten die Nationalsozialisten keinen direkten Zugriff, ihre Eigenständigkeit blieb gewahrt oder wurde erfolgreich verteidigt. So wurden die Kirchen zum letzten Ort, an dem Auseinandersetzungen ausgetragen bzw. abweichende Meinungen öffentlich geäußert werden konnten.

In den Bedingungen unter denen dies geschah, unterschieden sich Katholische und Evangelische Kirche sehr weitgehend.

Die katholische Kirche

Die katholische Kirche hatte mit der Zentrumspartei reichsweit einen eigenen politischen Arm. Zentrum

und Katholizismus insgesamt waren im Kulturkampf der 1870-er Jahre vom Reichskanzler Bismarck als vermeintliche „Reichsgegner“ bekämpft worden. Aufgrund dieser Erfahrungen hatten die Katholiken ein eher positives Verhältnis zur Weimarer Republik, und der Nationalsozialismus wurde klar abgelehnt. Hieran ließen die katholischen Bischöfe im Frühjahr 1933 keinen Zweifel.

In diesen Monaten bemühte sich Hitler intensiv um einen Kirchenfrieden. Die Zustimmung der Zentrumspartei zum Ermächtigungsgesetz geschah u. a. auf Grund massiver Zugeständnisse, die Hitler dem Katholizismus zuvor gemacht hatte. In der Folge kam es in kürzester Zeit zum Reichskonkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Papst. Darin wurde der katholischen Kirche weitgehende Eigenständigkeit zugesichert und damit der Bestand unter anderem der Bekenntnisschulen gesichert. Im Umkehrschluss zog sich die katholische Kirche aus der Politik zurück und enhielt sich (vorerst) gänzlich kritischer Äußerungen. Bedingt durch ihre Organisationsstruktur gab es hierüber bei der katholischen Kirche keine innerkirchlichen Auseinandersetzungen. Der Kirchenkampf war eine evangelische Angelegenheit.

Die evangelische Kirche

Als 1933 die nationalsozialistische Herrschaft begann, befand sich die evangelisch-lutherische Kirche bereits seit längerem in einer Krise. Die mehrheitlich national-konservative lutherische Kirche und

konkret die Pastorenschaft tat sich seit der Novemberrevolution schwer mit der staatlichen Ordnung der Weimarer Republik. Das Verhältnis zu den Parteien der Linken war von einer tiefen Ablehnung des atheistischen Marxismus geprägt. Die Trennung von Staat und Kirche, die die Weimarer Republik vollzogen hatte, bestätigte scheinbar die kirchlichen Vorbehalte gegenüber der neuen Ordnung. So neigte die Pastorenschaft meist den Parteien der Rechten zu, was dazu beitrug, dass die Arbeiterparteien den Kirchenaustritt propagierten.

Als Ende der zwanziger Jahre die Nationalsozialisten erstarkten, standen Teile der Kirche diesem Teil der radikalen Rechten kritisch gegenüber. Die Vorbehalte speisten sich daraus, dass Teile der NSDAP um den späteren Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, kirchenfeindlich gesonnen waren und ein pseudo-germanisches Neuheidentum propagierten.

So fanden in Hamburg vor 1933 nur vereinzelt Pastoren zu den Nationalsozialisten. Eine herausragende Figur war Franz Tügel, seit 1919 Pastor an der Gnadenkirche in St. Pauli Nord. Er bezog sich auf den von der NSDAP propagierten Begriff des „positiven Christentums“ und sah im Antisemitismus der Nationalsozialisten eine konsequente Fortführung christlicher Tradition und lutherischen Denkens.

Für Tügel war die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg eine Schmach und die entstandene Republik lehnte er folglich ab. Für den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands machte er das Judentum verantwortlich und später rühmte er sich, bereits in der Inflationszeit von der Kanzel der Gnadenkirche gefordert zu haben, „die jüdischen Devisenspekulan-

ten aufzuhängen“ (Brief an Wilhelmi vom 28.11.1941, 32.03.01 PA Wilhelmi). Die Kirche war in seiner Sicht aus der Ablehnung des Judentums entstanden. Zwar hielt er am Alten Testament als festem Bestandteil der Bibel fest, deutete es aber als „antisemitischstes Buch überhaupt“. Deutschtum, Antisemitismus und Luthertum waren für ihn eins. Solch ein Denken war in der lutherischen Kirche nichts Neues. Tügel bezog sich stark auf den kaiserlichen Hofprediger Adolf Stoecker, den Begründer der antisemitischen Partei des Kaiserreiches. In diesem Sinne kämpfte er in Reden und Schriften für eine Annäherung der Kirche an den Nationalsozialismus. Seine herausragendste Propagandaschrift „Fragen der Kirche an den Nationalsozialismus“ wurde 1932 von der Agentur des Rauhen Hauses herausgebracht - auch hier hatten die Nationalsozialisten Anhängerschaft.

Die Glaubensbewegung Deutsche Christen

1932 wurde auf Veranlassung der NSDAP die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ gegründet. Ziel war es, die evangelische Kirche zur Partei zu führen. Diesem Zweck entsprach es, die Deutschen Christen (DC) nicht als Organisation der Partei, sondern nur parteinah zu organisieren. Damit vermied man den Anschein, die evangelische Kirche der Partei angliedern zu wollen.

Reichsleiter wurde der Berliner Pastor Joachim Hossenfelder. Die DC vertraten das Führerprinzip und setzten sich für eine Neuordnung der evangelischen Kirche in Deutschland ein. Inhaltlich propagierten die DC zwar einen völkischen Antisemitismus, sie hielten in ihrer Mehrzahl aber am Alten Testament

fest, wenn auch mit Begründungen, die den oben angeführten Franz Tügels ähnelten. In Hamburg entstanden die DC erst Ende 1932. Die Kirchenleute, die – wie Franz Tügel – bereits vorher der Partei beigetreten waren, traten innerhalb der Kirche nicht als organisierte Strömung auf. Eine Bedeutung bekamen die DC erst mit dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft. Ab diesem Zeitpunkt wuchs der Einfluß der DC rapide. In kürzester Zeit wurden die DC zur Massenbewegung. Dies war zum Gutteil deshalb möglich, weil die DC ein Zweckbündnis waren, dessen gemeinsamer Nenner in erster Linie kirchenpolitische Zielsetzungen waren und viele theologische Fragen offen ließ. So konnten die DC gegensätzliche Gruppierungen in sich vereinigen: Auf der einen Seite Lutheraner, die am Bekenntnis und dem Alten Testament festhielten und gleichzeitig Nationalsozialisten und Antisemiten waren. Auf der anderen Seite standen die Anhänger des „Bundes für Deutsche Kirche“, die Deutschkirchler. Diese Gruppierung, die Anfang der zwanziger Jahre vom Flensburger Hauptpastor Friedrich Andersen gegründet worden war, vertrat einen radikalen völkischen Antisemitismus. Nach Ansicht der Deutschkirche war Jesus als Galiläer „arischer“ Herkunft und eine Art Widerstandskämpfer gegen das Judentum. Die Deutschkirche lehnte das Alte Testament ab und trat für ein Christentum frei von allen Judaismen ein. Dieser Gegensatz sollte auch den frühen Zerfall der DC einleiten. Als im November 1933 auf einer Kundgebung der DC im Berliner Sportpalast der deutschkirchliche Berliner Gauobmann Krause den „grundsätzlichen Verzicht auf die ganze Sündenbock- und Minderwertigkeitstheologie des Rabbiners Paulus“

forderte und das Alte Testament als „Buch von Viehjuden und Zuhältern“ ablehnte, kam es zum Eklat. (Vergleiche Kurt Meier.) Zwar wurde Reichsleiter Hossenfelder abgesetzt, weil er nicht auf klare Distanz zu Krause ging, und durch den Vizepräsidenten des schleswig-holsteinischen Landeskirchenamtes Dr. Christian Kinder – einen gemäßigten DC – ersetzt. Als Sammlungsbewegung hatten die DC aber verspielt. 1935 trat auch Kinder von seinem Amt zurück und Franz Tügel sollte die DC verlassen. Aus dem radikalen Flügel der DC entwickelte sich im folgenden die nationalkirchliche Bewegung unter Führung der Thüringer DC.

Die Bekennende Kirche

Als kirchenpolitischer Gegenpart zu den DC bildete sich die Bekennende Kirche. Ihr Vorläufer – der Pfarrernotbund – wurde im Herbst 1933 von den Theologen Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer gegründet. Sie entstand als Reaktion auf die Entwicklung des Jahres 1933, die als bekenntniswidrig abgelehnt wurde. Die Bekennende Kirche (BK) stand nicht – wie vielfach nach dem Krieg behauptet wurde – in Opposition zum nationalsozialistischen Staat. Dieser wurde von der BK im Grundsatz begrüßt. Die BK kämpfte lediglich für eine Eigenständigkeit der Kirche und gegen die Übernahme staatlicher Gesetze, die ihrer Meinung nach das Bekenntnis verletzen. Dazu zählte insbesondere der „Arierparagraph“ des sogenannten Berufsbeamtengesetzes, der die Entlassung von Menschen aufgrund ihrer jüdischen Herkunft vorsah.

Die BK war ein breites Bündnis der innerkirchlichen Opposition, und nur eine Minderheit sah es als christ-

liche Pflicht, die Judenverfolgung des NS-Staates zu kritisieren. Die Mehrheit enthielt sich entsprechend ihres lutherischen Selbstverständnisses jeglicher Kritik am staatlichen Vorgehen. Dies fiel nicht schwer, begrüßte man doch die „nationale Revolution“ und die „antijüdischen Maßnahmen“ in den ersten Jahren der NS-Herrschaft.

Zum Kirchenkampf

Zu Beginn des ersten Jahres der NS-Herrschaft waren die späteren Gegensätze kaum absehbar. Die Mehrheit der Protestanten in Deutschland begrüßte das Ende des Weimarer Republik und in vielen Kirchen läuteten am 30. Januar 1933 die Glocken. In der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche beispielsweise waren fast dreißig Prozent der Pastorenschaft bereits Parteimitglieder - und dies, obwohl ihnen der Eintritt in die NSDAP 1931 untersagt worden war.

In Hamburg hingegen verhielt sich der Kirchenrat, der die Kirche kollegial unter dem Vorsitz eines Seniors leitete, gegenüber den neuen Machthabern „spröde“. (Wilhelmi, S. 44.)

Nachdem sich der hamburgische Kirchenrat bei den neuen Machthabern durch sein zurückhaltendes Verhalten ausgesprochen unbeliebt gemacht hatte, willigte er schließlich Anfang Mai 1933 ein, Pastor Tügel, als Vertreter der Partei einzubinden. (Wilhelmi, S. 47.) Die zögerlichen Reaktionen auf die neue Zeit führten dazu, daß der Kirchenrat von der Entwicklung gewissermaßen überrollt wurde. Zusätzlich hatte Senior D. Dr. Karl Horn (1869-1942) Mitte April in einem vertraulichen Schreiben die Pastorenschaft vor dem übereilten Eintritt in die

NSDAP gewarnt (Wilhelmi, S. 46) und damit viele Pastoren gegen sich aufgebracht. Dabei hatte der Kirchenrat ohnehin übersehen, daß die Verfasstheit der hamburgischen Landeskirche selbst das Problem war. Diese Kollegialverfassung entsprach vielleicht hansischen Traditionen, sie stand aber im Gegensatz zum Führerprinzip des NS-Staates.

In der Folge forderte ein Großteil der Hamburger Pastorenschaft den Rücktritt Senior Horns und die Einführung des Bischofsamtes. Die Initiatoren standen der jungreformatorischen Bewegung, deren größerer Teil später in der BK aufgehen sollte und den DC nahe. Als Wunschkandidaten auf das Bischofsamt benannte die Gruppe den Hauptpastor und Synodenpräsidenten D. Dr. Simon Schöffel. Dieser 1880 in Nürnberg geborene Theologe war bereits seit 1922 Hauptpastor von St. Michaelis. Schöffel war zwar kein Parteimitglied, hatte aber klar den Nationalsozialismus begrüßt und war in der Pastorenschaft wesentlich anerkannter als Franz Tügel.

Senior Horn und der Kirchenrat gaben dem Druck nach, und am 29. Mai 1933 beschloss die Hamburgische Landessynode die Einführung des Bischofsamtes und wählte Hauptpastor Schöffel zu ihrem ersten Bischof. Gleichzeitig wurden Vorstöße zur Bildung einer einheitlichen evangelischen Reichskirche unter einem Reichsbischof beschlossen. Wie weitgehend der kirchliche Konsens war, macht die Rede deutlich, mit der Hauptpastor D. Theodor Knolle (1885-1955), der später zur BK gelangte (und nach dem Krieg selbst Bischof wurde), das Bischofsgesetz einbrachte: „Die Befreiung von der undutschen Fremdgestalt westlich-demokratischer Verfassung wirkt sich auch als Befreiung der Kirche von ihr we-

sensfremden parlamentarischen Methoden und Mächten aus. Am stärksten prägt sich der Führungsgedanke in dem Reichsbischof aus, der an der Spitze der Deutschen Evangelischen Kirche stehen soll. (...) Hier beim Führungsgedanken begegnen sich Aufbruch der Nation und Aufbruch der Kirche.“ (Protokoll der Synode vom 29.5.1933, abgedruckt in der Hamburgischen Kirchenzeitung Nr. 6/7 vom 23.6.1933.)

Die Maitage 1933 markierten bereits das Ende des kurzen innerkirchlichen Konsenses. Bestand bei der Einrichtung des Amtes eines Reichsbischofs noch Einigkeit, so endete diese bei der Kandidatenwahl. Eine überwältigende Mehrheit der Vertreter der evangelischen Landeskirchen wählte am 26.5. den Leiter der Betheler Anstalten, Pastor Friedrich von Bodelschwingh (1877-1946), zum Reichsbischof. Nur drei Landeskirchen votierten für Müller, darunter die Hamburgische.

Der Wunschkandidat Adolf Hitlers, der Königsberger Wehrkreispfarrer Ludwig Müller (1863-1945), hatte die Wahl verloren. Aber damit begannen die Auseinandersetzungen. Eine massive Kampagne der DC sorgte dafür, dass Bodelschwingh einen Monat später zurückzog und den Weg frei machte für die erneute Kandidatur Müllers, der am 27.9.1933 auf der Nationalsynode in Wittenberg Reichsbischof wurde. Zu den Unterstützern Müllers zählte der frisch gewählte Hamburger Landesbischof Schöffel. Er sprach Bodelschwingh die nötigen „Führerqualitäten“ ab und lehnte es vor allem ab, Hitlers Wunschkandidaten eine Abfuhr zu erteilen und eine Konfrontation mit dem Staat zu beginnen (Scholder, S. 443.) Ob Schöffel, wie Müller im Herbst bestätigen sollte, „innerlich Nationalsozialist“ war, ist offen.

Als Hitler kurzfristig für den 23. Juli 1933 reichsweite Kirchenvorstandswahlen anordnete, kam es zu einem überwältigenden Wahlsieg der DC. Nur in den Landeskirchen Hannover, Bayerns und Württembergs konnten sich die alten Kirchenleitungen halten. Dadurch wurde die Position des Reichsleiters Hossenfelder gestärkt, der der radikalen Richtung der DC zuzuordnen war. Dank der neuen Mehrheitsverhältnisse wurden auf einer Vielzahl von Synoden Kirchenverfassungen geändert, nationalsozialistische Bischöfe gewählt und die Einführung des „Arieparagraphen“ in der Kirche beschlossen. Diese wegen der Dominanz der Braunhemden sogenannten „braunen Synoden“ provozierten einen erheblichen Unmut innerhalb der kirchlichen Minderheit sowohl durch ihre Beschlüsse als auch dadurch, dass der Minderheit u. a. das Rederecht bestritten wurde.

Der designierte Reichsbischof Müller vertrat hingegen eine eher gemäßigte Position. Schöffels Engagement für Müller ist wohl in diesem Sinn zu deuten, dass er diesen – im Vergleich zu Hossenfelder – gemäßigten Nationalsozialisten stärken wollte. Müller sah dies und nahm Schöffel in sein Geistliches Ministerium auf, das auf der Nationalsynode von Wittenberg am 27. September geschaffen wurde.

Auf der Nationalsynode traten aber die Widersprüche innerhalb der evangelischen Kirche erstmals zu Tage: Die Theologen Niemöller, Bonhoeffer und andere übergaben eine Eingabe im Namen von 2.000 Pfarrern, der erste öffentliche Protest des Pfarrernotbundes (Scholder, S. 624.). In ihr wurde der Druck der Gewalt, die Bekenntniswidrigkeit des „Arieparagraphen“ und die Gefährdung des kirchlichen Amtes insgesamt scharf debattiert und kritisiert.

Die Mittelposition, die Schöffel in der schärfer werdenden Auseinandersetzung einnahm, wurde zunehmend angegriffen. Schließlich setzte sich Hossenfelder durch und Schöffel wurde im November erfolgreich zum Rücktritt gedrängt. Dieser Erfolg Hossenfelders war bereits überschattet von der Krise, die die DC durch den sogenannten Sportpalastskandal erlebten. Die oben bereits genannten Ausfälle des Berliner Gauobmannes Krause auf einer Großkundgebung der DC am 13.11. lösten eine Austrittswelle aus und führten zum schnellen Anwachsen der BK.

Die Entwicklung in Hamburg hingegen war - vorerst - gegenläufig. Die Tatsache, dass Schöffel nicht mehr das Vertrauen des Reichsbischofs genoss, führte zu Angriffen der DC und konkret Franz Tügel. Schöffel verlor das Vertrauen der Hamburger Nationalsozialisten und wurde schließlich zum Rücktritt vom Bischofsamt aufgefordert.

Am 5. März 1934 trat die Hamburgische Landessynode zusammen, um den Rücktritt Schöffels entgegenzunehmen und Tügel zum neuen Bischof zu wählen. Eine öffentliche Begründung seines Rücktritts war Schöffel zuvor polizeilich untersagt worden.

Das Bild, das die Synode abgab, zeigte, wie sich die Zeit und die Hamburgische Kirche innerhalb eines knappen Jahres verändert hatte. Die Mehrzahl der Synodalen waren in SA- und NSDAP-Uniformen erschienen. Der Synodalpräsident Prof. Dr. Fabian trug seine SS-Uniform und Tügel nahm seine Ernennung in NSDAP-Uniform entgegen.

Schöffel hatte damals nach seiner Wahl zum Bischof „Führung des geistlichen Amtes“ und „die Macht der

lebendigen Gemeinde“ als Programmpunkte genannt. Tügel hingegen sagte: „Ich habe kein Programm. Das Programm bin ich selbst.“ (Protokoll der Synode vom 5. März 1943, abgedruckt in der Hamburgischen Kirchenzeitung, Nr.3 vom 22. März 1934.) Ein weiterer Vergleich bestätigt den Gegensatz zwischen Schöffel und Tügel: Die Wahlsynode Schöffels wurde mit dem Lied „Komm heiliger Geist, Herre Gott“ beschlossen. Das Protokoll vom 5. März 1934 hingegen endet mit den Worten: „Der Synodalpräsident bringt auf den Führer ein dreifaches Siegheil aus, worauf der gemeinsame Gesang des 1. Verses des Horst-Wessel-Liedes die Sitzung beschließt.“

Nach seiner Wahl strukturierte Tügel die Hamburgische Landeskirche neu. Die Neuordnung folgte dem „Führerprinzip“ - alle wichtigen Entscheidungen blieben ihm vorbehalten. Die Gaugeschäftsstelle der DC wurde der Einfachheit halber in das Landeskirchenamt verlegt. Im Mai 1934 erfolgte die offizielle Eingliederung in die Reichskirche und damit die Unterstellung unter den Reichsbischof bei gleichzeitiger Entmachtung der Synode.

In der Folge kam es in Hamburg zu Protesten seitens der Bekennenden Kirche, der sich Schöffel bald anschloss. Ein etwas ungewöhnlicher Anlass für die ersten Auseinandersetzungen war der Austritt der Landeskirchlichen Gemeinschaft der Freikirchen unter ihrem Vorsitzenden Friedrich Heitmüller, Prediger der Freien Evangelischen Gemeinde am Holsteinwall. Noch 1930 hatte Heitmüller die Nationalsozialisten als antichristlich verdammt. 1933 war er aber Parteimitglied geworden und auch den DC beigetreten. Letztere verließ er im Dezember desselben Jahres wieder. 1934 nun gab er den Austritt der landes-

kirchlichen Gemeinschaft aus der Landeskirche bekannt. Tügel warf hierauf Heitmüller in einem offenen Brief vor, noch zwei Jahre zuvor Hitler bekämpft zu haben, und denunzierte Heitmüller, der Politischer Leiter der NSDAP geworden war, bei der Partei. In der Auseinandersetzung rühmte sich Heitmüller seines frühen Antibolschewismus und auch, schon früh jüdische Ärzte aus seinem Krankenhaus ausgeschlossen zu haben. Es war aber vielmehr der denunziatorische Stil Tügels, der zu Protesten der BK in dieser Auseinandersetzung führte.

Im Verlauf des Jahres 1934 nahm die BK immer festere Formen an mit ihrer ersten Bekenntnissynode in Wuppertal-Barmen Ende Mai und der zweiten in Berlin-Dahlem im Oktober, bis schließlich am 20. November eine „vorläufige Kirchenleitung der Deutschen Evangelischen Kirche“ unter dem Hannoveraner Bischof Marahrens gebildet wurde.

Gleichzeitig formierte sich die Deutsche Glaubensbewegung im Mai 1934 als Zusammenschluss verschiedener neuheidnischer Strömungen unter ihrem Führer, dem Tübinger Professor Wilhelm Hauer. Die Deutsche Glaubensbewegung vertrat einen Indo-Germanenkult und radikalen Antisemitismus. Sie propagierte den Austritt aus der Kirche und kämpfte für ihre Anerkennung als „Dritte Konfession“. Die Agitation der Deutschen Glaubensbewegung beförderte das weitere Auseinanderdriften der DC. Der gemäßigte Flügel ging auf zunehmende Distanz zur Glaubensbewegung und zu den radikaleren DC.

Durch diese Entwicklungen veränderte der neue Landesbischof Tügel seinen Kurs. Während in anderen Landeskirchen die großen Eskalationen des Kirchenkampfes noch bevorstanden, suchte Tügel mehr und

mehr die Einigung mit der BK und zog schärfere Grenzen gegen die Deutsche Glaubensbewegung. 1935 trat Tügel aus den DC aus und suchte eine Mittelposition aufzubauen. Dadurch kam es zu Spannungen mit Staat und Partei. Tügel blieb dennoch bis Kriegsende bekennender Nationalsozialist.

Zu den Notizen Elisabeth Flügges

Die Notizen und Zeitungsausschnitte Elisabeth Flügges liegen nur für die ersten beiden Jahre der NS-Herrschaft vor. Es ist die erste Welle des Kirchenkampfes, die in Hamburg allerdings die wohl folgenreichste ist. Der Ausschnitt, den wir hier bekommen, ist zwar unvollständig, aber dennoch repräsentativ auch für die folgenden Auseinandersetzungen. Viele der Ereignisse hatten für Elisabeth Flügge eine große Dramatik und Bedeutung. Die Einzelheiten der Wort- und Rechtsbrüche des damaligen Reichsbischofs Ludwig Müller oder die detailliert eingetragenen Ereignisse in Württemberg und Bayern, wo der mit der Kirchengeschichte betraute Ministerialdirektor Dr. Jäger die Bischöfe mit Polizeimethoden bekämpfte. Elisabeth Flügge nimmt den Widerstand wahr.

In diesem Sinn beschäftigte sie sich nicht weiter mit der Rolle Schöffels in seiner kurzen Bischofszeit. Dies ist insofern aufschlussreich, weil sie die Verhandlungen und Auseinandersetzungen um die Bildung einer Reichskirche sehr intensiv notiert hat. Schöffel begegnet uns bei Elisabeth Flügge hingegen nur in zwei mitgeschriebenen Predigten, zwei ungewöhnlichen Predigten übrigens, die im Original nicht erhalten sind. Die erste Predigt – so hat es vielleicht auch Elisabeth Flügge wahrgenommen –

hat eine gewisse Doppeldeutigkeit. Allein durch den symbolträchtigen Tag liest sich die Warnung vor den „falschen Versprechungen und hoffärtigen Reden der Menschen“ auch konkret als Anspielung auf den zeitgleich eingeführten Reichsbischof. Die zweite Predigt hingegen liest sich als klare Aussage gegen die nationalsozialistische Herrschaft insgesamt.

Vergleicht man die beiden von Elisabeth Flügge mitgeschriebenen Predigten mit den erhalten gebliebenen, so unterscheiden sie sich in ihrer Deutlichkeit von den anderen. Zwar kritisierte Schöffel auch während seiner Bischofszeit bereits vorsichtig die nationalsozialistische Ideologie, er tut dies aber eher verklausuliert. Auch späteren Predigten fehlt diese Schärfe. Hierbei könnte eine Rolle spielen, dass Schöffel verletzt war durch die Art, wie er zum Rücktritt vom Bischofsamt gebracht wurde. Da ist es möglich, dass im Jahr seiner Abwahl Schöffels Kritik deutlicher wurde. Es ist aber nicht auszuschließen, dass Schöffel aus Gründen der Sicherheit nur die „moderateren“ Predigten aufbewahrte. Immerhin wusste er von der Überwachung durch die Gestapo. Trotz dieser offenen Fragen bleibt festzuhalten, dass im Herbst 1934 Predigten gehalten wurden, in denen Schöffel klar gegen den NS-Staat Stellung bezog und für die er weder angeklagt noch inhaftiert wurde.

Literatur:

Kurt Meier: Der evangelische Kirchenkampf, 3 Bde. (Bd.1.), Göttingen 1984.

Klaus Scholder: Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd.1., Frankfurt/Main 1977.

Bd.2., Berlin 1985.

Heinrich Wilhelmi: Die Hambruger Kirche in der nationalsozialistischen Zeit 1933-1945, Göttingen 1968.

Die verwendeten Archivalien sind im nordelbischen Kirchenarchiv in Kiel einsehbar.

Aus Elisabeth Flügges Kladden: Zeitungsartikel und Notizen

Die zwischen Februar 1933 bis Anfang 35 in die drei Kladden eingeklebten Zeitungsartikel wurden in erster Linie der Frankfurter Zeitung und dem Hamburger Fremdenblatt entnommen.

Die Frankfurter Zeitung (F.Z.) wurde 1866 von L. Sonnemann gegründet und war: „in den 20er Jahren eines der international renommierten deutschen Blätter und bekämpfte in den letzten Jahren der Republik die NSDAP und ihren ‘Führer’. 1933 wurden daher die jüdischen Hauptaktionäre und Gründerenkel Simon zur Übertragung der Anteile auf I.G.-Farben/Bosch gezwungen, die bis 1939 die Existenz des Blattes sicherten. Dann erfolgte die Übernahme durch den Eher-Verlag; die Auflage war von 100.000 im Jahr 1934 auf ein Drittel abgesackt. Weiterhin aber konnten so profilierte F.Z.-Journalisten wie Benno Reifenberg, Dolf Sternberger oder Paul Sethe gemäßigt kritisch berichten und kommentieren, da sich Goebbels davon einen Imagegewinn im Ausland versprach. Als daran kein Interesse mehr bestand, wurde die F.Z. am 10.8.43 verboten.“ (Bedürftig: Lexikon Drittes Reich, München 1997, S. 116.)

Das ab 1864 erschienene Hamburger Fremdenblatt stand der Fortschrittspartei nahe: „Neben der Frankfurter Zeitung war das H.F. während der NS-Zeit eines der wenigen deutschen Presseorgane, die noch im Ausland beachtet wurden. Im August 1944 verlor es jedoch ebenso seine Selbständigkeit wie der Hamburger Anzeiger und das Hamburger Tageblatt.“

(Franklin Kopitzsch, Daniel Tilgner (Hrsg): Hamburg Lexikon, Hamburg 1998, S. 203.)

Zum Aufbau dieser Publikation:

Um einen Eindruck von den Kladden zu bekommen, finden Sie auf den folgenden fünf Seiten einige in Faksimile abgedruckte Kladden-Seiten.

Wir haben auf einen vollständigen Faksimile-Abdruck verzichtet, weil für viele der jüngeren Generation die Schrift der Zeitungsartikel schwer lesbar erscheint.

Wegen der Fülle des Materials und des teilweise schlechten Zustandes der Zeitungsartikel, konnten nicht alle Berichte abgedruckt werden.

Zum besseren Verständnis der Ereignisse in den Jahren 1933 und 1934 wurden die Zeitungsartikel und Notizen Elisabeth Flügges thematisch und chronologisch geordnet, wobei einige Artikel unter mehreren thematischen Schwerpunkten hätten aufgeführt werden können.

Leider waren in den Kladden nicht immer Quellen- und Datumsangaben vermerkt worden. Dort, wo sie ergänzt werden konnten, sind diese in Klammern gesetzt.

Elisabeth Flügges Notizen wurden kursiv gesetzt.

Die Texte sind teilweise der neuen Rechtschreibung angeglichen.

Neuer Lärm im Ueberwachungs-Ausschuß.

Meldung unseres Büros.

□ Berlin, 14. Februar.

Unter Beteiligung der Vertreter aller Parteien trat der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung unter dem Vorsitz des Abg. Löbe wieder zusammen. Als Löbe die Sitzung für eröffnet erklärt,

setzte bei den Nationalsozialisten tosender Lärm ein, der minutenlang andauerte. Löbe gelang es nicht, eine Erklärung vor dem Ausschuß abzugeben.

Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.) erklärte dann: Ich stelle fest, daß der Vorsitzende nicht imstande ist, die Sitzung zu leiten, weil die größte Fraktion des Hauses und damit die Vertreterin des deutschen Volkes es nicht dulden wird, daß ein Marxist und Berleumder weiter die Ausschußverhandlungen leitet. Da der Vorsitzende somit verhindert ist, den Ausschußvorsitz zu führen, übernehme ich als Stellvertretender Vorsitzender die Leitung der Verhandlungen.

Dr. Frank begab sich gleichzeitig zu dem Platz des Vorsitzenden Löbe und verdrängte diesen von seinem Platz, um selbst den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen. Die Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten verließen darauf den Saal.

Dr. Frank eröffnete darauf nochmals die Sitzung, und zwar mit einem Nachruf für die Opfer der Katastrophe von Neunkirchen. Wir, die Vertreter des deutschen Volkes, beteiligen uns an dem Geden unserer Saardeutschen. Wir sind überzeugt, daß die nationale Regierung ihre Pflicht erfüllen wird, um diesen Unglücklichsten aller Deutschen zu helfen. Ich stelle fest, daß der Ausschuß in seiner Mehrheit diese meine Erklärung billigt, und erkläre die Sitzung des Ausschusses zum Zeichen der Trauer für geschlossen.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten wurden, als sie den Saal verließen, von den Nationalsozialisten beschimpft.

Der Abg. Morath (D. Vp.), der sich gleichfalls der Ausgangstür genähert hatte und eine Zigarre rauchte, wurde von einem nationalsozialistischen Abgeordneten tätlich angegriffen. Er erhielt einen Faustschlag in den Rücken.

Als er sich das energisch verbat, wurde es den Nationalsozialisten aus dem Saal geb

Der Führer der Deutschen Volkspartei Dingeldey, hat nach Bekanntwerden Voranfrage sofort beim Reichstagspräsident Göring und beim Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Reichsminister Dr. Fricke, telegraphisch scharfen Einspruch erhoben und volle Genugthuung verlangt.

Es wird noch festgestellt, daß der Abg. Morath (D. Vp.) nicht etwa mit den Sozialdemokraten und Kommunisten die Sitzung verlassen wollte, sondern daß er sich erst zum Ausgang geben hat, nachdem der stellvertretende Vorsitz Dr. Frank die Sitzung geschlossen hatte.

Studenten besetzen die Kunstschule.

— Berlin, 18. Februar.

Die Räume der Staatlichen Kunstschule in Berlin-Schönberg sind gestern nachmittag während des Staatsexamens von nationalsozialistischen Studenten besetzt worden. Die Prüfung wurde von den Studenten unterbrochen. Der Direktor Kamps, die Professoren Lohs und Tappert und der Vorsitzende des künstlerischen Prüfungsamtes, Frank, wurden genötigt, die Räume zu verlassen.

Wir erfahren noch, daß sich im Anschluß an den Vorfall der Leiter der Prüfungskommission, Prof. Philipp Frank, gemeinsam mit den drei anderen Professoren sofort an den kommissarischen preussischen Kultusminister gewandt hat, der eine strenge Prüfung und Abwendung der Angelegenheit zugesichert hat.

Zentrumskundgebung aufgelöst.

W Köln, 4. März.

In Wipperfürth sollte am Donnerstag eine geschlossene Zentrumskundgebung stattfinden. Nachdem der große Kaisersaal überfüllt war, wurde die Versammlung polizeilich geschlossen. Der Versammlung bemächtigte sich eine starke Erregung. Spontan zog die ganze Versammlung geschlossen zur Kirche, wo der Pfarrer die Kundgebung der Bischöfe zum Wahltag verlas und ein kurzes Gebet sprach. Anschließend wurde das Christi-König-Lied gesungen.

Kurznachrichten aus Kunst und Wissenschaft

— In der Preddner Staatsoper kam es am Dienstagabend bei der Rigolotto-Aufführung, die Generalmusikdirektor Fritz Busch dirigierte, zu Skandaliszenen. Als Busch am Dirigentenpult erschien und die Opernäre einsetzte, begann ein mächtiges Pfeifkonzert zahlreicher Uniformierter, die gegen den Dirigenten protestierten, so daß Busch das Lust verließ. Nach Verlauf von zehn Minuten erschien dann Staatslabelmeister Kurt Stritzler, der darauf das Orchester dirigierte; die Aufführung verlief dann in Ruhe. Nachträglich wird von nationalsozialistischer Seite behauptet, daß der Gaufreiwart der NSDAP, für Sachsen, Alexis Pöffe, die Vollzugs Gewalt der Stadttheater übernommen hat. Die Disziplinar Gewalt in der Oper habe er dem Schauspieler Schröder übertragen. Ministerialdirektor Dr. Reuter, Dezernent für Staatstheater im Volksbildungsministerium, hat anbeimgelassen, eine schriftliche Erklärung beim Ministerium einzureichen.

Das erste Konzentrationslager.

Nach einer Mitteilung des Münchener Polizeipräsidenten Gimmler ist in der Nähe von Dachau bei München am Mittwoch das erste Konzentrationslager mit einem Fassungsvermögen von 5000 Menschen eröffnet worden. Hier werden die gesamten kommunistischen, Reichsbanner- und sonstigen marxistischen Funktionäre zusammengezogen.

Achtung für die farbigen Kampfgesossen aus Afrika.

Die Polizei erläßt folgende Kundgebung:
Eingeborene der früheren deutschen Kolonien in Afrika beklagen sich darüber, daß sie selbst wegen ihrer Rassezugehörigkeit und daß ihre weißen Frauen wegen ihrer Ehe mit einem Neger hier auf öffentlicher Straße belästigt und beleidigt werden.

Viele dieser Afrikaner haben während des Weltkrieges in der Deutschen Schutztruppe gekämpft, und mancher ihrer Landsleute hat seine Treue zum Deutschen Reich mit dem Leben bezahlen müssen. Unsere alten Krieger verdienen Dank und Achtung und vor allem unseren Schutz. Es kann nicht geduldet werden, daß sie und ihr Angehörigen öffentlich beschimpft und verächtlich gemacht werden. Im Wiederholungsfall müßte gegen die Täter vorgegangen werden.

Unsere Volksgesossen dürfen zu der Polizeibehörde das Vertrauen haben, daß sie unliebsame Gäste unnachsichtlich entfernen wird, sie muß aber auch erwarten, daß hier anfällige, fremdrassige Personen, deren Verkauf und Verleben zu prüfen dem einzelnen gar nicht möglich ist, unbefehligt bleiben.

Wer glaubt, Grund zu einer Beschwerde gegen diese Personen zu haben, kann sich mündlich oder schriftlich an die nächste Polizeiwache oder an die Fremdenpolizei im Stadthause wenden.

Schutzhaft und Anprangerung wegen Beziehungen zu arischen Mädchen.

1 Worms, 30. Aug. Der Polizeibericht meldet: Trotz wiederholter Warnungen hat schon wieder ein hiesiger jüdischer Händler versucht, sich in anstößiger Weise einem arischen Mädchen zu nähern. Der Betreffende wurde, wie verschiedene Rassegesossen, dem Konzentrationslager Sachsenhausen zugeführt. — Ferner wurden sieben Personen in Konzentrationslager eingewiesen, weil sie versuchten, den Zweck und dessen Organe und Einrichtungen verächtlich zu machen.

Kassel, 30. August. (ZU.) Die „Oberhessische Volkszeitung“ meldet:

„Der Jude Walter Vieberg, Lessingstraße 18, der Sohn einer Mitarbeiterin der Metallwerke Vieberg & Co., Vellenshausen, ein Verhältnis mit einem Christenmädchen Jandy aus der Uhlenstraße. Die Mutter des Mädchens unternimmt nichts gegen das Verhältnis, sondern duldet es. Das „Christen“-Mädchen stellt auf den Standpunkt, daß auch die Regierung ihnen das Verhältnis nicht verbieten könne.“

Um der Bevölkerung diese sauberen Leute zu zeigen und ihnen das Verwerfliche ihrer Meinung klar zu machen, führten SS-Mitarbeiter den Juden, sein Verhältnis und die Mutter durch die Straßen Kassels.“

Ein ähnlicher Fall hat sich am Samstag, den 20. August, wie die „Oberhessische Zeitung“ berichtet in Marburg a. R. zugetragen.

Beurlaubung einer Studienrätin.

Auf Ersuchen des Magistrats ist eine Studienrätin des Bertha-Lyzeums vorläufig beurlaubt worden, weil sie im Unterricht bei der Besprechung von Hitlers „Mein Kampf“ Äußerungen gemacht hat, die nicht im Einklang zu bringen sind mit den Richtlinien der nationalen Regierung. Ein Ermittlungsverfahren gegen die Studienrätin schwebt bei dem Oberpräsidenten in Kiel.

Frauenaufgaben im Dritten Reich.

Die kulturpolitischen Aufgaben der deutschen Frau erläuterte die Leiterin des Amtes für Frauenerziehung, Frau Charlotte Röberle-Schönfeldt, auf einer stark besuchten Versammlung der Frauenschaft im Alsterpark. Die Rednerin betonte, nach der Begrüßung durch Frau Knoll, daß jetzt nach der Machterlangung die innere Umformung jedes einzelnen beginne. In dieser geistig-seelischen Neugestaltung ist der Frau eine besondere Aufgabe zuerkannt, die sie aus dem Schöpfertum ihrer Mutterschaft und Mütterlichkeit heraus zu lösen haben wird. Beginnen muß sie mit bewusster Selbsterziehung und der planmäßigen Hinführung der Familie zu den Idealen der Volksgemeinschaft. Ihr Einfluß macht sich geltend in der Erziehung der Kinder, er wirkt sich aus in der Kameradschaft mit dem Ehemanne und greift von der eigenen Häuslichkeit über auf weitere Kreise. Nur von der Keimzelle der Familie her wird sich die Gesamterneuerung des deutschen Volkes vollziehen, und wie die Frau der seelische Mittelpunkt im Hause, wie sie das Niveau des häuslichen Lebens bestimmt, so wird ihr Beispiel und Vorbild andere erfassen und mitreißen. Es wird heute schon allgemein eingesehen, wie hoch im Nationalsozialismus die Mitarbeit der Frau gewertet und welche Bedeutung ihr beigemessen wird. Allerdings läßt sich Nationalsozialismus nicht erlernen. Er ist ein Weltanschauung, zu der sich der einzelne erst nach hartem, innerem Ringen durchkämpft. Wer aber den Geist von Nürnberg verspürt, der wird erlasken haben, daß Deutschland eine Sendung zu erfüllen hat, für die Opfer der Selbsterziehung und der Selbsterziehung gebracht werden müssen. — Frau Röberle-Schönfeldt fand lebhaftes und dankbares Anerkennen für ihre klaren Darlegungen.

Der Arierparagraph in der freien Wirtschaft.

Berlin, den 6. Februar.

Der Reichsminister des Innern Dr. Frick hat an die obersten Reichsbehörden, die Reichsstatthalter und die Landesregierungen ein Schreiben gerichtet, worin er feststellt, daß die deutsche Ariergesetzgebung aus bürgerlichen und staatspolitischen Gründen notwendig sei. Andererseits habe sich die Reichsregierung selbst gewisse Grenzen gesetzt, deren Einhaltung gleichfalls erforderlich sei. Die deutsche Ariergesetzgebung, so schreibt der Reichsminister u. a., würde im In- und Ausland richtiger beurteilt werden, wenn diese Grenzen überall beachtet würden. Insbesondere sei es nicht angebracht, ja sogar bedenklich, wenn die Grundzüge des sogenannten Arierparagraphen im Wirtschaftsleben zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, der vielfach als Vorbild wirkte, auf Gebiete ausgedehnt würden, für die sie überhaupt nicht bestimmt seien. Dies gelte insbesondere, wie die Nationalsozialistische Regierung immer wieder erklärt habe, von der freien Wirtschaft.

Minister Frick bittet, übergriffen auf diesem Gebiete mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und die unterstellten Behörden nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß sie ihren Maßnahmen und Entscheidungen nur die geltenden Gesetze zugrunde zu legen hätten.

Ebenso wie die Behörden gegebenenfalls ohne Verzug ihre Amtshandlungen durchzuführen hätten, sei es andererseits geboten, daß durch Gesetz oder Verordnung nicht erlaubte Einwirkungen auf wirtschaftliche Unternehmungen, Verbände usw. unterlassen würden. Eine Aufhebung, Änderung oder Ausdehnung geltender Reichsgesetze stehe nach Maßgabe des Ermächtigungsgesetzes nur der Reichsregierung selbst zu, nicht aber den diese Gesetze ausführenden Organen. Diese hätten vielmehr, so schließt der Minister, „die Gesetze solange anzuwenden, als sie in Geltung sind und dürfen sich mit ihnen auch dann nicht in Widerspruch setzen, wenn sie vielleicht nationalsozialistischen Auffassungen nicht voll zu entsprechen scheinen.“

Der preussische Innenminister hat den nachgeordneten Behörden, den Gemeinden und Gemeindeverbänden diese Stellungnahme des Reichsinnenministers zur genauesten Beachtung empfohlen.

Der deutsche Gruß bei den Behörden

Der Reichsminister des Innern hat die obersten Reichsbehörden und die Landesregierungen gebeten, für die Durchführung des deutschen Grußes folgendes anzuordnen:

1. Der deutsche Gruß für die Beamten, Angestellten und Arbeiter von Behörden im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen besteht im Erheben des rechten Armes. Es ist freigestellt, zu dieser Grußbezeugung die Worte „Heil Hitler“ oder „Heil“ oder gar nichts zu sagen. Andere Worte sind aber gleichzeitig mit dem deutschen Gruß nicht zu sagen. Wer den deutschen Gruß mit dem rechten Arm wegen körperlicher Behinderung nicht ausführen kann, grüßt möglichst durch Erheben des linken Armes.

2. Beamte in Uniform wenden künftig abweichend von den bisherigen Bestimmungen auch im Dienst den deutschen Gruß an.

3. Der Gruß der uniformierten Beamten der Landespolizei wird durch die zuständigen Landesministerien geregelt. Für die Reichswehr bleibt es bei den Anordnungen des Wehrministeriums.

Verhaftet & am andern Tag bekam s. Junge Frau
die Nachricht, es sei 'verheullich' geschoren,
sie bekäme aber eine Pension! -

Für die andere Hauptkategorie hat Hitler
jetzt Pension abgelehnt, aber immer soll es großzügig
den Mantel des Regimes über ihre Namen legen
wider es keine namentl. Verlustliste herausgibt!

Keine Namensliste der Toten

Berlin, 16. Juli.

Nachdem der Führer in der Regierungserklärung vom Freitag die Vorgeschichte, die Hintergründe und die Niederlage der Röhm-Revolte eingehend geschildert hat, dürfte die Debatte über die Ereignisse des 30. Juni, soweit amtliche Erklärungen hierüber in Frage kommen, als abgeschlossen angesehen werden. Ueber den Personenkreis, der sich zu diesem verbrecherischen Anschlag, aus den verschiedensten Kreisen kommend, zusammengefunden hatte, hat der Führer in seiner Rede summarische Feststellungen getroffen. Er hat zunächst erklärt, aus welcher geistigen Einstellung heraus die verschiedenen an dem Mord beteiligten Gruppen sich innerlich dem nationalsozialistischen Staat und seiner Ideenwelt entsendeten. Daraus hat der Führer die verschiedenen Kategorien aufgezählt, in welche dieselben eingeteilt sind, die für ihre hoch- und landesverräterischen Handlungen mit dem Tode bestraft wurden. Im ganzen handelt es sich also nach der Aufzählung des Führers um 77 Erschossene. Mit dieser Feststellung des Führers dürfte die Diskussion über den Personenkomplex abgeschlossen sein. Den Mitschuldigen an dieser Handlung hat der Reichstanzler das Vergessen Mögen sie nun in sich gehen und in Erinnerungstraurige Not unserer neuen deutschen Geschichte aller Kraft der Wiederaufmachung widmen."

Man wird also nicht damit rechnen dürfen, daß noch eine namentliche Aufzeichnung der Totenliste amtlicherseits zur Veröffentlichung gelangt, denn der Führer will das große Tuch des Vergessens über die Mitschuldigen decken. Mit diesem Geschenk sollen wohl aber auch die Angehörigen der wegen ihrer Freveltat zur Rechenschaft gezogenen Personen bedacht werden. Auch dies ist wieder ein Beispiel dafür, daß der Führer trotz der Bitternisse, die er in den letzten Wochen durchmachen mußte, sich das große Empfinden für die Noie eines jeden Menschenlebens im Herzen bewahrt hat, wenn er die unschuldigen Familien der Meuterer nicht der allgemeinen Mißachtung preisgeben will, was zweifellos mit der Bekanntheit der einzelnen Namen verbunden gewesen wäre. Solange nicht wichtige neue Momente auftauchen, dürften daher die Namen der 77 Hoch- und Landesverräter amtlicherseits nicht bekanntgegeben werden.

Innenpolitik.

Propaganda/Wahlen/Arbeit/Wirtschaft/Soziales/Justiz/Polizei

Neuer Lärm im Ueberwachungs-Ausschuß

Berlin, 14. Februar (1933)

Unter Beteiligung der Vertreter aller Parteien trat der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung unter dem Vorsitz des Abg. **Löbe** wieder zusammen. Als Löbe die Sitzung für eröffnet erklärte, **setzte bei den Nationalsozialisten tosender Lärm ein, der minutenlang andauerte. Löbe gelang es nicht, eine Erklärung vor dem Ausschuß abzugeben.**

Abg. Dr. **Franck II** (Nat.-Soz.) erklärte dann: „Ich stelle fest, dass der Vorsitzende nicht im Stande ist, die Sitzung zu leiten, weil die größte Fraktion des Hauses und damit die Vertreterin des deutschen Volkes es nicht dulden wird, dass ein **Marxist und Verleumder** weiter die Ausschußverhandlungen leitet. Da der Vorsitzende somit verhindert ist, den Ausschußvorsitz zu führen, übernehme ich als Stellvertretender Vorsitzender die Leitung der Verhandlungen. **Dr. Frank begab sich gleichzeitig zu dem Platz des Vorsitzenden Löbe und verdrängte diesen von seinem Platz, um selbst den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen. Die Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten verließen darauf den Saal.** Dr. **Frank** eröffnete darauf nochmals die Sitzung und zwar mit einem Nachruf für die Opfer der Katastrophe von **Neunkirchen**. „Wir, die Vertreter des deutschen Volkes beteiligen uns an dem Elend

unserer Saardeutschen. Wir sind überzeugt, dass die nationale Regierung ihre Pflicht erfüllen wird, um diesen Unglücklichen aller Deutschen zu helfen. Ich stelle fest, daß der Ausschuß in seiner Mehrheit diese meine Erklärung billigt, und erkläre die Sitzung des Ausschusses zum Zeichen der Trauer für geschlossen. Die Sozialdemokraten und Kommunisten wurden, als sie den Saal verließen, von den Nationalsozialisten beschimpft. **Der Abg. Morath (D. Vp.), der sich gleichfalls der Ausgangstür genähert hatte und eine Zigarre rauchte, wurde von einem nationalsozialistischen Abgeordneten tätlich angegriffen. Er erhielt einen Faustschlag in den Rücken.** Als er sich das energisch verbat, wurde er von den Nationalsozialisten aus dem Saal gedrängt. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. **Dingeldey**, hat nach Bekanntwerden dieser Vorgänge sofort beim Reichstagspräsidenten **Göring** und beim Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Reichsinnenminister **Dr. Frick**, telegraphisch schärfsten Einspruch erhoben und **volle Genugtuung verlangt.** Es wird noch festgestellt, dass der Abg. Morath (D. Vp.) nicht etwa mit den Sozialdemokraten und Kommunisten die Sitzung verlassen wollte, sondern dass er sich erst zum Ausgang begeben hat, nachdem der stellvertretende **Vorsitzende Dr. Frank die Sitzung geschlossen hatte.**

Erlass an die preußische Polizei

(Ohne Datum, Februar 1933)

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Innern, Reichsminister Göring, **am 17. Februar an alle Polizeibehörden folgenden Runderlass gerichtet:** Ich glaube, mir einen besonderen Hinweis darauf ersparen zu können, dass die Polizei auch nur den Anschein einer feindseligen Haltung oder gar den Eindruck einer Verfolgung **gegenüber nationalen Verbänden** (SA, SS und Stahlhelm) und nationalen Parteien unter allen Umständen zu vermeiden hat. Ich erwarte vielmehr von sämtlichen Polizeibehörden, dass sie zu den genannten Organisationen, in denen Kreisen die wichtigsten staatsaufbauenden Kräfte enthalten sind, das **beste Einvernehmen herstellen und unterhalten**. Darüber hinaus ist jede Betätigung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen, von polizeilichen Beschränkungen und Auflagen darf insoweit nur in dringendsten Fällen Gebrauch gemacht werden.

Dafür ist dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten, gegen kommunistische Terrorakte und Ueberfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und wenn nötig, rück-

sichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.

Der Schutz, der immer wieder in ihrer Betätigung eingeengten nationalen Bevölkerung erfordert die schärfste Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen gegen verbotene Demonstrationen, unerlaubte Versammlungen, Plünderungen, Aufforderung zum Hoch- und Landesverrat, Massenstreik, Aufruhr, Pressedelikte und das sonstige strafbare Treiben der Ordnungsstörer.

Jeder Beamte hat sich stets vor Augen zu halten, dass die Unterlassung einer Maßnahme schwerer wiegt als begangene Fehler in der Ausübung. Ich erwarte und hoffe, dass alle Beamten sich mit mir eins fühlen in dem Ziel, durch die Stärkung und Zusammenfassung aller nationalen Kräfte unser Vaterland vor dem drohenden Verfall zu retten.

SS erzwingt Freilassung

Königsberg, 8. März (1933)

Gestern gegen 20 Uhr versammelte sich vor dem neuen Gerichtsgebäude eine große Menschenmenge, in der man zahlreiche SS-Leute bemerkte. Eine Abordnung von etwa zwanzig SS-Leuten betrat das Gerichtsgebäude, um mit dem Oberstaatsanwalt und dem zuständigen Untersuchungsrichter über die Freilassung des seinerzeit unter dem Verdacht der Mitbeteiligung an den Zwischenfällen im August verhafteten Chauffeur Philipp des NSDAP-Gauleiters Koch zu verhandeln. Nach zweistündiger Verhandlung **wurde der Haftbefehl gegen Philipp aufgehoben**. Bei seinem Erscheinen auf der Straße wurde Philipp mit dreifachem Heil begrüßt, von zwei SS-Leuten auf die Schulter genommen und unter dem Beifall der Menge zum Auto gebracht, das ihn fortführte.

Altona

11. März (1933)

Nach einer Meldung aus Elmshorn sind dort im Laufe des Freitags **vier verurteilte Nationalsozialisten** des letzten Bombenlegerprozesses aus der Strafanstalt Rendsburg eingetroffen. Sie haben, wie zuverlässig verlautet, gegen ehrenwörtliche Verpflichtung einen längeren **Urlaub** erhalten, nachdem sich der örtliche Elmshorner Führer in Berlin für ihre Beurteilung eingesetzt hatte.

Die erste Woche

Berlin, 12. März 1933, Frankfurter Zeitung

Die erste Woche nach dem Wahlsieg Hitlers hat alles gehalten, was die kurze Zeitspanne seit dem Amtsantritt ihres Führers den Nationalsozialisten versprochen hat: vollkommene Beherrschung Deutschlands in allen seinen Teilen. Die Kombination **Hitler – Papen – Hugenberg** hat den ersten Ansturm nationalsozialistischer Siegesfreude überdauert, - und das musste so sein, wenn das Verlangen des Reichspräsidenten nach einer parlamentarischen Mehrheit befriedigt werden sollte. Die Kombination ließ ein gewisses Maß von Beschränkung der politischen Programmatik der NSDAP erwarten. Wir bezweifeln nicht, dass es manche Nationalsozialisten gibt, die finden, die Eroberung der Macht habe sich auf eine für die Besiegten viel zu glimpfliche Weise vollzogen. Wertmesser dessen, was geschehen ist und noch geschehen wird, kann indessen nicht die Geistesverfassung der siegreichen Truppen sein, sondern lediglich das Grundrecht, das jedem Deutschen durch die vom Reichspräsidenten und von den Reichsministern beschworene Verfassung gewährt wird. Man kann das Geschehene nicht nach den viel schlimmeren Dingen beurteilen, die hätten geschehen **können**, sondern nach dem, was in einem Verfassungs- und Rechtsstaat allein geschehen darf. Der Herr Reichspräsident hat dieser Regierung Vollmachten von allergrößtem Ausmaß gegeben. Wir verkennen allerdings nicht, dass eine der Vollmachten, nämlich das Recht zur Auflösung des Reichstags, die Autorität

der Regierung auf eine demokratische Weise sanktioniert hat.

Wer hätte zu Anfang dieses Jahres voraussehen können, dass die Entwicklung diesen jähen Verlauf nehmen werde? Während der Regierungszeit Papens und Schleichers erlitt die NSDAP schwere Niederlagen. Sie verlor nicht nur Stimmen, sie verlor Prestige bei Millionen ihrer Anhänger, und ihre Kassen wurden leer. Was sich umgekehrt auf der Regierungsseite zutrug, schien einen Umschwung vorzubereiten, denn man verspürte, dass die Bereitschaft des Volkes, kraftvoll und tonstark geführt zu werden, endlich wieder auch einem Nichtnationalsozialisten zugute kommen könne. Freilich, die demokratischen Parteien verbauten der Kombination Papen-Schleicher den Weg. Ein neues Aufatmen, als Schleicher allein wiederkehrte – aber, wie man bald sah, eine völlig verkannte Situation. Ein unbegreiflicher Beschluss des Ältestenrats, der den Antrag der NSDAP auf langfristige Vertagung des Reichstags verwarf, gab Herrn von Papen die Möglichkeit zur Durchführung seines Planes. Fast scheiterte er in der Nacht vom 29. auf 30. Januar: in letzter Stunde, deren Zusammenhänge noch unaufgeklärt sind, griff Hitler jedoch zu. Von nun an erkannten die Führer der NSDAP die einzigartige und unverhoffte **Chance**. Von nun an entwickelten sie einen Plan von unheimlicher Konsequenz. Mit beneidenswerter Energie führen sie ihn durch. Der Felsblock, der ins Wasser stürzte, setzt Welle auf Welle in Bewegung. Das Ende ist nicht abzusehen. Herr von Papen und seine Mithelfer erscheinen uns in diesem Stadium kaum mehr als Herren der Situation, eher als die Gefangenen ihres eigenen Spiels. Um den Reichspräsidenten aber, der noch vor einer Wo-

che auf den Wahlplakaten der NSDAP gleichsam als Schrittmacher benutzt wurde, ist es still geworden. Vor zwei Jahren, vor einem halben Jahr, ja sogar noch vor zwei Monaten bezeichneten wir es als die größte staatspolitische Aufgabe, die NSDAP an die Regierung heranzuführen – das ist heute erreicht, aber offensichtlich ohne jene Garantien, die man seinerzeit für unerlässlich gehalten hat. Es gibt tatsächlich kaum einen Funken von realisierbarer Macht in Deutschland, den die NSDAP nicht bereits in ihren sicheren Besitz gebracht und mit ihren privaten Formationen verknüpft hätte. Täuschen wir uns nicht über die Lage: allen denen, die nicht zu den 53 Prozent gehören, ist nichts verblieben als ihr unbewaffneter Leib und die Stärke ihrer Gesinnung. 48 Prozent oppositioneller Meinung wäre ein guter Anfang; aber wir alle wissen, dass nur ein recht kleines Häuflein versammelt ist, wenn wir alle diejenigen abrechnen, die zwar mit uns jenseits der Regierungsschranke stehen, die aber durch Denkart, Methoden und Ziele von uns getrennt sind.

Die Linksradikalen vollends, ihre militanten Führer und Verführer, denen der Hauptangriff der Regierung zurzeit gilt, waren stets auch unsere Gegner, es sind Menschen, mit denen wir und andere nichts gemein haben außer dem Bewußtsein, dass sie auf dem gleichen deutschen Boden und unter Verhältnissen groß geworden sind, die bisher niemand zu meistern vermochte und die auch nicht geändert sind, wenn man die kommunistischen Organisationen zertrümmert. Das Häuflein derer, die ihre Stimme zu Gehör bringen können und wollen, mag zusammenschmelzen, denn heute wäre jegliche Opposition machtlos, aber das Häuflein ist groß und stark durch die Gewissheit,

eine Gesinnung durch den Sturm tragen zu dürfen, die uns überliefert ist, seit es überhaupt in Deutschland Männer gab, die – vor Jahrhunderten – das Recht des Protestierens als ein geheiligtes Recht proklamierten, das Recht gegen Dinge anzukämpfen, deren stillschweigende Duldung ihr Gewissen gepeinigt hätte. Die nationalsozialistische Revolution ist Tatsache geworden. Wir sind ihrem Anfang näher als ihrem Ende. Wir alle leben und arbeiten unter einem Ausnahmerecht. Das ist an sich die Begleiterscheinung jeder wie immer gearteten Revolution. Eine gewaltige, in ihren Ausmaßen und ihrer Intensität großartige Bewegung geht durch das Volk. Millionen sind beglückt, Millionen! Hier müsste es gelten, aus dem Sieg einer Partei den Sieg eines Volkes zu machen – in einer späteren Zeit wird man die Führer der NSDAP danach bemessen, ob es ihnen gelungen ist, die neue Scheidung zwischen den Beglückten und den bedrückten Millionen durch **Staatskunst** so rasch wie möglich aus der Welt geschafft zu haben. Unzufriedene, Andersgläubige, Opponierende wird es immer geben – Unterdrückte, Bedrohte, Gefesselte darf es in einer großen Nation, die aus der deutschen Geschichte hervorgegangen ist, nicht geben, es sei denn, es handle sich um Hochverräter und Verbrecher. Die bolschewistischen Arrangeure kann man matt setzen, aber die Gründe, aus denen diese Aufwühler Zulauf hatten, sind damit nicht beseitigt – ebenso wenig wie die Herzen der Millionen gutwilliger Arbeiter dadurch für die neue Regierung gewonnen werden können, dass man sozialdemokratische Funktionäre, vollends solche, die während der Novemberrevolution die Spartakisten abgewehrt, oder die, wie Herr Sollmann, während des Ruhrkampfes ihre ganze Kraft

für das nationale Werk eingesetzt haben, überfällt und terrorisiert. Für jeden, den es trifft ist es fürwahr kein Trost, wenn er nur als Opfer „privater“ Aktionen oder rachsüchtiger persönlicher oder politischer Gegner geworden ist, die sich unbefugterweise einer Uniform bedienten. Durch diese Zustände, die der stellvertretende Vorsitzende einer der beiden Regierungsparteien (der Deutschnationalen) mit klaren Worten als ungesetzlich und mit dem „unverletzlichen Charakter des Rechtsstaates“ unverträglich bezeichnet hat, ist eine tiefe Erregung in weitesten Kreisen des Volkes geschaffen worden. Man begrüßt es deshalb allgemein, dass nunmehr Herr **Hitler** selbst den Zeitpunkt für gekommen sah, um in einem Aufruf die Verpflichtung zur Wahrung der Disziplin und zur Unterlassung und Bekämpfung ungesetzlicher Aktionen öffentlich zu statuieren. Wir bezweifeln nicht, dass dieser Befehl von allen Unterinstanzen streng beachtet werden wird, und wir hoffen, dass sich als Folge davon in kurzer Zeit eine gewisse Beruhigung der erregten Gemüter einstellen wird. Dann wird man sehen, ob es sich nur um schwer vermeidliche Uebergangerscheinungen handelt, in die sich die ungeheure Spannung löst, die sich besonders in der – jahrelang umstrittenen Zone zwischen SA und Kommunisten angesammelt hat. Nicht minder stark als diese glücklicherweise relativ vereinzelt gebliebenen terroristischen Ausschreitungen (über die man allerdings nur ungenügend informiert ist) interessiert uns die Frage, an welcher Stelle die Regierung selbst der Ausübung der Macht, über die sie nun restlos verfügt, eine politische Grenze setzen und das freie Spiel von Meinung und Gegenmeinung, von Argument und Gegenargument wieder herstellen will. Ihre

Machtposition ist stark genug, um zu einem normaleren politischen Leben überzugehen. Deutschland ist eine Schicksalsgemeinschaft, aus der man eine Arbeitsgemeinschaft machen muss. Opponieren ist kein Selbstzweck – aber selbst die allerstärkste Regierungsgewalt könnte die historische Tatsache unserer Schicksalsgemeinschaft nicht verleugnen. Die maßvolle Ausnützung der Siege ist noch immer der Prüfstein der Staatskunst gewesen.

Telegrammwechsel zwischen Joos und Göring wegen Hißung von Hakenkreuzfahnen

(März 1933)

Der **Reichsminister des Innern** teilte mit: Der Zentrumsabgeordnete **Joos** hat aus Köln folgendes Telegramm an den Reichsminister **Göring** gerichtet: „Ueberwiegender Teil der Bevölkerung ist mit Hißung von Hakenkreuzfahnen auf staatlichen und Kommunalgebäuden durch Organe der Nationalsozialistischen Partei **unter keinen Umständen einverstanden**. Zentrumsparlei verlangt Anordnung der sofortigen Einziehung und Durchführung der Anordnung unter Einsatz der für den Schutz aller Bürger bestimmten Polizei. Deutsche Zentrumsparlei, gez. **Joos** – Köln.“

Reichsminister **Göring** hat geantwortet wie folgt: „Der überwiegende Teil der Bevölkerung hat sich am 5. März zur Hakenkreuzfahne bekannt. Ein verschwindend kleiner Teil der deutschen Bevölkerung stimmte für das Zentrum. Ich bin dafür verantwortlich, dass der Wille der **Majorität** des deutschen

Volkes gewahrt wird, hingegen nicht die Wünsche einer Gruppe, die anscheinend die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden hat.

Reichsminister **Göring**.“

Die Rede des Vizekanzlers v. Papen in Münster

Münster 13. Mai (1933)

Auf einer gemeinsamen Kundgebung der NSDAP und des Stahlhelms von Westfalen-Nord in der Münsterhalle in Münster sprach heute abend Vizekanzler v. Papen zu einer vieltausendköpfigen Menge. Seine Rede wurde oft von Beifallsstürmen unterbrochen. Er führte etwa folgendes aus:

„In den Tagen der inneren Erhebung und in diesen Tagen des deutschen Frühlings, den wir alle erleben, sollten wir doch des alten Soldatengrundsatzes nicht vergessen, unsere Lage kühl und kritisch zu betrachten. So wie wir es einst gewohnt waren im Feld, um uns wieder einmal klar zu werden, dass große Siege und Entscheidungen niemals unverdient in den Schoß fallen, sondern dass sie errungen werden müssen mit dem Einsatz der ganzen Seele und der ganzen Persönlichkeit, mit der vollendeten Hingabe des Kämpfers, der gewillt ist, den Sieg aus den Sternen zu holen.“

Der **geistige Aufbruch**, in dem wir stehen, und der uns innerlich erfüllt, ist der Umwelt ein vollkommenes Rätsel geblieben. Wir wollen daran arbeiten, dass es im deutschen Lande bald nur noch eine Staatsauffassung gibt, die uns alle eint. So gewiss es ist, dass

Parteien und parteipolitisch Denkende heute keinen Raum mehr haben, so sicher ist es auch, dass die **geistige Uniformierung** des deutschen intellektuellen Menschen niemals das Produkt des Zwanges oder Konjunktur sein darf, sondern nur das **ehrllicher und aufrichtiger Ueberzeugung**. Der Kanzler hat erst kürzlich betont, dass er im **Stahlhelm** einen unverbrüchlichen Garanten der Nation erblicke. Wir, die wir uns heute losgemacht haben aus den Ideengängen der letzten anderthalb Jahrhunderte, werden nicht verstanden von denen, die mit ihrer Staatsform und ihrem soziologischen Denken noch in den Spuren der Französischen Revolution weiter wandeln. Aus diesem Nichtverstehen und aus der Unfähigkeit, die Größe des geistigen Umbruchs, der sich in Deutschland vollzieht, zu begreifen, hat sich ein außenpolitischer Ring um uns gezogen, der vollkommen den Augusttagen des Jahres 1914 gleicht.

Es wäre kindlich und der Stunde, in der wir leben, nicht würdig, wenn wir aus Ueberhebung oder aus Schwäche die Augen vor der Gefahr verschließen wollten, die unser nationales Leben zu bedrohen scheint.

Am kommenden Mittwoch wird der Reichstag und somit die deutsche Volksvertretung zusammentreten, damit die Umwelt erfahre, wie die Reichsregierung und das deutsche Volk über die Lage denken und welchen Weg sie zu gehen entschlossen sind. Die Welt darf dann aufhorchen und feststellen, dass ein großes Volk und der Träger einer alten Kultur nur für eine kurze Zeitspanne mit materiellen Mitteln der Lebensrechte beraubt werden kann, die ihm nach der göttlichen Ordnung der Dinge genau so zustehen wie allen anderen Mächten der Welt. Der

Kriegsminister einer fremden Macht hat dieser Tage von **Sanktionen** gesprochen, das Gedächtnis der Welt und dieser Staatsmänner scheint erstaunlich kurz. In Lausanne beglückwünschten sie mich und sich selbst, dass nach 14 Jahren die Irrtümer auf der Siegerseite, dass nun endlich der Wahnsinn der Reparationen beseitigt sei und dass mit dem Ende des Traums, Deutschland werde alles zahlen, nun auch der phantastische Gedanke ein seliges Ende gefunden habe, man könne Zahlungen mit militärischen Sanktionen erpressen. Diesem Kriegsminister ist es offenbar nicht bekannt, welche Hypokrisie darin liegt, den Völkerbund zu Sanktionen aufzufordern gegen eine Macht, die nichts tut als einen moralischen Kampf gegen unsittliche Verträge zu führen, während dieser gleiche Völkerbund es nicht einmal fertigbrachte, irgendeine Maßnahme gegen solche Mächte zu ergreifen, die zu den Waffen griffen und Krieg führten. Gegenüber dieser Lage werden wir fortfahren nichts zu tun als **unser Recht auf gleiche Sicherheit unter den Nationen zu fordern**, d. h. die Abrüstung den anderen gemäß dem Versailler Vertrag, nichts anderes. Wir werden zeigen, dass die Nation von heute mit eisern disziplinierten Nerven jeder Provokation gegenüber nur den Standpunkt des gleichberechtigten Friedens für alle verfechten wird. Der Vizekanzler streifte dann die Frage, was die politische Lage von jedem einzelnen verlange und betonte, dass der **Kampf gegen den Pazifismus** niemals gleichzusetzen sei mit dem Willen zum Krieg. Aus dem Pazifismus sei eine unkämpferische Lebensanschauung erwachsen. Statt die Energien zum Lebenskampf aufzupeitschen, wollte man jedem gewissermaßen Teppiche unter die Füße breiten. Die pazi-

fistische Kriegsliteratur tat so, als ob der eines unnatürlichen Todes gestorben sei, der auf dem Feld der Ehre gefallen sei. Was für den Mann das Schlachtfeld ist, ist für die Frau die Mutterschaft. Die Erhaltung des ewigen Lebens bedinge aber das Opfer des Individuellen. Der Geist von Langemark und der Geist der nationalen Revolution sind ein und dasselbe. Ihre Träger sind die soldatischen Menschen, die in der Seele und im Körper kämpferisch bleiben. Ob SA oder Stahlhelm, es ist derselbe Geist der Lebensbejahung, der Bejahung des Opfertods, der sich durch bittere Jahre hindurch erhält und dann hindurchbricht, um eine neue heroische Zeit zu begründen. Trotzdem sind die Aufgaben der beiden Formationen nicht die gleichen, weil das politische Gesetz, unter dem beide angetreten sind, Verschiedenheit aufweist. Wohl ist auch die SA eine Truppe, die vom Wehrhaftigen durchglüht ist, die Stoßkraft ihres Willens ist aber eine vornehmlich nach **innen gerichtete**, eine politische. **Der Stahlhelm** setzt von jeher die Traditionen der alten Armee fort. Die alte Armee war der Ausdruck des völkischen Behauptungswillens nach außen. Es gab keine innenpolitischen Probleme. Deshalb ist die Aufgabe des Stahlhelms eine **unpolitische**. Es wird oft die Frage an mich gerichtet, ob die Partner, die am 30. Januar die Regierung der nationalen Erhebung bildeten, nicht gleichberechtigt sind und die gleichen Aufgaben hätten. Schon am 21. Februar habe ich erklärt, dass unser vornehmstes Ziel sein wird, die drei großen Heeressäulen der nationalen Bewegung - den Nationalsozialismus, den Stahlhelm und die Kämpfer der konservativen Idee - **geistig zu verschmelzen** und dem Staat alle geistigen und freien Energien dienstbar zu machen, die in den

harten letzten 14 Jahren für eine bessere Zukunft gekämpft haben. Zu den wichtigen Aufgaben, die jeder zu erfüllen hat, darf es keinen anderen Wettbewerb geben als den, sich in der Hingabe an Volk und Vaterland gegenseitig zu übertreffen. Eine kluge Führung wird die Aufgaben abgrenzen und Formen finden, in denen die beiden großen Wehrorganisationen sich ergänzen und nebeneinander arbeiten können. Nur ein Volk ist seiner geschichtlichen Mission gewachsen, das versteht, die inneren Reibungen auf ein Mindestmaß herabzusetzen und die ganze Nation auf die außenpolitischen Bedürfnisse einzustellen. Dazu bedürfe es aber der **Selbstdisziplin und der inneren Zucht**. Ein erhabener Gedanke sei es, den unseligen Schrei zwischen Kapital und Arbeit und zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer **aus der Welt zu schaffen**, den Arbeiter zu einem vollberechtigten Mitglied der neuen Volksgemeinschaft zu machen. Wenn jemals in der Geschichte, dann müsse jetzt der Geist über die Materie siegen. Die **deutsche Arbeiterschaft** habe uns in jener denkwürdigen Sitzung am vergangenen Mittwoch ein heroisches Beispiel gegeben von dem Willen zur neuen Volkswerdung, und der Kanzler prägte an diesem Tag das Wort, dass er keinen größeren Stolz besitzen werde als den, am Ende seiner Tage sagen zu können, ich habe den deutschen Arbeiter erkämpft. Mit gleichem Recht wird er am Ende seines Lebens sagen dürfen, ich habe deutsches Soldatentum mit seinen unsterblichen Eigenschaften des Pflichtbewusstseins, des Muts, der bedingungslosen Hingabe an das Land seines Blutes, an die Heimat seiner Väter wieder in den Mittelpunkt des Denkens der deutschen Nation gestellt. Ich habe dem deutschen Volk das Vorbild des deutschen Soldaten gegeben.“

Volkssozialistisches Ehrengesetz

Neustadt (Hardt), 8. September (1933)

In der Pfalz ist zu einer Selbsthilfeaktion aufgerufen worden. Die Grundlage dafür bildet das sogenannte „Volkssozialistische Ehrengesetz“, das jetzt veröffentlicht worden ist. Es enthält acht Artikel.

Nach **Artikel 1** hat sich das pfälzische Volk dieses Ehrengesetz selbst gegeben. In **Artikel 2** heißt es u. a.: Wer sich vergeht an Wesen und Inhalt der sozialistischen Volksgemeinschaft, über den sprechen die durch ihren Sozialismus verbundenen Volksgenossen in ihrer Gesamtheit die Strafe aus. Ein solches Urteil spricht dem anderen das Recht ab, sich Volksgenossen zu nennen und entbindet die Gesamtheit, ihn als Volksgenossen zu betrachten. **Artikel 3** stellt die Verstöße gegen das Ehrengesetz fest. Danach macht sich eines Vergehens schuldig, wer bewusst die volkssozialistische Aktion sabotiert, wer als Mitglied des Kuratoriums der volkssozialistischen Selbsthilfe usw. seine ihm übertragene Tätigkeit vernachlässigt, wer als Mitglied der Aktionsorganisationen Rücksichtnahme persönlicher Art übt anstatt seine Befangenheit zu erklären, wer als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer während seiner Mitgliedschaft pflichtwidrig handelt und wer auch nur einen Pfennig der volkssozialistischen Selbsthilfe veruntreut oder verwirtschaftet.

Ueber die Durchführung des Ehrengesetzes wacht ein Ehrengericht. Folgende Strafen können verhängt werden:

Einfacher Verweis, strenger Verweis, Entzug des

Ehrenzeichens der Volkssozialistischen **Ehrenlegion**, Verhängung der Volksacht. Die Organisationen der Volkssozialistischen Ehrenlegion werden in Artikel 7 behandelt. Mitglieder der Ehrenlegion sind Betriebe, Aemter - Geschäfte, die jedes einzelne Glied zu einer Zelle zusammenfassen und sich zu einem festen täglichen Beitrag verpflichten. Alle diese Betriebe usw. führen auf dem Geschäftsbriefbogen, am Schaufenster usw. ein Ehrenzeichen. Grundsätzlich gibt (nach Artikel 8) jeder nach seinem Gewinn, seinem Gehalt, seinem Lohn und Einkommen; keiner gibt mehr als er kann, keiner weniger, als ihm der Volksgenosse wert ist.

Unter Angabe der täglichen Abgabe werden die korporativen Mitglieder der Ehrenlegion veröffentlicht. Das Ehrengesetz stammt von der **Gauleitung Pfalz der NSDAP**.

150.000 Versammlungen in zwei Monaten. Reichsminister Dr. Goebbels vor den Mitgliedern des Gaus Groß-Berlin
Berlin, 14. September 1933,

Hamburger Fremdenblatt

Auf der Mitglieder-Versammlung des Gaus Groß-Berlin der NSDAP hielt Reichsminister Dr. Goebbels gestern abend eine wiederholt von Beifallstürmen unterbrochene Rede. Er führte u. a. aus: „Ich glaube, dass Entscheidende und auch das Historisch-wertvollste ist die Tatsache, dass wir jetzt in Deutschland

eine einzige zentrale Leitung haben, dass nicht mehr hundert Instanzen durcheinander zischen. Die Einigung, die wir in Deutschland vollzogen haben, ist noch bedeutungsvoller für unsere Zukunft als die Bismarcksche Einigung. Denn Bismarck einigte nur die Fürsten und die Länder, Hitler aber einigte das Volk. Damit ist Deutschland wieder als Faktor in die große Weltpolitik eingeschaltet. Ich will damit nicht sagen, dass der verfassungsgemäße Umbauprozess schon beendet sei. **Das Gesetz über die Reichstatthalterschaften ist nur Anfang, und dieser Anfang muss weiter fortgesetzt werden. Der Führer hat in Nürnberg gesagt, dass wir nicht die Aufgabe haben, die Länder zu konservieren, sondern vielmehr die Aufgabe, sie zu liquidieren.**

Es ist gut, dass wir mit dem Erreichten nicht zufrieden sind. Denn wollten wir einmal zufrieden sein, dann wäre es das Beste, wir träten von der Bühne der öffentlichen Politik ab. Ob wir im Augenblick schon zu einem materiell glücklichen Zustand kommen, ist nicht so erheblich. Je mehr Aufgaben wir hinter uns gebracht haben, um so größer wird die Aufgabe, die vor uns liegt. Denn wir dürfen nicht nur wissen, dass wir die Macht besitzen; wir müssen auch wissen, dass wir die Verantwortung tragen.

Gewiss ist es uns manchmal hart angekommen, deutsche Menschen, die als Verführte der kommunistischen Fahne gefolgt waren, mit harten und drakonischen Strafen zu belegen. Aber auch das war notwendig. Wir waren damals im Begriff, in den bolschewistischen Umsturz hineinzuschlittern. Hätte die Regierung Hitler nicht zugegriffen, dann wäre das Chaos unvermeidlich gewesen. **Heute kann von einer kommunistischen Gefahr nicht mehr gespro-**

chen werden. Das sind Sektierer, die noch versuchen, im Lande Unfrieden zu stiften und auf Schreibmaschinen-Flugblättern die breiten Massen zu mobilisieren. Schlimmer ist schon, was die kommunistischen Hetzer betreiben, die außerhalb unserer Landesgrenzen sich befinden. Wenn ich das mir vor einigen Tagen in die Hände gefallene „**Braunbuch**“ durchblättere, und wenn ich da haarscharf bewiesen sehe, dass in meinem Kopf der Plan zum **Reichstagsbrand** entstanden wäre, und dass der preußische Ministerpräsident Göring ihn praktisch durchgeführt habe, so kann ich nur sagen: Herr, vergibt ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Ich glaube nicht, dass das Ausland diese Dinge ernst nimmt.

Die Macht ist in unserer Hand. Und nicht nur besitzen wir die Macht, wir besitzen auch das Volk. Ich möchte fast sagen, dass wir sogar viel zu viele haben, mehr als wir brauchen. Denn die, die heute am Ueberschwänglichsten sind, werden am tiefsten die Köpfe hängen lassen, wenn es wieder einmal bunt wird. Sie sagen: Ach, die nationalsozialistische Bewegung kann **nur Feste** feiern! Wenn das der Fall wäre, so wäre das doch immerhin schon etwas, denn das konnte die Republik nicht. Ich denke noch mit schauern an die herrlichen Verfassungsfeiern mit Bockwürsten und ähnlichen Scherzen. Gewiss, Feste feiern, das verstehen wir. **Aber wir feiern nicht Feste, ohne Anlass, und jedes Fest hat einen Sinn, und nach jedem Fest kommt irgendeine Aktion, die durch das Fest erst möglich gewesen ist.**

Wenn wir uns in Nürnberg zu einer einigenden deutschen Nation zusammenschlossen, so ist es nur dadurch möglich, heute an die Solidarität dieser Nati-

on zu appellieren und gegen Hunger und Kälte des kommenden Winters zu kämpfen. (Starker Beifall.) Es glaube doch niemand, dass uns so etwas zufällig einfällt. Nein! Wir haben einen großangelegten Plan. Dieser großangelegte Plan existiert schon seit Jahren. Dieser großangelegte Plan wird Stück um Stück und Zug um Zug verwirklicht, und jeder große Tag der Nation ist nur ein Markstein auf dem Wege zur Verwirklichung dieses einen großen Planes.

Diese Regierung hat auch auf anderen Gebieten nicht gefackelt. Wir haben nicht etwa die **Korruption** der demokratischen Republik so unbesehen mit übernommen, sondern wir haben immer ausgemistet und das ist noch lange nicht zu Ende, das geht immer noch weiter. Der Ansturm gegen die Arbeitslosigkeit ist zweifellos gelungen. Kein Land kann, wie das deutsche Volk, von sich behaupten, dass seine Arbeitslosigkeit in einem Sommer um zwei Millionen gesunken sei. **Das Winterhilfswerk, das wir jetzt durchführen, ist ein Sozialismus der Tat.**

Man hat uns in der Vergangenheit zu oft vorgeworfen, wir seien Heiden. Ich glaube aber, es hat in Deutschland noch niemals eine Regierung gegeben, die so christlich handelt. Das ist praktische Nächstenliebe, die sich nicht mit einem Lippenbekenntnis begnügt.

Im Auftrag des Führers habe ich heute nachmittag für die gesamte Organisation die Anordnung herausgegeben, dass **mit dem 1. Oktober ein großer Propagandafeldzug** der nationalsozialistischen Bewegung einsetzt. Jeder Redner ist aufgefordert, wenn er ein hohes Staatsamt bekleidet, in zwei Monaten 15, und wenn er kein Staatsamt bekleidet, in zwei Monaten 25 Termine für Versammlungen zur Verfü-

gung zu stellen. **Wir werden in zwei Monaten 150.000 öffentliche Versammlungen abhalten. Wir werden wieder mit dem Volk die lebendige Verbindung aufnehmen.**

Der Führer wird, wie immer, bei allen Gelegenheiten, so auch hier, sich an die Spitze der Versammlungskampagne stellen. Nachdem wir in den Regierungsgeschäften das Größte hinter uns haben, werden wir uns wieder mit voller Kraft unserer Bewegung widmen.

Aufgaben von gigantischer Größe warten unserer. Wir werden noch tausend- und abertausendmal in unserem Leben den Ruf ausstoßen, den wir so oft in der Vergangenheit ausgestoßen haben, als wir noch um die Macht kämpften: Es lebe unser Führer, es lebe unsere Partei!

Das Gewissen der Partei

Berlin, 18. Januar (1934)

Eine große Kundgebung aller Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Nahrungsmittelgewerbes in der Deutschen Arbeitsfront fand gestern abend im Sportpalast statt. Dr. **Ley** führte u. a. folgendes aus: Die Schuld an der Arbeitslosigkeit lag zum guten Teil in der Lebensverneinung unseres Volkes. Der Nationalsozialismus ist die Lehre der **Lebensbejahung, der Treue und der Kameradschaft**. Was helfen alle Verträge, - das hat uns die Vergangenheit bewiesen -, wenn sie von Menschen gemacht werden, die beim Abschluss dieser Verträge nur den einzigen Gedanken haben, wie sie die Verträge hintergehen können!

(Stürmischer Beifall.) Andere Menschen müssen wir in unserem Volke haben, neue Volksgenossen. Wir haben jetzt eine neue Waffe. Wir werden den Unanständigen für alle Zeit ausrotten. Stellen Sie sich einmal vor: Einem Betriebsführer wird vom Ehrengericht das Recht aberkannt, seinen Betrieb weiterzuführen! Ein einziger Spruch dieser Art gilt mehr als alle Tarifverträge! Hinzu kommt das Gewissen der Partei. **Sie wird darüber wachen**, dass dieser aus Kameradschaft geborene und von Treue getragene Sozialismus niemals mehr in unserem Volk untergeht.

Der Gauleiter gibt Rechenschaft. Hamburg wurde festes Bollwerk für die Nationalsozialisten

(Anfang 1934)

Eine Veranstaltung des NSDAP-Gaus Hamburg im Zoo. Tausende drängen sich in den großen Hallen. Schon vor der Zeit sind alle Plätze besetzt. Als die Kundgebung beginnt, sind die Hallen überfüllt. Der Gauleiter Reichsstatthalter **Kaufmann** wird mit ungeheurem Jubel von den Massen empfangen. Und als sein Stellvertreter, Pg. **Henningsen**, die Riesenversammlung eröffnet, setzt erneutes, lebhaftes Händeklatschen ein. Dann spricht **der Gauleiter**.

Als Hintergrund für seinen Rechenschaftsbericht über die Aufbauarbeit der NSDAP in fünfzehn Monaten zeichnet er einleitend kurz das Bild der Lage, wie sie der Nationalsozialismus bei der Machtübernahme vorfand. Außenpolitisch war das deutsche Volk ehr-

los, wehrlos und machtlos. Und innenpolitisch: parlamentarische Misswirtschaft, Parteienstreit und ein Trümmerhaufen anstatt einer geordneten Wirtschaft. Dazu eine Steuerpolitik, die sich nicht auf die Erträge der Arbeit stützte, sondern die Substanz angriff und damit die Möglichkeiten zu Arbeit, Lohn und Brot ständig weiter beschneidet. Wir setzten uns ein erstes großes Ziel: Die **Beseitigung der Erwerbslosigkeit**. Rückschläge und Fehler, bei den von uns getroffenen Maßnahmen sind nicht entscheidend, entscheidend ist vielmehr der gewaltige Rückgang der Erwerbslosenziffer. In verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es, ihre Zahl auf zwei Millionen herabzudrücken. Der Erfolg der Arbeitsschlacht hat unsere Hoffnungen auf allen Gebieten weit überschritten. Wie der Staatssekretär Reinhardt erklären konnte, haben die **Umsatzsteuer- und Lohnsteuererträge die Voranschläge weit überschritten**. Wer den Mut zur Wahrheit hat, muss zugeben, dass in den letzten Monaten auf allen Gebieten der Wirtschaft Ungeheuerliches geleistet wurde.

Genau so vordringlich, wie die Sorge für die Arbeitslosen war für uns die **Bauernpolitik**. Denn ein Volk darf die Selbstversorgung als Basis seiner Existenz niemals aus der Hand geben. Der Reichsstatthalter erläutert in diesem Zusammenhang die bisher zum Schutze der Bauern, zum Schutz von Blut und Boden getroffenen Maßnahmen: **Vollstreckungsschutz, Mindestpreise, Erbhofgesetz**. Er fährt dann weiter fort: Wir werden die zweiten und dritten Bauernsöhne auf dem Lande ansiedeln, um das sich mancher Großgrundbesitzer seit Jahrhunderten nicht mehr bekümmert hat; denn wertvoll sind für uns nicht Großgrundbesitzer mit Tausenden von Morgen, die

polnische Landarbeiter beschäftigen. Wertvoller sind 100.000 **fest mit Boden und Scholle verwurzelte Bauern, die eine Garantie für die Zukunft bilden, dass der deutsche Raum im Osten nicht durch falsche Politik noch weiter gefährdet wird.**

In Hamburg hat man sich mit der Frage der Kontigentierung und der Einfuhrbeschränkung landwirtschaftlicher Erzeugnisse vielfach Sorgen gemacht. Mit schwerer Sorge für Hamburg im Herzen habe ich mich den größeren Notwendigkeiten des Augenblicks fügen müssen. Die Frage der Autarkie ist heute grundsätzlich geklärt.

Wir haben feststellen müssen, dass Deutschland ohne Ein- und Ausfuhr nicht leben kann. Wer aber nach Deutschland einführen will, der muss allerdings auch bereit sein, etwas von Deutschland abzunehmen.

Wir können in der Rohstoffversorgung nicht auf das Ausland verzichten. Inwieweit das Ausland daran zu beteiligen sein wird, hängt davon ab, in welchem Maße das Ausland unseren Notwendigkeiten Verständnis entgegenbringt. Selbstverständlich darf die Industrie das Exportgeschäft nicht vernachlässigen.

Das Reich muss erkennen, dass es, wenn es überhaupt in Zukunft in der Güterverteilung der Welt eine Rolle spielen will, auf Hamburgs Erfahrung nicht verzichten darf. Wir sind und bleiben Deutschlands Tor zur Welt und werden als größter Hafenplatz Deutschlands unsere Aufgaben erfüllen. Wir stehen bereits mitten in dieser kommerziellen und historischen Entwicklung.

Pg. Kaufmann beginnt nunmehr, die Lage und Entwicklung Hamburgs in den letzten fünfzehn Monaten aufzuzeichnen. Bei der Machtübernahme hat uns

zunächst vor der Einstellung der Hamburger Beamenschaft, die ja alles andere war, als nationalsozialistisch, gequält. Bei der Anpassung des staatlichen Verwaltungsapparats an die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind wir großherzig gewesen. Deshalb sollten alle die, die von unserem Staat so großherzig behandelt wurden, **diesen großherzigen Staat nunmehr auch aus vollem Herzen bejahen.**

Der Fehlbetrag im hamburgischen **Haushalt** konnte im letzten Jahre um 27 Millionen Mark reduziert werden. Dieser Betrag wurde eingespart durch die Verminderung der Zahl der Senatoren von zwölf auf sechs und durch **den Verzicht sowohl der Senatoren, als auch aller führenden Beamten dieses Staates**, auf den Teil ihres Gehalts, der unseren Forderungen vor der Revolution entspricht.

Auch die **Arbeitslosigkeit** ist, trotz der besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage Hamburgs gesunken. Und zwar in stetiger Entwicklung von rund 165.000 auf 105.000 (37 Prozent). Der stillgelegte **Schiffsraum** ist größtenteils wieder in Fahrt gegangen: Er sank von 750.000 auf 227.000 Tonnen.

Ich werde alles tun, was in meiner Macht steht, damit **Exporteure, die nicht einmal den Versuch machen, deutsche Schiffe zum Transport zu benutzen, bei der Zuteilung von Devisen unberücksichtigt** bleiben.

Zur politischen Lage weist der Reichsstatthalter auf die Tatsache hin, dass die Nationalsozialisten Hamburgs mit ihrem Führer Adolf Hitler in Hamburg erstmalig die Macht des Marxismus gebrochen haben. Von denen, die heute nörgeln und kritisieren, haben wir damals keinen in unseren Reihen kämpf-

fund auf den Straßen des roten Hamburgs gesehen. **Hamburg ist ein festes Bollwerk für den Nationalsozialismus geworden.** Das beweist schlagend das Ergebnis der **Vertrauensmänner-Wahlen** mit 80 Prozent Stimmen für die nationalsozialistische Liste. Ja sogar im einst so roten Hafen stimmten teilweise bis zu 90 Prozent. Dass das so bleibt, soll weiter meine Sorge sein. Der Hamburger Schaueremann ist meistens wertvoller für uns als der größte Teil der ewig negierenden „Intellektuellen“.

Rund 250.000 bis 280.000 Hamburger Volksgenossen sind im Nationalsozialismus organisiert. Und dass diese Massen marschieren, haben sie zur Genüge bewiesen. Das soll sich jeder vor Augen halten, der glaubt, heute noch etwas gegen den nationalsozialistischen Staat unternehmen zu können. Vier Millionen Parteigenossen stehen auf der Wacht. Unzählige SA- und SS-Männer sind bereit, ihren gefallenen Kameraden nachzugehen, wenn es gilt, diesen Staat zu verteidigen.

Eine scharfe Abrechnung hält der Gauleiter zum Schluss seiner Rede mit allen, die heute noch abseits stehen. Besonders scharfe Worte findet er gegen jene Teile des katholischen Deutschlands, die niemals bereit waren und sind, auf politische Absichten Verzicht zu leisten. Hitler ist es gelungen, dem falschen „**Zünglein an der Waage**“, dem **Zentrum** den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Mit aller Deutlichkeit zieht der Redner dann gegen die Monarchisten ins Feld, wenn er sagt:

Wenn Monarchie Führertum, geboren aus Kampf und Leistung bedeutet, so ist die Frage auch für

uns noch nicht ganz geklärt. Wenn aber heute davon gesprochen wird, dass der Aufstieg Deutschlands nur durch die Wiederherstellung der Dynastien möglich sei, dann machen wir darauf aufmerksam: Solange in Deutschland ein SA-Mann steht, kommen die Dynastien nie wieder. Wir sind den Jahrhunderten nachgeeilt mit unserer Volk- und Staatwerdung. Und nicht zuletzt durch die Schuld der Fürsten.

Wir erheben weiter die Forderung: wer im Dritten Reich besitzt, muss sich darüber klar sein, dass Besitz verpflichtet. Führung wird nur durch Liebe, Fürsorge und Leistung erworben.

Ein Volk, das seiner Jugend den Platz an der Sonne sichern will, seine Zukunft nicht preisgibt, wird immer um diese Zukunft kämpfen müssen. Der Führer hat uns das große außenpolitische Ziel gezeigt: **Gleichberechtigung und Friede. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass auch die Jugend der anderen Völker zur Staatwerdung aufbrechen wird, soweit sie nicht schon aufgebrochen ist. Dann wird der Wahnsinn des Kapitalismus, der Parlamente und falschverstandener Dynastien bei allen Völkern sein Ende finden.** Uns hat das **Schicksal** den Krieg **verlieren** lassen, **damit wir den Weg in die neue Zeit finden.** Unser Weg ist uns vorgezeichnet. Unser Schicksal liegt in Deutschland. Deutschland aber ist die Einheit des deutschen Volkes. Es gibt in dieser Zeit, in der wir leben, keine Lösung, als mit dem Führer zu gehen bis das Ziel erreicht ist: **Ehre, Arbeit, Brot und Friede.**



Reichsstatthalter Kaufmann bei Kl. Die Schwe

Phot.: W. B.

Der Reichsbischof hat im Einverständnis von Staat und Partei den Hn. Jaeger, Ministerialdirektor im preussischen Kultusministerium und Amtswalter der Reichsparteileitung, in das Geistliche Ministerium berufen. Jaeger wird dort als rechtskundiges Mit-

DNB. Bern, 12. April. Als Sprechende Regierung benutzte der Vorsteher des Wirtschaftsdepartements, Bundesrat Schu Tag der Schweizerischen Mustermesse Reihe grundlegender Erklärungen. G lichen Meinungen entgegen, die nach

Mit der Alle steht noch immer mit gefallenen Händen da; es

Aus Elisabeth Flügges
Kladde:
Karl Kaufmann

Notizen von Elisabeth Flügge

Juni 1934

Im ganzen Reich werden jetzt Riesenpropagandareden, Vorträge, Aufmärsche, Demonstrationen, Versammlungen etc. abgehalten. Man nennt das den Feldzug gegen Miesmacher, Meckerer, Nörgler und Reaktion. Wie wohl klingt es, unser heutiges Schriftdeutsch (mies ist nebenher der jüdischen Sprache entnommen).

22. Juni 1934

Vizekanzler von Papen hat in Harburg eine Rede gehalten, die die Regierung in großen Schrecken versetzt hat. Alle ausländischen Zeitungen, auch die Frankfurter, die sie wiedergeben, sind verboten bzw. eingezogen worden. Papen sei gezwungen worden, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Dem soll aber Hindenburg nicht stattgegeben haben. Papen und Hitler sind in Neudeck bei Hindenburg. Papens Rede hatte folgenden Inhalt: „Eine offene und männliche Aussprache frommt dem deutschen Volke mehr als der ventillose Zustand einer Presse, von der der Propagandaminister festgestellt hat, dass sie kein Gesicht habe. Dieser Mangel existiert ohne Zweifel. Die Presse wäre ja eigentlich dazu da, das Volk darüber zu unterrichten, wo sich Mängel eingeschlichen haben, wo sich Korruption einnistet, wo schwere Fehler gemacht werden und ungeeignete Männer am falschen Platze stehen, wo gegen den Geist der deutschen Revolution gesündigt wird. Ein anonymer oder geheimer Nachrichtendienst vermag nie diese Auf-

gabe der Presse zu ersetzen. Wenn aber berufene Organe der öffentlichen Meinung das geheimnisvolle Dunkel, das zurzeit über der deutschen Volkstimmung gebreitet scheint, nicht genügend lichtet, so muss der Staatsmann selber eingreifen und die Dinge beim rechten Namen nennen. Der Staatsmann und Politiker kann den Staat reformieren, aber nicht das Leben selbst. Nicht alles Leben kann organisiert werden, weil man es sonst mechanisieren könnte. Der Staat ist Organisation, das Leben ist Wachstum. So kann der Staat wohl eine Geschichtsauffassung begünstigen, aber er kann sie nicht konstruieren. Sie fußt auf exakter Forschung, deren Missachtung sich immer rächt. Die Gegenrevolution gegen die liberalistische Revolution von 1789 kann nur eine konservative sein. Es geht nicht darum, einen Stand niederzuhalten, sondern zu verhindern, dass ein Stand sich des Staates bemächtigt und für sich einen Totalitätsanspruch erhebt. Jede natürliche und göttliche Ordnung muss so verloren gehen. Es droht die Revolution in Permanenz. Der deutsche Staat, meine ich, wird einst seine Krönung in einer Staatsspitze finden, die den politischen Kämpfen entrückt ist. Die Vorherrschaft einer einzigen Partei anstelle des mit Recht verschwundenen Mehrheitsparteiensystems erscheint mir geschichtlich als ein Übergangsstadium, der nur solange Berechtigung hat, als es die Sicherheit des Umbruchs verlangt und bis die neue personelle Auslese in Funktion tritt. Denn die Logik der anti-liberalistischen Entwicklung verleugnet das Prinzip

einer organisierten politischen Willensbildung, die auf Freiwilligkeit aller Volksteile beruht.“

Alles Große kommt aus dem Geiste. Über den Kirchenkonflikt sagte Papen u. a. folgendes: „Darum, ob das neue Reich kirchlich sein wird oder sich in Sektierertum und halbreligiösem Materialismus verliert, wird gerungen werden. Das wird einfach sein, wenn alle Versuche, die Kirche von Staatsgewalt her in der Richtung einer gewaltsamen Reformation zu beeinflussen unterbleibt. Man soll sich darüber nicht täuschen, dass aufgezwungene Glaubenskämpfe Kräfte auslösen werden, an denen auch Gewalt scheitern muss. Man sollte auch in jenen Kreisen, die eine neue arteigene religiöse Einrichtung erhoffen, sich einmal die Frage stellen, wie sie sich die Erfüllung der politischen Aufgaben in Europa vorstellen, wenn wir uns freiwillig aus der Reihe der christlichen Völker ausschließen. Wir dürfen uns nicht geistig von der Grenze abschließen und uns freiwillig in ein Ghetto begeben. Mangelnder oder primitiver Intellekt berechtigt noch nicht zum Kampf gegen den Intellektualismus. Und wenn wir uns heute manchmal über 150%ige Nationalsozialisten beklagen, dann sind das solche Intellektuelle ohne Boden, solche, die Wissenschaftlern von Welt Ruf ihre Existenz streitig machen möchten, weil sie kein Parteibuch haben. Hüten wir uns vor der Gefahr, die geistigen Menschen von der Nation auszuscheiden. Und seien wir des Umstandes eingedenk, dass alles Große aus dem Geiste kommt. Man wende auch nicht ein, die geistigen Menschen entbehren der Vitalität. Die Verwechslung von Vitalität und Brutalität würde eine Anbetung der Gewalt verraten, die für ein Volk gefährlich ist.“

Disziplin und Freiheit. *Auch die straffste Disziplin muss durch gewisse Freiheiten ergänzt werden. Die Anwendung militärischer Disziplin auf das Gesamtleben eines Volkes muss sich in den Grenzen halten, die der menschlichen Anlage nicht zuwider laufen. Das Gerede von der zweiten Welle, die die Revolution vollenden wird, will kein Ende nehmen. Wer verantwortungslos mit solchen Gedanken spielt, der soll sich nicht verhehlen, dass einer zweiten Welle leicht eine dritte folgen kann. Und dass, wer mit der Gewalt droht, am ehesten unter das Fallbeil gerät.*

Es wird viel von dem kommenden Sozialismus gesprochen. Haben wir eine Nationalrevolution erlebt, um das Programm des Bolschewismus durchzuführen? Kein Volk kann sich den ewigen Aufstand von unten leisten. Einmal muss die Bewegung zuende kommen. Einmal ein festes Gefüge entstehen, zusammengehalten durch eine unbeeinflussbare Rechtspflege und durch eine unbestrittene Staatsgewalt. Deutschland darf nicht ein Zug ins Blaue werden, von dem man nie weiß, wann er zum Halten kommt. Die Regierung ist wohl unterrichtet über alles das, was an Eigennutz, Kleinlichkeit, Unwahrhaftigkeit, Unritterlichkeit und Anmaßung sich unter dem Deckmantel der deutschen Revolution ausbreiten möchte. Sie täuscht sich auch nicht darüber hinweg, dass der reiche Schatz an Vertrauen, den ihr das deutsche Volk schenkt, bedroht ist. Wenn man Volksveredelung will, so darf man die Klugheit des Volkes nicht unterschätzen und es nicht unausgesetzt bevormunden wollen. Nicht durch Aufreizung, insbesondere der Jugend, nicht durch Drohungen gegen hilflose Volksteile, sondern nur durch eine verantwortungsvolle Aussprache mit dem Volk kann die Zuversicht gehoben wer-

den. Das Volk wird dem Führer in unverbrüchlicher Treue folgen, wenn man es mit raten und mit taten lässt. Wenn nicht jedes Wort der Kritik als böswillig ausgelegt wird und wenn verzweifelnde Patrioten nicht zu Staatsfeinden gestempelt werden.

Es ist an der Zeit, in Bruderliebe und Achtung vor den Volksgenossen zusammenzukommen, das Wirken ernster Männer nicht zu stören und doktrinäre Fanatiker zum Verstummen zu bringen. “

26. Juni 1934

Interessant ist Goebbels Entgegnung auf diese Rede, die er in Essen beim Sonnenwendfeuer vom Stapel gelassen hat am 24. Juni. Er sagte u. a.: „Ich bin der Meinung, dass der bisherige Verlauf der nationalsozialistischen Revolution nicht nur uns selbst, sondern das ganze Volk verwöhnt hat. Viele Gegner dachten an Inflation, Wirtschaftsverfall, Bürgerkrieg, Invasion, Ruhrbesetzung, alles das ist nicht eingetreten. Das Schicksal hat uns derart verwöhnt, dass wir heute das Maß für momentane Schwierigkeiten verlieren. Es soll niemand glauben, unsere Feinde hätten sich in die Mauselöcher verkrochen. Sie sitzen darin, aber sie warten nur auf ihre Stunde. Wenn wir sie in Ruhe lassen, so nur deshalb, dass sie aus ihren Mauselöchern herauskommen. Geschenkt wird ihnen nichts. Ich bin der Meinung, dass die nationalsozialistische Erziehungsarbeit den größten Erfolg bei der Arbeiterschaft gehabt hat. Der Feind des Nationalsozialismus sitzt nicht im Arbeiter, er sitzt bei den vornehmen Herren (!). Als die Revolution ausbrach, gingen sie mit fliegenden Fahnen zu uns über. Als wir sie nicht mit offenen Armen aufnahmen, zogen sie sich in die Schmollwinkel zurück. Dort opponierten sie in

einem ganz kleinen Kreis. Aber sie haben keine Möglichkeit, das Volk zu beeinflussen. Sie haben dabei verschiedene Erscheinungsformen, in denen sie auftreten, einmal als Reserveoffiziere, dann als Intellektuelle, als Journalisten, als Geistliche. Das Volk muss sich mit dieser Klicke auseinandersetzen und muss wissen, das ist eigentlich dieselbe Klicke, wie wir sie vor dem Kriege und während des Krieges erlebten.

Auf wirtschaftlichem und journalistischem Gebiet ist noch nicht alles so wie es sein soll. Ich kann zwar Pressegesetze erfinden, aber keine Journalisten.

Meine Parteigenossen. Das Recht zur Kritik hat nur die NSDAP allein. Allen anderen streite ich sie ab. Das Recht der Kritik wird von der NSDAP in ausreichendem Maße in Anspruch genommen. Ich halte es aber nicht für richtig, dass die Bedenken der führenden Schicht (Papen!!) vor die ganze Öffentlichkeit gebracht werden. Es genügt, wenn die Schicht, die die Mängel ändern kann, über die Mängel spricht. Derjenige, der sie nicht ändern kann, braucht auch nicht darüber zu reden. Ihr müsst in der Presse das goldene Mittel finden.

So ist es auch mit den Kirchen. Wir stehen auf dem Boden des positiven Christentums. Wir können uns nicht an eine Konfession binden. Wir sind nicht katholisch, sind nicht protestantisch, sondern Deutsche. Wir haben gar nicht das Zeug zur religiösen Reformation in uns, dazu sind wir zu wenig Asketen. Wir wünschen uns, mit der Kirche in Frieden zu leben. Aber die Kirche muss auch uns in Frieden lassen. Die Revolution ist im Zeichen von Diskussion und Loyalität verlaufen.

Gewiss haben wir den Marxismus vernichtet, aber

wir dulden heute noch die Reaktion. Wenn der Führer heute vor die Bewegung träte und sagte, jetzt wollen wir ihnen zeigen, was wir mit ihnen machen, in 24 Stunden wären sie verschwunden (tosender Beifall)! Ich bin überhaupt der Meinung, dass wir die Macht haben alles zu tun, was wir für richtig halten. Unsere Macht ist unbeschränkt.“

Dann folgt eine Lobrede auf die Tugenden des Führers. Besonders seine Zähigkeit wird gepriesen. Und zum Schluss: „Wir müssen im Augenblick, wo die

Gefahr kommt, den ganzen Mut und die Kraft zusammenfassen und gegen die Krise anstürmen bis sie am Boden liegt. Wenn sie nicht beim ersten Stoß fällt, dann beim zweiten. Wir haben Großes vollbracht und werden noch Großes zu vollbringen haben.“

2. August 1934

Heute Morgen um 9.25 Uhr ist Hindenburg gestorben. Was wird nun kommen?

Erlass des Reichskanzlers zum Vollzug des Gesetzes über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 1. August 1934 (Reichsgesetzblatt I S. 747)

Vom 2. August 1934

Das Volk soll abstimmen.

Hitlers Schreiben an den Innenminister /Sitzung des Kabinetts

Der Führer und Reichskanzler hat an den Reichsinnenminister folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Reichsinnenminister!

Die infolge des nationalen Unglückes, das unser Volk getroffen hat, notwendig gewordene gesetzliche Regelung der Frage des Staatsoberhauptes veranlasst mich zu folgender Anordnung:

1. Die Größe des Dahingeshiedenen hat dem Titel Reichspräsident eine einmalige Bedeutung gegeben. Er ist nach unser aller Empfinden in dem, was er uns sagte, unzertrennlich verbunden mit dem Namen des großen Toten. Ich bitte

daher, Vorsorge treffen zu wollen, dass ich im amtlichen und außeramtlichen Verkehr wie bisher nur als Führer und Reichskanzler angesprochen werde. Diese Regelung soll für alle Zukunft gelten.

2. Ich will, dass die vom Kabinett beschlossene und verfassungsrechtlich gültige Betrauung meiner Person und damit des Reichskanzleramtes an sich mit den Funktionen des früheren Reichspräsidenten die ausdrückliche Sanktion des deutschen Volkes erhält. Fest durchdrungen von der Überzeugung, dass jede Staatsgewalt vom Volke ausgehen und von ihm in freier und gehei-

mer Wahl bestätigt sein muss, bitte ich Sie, den Beschluss des Kabinetts mit den etwa noch notwendigen Ergänzungen unverzüglich dem deutschen Volke zur freien Volksabstimmung vorlegen zu lassen.

Berlin, den 2. August 1934
gez. Adolf Hitler
deutscher Reichskanzler

II.

Beschluss der Reichsregierung zur Herbeiführung einer Volksabstimmung vom 2. August 1934

Entsprechend dem Wunsche des Führers und Reichskanzlers beschließt die Reichsregierung, am Sonntag, dem 19. August 1934, eine Volksabstimmung über das Reichsgesetz vom 1. August 1934 (Reichsgesetzblatt I S. 747) herbeizuführen.

„Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler über. Er bestimmt seinen Stellvertreter und beauftragt den Reichsminister des Innern mit der Durchführung dieses Beschlusses.“

Berlin, den 2. August 1934
Die Reichsregierung

Stimmst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, der in diesem Gesetz getroffenen Regelung zu?

Ja

Nein

Notizen von Elisabeth Flügge

3. August 1934

20 Minuten nach der Meldung von Hindenburgs Hintscheiden ist im Rundfunk bekannt gemacht: Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen: Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler über. Er bestimmt seinen Stellvertreter. Und gleichzeitig wird eine halbe Stunde nach Hindenburgs Tod der Reichswehr die Vereidigung auf Adolf Hitler abgenommen. Ist so etwas überhaupt denkbar? Ist das nicht Caesarenwahnsinn?

Reichspräsident, Reichskanzler, Oberbefehlshaber der Wehrmacht, hat je ein Herrscher oder Führer so viel Macht in einer Person vereinigt und ohne Wahl und ohne das Volk zu befragen? Ich weiß nicht, was in dieser Minute mehr auf uns lastet, die Trauer um Hindenburg oder das Entsetzen über das, was seinem Tod folgt und folgen wird.

4. August 1934

Also doch eine Wahl! Am 19. August soll das Volk durch Ja oder Nein entscheiden, ob es dem Gesetz über die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers zustimmt oder nicht. Also doch. Was mag vorgefallen sein?

5. August 1934

Die ganze Welt trauert um Hindenburg. Kein Land,

I. Anlage zum Handschreiben - P V m 2 - vom 10. August 1934

I.

Erlaß des Reichskanzlers zum Vollzug des Gesetzes über
des Staatsoberhauptes des Deutschen Reiches vom 1. August
1934 (Reichsgesetzblatt I S. 747).

Vom 2. August 1934

Herr Reichsinnenminister!

Die infolge des nationalen Unglückes, das unser Volk ge-
troffen hat, notwendig gewordene gesetzliche Regelung der
Frage des Staatsoberhauptes veranlaßt mich zu folgender
Anordnung:

1. Die Größe des Dahingeshiedenen hat dem Titel Reichs-
präsident eine einmalige Bedeutung gegeben. Er ist nach
unser Aller Empfinden in dem, was er uns sagte, unzertrennlich
verbunden mit dem Namen des großen Toten.
Ich bitte daher, Vorsorge treffen zu wollen, daß ich im
amtlichen und außeramtlichen Verkehr wie bisher nur als
Führer und Reichskanzler angesprochen werde. Diese Re-
gelung soll für alle Zukunft gelten.
2. Ich will, daß die vom Kabinett beschlossene und verfas-
sungsrechtlich gültige Betrauung meiner Person und da-
mit des Reichskanzleramtes an sich mit den Funktionen
des früheren Reichspräsidenten die ausdrückliche Sank-
tion des deutschen Volkes erhält. Fest durchführungen von
der Überzeugung, daß jede Staatsgewalt vom Volke ausge-
hen und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt
sein muß, bitte ich Sie, den Beschluß des Kabinetts
mit den etwa noch notwendigen Ergänzungen unverzüglich
dem deutschen Volke zur freien Volksabstimmung vorlegen
zu lassen.

Berlin, den 2. August 1934

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

II.

Beschluß der Reichsregierung zur Herbeiführung einer Volks-
abstimmung

Vom 2. August 1934

Entsprechend dem Wunsche des Führers und Reichskanzlers
beschließt die Reichsregierung, am Sonntag, dem 19. August
1934, eine Volksabstimmung über das Reichsgesetz vom 1. Au-
gust 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 747) herbeizuführen

*Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichs-
kanzlers vereint. Infolgedessen gehen die bisherigen
Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und
Reichskanzler Adolf Hitler über. Er bestimmt seinen
Stellvertreter.*

und beauftragt den Reichsminister des Innern mit der Durch-
führung dieses Beschlusses.

Berlin, den 2. August 1934

Die Reichsregierung

Stimmst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, der in
diesem Gesetz getroffenen Regelung zu?

J a

N e i n

Aus Elisabeth Flügges Kladde

kein Eckchen auf der Erde, das nicht seine Teilnahme kundgibt. Es ist als sollte diese teils übertrieben erscheinende Huldigung uns zeigen, wie klein wir ohne diesen großen Führer geworden sind. Und dass Hitler nicht den zehnten Teil der Achtung und Verehrung im Ausland genießt. Und es ist als ob über allem Wirren und allem Hass der letzten Wochen für ein paar Tage Vergessen verbreitet ist. Hindenburg als die Verkörperung des Deutschen, als es noch zu den Kulturvölkern zählte, zwingt die Welt zum letzten Mal Achtung vor uns zu haben. Mit seinem Tode wird Deutschland völlig versinken im Barbarentum, verhasst, verachtet, verarmt, geschmäht von der Welt und viele wahrhaft deutsch empfindende Deutsche sind in tiefster Not und größter Sorge um das, was aus uns werden soll.

7. August 1934

*Heute ist Hindenburg im Tannenbergdenkmal beige-
setzt. Eine wundervolle Trauerfeier fand statt. Der
Feldbischof der Wehrmacht, Dr. Dohrmann, hielt eine
schöne, schlichte Totenrede, ohne Lobreden, wie Hin-
denburg es gewünscht hatte. „Befehlt mich der Gna-
de Gottes“ hat er gesagt, „denn ich habe nichts an-
deres getan, als die Gaben angewendet, die Gott mir
gegeben. Zu rühmen und zu preisen ist nur Gottes
Gnade“.*

*Sein Leben war Treue, sagte Dr. Dohrmann, Treue
gegen Haus und Heimat, gegen Kaiser und Reich,
gegen Volk und Vaterland. Die Treue bis zum Tod in
den Sielen der Arbeit, im Opfern und Dienen. Die
Treue bis in den Tod gegen den lebendigen Gott. Und
dann klingt das Trutzlied „Ein feste Burg ist unser
Gott“ über die gewaltigen Mauern des Tannenberg-*

*denkmals. Soweit war alles schön erhaben und wür-
dig. Aber nun ergreift Hitler das Wort und ergeht sich
schreiend, sich überschreiend wie immer in Lob- und
Ruhmreden und Superlativen über das Leben und
Werk unseres Hindenburgs. Ihm, dem sie noch vor
kaum zwei Jahren schmähten, besudelten, ja sich
nicht schämten, ihn in die gemeinen Tiefen des Wahl-
kampfes herabzuziehen, indem sie Schriften druckten
mit Bildern, wo Hindenburg sich von Pfaffen den Bart
kraulen und von Juden umschmeicheln lässt. Bilder,
die wirklich deutsch empfindende Menschen be-
stimmten, nicht Hitler zu wählen. Ihn lobt dieser sel-
be Mann, der Hindenburgs Namen beschmutzte, als
den größten Feldherrn aller Zeiten, der unvergäng-
liche Lorbeeren an unsere Fahnen heftete, der den
größten Sieg der Weltgeschichte errungen. Und so
geht es weiter, ganz im Gegensatz zu den ersten er-
greifenden Worten des Feldbischofs. Und dann zum
Schluss: „Toter Feldherr, geh nun ein in Walhall.“
Das ruft er dem christlichen und tief religiösen Man-
ne nach, der mit den Worten starb: Befehlt mich der
Gnade Gottes. Und nun das Maß der Geschmacklosig-
keit voll zu machen, bringen sie den alten Mann
mit dem Horst Wessel Lied zu Grabe. Armer alter
Hindenburg! Wenn er so sicher gewesen wäre, wie
es heute heißt, dass er Deutschland in den besten
Händen wusste, dass er beruhigt sterben konnte, dann
hätte er wohl schon vor Jahresfrist dies, sein Land
Hitler übergeben als Erbe, um noch ein Jahr in stil-
ler Zurückgezogenheit fern von aller Verantwortung
und Wirrnis zu leben. Dass er das nicht tat, sagt, wie
wenig er beruhigt war. Wie tief hat ihn der Kirchen-
streit empört, den die Nationalsozialisten vom Zaun
gebrochen haben. Wie hat er sich für die Juden ein-*

gesetzt, ihm verdanken wir den Schutzparagraphen für die jüdischen Frontteilnehmer und deren Angehörige. Er stiftete noch zuletzt das Ehrenzeichen für alle Kriegs- und Frontteilnehmer, ob Jude oder Christ. Und wie ein Druck liegt es auf uns, was wird nun?

9. August 1934

Der Wahlpropagandafeldzug für den 19. August beginnt mit einer Amnestie. Hitler, der Mann mit dem weichen Kinderherzen, erlässt alle Strafen für politische Verfehlungen bis zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, z.B. Beleidigungen des Führers und Kanzlers, Verfehlungen gegen das Wohl und Ansehen des Reiches, die nicht volks- oder staatsfeindlicher Gesinnung entsprungen sind. Straftaten, zu denen sich der Täter durch Übereifer im Kampf für den nationalsozialistischen Gedanken hat hinreißen lassen etc. etc.

16. August 1934

Morgen kommt Hitler. Ganz Hamburg ist ein Fahnenwald. Der ganze Weg vom Flughafen bis zum Rathausmarkt ist flankiert von Fahnenstangen, die in zehn Meter Entfernung voneinander stehen und umwunden sind mit Eichen- oder Tannengirlanden. Auch zwischen den Stangen hängen riesige Girlanden, Plakate, Transparente, Opfersäulen. Einen solchen Empfang hat kein Kaiser und König, kein Sieger oder Staatsmann je gehabt und je geduldet. Natürlich ist schulfrei!

Interessant ist es, dass wir den Kindern heute nicht sagen durften, dass sie morgen Spalier bilden sollen. Wir mussten sie unter dem Vorwand eines Ausflugs um 11.00 Uhr in die Schule bestellen. Dann marschieren wir mit ihnen zur Universität, wo wir Aufstellung nehmen müssen. Vor 3.00 Uhr würden die Kinder nicht heimkommen, mussten wir sagen. Das nennt sich Erziehung zur Wahrhaftigkeit.

An die Einwohner der Ortsgruppe Eppendorf-Nord! Unser Führer Adolf Hitler

Am Freitag, dem 17. August 1934 wird unser Führer Adolf Hitler in Hamburg um 13.30 Uhr auf dem Flugplatz eintreffen. Sein Weg zur Stadt führt ihn durch die Straßen unserer Ortsgruppe.

Um unserem Führer einen würdevollen Empfang zu bereiten, richte ich an alle Eppendorfer Einwohner die Aufforderung, die Straßen groß auszuschnücken, vor allem darf kein Fenster ohne Fahne sein. Um die

Aufmarschstraßen besonders ausschmücken zu können, benötigen wir vieler Mittel, die wir von der Parteigenossenschaft und von den Einwohnern Eppendorfs erbitten. Die Geschäftsstelle Erikastraße 122 ist für die Entgegennahme von Beträgen für diesen Zweck den ganzen Tag geöffnet.

Ich bin überzeugt, dass alle Volksgenossen die Bedeutung dieses Tages zu schätzen wissen und dass

jeder bereitwilligst ohne besondere Mahnung das tun wird, was in seinen Kräften steht, um Adolf Hitler, den wir so selten in Hamburg haben, in seiner Eigenschaft als Führer des Deutschen Volkes zeigen zu können, dass wir seine Treue mit Treue erwidern und dass wir ihm unseren Dank beweisen für die Überwindung der Notzeit und ihn entsprechend empfangen müssen. Heil Hitler!

NSDAP Kemmereith, Ogl.

Notizen von Elisabeth Flügge

17. August 1934

Von 12.00 bis 2 ¼ Uhr standen wir in glühendster Hitze und erbarmungslosem Sonnenschein auf dem Loignyplatz. Tausende und Abertausende waren herbeigeeilt, nicht nur Schulkinder und SA und SS-Formationen, Arbeitsdienst, Reichswehr und andere, nein Tausende von begeisterten, neugierigen Bürgern, alte, lahme, kranke Leute, auf Trittleitern, Böcken, Klappstühlen standen sie. Auf Laternenpfählen und Anschlagsäulen hockten sie. Warteten geduldig und freiwillig auf ihn, ihren Abgott. Die Straßen waren gewaltig geschmückt, teils mit Blumen bestreut. Riesige Transparente waren quer über die Straßen gezogen mit Aufschriften wie „Ganz Hamburg sagt Ja. Ein Volk, ein Wille, ein Ja. Dem Führer unser Vertrauen, dem Führer die Treue etc. etc.“

Und dann kam er. Kerzengerade stand er wie ein Caesar im Schlachtwagen in seinem Auto in brauner Uniform ohne Mütze, unbeweglich wie ein Standbild, mit steinernen Gesichtszügen. Er grüßte fast automatisch, mechanisch streckte er den Arm hoch

und verschränkte ihn dann wieder. Wie ein Bild aus Erz fuhr er durch die jubelnde, schreiende, jauchzende Menge ohne Lächeln, ohne Verbindlichkeit. Und die Menschen waren hingerissen, sympathisch sehe er aus, goldblond, blaue Augen, gar nicht wie auf den Bildern, angenehm. Wohin man hörte, alles war voller Begeisterung und tief befriedigt. Selbst fanatische Gegner fanden ihn sympathisch angenehm, eine stark wirkende Persönlichkeit.

Mein Eindruck war der eines ausgesprochenen Machtmenschen, der Jubel und Hingerissenheit seiner Untertanen mit Selbstverständlichkeit hinnimmt, gesammelt, entschlossen und zu allem fähig.

18. August 1934

Gestern Abend sprach Hitler fast zwei Stunden vom Rathaus aus über alle deutschen und angeschlossenen Sender zu Deutschland und der Welt. Fast zwei Stunden raste, bellte, kläffte und tobte er, hingerissen von seinen eigenen Worten, entzündet an seinem gigantischen Willen, überzeugt von seiner noch nie da gewesenen Mission. Er sagte u.a.: „Zwei Tatsachen muss die Welt wissen: 1. Das Deutsche Reich wird seine Ehre und seine Gleichberechtigung niemals preisgeben. Das deutsche Volk wird geordnet in seinen inneren Verhältnissen und Angelegenheiten die Sicherheit und Unabhängigkeit des Reiches gegen jedermann verteidigen.

2. Die deutsche Regierung ist wie das deutsche Volk erfüllt von dem unbedingten Wunsch, zur Wahrung des Friedens auf dieser Welt das Höchstmögliche beizutragen.

Es ist mein unerschütterlicher Entschluss jeden, der es wagen sollte, die Evolution der nationalsozialisti-



An die Einwohner der Ortsgruppe Eppendorf-Nord!

Unser Führer

Adolf Hitler

kommt!

Am Freitag, dem 17. August 1934, wird unser Führer **Adolf Hitler** in Hamburg um 13,30 Uhr auf dem Flugplatz eintreffen. Sein Weg zur Stadt führt ihn durch die Straßen unserer Ortsgruppe.

Um unserem Führer einen würdevollen Empfang zu bereiten, richte ich an alle Eppendorfer Einwohner die Aufforderung, die Straßen groß auszuschnüden, vor allem darf kein Fenster ohne Fahne sein. Um die Anmarschstraße besonders auszuschnüden zu können, benötigen wir vieler Mittel, die wir von der Parteigenossenschaft und von den Einwohnern Eppendorfs erbitten. Die Geschäftsstelle Ericastraße 122 ist für die Entgegennahme von Beträgen für diesen Zweck den ganzen Tag geöffnet.

Ich bin überzeugt, daß alle Volksgenossen die Bedeutung dieses Tages zu schätzen wissen und daß jeder bereitwilligst ohne besondere Mahnung das tun wird, was in seinen Kräften steht, um **Adolf Hitler**, den wir so selten in Hamburg haben, in seiner Eigenschaft als Führer des Deutschen Volkes zeigen zu können, daß wir seine Treue mit Treue erwidern und daß wir ihm unseren Dank beweisen für die Überwindung der Notzeit und ihn entsprechend empfangen müssen.

Heil Hitler!

N. S. D. A. P.

Kemmereith, Dgl.

schen Staatsführung zu höchster Ordnung und unbedingter Ruhe zu verhindern oder gar zu hemmen, persönlich zur Verantwortung zu ziehen. Und ich werde dabei nicht von dem Grundsatz ausgehen auf unwissende, weil nur verführte kleine Menschen schießen zu lassen, sondern ich werde die verantwortlichen Schuldigen vor der Autorität des nationalsozialistischen Staates und seiner Führung zu Boden zwingen. Meine böswilligsten Gegner und Verleumder können nicht bestreiten, dass ich in diesen fünfzehn Jahren mich nie gewandelt habe. Ob im Glück oder im Unglück, ob in der Freiheit oder im Gefängnis, ich bin meiner Fahne treu geblieben. Sie können nicht behaupten, dass ich irgendeine politische Handlung im Leben um meines persönlichen Vorteils willen begangen oder unterlassen habe. Seit ich im politischen Kampfe stehe, beherrscht mich, so wahr mir Gott helfe, nur ein Gedanke - Deutschland.“

Der Eindruck dieser Rede war selbst in intellektuellen Kreisen gewaltig. Denn diese Raserei hält man für prophetische Ekstase und wirklichen Glauben. Mag sein, dass das gesprochene (besser geschriebene) Wort mitreißend und überzeugend wirkt, gelesen wirkt die Rede inhaltslos wie fast alle, die er gehalten hat. Man kann in jeder dieser Reden denselben Gedankengang und Aufbau verfolgen. Die letzten vierzehn Jahre, ihr Verbrechen, die Nazis und ihr Lob, Versprechungen, Drohungen, Schwüre. Am empörendsten finde ich die Behauptung, dass er seinen Nationalsozialismus nie verraten hat. Roehm, Österreich, oder weiß Hitler nichts davon, dass Deutschland das Geld und die Waffen an die österreichischen Aufständischen geliefert hat?

18. August 1934

Heute mussten wir uns zum zweiten Male hinstellen, um den Führer zu sehen. Diesmal standen wir wesentlich günstiger am Grindelberg - Ecke Oberstraße - und sahen ihn nach kurzem Warten sehr gut. Er lächelte sogar und grüßte unsere Kinder mit erhobnem Arm. Er war viel unmittelbarer als gestern, wo alles abgesperrt war. Keine Kette von SS stand vor den Kindern, nur ein paar Sipos [Sicherheitspolizisten]. Die Kinder dagegen drangen fast bis zum Wagen vor und waren begeistert und hingerissen.

19. August 1934 – Wahlsonntag!

Jeder Baum in der Erikastraße bis oben hinauf trägt ein Ja-Plakat. Riesige Bilder vom Führer in Imperatorhaltung verkünden, dass alle Ja sagen - Führer, Dir folgen wir! Ich bin neugierig auf das Ergebnis. Zwei Tage vor der heutigen Wahl kam Hindenburgs Vermächtnis heraus, ein angebliches Testament, das der Oberst von Hindenburg Papen überreicht hat. Dies wird natürlich zu propagandistischen Zwecken ausgeschlachtet. Trotzdem, vorausgesetzt, dass es überhaupt echt ist, man nichts davon drin lesen kann, dass Hindenburg Hitler zu seinem Nachfolger bestimmt hat. Er bekennt sich wie immer zur Monarchie als der für ihn allein geltenden Staatsform und geht von uns mit dem Glauben an die Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes mit der Zuversicht, dass die deutsche Jugend auf den Grundlagen freier Entwicklung des Einzelnen in den Rahmen und in der Verpflichtung des Gesamtwohles aufbauen wird.

Schon 1925 hat er die Nation zu Gottesfurcht und sozialer Gerechtigkeit aufgerufen, zu innerem Frieden und politischer Sauberkeit.

Werden die Ereignisse am 30. Juni, über die ja durch ausländische Zeitungen jetzt ziemliche Klarheit herrscht, dem alten Mann nicht den letzten Stoß gegeben haben? Das ist **sein** Deutschland. Ein Land der Knechtschaft und Diktatur, der Mörder und Verbrecher, ein Land, wo Tausende von Menschen missandelt und andere aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen werden. Ein Land, wo Furchtsamkeit und Lüge die Menschen beherrscht und Denunzianten gepriesen werden, wo nicht mal mehr die Kirchen Stätten des Friedens sind. Armes Deutschland!

20. August 1934

Das Wahlergebnis: Die Zeitungen melden 90 % Ja-Stimmen, in Wirklichkeit sind es nicht einmal 84 %. Stimmberechtigt waren 45.473.635.

Ja:38.362.760. Nein:4.294.654. Ungültig: 872.296. Nicht gewählt haben:943.928.

Genaue Vergleichszahlen mit der Wahl vom 12. November dürfen die Zeitungen nicht bringen, nur eine Art Übersicht ohne prozentual angegebene Wahlbeteiligung. Danach haben sie in nur **drei** Wahlkreisen zugenommen! Potsdam um 16.000, Pommern um 9.000 und Thüringen um 11.000. Am schlechtesten haben Berlin und die Hansestädte abgeschnitten. Trotz Hitlers Besuch und der Begeisterung der Hamburger hat Hamburg noch 87.000 mehr Nein-Stimmen als am 12. November, überhaupt - im ganzen 28 % **Nein!**

Also, die Bresche ist geschlagen, der Keil ist hineingetrieben in die große Front. Wer wird der Führer

der sechs Millionen Nein-Sager oder Nichtwähler sein? Was wird kommen, eine gemäßigttere Rechtsregierung oder noch schärfere Diktatur? Trotz des Befehls zu flaggen, ist die Stimmung keineswegs siegesgewiss. Man fühlt es genau und wartet was kommen wird.

Einige Vergleichsziffern:

Reichstagswahl 14. September 1930 -
ungültige Stimmen 270.000

Erste Reichspräsidentenwahl 1932 -
ungültige Stimmen 240.000

Zweite Reichspräsidentenwahl 1932 -
ungültige Stimmen 281.000

Volksabstimmung 12. November 1933 -
ungültige Stimmen 750.000

Volksabstimmung 19. August 1934 -
ungültige Stimmen 870.000

In Dachau sollen 1.572 Häftlinge mit Ja, 8 mit Nein gestimmt haben.

Das Düsseldorfer Marienhospital hat mit über 50 Prozent „Nein“ gestimmt. Seitdem sind sämtliche Überweisungen von Kranken an dies Krankenhaus streng untersagt. Ärzte, die es trotzdem tun, werden öffentlich durch Namensnennung gebrandmarkt.

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

20. August 1934

Der gestrige herrliche Sieg unserer Nationalsozialistischen Partei ist in erster Linie Eurer Treue, Eurer Opferwilligkeit und Eurem Fleiße zu verdanken. Ihr habt als politische Kämpfer der Bewegung, als SA- und SS-Männer, als Mitglieder unserer Arbeiter-, Jugend- und Frauenorganisationen einzigartiges geleistet. Erfüllt vom grenzenlosen Vertrauen zu Euch bin ich entschlossen, den Kampf um die Seele und für die Einheit des deutschen Volkes erneut aufzunehmen und weiterzuführen. Ihr werdet in diesem neuen Ringen um unser Volk neben mir stehen wie in den fünfzehn Jahren, die hinter uns liegen, und so, wie es uns möglich war, 90 v. H. des deutschen Volkes dem Nationalsozialismus zu erobern, muss und wird es uns möglich sein, auch die letzten 10 v. H. zu gewinnen. Dies wird die letzte Krönung unseres Sieges sein.

Berlin, den 20. August 1934. gez. **Adolf Hitler**.

Im Zeichen des Parteitages. Die Vorbereitungen für Nürnberg

(Drahtbericht unseres Berliner Büros)

Berlin, 31. August (1934)

Nur noch wenige Tage sind bis zum Beginn des Nürnberger Parteitages. Bereits jetzt prangt Nürnberg im

Festschmuck, und überall werden die letzten Vorbereitungen zum Empfang der Hunderttausende getroffen. Welche Arbeitsleistung zu bewältigen war, das geht allein schon daraus hervor, dass zur Ausgestaltung des Aufmarschgeländes im Luitpoldhain ungefähr 200.000 Tagewerke erforderlich waren. **Die Zahl der an den Vorbereitungsarbeiten Beschäftigten geht in die Tausende.**

Die Kosten allein für den neugeschaffenen Stadion-Bahnhof, der zu dem An- und Abtransport der Hunderttausende in Betracht kommt, beliefen sich auf rund 1,3 Millionen; aber auch sonst sind viele Neuanlagen und zahlreiche Umbauten vorgenommen. Die jetzt massive Tribüne für die Ehrengäste ist acht Meter hoch und 16,5 Meter lang. Die Sitztribünen werden von zwei großen Türmen und vier 32 Meter hohen Fahnenmasten überragt. Eine besondere Standartentribüne ist geschaffen worden. Vor ihr erhebt sich die fünf Meter hohe Rednertribüne, die soweit vorgeschoben ist, dass der Führer von allen Plätzen des riesigen Feldes zu sehen sein wird. Diese Tribüne ist durch eine 230 Meter lange und 18 Meter breite Straße, die „**Straße des Führers**“ mit dem gegenüberliegenden Gefallenendenkmal verbunden. Auf dem Nordbahnhof wird während der Dauer des Reichsparteitages der Diplomatenzug halten. Um den Vertretern der auswärtigen Mächte alle Annehmlichkeiten zu bieten, wird nicht nur eine genügende Anzahl Fernsprechleitungen gelegt, sondern auf dem Bahnsteig auch ein Badehaus errichtet sowie eine Frisierstube. Die Verpflegung werden die Diplomaten im Zuge einnehmen. Ortskundige Dolmetscher werden den Ehrengästen des Parteitages die Sehenswürdigkeiten des alten Nürnbergs zeigen. Der

Diplomatensonderzug wird zunächst von Berlin nach Berchtesgaden geleitet, wo er am Freitag eintrifft. Dort wird der Generalinspekteur für das deutsche Straßenbauwesen, Dr. Todt, persönlich die Führung auf der im Bau befindlichen deutschen Alpenstraße übernehmen. Im Anschluss daran soll dem Sommerhaus des Führers auf dem Obersalzberg ein Besuch abgestattet werden, und als Abschluss findet in St. Bartholomä am Königssee die Einnahme eines Imbisses statt. Am Abend erfolgt die Abfahrt nach Nürnberg.

Notizen von Elisabeth Flügge

3. September 1934

Nürnberg steht im Zeichen des Parteitages. Man sollte denken, dass nach den Ereignissen des 30. Juni lieber von einem Parteitag abgesehen würde, wo Leute fehlen, die noch im vorigen Jahr eine nicht zu unterschätzende Rolle dort spielten. Aber nein, im Gegenteil. 200.000 Tagewerke Arbeit waren nötig, um das Aufmarschgelände auszugestalten. Der neu geschaffene Stadionbahnhof zum An- und Abtransport kostete allein 1,3 Millionen! Und nun erst die Liste der geladenen Diplomanten - Treppenwitz der Weltgeschichte.

Ende September 1934

Kürzlich am 29. September war Herr Reichsbankpräsident Schacht vom Hamburger Senat eingeladen zu einer Besprechung über die wirtschaftliche Lage unserer Stadt. Außer den in beigefügtem Artikel genannten Äußerungen hat Herr Schacht noch einige

Bemerkungen über den königlichen Hamburger Kaufmann gemacht, auf den die Welt mit Achtung sieht und von dem man erwartet, dass er seine königliche Haltung trotz der momentanen Schwierigkeiten bewahrt. Da meldete sich einer der königlichen Kaufleute zum Wort und sagte: „Wenn ich jetzt durch meinen Betrieb gehe, wo jeder Arbeiter weiß, da wir für noch höchstens drei bis vier Wochen Rohstoffe haben und dass dann der Betrieb geschlossen werden muss und meine Angestellten und Arbeiter arbeitslos sind, dann weiß ich selbst als königlicher Kaufmann nicht, woher ich die Kraft nehmen soll, die hängenden Köpfe meiner Arbeiter aufzurichten.“ Da sprang Schacht empört auf und rief: „Wer von hängenden Köpfen der Arbeiter redet, begeht Sabotage gegen das Dritte Reich. Benutzen Sie gefälligst ihre Kenntnisse und Ihr Kapital, um die fehlenden Rohstoffe für Ihren Betrieb selbst herstellen zu können.“ Der Kaufmann setzte sich achselzuckend.

Der Reichsbankpräsident vor Hamburgs Kaufleuten

29. / 30. September 1934

Regierender Bürgermeister **Krogmann** hatte gestern Abend eine größere Anzahl hamburgischer Kaufleute, vorwiegend aus den Kreisen des Ein- und Ausfuhrhandels, zu einer Besprechung ins Rathaus geladen, an der auch Reichsstatthalter Karl **Kaufmann** teilnahm. Gegenstand der Besprechung waren die sich aus der gegenwärtigen Außenhandelsregelung

und Devisenbewirtschaftung gerade für den hamburgischen Handel ergebenden Fragen.

Der Abend erhielt seine Bedeutung durch die Anwesenheit von Reichsbankpräsident Dr. **Schacht**, der auf Einladung des Senats und des Reichsstatthalters nach Hamburg gekommen war. In seiner Begleitung befand sich Reichsbankdirektor **Brinkmann**.

Regierender Bürgermeister Krogmann dankte einleitend dem Reichsbankpräsidenten für sein Erscheinen und ging dann auf die Probleme, die zurzeit im Brennpunkt des Interesses stehen, näher ein. Zum Schluss richtete er einige formulierte Fragen an den Reichsbankpräsidenten.

Dieser zeichnete in großen Zügen die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, der deutschen Devisenlage und des deutschen Außenhandels, wie es sich seit 1930 gestaltet hat, und entwickelte dann die Grundsätze, nach denen der nationalsozialistische Staat diesen und zum größten Teil aufgezwungenen Entwicklungen begegnet. Seine Ausführungen, die lebhaften Beifall fanden, wurden ergänzt durch Mitteilungen von Reichsbankdirektor Brinkmann, der besonders auf technische Fragen der Abwicklung des Außenhandelsgeschäftes einging. Die Aussprache, die etwa zwei Stunden dauerte und in der von einer Anzahl hamburgischer Kaufleute Wünsche und Anregungen vorgebracht wurden, die abwechselnd vom Reichsbankpräsidenten selbst und von Reichsbankdirektor Brinkmann beantwortet wurden, bewies, dass der Reichsbankpräsident auch als derzeitiger Leiter des Reichswirtschaftsministeriums volles Verständnis für die Aufgaben und die Sorgen des hamburgischen Außenhandels hat.

Für eine ganze Reihe von Wünschen konnte die Erfüllung bereits zugesagt werden, für eine Reihe weiterer Anregungen wurde eine sofortige Prüfung versprochen.

Nach der Aussprache, die vom Handelskammerpräsidenten **Hübbe** eröffnet und mit zusammenfassenden Worten beschlossen wurde, richtete Reichsstatthalter Karl Kaufmann einen warmherzigen Appell an die Hamburger Kaufmannschaft zu freudiger und bereitwilliger Mitarbeit. Der Appell des Reichsstatthalters fand bei den Versammelten sehr lebhaften Beifall. Heute Morgen mit dem Frühzug ist Reichsbankpräsident Dr. Schacht wieder nach Berlin zurückgefahren.

Notizen von Elisabeth Flügge

17. Oktober 1934

Im April 1933 beschlagnahmte die NSDAP sämtliche Gewerkschaftshäuser der SPD, zog die Vermögen ein und richtete die Gebäude für ihre Zwecke ein. Das Gewerkschaftshaus in Hamburg hieß nun „Reinhold Muchow-Haus“. Jetzt müssen sie sämtliche in Deutschland beschlagnahmten Gewerkschaftshäuser wieder herausgeben, weil ausländisches Kapital darin steckt. Nun kaufen sie nach und nach alle Häuser am Harvestehuder Weg auf; Harvestehude soll Regierungsviertel werden. Als sie der alten reichen Frau Budge 800.000 Mark für ihr Grundstück am Harvestehuder Weg 12 boten, antwortete sie: „Und wenn Sie mir 3 Millionen auf den Tisch legen, Sie bekämen dies Haus nicht. Dafür aber

danke ich Gott, dass er mich hat 85 Jahre alt werden lassen, um mich die Genugtuung erleben zu lassen, dass ich Ihnen etwas abschlagen kann!“

Die Hamburger Hochbahn zahlt die bis 1957 garantierte Dividende nicht mehr, um sich zu sanieren. Dafür wird sie für solche, die weniger als 150 Mark Monatseinkommen haben (Unverheiratete 110 Mark) den 10 Pfennig-Tarif einführen. Die Hamburger Hochbahn erwartet nun aber von dem Arbeiter, dass er in Zukunft statt seines Fahrrades die Hochbahn benutzt. In Wirklichkeit handelt es sich nur um Wochenkarten, nicht um Einzelfahrten. Diese Maßnahme hat natürlich große Erregung hervorgerufen. Die Aktionäre bei der Hochbahn waren zum Teil ganz kleine Sparer. Natürlich werden andere AG' s diesem Vorbild folgen und wir haben den schönsten Kommunismus. Schon diese eine Maßnahme Kaufmanns hat dem Reich einen Verlust von 25 Millionen gebracht und zwar durch die Einlagen der Hamburger Electricitätswerke, der Berliner Hochbahn Gesellschaft, der Hamburger Hochbahn und der Rheinischen Electricitätswerke, die insgesamt 500 Millionen Aktien bei der Hochbahn hatten.

Nachspiel zur Volksabstimmung. Ein Prozess vor der Großen Straf- kammer Lüneburg

Lüneburg, 17. Oktober (1934)

Die Volksabstimmung des 19. August hatte vor der **Großen Strafkammer Lüneburg**, die zu diesem Zwecke in **Bardowiek** zusammentrat, ein Nachspiel.

Angeklagt war der Gemeindegeschulze und Ortsgruppenleiter der NSDAP **Schiemann**. Der Gegenstand der Anklage waren **Unregelmäßigkeiten bei der Volksabstimmung**. Die Entscheidung über die Gültigkeit der damals in Bardowiek abgegebenen Stimmen war sofort nach der Volksabstimmung **ausgesetzt** worden, da zunächst festgestellt werden sollte, ob das vorläufige Ergebnis der Ja-Stimmen gültig war. Nach einer Mitteilung der **Gauleitung** endete die Gerichtsverhandlung nach neunstündiger Dauer mit der **Verurteilung** des Angeklagten zu einer **Freiheitsstrafe**.

Im Anschluss an die Gerichtsverhandlung fand eine überfüllte öffentliche Kundgebung der NSDAP statt. **Gauleiter Staatsrat Telschow** nahm in einer oft von stürmischem Beifall unterbrochenen Rede ausführlich zu den Ereignissen des 19. August Stellung und wandte sich scharf gegen die „Nein-Sager“ von Bardowiek. Er sprach von dem makellosen Lebenslauf des Gemeindegeschulzen, der bei verblendeten Leuten ohne großes Denkvermögen, aber auch bei verspießerten Leuten, die sich kühn, aber zu Unrecht auf die deutsch-hannoversche Weltanschauung beriefen, wegen seiner Zugehörigkeit und seines Eintretens zu und für die NSDAP schärfste Widerstände zu überwinden gehabt habe. Dieser Mann habe schon in Vorkriegszeiten als Begleiter eines großen deutschen Musikers (Johann Strauß) dem deutschen Namen in aller Welt Ehre gemacht. Er habe den Weltkrieg von Anfang bis Ende in der Front mitgemacht und schon im September 1914 das Eiserne Kreuz erhalten und dann als Frontsoldat den Weg zum Frontsoldaten Adolf Hitler gefunden. Als der Führer von jedem Volksgenossen ein klares „Ja“ oder „Nein“

gefordert habe, habe sich dieser alte Kämpfer hinreißen lassen, das Wahlergebnis zu korrigieren. Dafür sei er nun bestraft worden und er werde dafür büßen müssen. Gauleiter Telschow **bestätigte** den Verurteilten erneut als Ortsgruppenleiter der NSDAP in Bardowiek, bis eine endgültige Entscheidung Adolf Hitlers über ihn getroffen sei.

„Bevorzugung alter Kämpfer ist keine Parteibuch-Aktion“

(1934)

Aus Stuttgart wird berichtet, dass der Sozialreferent der SA-Gruppe Südwest, **Rickles**, der gleichzeitig kommissarischer Leiter des **Arbeitsamtes Mannheim** ist, sich gegen die Auffassung gewendet habe, als ob durch die Sonderaktion zur Rückführung alter Kämpfer in den Wirtschaftsprozess „Parteibuchmänner“ bevorzugt werden sollten. Es sei auch **falsch**, die Beschaffung des Arbeitsplatzes als Belohnung für die bisherige Haltung zu bezeichnen. Eine solche Auffassung sei beleidigend für die SA-Männer. Wenn durch Sonderaktionen die alten Kämpfer bevorzugt würden, dann sei das eine selbstverständlich **staats-erhaltende Maßnahme im Interesse der Betriebsleistung**. Aller Voraussicht nach sei es möglich, die Sonderaktion bald zum Abschluss zu bringen, so dass man sagen könne: Es gibt keine alten Parteigenossen mehr, die ohne Arbeit sind.

Am Pranger

Leipzig, 18. November (1934)

Im Leipziger Osten hatte man einen Hamsterer festgestellt. Am Sonntag Morgen bekam er, nachdem die Sache öffentlich bekannt geworden war, die Meinung des Volkes über sein Verhalten zu hören. Schon vom Tagesgrauen ab hatten sich vor seinem Hause immer wieder neue Gruppen erregter Volksgenossen zusammengefunden, die ihrem Abscheu Ausdruck gaben. Nach 12 Uhr setzte sich dann ein Zug aus Volksgenossen aller Berufe durch die Straßen in Bewegung. Es wurden Transparente mitgeführt, deren Inhalt das wesentlichste über die Tätigkeit des erappten Hamsterers sehr eindringlich zur Kenntnis brachte. Er hatte **Gegenstände des täglichen Bedarfs in aberwitzigen Mengen eingelagert, darunter allein 300 Pakete Seifenpulver** und außerdem Putzmittel neben unverständlich vielen Stücken Seife, die vielen Fertigwaren gar nicht gerechnet. Abschließend wurde als wesentliches Zeichen der Einstellung dieses Hamsterers zur Volksgemeinschaft die Tatsache bekannt gegeben, dass er, **der 16fache Hausbesitzer**, der ein Vermögen von 1 – 1 1/2 Millionen RM besitzt, und der sich selbst zu einem Jahreseinkommen von 20.000 RM bekennt, ein Pfund Gräupchen - es wurde im Zuge mitgetragen - für die Pfundsammlung des Winterhilfswerkes „geopfert“ habe. Der Wunsch, den Hamsterer aus dem Bau zu holen, wurde bedrohlich laut. Man fügte sich aber gehorsam den auf gesetzmäßigen Ablauf der Kundgebung bedachten Weisungen.

Sammelaktion für das Winterhilfswerk. Tag nationaler Solidarität

Am Sonnabend, dem 8. Dezember 1934 findet im ganzen Reich eine Sammlung für das Winterhilfswerk statt, die unter Leitung des Reichspropagandaleiters der NSDAP, Dr. **Goebbels**, steht. Die verantwortliche Leitung in den Gauen liegt bei den Gaupropagandaleitern bzw. bei den Landesstellenleitern, in den Kreisen bei den Ortsgruppenpropagandaleitern. An der Sammelaktion beteiligen sich **sämtliche höhere Beamte und Angestellte des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda** und der Landesstellen sowie der dem Reichsministerium und den Landesstellen unterstehenden Behörden und öffentlichen Einrichtungen der **Reichskulturkammer, Reichsrundfunk-gesellschaft, Werberat der deutschen Wirtschaft, Hochschule für Politik, Philharmonisches Orchester, Theater, Filmprüfstelle**, Reichsausschuß für **Fremdenverkehr**. Ebenso beteiligen sich alle Gaupropagandaleiter mit ihren Mitarbeitern sowie in den Kreisen und Ortsgruppen der NSDAP die Propagandaleiter und sämtliche in den Gauen befindliche Redner. Außerdem werden sich die führenden Persönlichkeiten der **Partei** und ihrer Untergliederungen für die Sammelaktion einsetzen. Der Chef des Stabes der SA, der Reichsführer der SS und der Reichsjugendführer haben einen entsprechenden Befehl an die ihnen unterstellten Gliederungen erlassen.

Gesammelt wird in Hamburg von 14 bis 18 Uhr auf den Straßen und anschließend in den Gaststätten,

Theatern, Kinos usw. Jeder Sammler erhält eine Sammelbüchse der NSV mit der Aufschrift „Tag der nationalen Solidarität“.

Dreieinhalb Millionen in fünf Stunden. Mehr als die Hälfte der großen Zeppelin Spende, die ein Jahr dauerte!

Berlin (nach dem 8. Dezember 1934)

Reichsminister Dr. Goebbels erstattete Sonntag mittag dem Führer Bericht über den Verlauf des „Tages der nationalen Solidarität“. Er konnte dabei mitteilen, dass die Aktion im ganzen Reich reibungslos und ohne Störung verlaufen ist. Die Anteilnahme der Bevölkerung übertraf alle bisher bei ähnlichen Anlässen dagewesenen Ausmaße.

Das vorläufige Gesamtergebnis beträgt rund 3 1/2 Millionen RM.

Es lässt die Ergebnisse aller früheren Sammlungen für das Winterhilfswerk weit hinter sich zurück und stellt mehr als die Hälfte des Ergebnisses der Zeppelin-Spende des deutschen Volkes dar, für die im reichen und mächtigen Vorkriegsdeutschland ein Jahr lang gesammelt werden musste, während die Sammelzeit am Tage der nationalen Solidarität knapp fünf Stunden betrug.

Der Führer drückte Dr. Goebbels seine besondere Befriedigung über Verlauf und Ergebnis der Aktion aus und beauftragte ihn, allen daran beteiligten Sammlern und Spendern seinen herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Reichsminister Dr. Goebbels dankt den Sammlern und Spendern des Tages der nationalen Solidarität mit folgendem. Fünf Stunden praktischer Anschauungsunterricht für alle, die noch nicht begriffen haben, was Nationalsozialismus ist.

Früher waren es die Aermsten der Armen, die auf Plätzen und Straßen die Wohlhabenden um Almosen baten. Heute sind es die Führer an der Spitze, die für ihre armen Volksgenossen persönlich mit der Sammelbüchse auf die Straße gehen.

Wieviel seelisches Erleben in diesen wenigen Stunden. Eben noch gab mir ein altes Mütterchen einen Sechser für die Armen. Als wir zehn Minuten später schwer beladen zur Reichskanzlei zurückkehrten, steckte uns der Führer eine überraschend große Spende in unsere Büchse und krönte damit unser Tagewerk.

Außenpolitik. Sicht anderer Staaten auf Deutschland

„Manchester Guardian“ in Deutschland verboten

Berlin, 10. April (1933)

Für die Verbreitung in Deutschland sind neuerdings folgende Zeitungen bis auf weiteres verboten worden: „The Manchester Guardian“ und „The Manchester Guardian Weekly“, Manchester, „Rot-Sport“ Basel, „Wirtschafts-Zeitung“, Basel, „Graslizer Volkszeitung“, Karlsbad, „Das blaue Heft“, Paris und Wien (auch die in Berlin und Stuttgart erscheinenden Ausgaben), „Het Volk“, Amsterdam, „Volksblad“, Amsterdam, „Voornit“, Amsterdam.

Berlin, im April. Es ist die Verbreitung noch folgender ausländischer Zeitungen in Deutschland verboten worden: Bis 24. September 1933 einschließlich: „La Revolution pacifique“, „Le Locle“ (Schweiz), mit der Beilage „Le Resistant à la guerre“; bis auf weiteres: „Freundschaft“, Prag, „Der Wiener Tag“, Wien, „Vorarlberger Volksblatt“, Bregenz, „Tiroler Volksbote“, Innsbruck, „Dziennik Poznanski“, Posen, Kattowitz, ist das Verbot der Verbreitung in Deutschland bis zum 24. September 1933 einschließlich verlängert worden.

Ein Interview des Reichsministers Dr. Goebbels

(ohne Datum, 1933)

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, hat dem Berliner Korrespondenten des „Petit Journal“ eine Unterredung gewährt. Nach dem „Völkischen Beobachter“ lautete sie im wesentlichen folgendermaßen:

Frage: Wenn die NSDAP die Macht in Oesterreich ergreift, werde es dann für die beiden Länder nur einen **einzig**en Leiter, eine einzige Fahne, einen einzigen Chef geben? Antwort: Es kann zwei verschiedene Staaten geben und dieselbe Partei am Ruder. Allerdings kann an der Spitze der nationalsozialistischen Bewegung nur **ein Chef** stehen: Aber die **Unabhängigkeit** Oesterreichs würde nicht weniger respektiert werden. Es ist keinesfalls dasselbe wie die „Gleichschaltung“.

Dr. Goebbels kam sodann auf Frankreich und die Beziehungen der beiden Länder zueinander zu sprechen. Auf die Frage des Berichterstatters, ob er glaube, dass ohne die französische Revolution eine Bewegung wie die nationalsozialistische überhaupt möglich gewesen wäre, erwiderte Dr. Goebbels, dass diese Bewegung nicht nur der französischen Revolution, sondern vor allem dem Weltkrieg und den Ereignissen von 1918 zu verdanken sei.

„Ich spreche übrigens der französischen Revolution meine Hochachtung aus wegen der Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten, die sie dem Volk gebracht hat. In dieser Hinsicht kann man sagen, dass ich ein freiheitlicher Mensch bin. Was ich jedoch bekämpfe, das sind die Täuschungen des demokratischen Systems.

Es gibt verschiedene Geistesauswüchse der Parteien und des Parlamentarismus, die ans Grotteske grenzen.

Andererseits hat die französische Revolution zu sehr die Kollektivseite des nationalen Lebens beseitigt, weil es ihre historische Mission war, das **Individuum** zu befreien. Wir konnten auf allen Gebieten die schlechten Folgen feststellen. Sogar auf dem ökonomischen Gebiet. Denken sie an die großen **Geldmänner** in allen Ländern. Sind sie nicht ein schlagendes Beispiel von den **Auswüchsen der individuellen Initiative** (des Einzelinteresses), wenn sie sich ohne Maß ausdehnt, ohne durch das Gegengewicht des Gesamtinteresses eingedämmt zu werden? Die Geschichte ist wie die Bewegung eines Pendels, und jetzt nimmt sich die nationale Kollektivität ihr Recht zurück.

Die französische Meinung darf sich nicht immer durch unsere Absichten beunruhigen lassen. Es hat niemals eine Regierung gegeben, die dem **Frieden** geneigter war als die unsere. Sie wissen es übrigens durch die öffentlichen Erklärungen Adolf Hitlers. In dieser Hinsicht misstraue ich meinerseits dem Parlamentarismus und den Anwälten. Diese bringen bis in die internationalen Probleme den Geist der Schikane, der ihre berufsmäßige Aufgabe ist. Junge realistische Regierungen wissen, was die Wirklichkeit

des Krieges ist, und haben das Gefühl ihrer eigenen Verantwortlichkeit. Das darf die beste Friedensaus-sicht sein.

In jedem Falle, was Deutschland anbetrifft, besteht kein Zweifel, dass **unsere** Regierung Frankreich **mehr Stabilität** bietet als irgendeine andere; gerade weil wir den Sinn für Wirklichkeit haben und weil wir nicht geneigt sind, alles zu unterschreiben: **Wenn** wir einmal ein Abkommen unterschrieben haben, dann werden wir es **halten**.

Die Geschichte der letzten 14 Jahre ist eine beklagenswerte; die Regierungen, die uns vorausgingen, haben Verpflichtungen auf sich genommen, deren Einhaltung unmöglich war. Das Ergebnis: Ununterbrochene Kontroversen haben die ganze Atmosphäre vergiftet. Lediglich nationale u. energische Regierungen können den wahren Frieden gewährleisten.“ Frage: Wie verhält es sich mit der nationalen Erziehung der deutschen Jugend? Antwort: Es ist eine Notwendigkeit, gegen die ungenügend nationale Erziehung zu reagieren, die in den letzten 14 Jahren geübt wurde. Die deutsche Jugend ist übrigens **unbewaffnet** und Frankreich hat seine Kanonen.

Schweizer Fragen an Deutschland. Rudolf Heß antwortet

Berlin, 6. Januar (1934)

Der Stellvertreter des Führers, Rudolf **Heß**, gewährte dem Vertreter eines Schweizer Blattes eine Unterredung, in der er zahlreiche in **der Schweiz verbreitete Irrtümer, Vorurteile und ausländische Lügen-**

nachrichten über die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland mit überzeugender Klarheit und Eindeutigkeit zurückwies oder richtigstellte.

Auf die Frage, ob es richtig sei, dass das nationalsozialistische Deutschland unmöglich Sympathien für die demokratische Schweiz hegen könne, antwortete der Stellvertreter des Führers, dass Deutschland seine **Sympathien zu anderen Völkern nicht von deren Staatsform abhängig** mache. Eine Veränderung der deutschen Sympathie zur Schweiz sei durch den Wechsel im deutschen Regierungssystem deshalb nicht eingetreten.

Der Pressevertreter wies dann auf den großen Eindruck hin, den das Ergebnis der Reichstagswahlen in der Schweiz hervorgerufen habe und fragte den Stellvertreter des Führers, ob etwas Wahres daran sei, dass, wie noch immer behauptet werde, **Terror und Angst die Leute zur Wahlurne** getrieben haben. Rudolf Heß wies diese Behauptung **energisch zurück** und erklärte, dass die Wahl vom 12. November als freie und geheime Wahl durchgeführt worden ist. Im weiteren Verlauf der Unterredung bezeichnete der Stellvertreter des Führers die in der Schweiz verbreiteten Gerüchte, ein Ziel der nationalsozialistischen Politik sei **die Einverleibung der deutschen Schweiz** in das Reich, als eine der vielen von anti-deutschen Propaganda-Zentralen im Auslande verbreiteten Lügen-Nachrichten. Kein ernsthafter Mensch in Deutschland denke daran, die **Unabhängigkeit anderer Staaten auch nur anzutasten**. Auch die in französischen Zeitungen verbreitete Behauptung von einem **Durchmarschplan** des deutschen Generalstabes durch die Schweiz im Fall eines deutsch-französischen Krieges bewiese lediglich, wo

die Störenfriede der Absicht Hitlers, eine **Befriedung Europas herbeizuführen** zu suchen sind.

Der Pressevertreter gab dann der **freudigen Uebersaschung** Ausdruck, die die **Friedensgedanken des Reichskanzlers** in der Schweiz ausgelöst haben und sagte, man zweifle nicht, dass sie ehrlich gemeint seien, aber man behaupte, dass maßgebende Unterführer in der nationalsozialistischen Bewegung Anhänger einer harten Rüstungs- und Revanche-Politik seien. Auch diese Meinung kennzeichnete Rudolf Heß als eine Auswirkung der Hetz- und Greuel-Propaganda, die die erlogene Behauptung aufgestellt habe, es beständen zwischen dem Führer und maßgebenden Unterführern Meinungsverschiedenheiten. „In Deutschland“, erklärte Heß, „führt nach freiem Entschluss der Deutschen nur **einer**, und das ist Adolf Hitler.“ Zum Schluss erklärte Heß auf die Frage, ob die **geistige Freiheit** in Deutschland nicht bedroht sei, ob auf kulturellem Gebiet nicht zu viel reglementiert werde: „Wir reglementieren nicht die Kunst und die Kultur, wir ziehen ihr vielmehr schützende Grenzwälle, die sie vor Zersplitterung und damit vor Unfruchtbarkeit bewahren.“

Notizen von Elisabeth Flügge

25. August 1934

Mussolini hat zum Abschluss der italienischen Manöver vor den Offizieren und der Militärattaches der vertretenden Mächte eine Ansprache gehalten und gesagt: „Niemand in Europa wünscht den Krieg. Aber der Gedanke an den Krieg liegt in der Luft. Der Krieg kann von einem Augenblick zum anderen

ausbrechen. Nun, wenn wir Ende Juni keine Divisionen an die Grenze geschickt hätten, wären Verwicklungen erfolgt, die nur durch die Stimme der Geschütze hätten gelöst werden können. Man muss für den Krieg nicht etwa morgen, sondern schon heute bereit sein.“ Dazu erfährt man durch den ausländischen Rundfunk, dass Jugoslawien den Deutschen Triest als deutschen Hafen versprochen hätte. Und was sagt Mussolini dazu? „In Italien nennt man Hitler ‘duce Bambino’“.

September 1934

Im Pariser Tageblatt berichtet Frau Thompson-Lewis über ihre Erfahrungen in Deutschland. „Deutschland ist heute das behaglichste, komfortabelste und bestorganisierte Gefängnis der Welt. Wem es nichts ausmacht, ohne jede Freiheit geistiger Regung zu leben, der wird sich auch heute noch in Deutschland wohlfühlen können. Alles geht wie am Schnürchen, nur, es ist eben ein Gefängnis, äußerlich unsichtbar, aber dem doch in allen Poren spürbar, der aus einem wahrhaft freiem Lande kommt. Ist Hitlers persönliche Stellung nach dem furchtbaren Schock vom 30. Juni noch die gleiche oder sogar gefestigter? Ich möchte meinen, ja. Gewiss, moralisch hat sein Prestige in einigen Schichten der Bevölkerung, so namentlich bei den Konservativen gelitten, aber die großen Massen treiben jetzt vielleicht noch stärker als je einen Kult von geradezu religiöser Inbrunst mit der Person des Führers. In zahlreichen Gesprächen mit Personen aus sozialen Klassenschichten habe ich diesen mystischen Glauben an die gottgewollte Sendung Adolf Hitlers in unverminderter Stärke festgestellt. Am stärksten war dieser Eindruck für mich in Ober-

ammergau, wo ich Frauen von ihm als dem Erlöser sprechen hörte. Trotzdem ist nicht zu verkennen, dass gerade in Süddeutschland der 30.06. verheerend auf die Seelenstimmung des Volkes gewirkt hat. Nirgendwo in Deutschland sind der Druck und die Folgen des nationalsozialistischen Terrors tiefer und unmittelbarer zu spüren als beispielsweise in München. Dort wagt niemand, den Mund aufzutun, seitdem die Ereignisse des 30.06. gezeigt haben, wessen das Regime fähig ist.“

Aus Hitlers „Mein Kampf“: „Ich glaube niemals daran, dass sich Frankreichs Absichten uns gegenüber je ändern können, denn sie liegen im tiefsten Grunde nur im Sinne der Selbsterhaltung der französischen Nation. Das nicht nur in seiner Volkszahl, sondern besonders in seinen rassisch besten Elementen langsam absterbende Franzosentum kann sich seine Bedeutung in der Welt auf die Dauer nur erhalten bei Zertrümmerung Deutschlands. Solange der ewige Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich nur in der Form einer deutschen Abwehr gegenüber französischen Angriffen ausgetragen wird, wird er niemals entschieden werden. Wohl aber wird Deutschland von Jahrhundert zu Jahrhundert eine Position nach der anderen verlieren. Erst wenn dies in Deutschland vollständig begriffen sein wird, so dass man den Lebenswillen der deutschen Nation nicht mehr bloß in passiver Abwehr verkümmern lässt, sondern zu einer endgültigen aktiven Auseinandersetzung mit Frankreich zusammenrafft und in dem letzten Entscheidungskampf mit deutscherseits größten Schlusszielen hineinwirft, erst dann wird man im Stande sein, das ewige und an sich so unfruchtbare Ringen zwischen uns und Frankreich zum

Abschluss zu bringen. Allerdings unter der Voraussetzung, dass Deutschland in der Vernichtung Frankreichs wirklich nur ein Mittel sieht, um danach unserem Volk endlich an anderer Stelle die mögliche Ausdehnung geben zu können. Heute zählen wir 80 Millionen Deutsche in Europa, erst dann aber wird jene Außenpolitik als richtig anerkannt werden wenn nach kaum 100 Jahren 250 Millionen Deutsche auf diesem Kontinent leben werden.“

3. November 1934

Auf Grund vertraulicher Nachrichten aus „glaubwürdiger Quelle“ rechnet man im Saarland mit der Möglichkeit eines Einfalles der SA ins Saargebiet unmittelbar nach dem 13.01. Daraufhin hat Mister Knox, der vom Völkerbund eingesetzte Bevollmächtigte, die englische Regierung in Kenntnis davon gesetzt, dass die französische Regierung die nötigen Abwehrmaßnahmen gegen diesen Einfall getroffen habe. Sir John Simon hat daraufhin Knox so viel Streitkräfte zur Verfügung gestellt, dass er jede aufrührerische Betätigung des NS-Organisation sofort verhindern kann. Nun stehen französische Truppen an der Grenze des Saarlandes. Der Saarbevollmächtigte Bürckel hat einen Aufruf an die SA und SS des Saargebiets erlassen, wonach ihnen vom 10. 1. bis 10. 2. 1935 innerhalb einer Zone von 40 km längst des Saargebiets das Tragen jeder Uniform verboten ist. Und dann verlangt Bürckel weiter die Ausweisung der Emigranten aus dem Saargebiet.

Hitler über die Friedensnotwendigkeit

Paris, 18. November (1934)

Der „Matin“ veröffentlicht das Ergebnis einer **Unterredung** zwischen Jean **Goy**, Abgeordneter des Departementes Seine, und Norbert **Monnier**, Stadtrat von Paris, mit Reichskanzler Adolf Hitler. Dieser habe auf die von den beiden französischen Volksvertretern geäußerte Beunruhigung wegen der Haltung Deutschlands gegenüber gewissen Dingen wie folgt geantwortet: „Es darf zwischen unseren Ländern keine Missverständnisse geben. Die bestehenden Schwierigkeiten haben alle ihren Entstehungsgrund im **Saarproblem**. Es ist reiner Unsinn zu glauben, dass Deutschland versuchen werde, durch Gewaltmittel die bevorstehende Volksbefragung irgendwie zu stören. Sie kennen meinen Standpunkt hinsichtlich **Elsass-Lothringens**. Das Deutschland von heute denkt nicht so, wie das Deutschland von gestern dachte. Wir haben nicht im Sinn, eine Anzahl Quadratkilometer zu erobern. Ich stand ebenso wie Sie, meine Herren, während vier Jahren an der **Front**, und ich bin wie Sie bereit, meine Pflicht zu tun, aber eben weil wir einander bekämpft haben, verstehen wir die Nutzlosigkeit und den Schrecken eines Krieges. Wenn zwischen Frankreich und Deutschland eine Verständigung aufkommen sollte, so würden zahlreiche **Nachbarstaaten** einen Seufzer der Erleichterung ausstoßen. Es hängt von unsern beiden Staaten ab, diesen Traum zu **verwirklichen**. Es ist nicht möglich, dass es den ehemaligen Frontkämp-

fern nicht gelingen sollte, der Welt den Frieden aufzuzwingen.“

Jean Goy äußert sich folgendermaßen zu dieser Unterredung: „Wir gehören zu denjenigen, die der Auffassung sind, dass Beteuerungen nur einen Wert haben, wenn ihnen die **Taten** folgen. Die nächste Zukunft wird uns lehren, welchen praktischen Wert derartige Unterredungen besitzen.“

Die deutsche Aufrüstung in französischer Beleuchtung

Paris, 20. Nov. (1934)

Nach gewissen Beurteilern bezweckten die **jüngsten Erklärungen Hitlers** unter anderm, die französischen **Kammern gegen die großen Militärkredite einzunehmen**, die in Bälde verlangt werden sollen. Der Bericht des radikalen Deputierten **Archimbaud** über das Kriegsbudget entwirft ein überaus eindrucksvolles Bild von der deutschen Kriegsbereitschaft. Nach dem Bericht zählt das **Reichsheer in diesem Herbst 300.000 Mann**. Dazu kommen an **Polizei- und Hilfstruppen** 180.000 Mann. Nächstes Jahr wird das Reichsheer auf 400.000 Mann angewachsen sein. Zu dieser stehenden Armee kommen stehende **Reserven**, über die sofort verfügt werden kann: 800.000 ehemalige Reichswehrleute und Polizisten, 400.000 militärisch ausgebildete junge Hitlerleute, 1,400.000 ehemal. Kombattanten zwischen 35 und 45 Jahren, 2,7 Millionen Mitglieder der SS und SA, 100.000 Mann Automobilkorps. Im ganzen könnte Deutschland nach dem Berichtstatter Archimbaud **von**

1935 an 600.000 Mann stehende Armee und 5,5 Mill. militärisch ausgebildete Reserven ins Feld stellen. Dazu wird noch die Organisation des **Grenzschatzes** erwähnt, die als solid bezeichnet wird. Die Zahl der ausgebildeten **Flieger** gibt der Berichtstatter mit 3500 bis 4000 an. Bei den Angaben über die Bewaffnung wird auf die **große Tätigkeit bei Krupphingewiesen**, wo sehr weittragende Kanonen und mächtige Haubitzen ausprobiert werden. Die Pulverfabriken sollen ihre Produktion beschleunigen. **In wenigen Monaten werde Deutschland wieder stärker sein als 1914**. Der Berichtstatter stellt fest, dass sich Deutschland trotz dem Völkerbund und trotz der Abrüstungskonferenz intensiv auf den Krieg vorbereite, wie wenn er sehr bald ausbrechen sollte, und sein Schluss ist, dass nur Hoffnung besteht, den Frieden zu erhalten, wenn Frankreich eine starke und gut ausgerüstete Armee hat.

Bauern

Bauerndank durch die Tat

(1933)

Der Bundesvorstand des **Reichs-Landbundes** hat an seine Mitglieder einen **Aufruf** gerichtet, in dem er diese auffordert, für die bedürftigen Mitkämpfer der nationalen Freiheitsbewegung und ihre Familienangehörigen aus den großen Städten zu Ermöglichung einer kostenlosen Erholung in gesunder Landluft freie Wohnung und Kost zur Verfügung zu stellen. Die Meldungen, die an die Geschäftsstellen der Kreislandbünde zu richten sind, sollen so schnell wie möglich zusammengestellt werden, um eine klare Uebersicht darüber zu schaffen, wieviel Plätze auf dem Lande zur Aufnahme von städtischen Mitkämpfern der nationalen Bewegung zur Verfügung stehen. Bei der Zuteilung der Plätze sollen in erster Linie die Mitglieder der im nationalen Kampfe stehenden Verbände, SS, SA, Betriebszellen, Stahlhelm usw. berücksichtigt werden. Die Entscheidung darüber soll ausschließlich in die Hände des Reichskanzlers Adolf Hitler gelegt werden als Zeichen des Dankes für seine befreiende Führertat. Das Hilfswerk soll daher auch den Namen „Hitler-Spende des Reichs-Landbundes“ tragen.

Mit diesem Hilfswerk will der deutsche Bauer durch eine sichtbare Tat bekunden, dass er das Bekenntnis der Nationalregierung zu einer Aufbaupolitik, die in einem gesunden Bauerntum die Lebensgrundlage von

Staat und Wirtschaft sieht, als eine ernste Verpflichtung ansieht, seinerseits alle Kraft im Dienste für den Wiederaufbau des Deutschen Reiches einzusetzen. Nichts ist kennzeichnender für die Einstellung des deutschen Bauern als die Tatsache, dass das eingeleitete Hilfswerk ihm nicht erst von der Reichs-Landbund-Führung nahegelegt werden musste, sondern dass der **Gedanke unmittelbar aus den Reihen der deutschen Bauern selbst entstand**, so dass es nur der organisatorischen Zusammenfassung durch die Führung bedurfte, um ihn in die Tat umzusetzen.

Schon einmal hat in der Nachkriegszeit die Verbundenheit des deutschen Bauerntums mit der nationalen Freiheitsbewegung ein ähnliches Hilfswerk geschaffen. Gleich nach Einbruch der französischen und belgischen Truppen in das Ruhr-Gebiet im Jahre 1923 verpflichtete sich der Reichs-Landbund, bis zu 500.000 Kinder in Einzelpflegestellen auf dem Lande unterzubringen. In kürzester Frist wurden daraufhin damals etwa 350.000 Kinder für sechs bis acht Monate, zum Teil noch länger, auf dem Lande untergebracht. Wenn man durchschnittlich 200 Tage je Kind für Kost, Wohnung, Betreuung rechnet, und billigst hierfür einen Betrag von 60 Pfennig pro Tag einsetzt, so ergibt sich eine Leistung von 42 Millionen Goldmark, die die deutsche Landwirtschaft durch die Unterbringung der Ruhr-Kinder damals auf sich genommen hat, ganz abgesehen von den mehrere tausend Waggons mit Lebensmitteln, die außerdem ins Ruhr-Gebiet als Ruhr-Hilfe der Landwirtschaft ab-

gingen. Seitdem hat sich die Lage der Landwirtschaft außerordentlich verschlechtert. Weniger denn je hat der Bauer die Möglichkeit, durch Geldspenden zu helfen. Aber eine Stube und Kost auf zwei, drei oder vier Wochen für einen deutschen Blutsbruder aus dumpfen, rauchigen Stadtmauern, der im Kampfe für das neue Deutschland sein Leben einsetzte, dass, so betont der Aufruf des Reichs-Landbundes mit Recht, kann hilfsbereiter Wille immer noch zur Verfügung stellen.

Notiz von Elisabeth Flügge

zum vorherigen Zeitungsartikel

In der Lüneburger Heide sollen große Gebiete als Truppenübungsplätze hergerichtet werden - so in der Südheide in der Gegend von Müden, wo 90 Erbhöfe verschwinden sollen. Und neuerdings heißt es, der ganze Hanstedter Forst und der Naturschutzpark mit Undeloh, Wilsede, Wesel, etc. sollen verschwinden. Die Bauern sollen in Ostpreußen angesiedelt werden. Das ist Bodenverbundenheit, Blut und Boden, Blut und Scholle, Erhaltung des Grundbesitzes. Das ist die Ehre, die Hitler den Bauern wiedergab. Dazu werden volkstümliche Feste veranstaltet und dazu gräbt man Herrn Löns Gebeine nach 20 Jahren in Frankreich aus und setzt ihn in der Heide bei. In der Heide, dessen Schönheit er besang und die nun zum Kriegsschauplatz wird.

Beamte

Frontwechsel hoher Kommunalbeamter

Kassel, 25. Febr. (1933), („Frankfurter Zeitung“.)

Die Sorge vor dem ungewissen Ausgang der Kommunalwahlen wirft ihre Schatten voraus. Man sucht den „Anschluss“ nicht zu verpassen und nimmt un­plötzlich einen „Frontwechsel“ vor. Dem Kasseler Oberbürgermeister Dr. h. c. Herbert Stadler, der bereits vor einigen Monaten seinen Austritt aus der Staatspartei vollzogen hat, ist jetzt der Stadtmedizinalrat Dr. Keding gefolgt, der ein staatsparteiliches Mandat im Kommunallandtag Hessen-Kassel betreut hat. Den kühnsten Sprung jedoch machte der Kasseler Bürgermeister Dr. Lahmeyer, der es fertig brachte, heute aus der Deutschen Volkspartei auszutreten und sich zugleich das Nationalsozialistische Parteibuch zu besorgen.

Das neue Beamten­gesetz

Berlin, 8. April (1933), (Frankfurter Zeitung)

Das vom Reichskabinett gestern beschlossene Gesetz zur **Wiederherstellung des Berufbeamtentums** ist gestern abend unterzeichnet und im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Es ist damit heute in Kraft getreten. In vielen seiner Bestimmungen stellt

es zweifellos einen starken Eingriff in das geltende Beamtensrecht dar. Die Regierung hat dieses Gesetz beschlossen aus folgender Erwägung heraus: Sie bedarf zur Durchsetzung ihrer Aufgaben der Stütze auch des Berufsbeamtentums. Dieses Berufsbeamtentum ist seit dem November 1918 durch die Aufnahme von Beamten, die lediglich aus parteipolitischen Rücksichten in ihre Posten kamen, von seiner früheren unangreifbaren Stellung in vielen Fällen abgewichen. Zahlreiche Beamte haben durch Unfähigkeit, Eigen­nutz und korrupte Haltung das Ansehen des deutschen Beamtentums auf das schwerste geschädigt. Darüber hinaus ist es durch artfremde Elemente in starkem Maße durchsetzt gewesen. Zur Beseitigung aller dieser Missstände trifft das neue Gesetz einschneidende Maßnahmen, die sich auf sämtliche Beamtens­kategorien im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden erstrecken. Sogenannte **Parteibuchbeamte**, die keinerlei Vorbildung für ihre Ämter genossen hatten, werden entlassen. Sie erhalten noch drei Monate nach ihrem Ausscheiden ihre bisherigen Bezüge. Von diesem Zeitpunkt an haben sie **keinerlei Rechtsansprüche** mehr. Der Paragraph 3 des Gesetzes verwirklicht eine alte Forderung des nationalsozialistischen Parteiprogramms. Er bestimmt, dass **nichtarische Beamte** in den Ruhestand zu versetzen sind. Es sind hierbei jedoch **Ausnahmen** vorgesehen für solche Personen, die schon am 1. August 1914 Beamte waren, für Kriegsteilnehmer, die Verwundungen erlitten haben und für Beamte, deren

Väter oder Söhne im Kriege gefallen sind. Diese Beamten bleiben weiter im Dienst. Genaue Bestimmungen, nach welchen Gesichtspunkten die Abstammung festgestellt werden soll, sind noch nicht erlassen. Vermutlich dürfte bereits die Tatsache, dass ein Großeltern teil nichtarischer Abstammung ist, im Sinne des Gesetzes bewertet werden. Ein weiterer Paragraph sieht die **Entlassung politisch unzuverlässiger Beamter** vor. Eine Reihe von Paragraphen regelt die Gehälter, insbesondere beseitigt sie Auswüchse, die sich in den vergangenen Jahren bei der Anrechnung der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit ergeben haben. Ferner wird der Missstand der überhöhten Bezüge bei Kommunalbeamten beseitigt. Sinngemäß tritt auch eine Revision der Hinterbliebenenbezüge ein. Ferner kann gegen Beamte, die schon in den Ruhestand versetzt worden sind, noch **nachträglich ein Disziplinarstrafverfahren** eingeleitet werden. Die Reichsregierung betont mit aller Entschiedenheit, dass es sich bei dem vorliegenden Gesetz um eine Maßnahme von nur vorübergehender Natur handelt und dass nach Durchführung seiner Bestimmungen unbedingt in der Beamtschaft wieder das Gefühl der Beruhigung Platz greifen darf. Sämtliche Maßnahmen auf Grund des Gesetzes müssen **bis zum 30. September** durchgeführt sein. Das an diesem Tage vorhandene Berufsbeamtentum wird keinerlei Eingriffe in seine wohl erworbenen Beamtenrechte mehr zu befürchten haben. Einzelne Ressorts können für ihren Dienstbereich die notwendigen Maßnahmen beschleunigter durchführen, so dass unter Umständen die Beruhigung noch eher eintreten wird. Nach dem Willen der Regierung soll das Gesetz die gerechte Mitte darstellen zwischen dem, was die Staatsraison

verlangen muss und dem, was das Berufsbeamtentum verlangen darf.

Der deutsche Gruß bei den Behörden

(ohne Datum, 1933)

Der **Reichsminister des Innern** hat die obersten Reichsbehörden und die Länderregierungen gebeten, für die Durchführung des deutschen Grußes folgendes anzuordnen: 1. Der deutsche Gruß für die Beamten, Angestellten und Arbeiter von Behörden im Dienste und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen besteht im Erheben des rechten Armes. Es ist freigestellt, zu dieser Grußbezeugung die Worte „**Heil Hitler**“ oder „**Heil**“ oder **gar nichts zu sagen**. Andere Worte sind aber gleichzeitig mit dem deutschen Gruß nicht zu sagen. Wer den deutschen Gruß mit dem rechten Arm wegen körperlicher Behinderung nicht ausführen kann, grüßt möglichst durch Erheben des linken Armes. 2. Beamte **in Uniform** wenden künftig abweichend von den bisherigen Bestimmungen auch mit Kopfbedeckung **in und außer Dienst den deutschen Gruß an**. 3. Der Gruß der uniformierten Beamten der **Landespolizei** wird durch die zuständigen Länderministerien geregelt. Für die **Reichswehr** bleibt es bei der Anordnungen des Reichswehrministers.

Notiz von Elisabeth Flügge

„*Heil Gar Nichts*“

Ehescheu und Kinderlosigkeit. Hemmen dienstliches Fortkommen

Stuttgart, 10. Februar (1934)

Unter der Ueberschrift „Den Beamten ins Gewissen“ veröffentlicht der „Staatsanzeiger für Württemberg“ eine Auslassung von Dr. H. **Meuth**, in der die Folgen des Geburtenrückgangs vor Augen geführt und die Beamten an ihre bevölkerungspolitischen Pflichten erinnert werden. „Statt 4,4 Kindern vor 30 Jahren kommen heute nicht einmal mehr zwei Kinder auf eine Ehe. Dass aber gerade die kulturell gehobenen Kreise, vor allem die als Auslese anzusprechenden Beamten, mit ihrer besonders geringen Kinderzahl den Durchschnitt stark herunterdrücken, verschärft die Gefahr außerordentlich. Denn dadurch gewinnen die weniger wertvollen Volksglieder mit ihrem regelmäßig stärkeren Nachwuchs bald die Oberhand. Wenn jetzt dagegen mit schärfsten Mitteln durch Verhütung erbkranken Nachwuchses der Minderwertigen vorgegangen wird, erwächst daraus den erbgesunden Familien die doppelte Pflicht, diesen zahlenmäßigen Ausfall mindestens auszugleichen. Vom Beamten muss dabei vor allem die Ein-

sicht erwartet werden, dass gewollte Kinderarmut der Todeskern für Volk und Staat ist und dass er dementsprechend verantwortlich zu handeln hat. Der württembergische Beamte hat sich schon immer durch selbstverleugnende Hingabe an den Staat ausgezeichnet. Wo diese überlieferte Tugend nachgelassen haben sollte, werden die künftig nur aus erprobten Nationalsozialisten auszuwählenden Personalreferenten bei der Eignungsprüfung namentlich für verantwortliche Stellen, entscheidend auch darauf zu sehen haben, dass die grundlegende Einsicht in die bevölkerungspolitische Lage beim Beamten vorhanden ist und betätigt wird. **Scheu vor Ehe und vor Kindersegen müssen dem Beamten bei seinem dienstlichen Fortkommen ebenso belasten wie fachliche Untüchtigkeit, mangelnder Eifer und Unzuverlässigkeit.** Die Fälle, wo körperliche Hindernisse vorliegen - am schmerzlichsten für die Familie selbst - werden unschwer zu berücksichtigen sein. In der Erfüllung der wichtigsten Pflicht gegenüber Staat und Volk, der Sorge für ihren Bestand, muss vorweg der Beamte mit leuchtendem Beispiel vorangehen.“

Alle Beamten neu vereidigt. Diensteid auf Adolf Hitler

Berlin, 23. August (1934)

Im Verfolg des Gesetzes über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und der Volksabstimmung vom 19. August hat die Reichsregierung das folgende Gesetz „über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht“ beschlossen, dass in Nummer 98 d. Reichsgesetzblatts T. I veröffentlicht ist. Der Diensteid der öffentlichen Beamten lautet: „Ich schwöre: ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

Der Diensteid der Soldaten der Wehrmacht lautet: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbe-

dingt Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“

Die im Dienst befindlichen Beamten sind unverzüglich gemäß Ziffer 1 zu vereidigen.

Das Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht vom 1. Dezember 1933 - Reichsgesetzblatt Teil I S. 1016 - und die Verordnung vom 2. gleichen Monats - Reichsgesetzblatt I S. 1017 - werden aufgehoben.

Auf Grund dieses Gesetzes, nach dem alle öffentlichen Beamten auf die Person des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler zu vereidigen sind, wie dies bei den Soldaten der Wehrmacht bereits geschehen ist, hat der Reichsminister des Innern sämtliche Behörden angewiesen, die Vereidigung der im Dienst befindlichen Beamten unverzüglich vorzunehmen.

Kultur

Kurznachrichten aus Kunst und Wissenschaft

(8. März 1933)

In der Dresdner Staatsoper kam es am Dienstagabend bei der Rigoletto-Aufführung, die Generalmusikdirektor **Fritz Busch** dirigierte, zu Skandalszenen. Als Busch am Dirigentenpult erschien und die Ouvertüre einsetzte, begann ein minutenlanges Pfeifkonzert zahlreicher Uniformierter, die gegen den Dirigenten protestierten, so dass Busch das Pult verließ. Nach Verlauf von zehn Minuten erschien dann Staatskapellmeister Kurt **Striegler**, der darauf das Orchester dirigierte; die Aufführung verlief dann in Ruhe. Nachträglich wird von nationalsozialistischer Seite bestätigt, dass der Gaukreiswart der NSDAP, für Sachsen, Alexis **Posse**, die Vollzugsgewalt der Stadttheater übernommen hat. Die Disziplinargewalt in der Oper habe er dem Schauspieler Schröder übertragen. Ministerialdirektor Dr. Reuter, Dezernent für Staatstheater im Volksbildungsministerium, hat anheimgegeben, eine schriftliche Erklärung beim Ministerium einzureichen.

Misshandlung des Breslauer Theaterintendanten

Berlin, 10. März 1933

Die „Vossische Zeitung“ berichtet aus Breslau, dass dort der Intendant der Vereinigten Theater in Breslau, **Paul Barney**, am heutigen Vormittag von fünf Leuten in SA-Uniform in einem Kraftwagen entführt worden sei. Man habe ihm Mantel und Anzug **ausgezogen**, und mehrere der Männer hätten mit **Gummiknüppeln und Hundepeitschen** auf ihn eingeschlagen, während die anderen mit gezogenen Revolver vor ihm standen. Nachdem man ihn in dieser Form etwa eine halbe Stunde aufs schärfste misshandelt habe, hätten die Täter einen auf Streife befindlichen Schutz-Polizeibeamten gesichtet. Barney sei darauf unter neuen Drohungen gezwungen worden, in seiner höchst mangelhaften Bekleidung **davonzulaufen**, während die Täter selbst flüchteten. Die alarmierte Polizei brachte den Intendanten wieder in die Stadt. Leider schein kaum Aussicht zu bestehen, der Täter habhaft zu werden, obwohl die politische Polizei mit **außerordentlichem Nachdruck** die Untersuchung sofort in die Hand genommen habe. Intendant Barney erlitt, nachdem er seine Angaben auf dem Polizeipräsidium gemacht hatte, einen **Nervenzusammenbruch** und wird wahrscheinlich sich in das Krankenhaus begeben müssen. Der Vorfall hat in Breslau großes Aufsehen ausgelöst.

Briefwechsel Dr. Goebbels/Furtwängler.

Die echte deutsche Kunst

Berlin, 11 April (1933)

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda **Dr. Goebbels** hat sich in einem Schreiben an Generalmusikdirektor **Furtwängler**, der brieflich einige Wünsche zum Ausdruck gebracht hatte, grundsätzlich über die Haltung der nationalbedingten deutschen Lebenskräfte zur Kunst geäußert. In dem Schreiben des **Reichsminister Dr. Goebbels** heißt es u. a.: „Ich glaube, der Kampf, den wir um Deutschlands Erneuerung führen, geht den deutschen Künstler nicht nur passiv, sondern auch aktiv an.

Es ist Ihr gutes Recht, sich als Künstler zu fühlen und die Dinge auch lediglich vom künstlerischen Standpunkt zu sehen. Das aber bedingt nicht, dass Sie der ganzen Entwicklung, die in Deutschland Platz gegriffen hat, unpolitisch gegenüberstehen. Es ist nicht nur die Aufgabe der Kunst und des Künstlers, zu verdienen; **es ist weit darüber hinaus ihre Aufgabe, zu formen, Gestalt zu geben, Krankes zu beseitigen und Gesundem freie Bahn zu schaffen.** Ich vermag deshalb als deutscher Politiker nicht lediglich den einen Trennungsstrich anzuerkennen, den Sie wahr haben wollen, den zwischen guter und schlechter Kunst. Lediglich eine Kunst, die **aus dem vollen Volkstum** selbst schöpft, kann am Ende gut sein und dem Volke, für das sie geschaffen wird, etwas bedeuten. **Kunst in absolutem Sinne, so wie der liberale Demokratismus sie kennt, darf es nicht geben.**

Gut muss die Kunst sein; darüber hinaus aber

auch verantwortungsbewusst, gekonnt, volksnah und kämpferisch. Das sie keine Experimente mehr verträgt, gestehe ich gern zu.

Es wäre aber angebracht gewesen, gegen künstlerische Experimente zu protestieren in einer Zeit, in der das deutsche Kunstleben fast ausschließlich von der Experimentiersucht volks- und rassefremder Elemente bestimmt und dadurch das deutsche künstlerische Ansehen vor der ganzen Welt belastet und kompromittiert wurde. **Wirkliche Künstler sind rar. Man muss sie deshalb fördern und unterstützen.**

Sie werden in Deutschland auch in Zukunft mit Ihrer Kunst immer zu Worte kommen können. Dagegen zu klagen, dass hier und da Männer wie **Walter, Klemperer, Reinhardt usw.** Konzerte absagen mussten, erscheint mir im Augenblick umso weniger angebracht, als wirkliche deutsche Künstler in den vergangenen 14 Jahren vielfach überhaupt zum Schweigen verurteilt waren und **die auch von uns nicht gebilligten Vorgänge in den letzten Wochen nur eine natürliche Reaktion auf diese Tatsache darstellen. Jedenfalls aber bin ich der Meinung, dass jedem wirklichen Künstler bei uns das Feld zur ungehinderten Wirksamkeit freigegeben sein soll. Er muss dann aber, wie Sie selbst sagen, ein aufbauender, schöpferischer Mensch sein** und darf nicht auf der Seite der von Ihnen mit Recht gegeißelten wurzellos zersetzenden, verflachend destruktiven, meistens nur **technischen Kömmer** stehen.“ **Generalmusikdirektor Furtwängler** hatte an Reichsmini-

nister Dr. Goebbels ein Schreiben gerichtet, in dem er u. a. ausführte: „Angesichts meines langjährigen Wirkens in der deutschen Öffentlichkeit und meiner inneren Verbundenheit mit der deutschen Musik erlaube ich mir, Ihre Aufmerksamkeit auf **Vorkommnisse innerhalb des Musiklebens** zu lenken, die meiner Meinung nach nicht unbedingt mit der Wiederherstellung unserer nationalen Würde, die wir alle so dankbar und freudig begrüßen, verbunden sein müssen.

Kunst und Künstler sind dazu da, zu verbinden, nicht zu trennen. Nur einen Trennungsstrich erkenne ich letzten Endes an, den zwischen guter und schlechter Kunst.

Während nun aber der Trennungsstrich zwischen Juden und Nichtjuden, auch wo die staatspolitische Haltung der Betreffenden keinen Grund zu Klagen gibt, mit geradezu theoretisch unerbittlicher Schärfe gezogen wird, wird jener andere, für unser Musikleben auf die Dauer so wichtige, ja entscheidende Trennungsstrich, der zwischen gut und schlecht, allzu sehr vernachlässigt.

Das heutige Musikleben, durch die Weltkrise das Radio usw. ohnehin geschwächt, verträgt **keine Experimente mehr.**

Wenn in Konzerten nichts geboten wird, gehen die Leute eben nicht hinein. Darum ist die Frage der Qualität für die Musik nicht nur eine ideale, sondern schlechthin eine Lebensfrage.

Wenn sich der Kampf gegen das Judentum in der Hauptsache gegen jene Künstler richtet, die - selber wurzellos und destruktiv - durch Kitsch, trockenes Virtuositentum und dergleichen zu wirken zu suchen, so ist es nur in Ordnung. Wenn dieser Kampf sich

aber auch gegen wirkliche Künstler richtet, ist das nicht im Interesse des Kulturlebens.

Es muss deshalb klar ausgesprochen werden, dass Männer, wie **Walter, Klemperer, Reinhardt** usw. auch in Zukunft in Deutschland mit ihrer Kunst zu Worte kommen müssen.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie im Namen der deutschen Kunst, damit nicht Dinge geschehen, die vielleicht nicht mehr gutzumachen sind.“

Thomas Mann. Eine Verteidigung

22. April 1933, Frankfurter Zeitung

Wir erhalten von **Thomas Mann** das folgende Schreiben mit der Bitte um Wiedergabe:

Sehr geehrte Herren!

„Die Passion für Wagners zaubervolles Werk begleitet mein Leben, seit ich seiner zuerst gewahr wurde und es mir zu erobern, es mit Erkenntnis zu durchdringen begann.“ - Das ist ein Satz aus einem umfangreichen kritischen Versuch, den ich unter dem für seine Haltung, sein Gefühl bezeichnenden Titel **„Leiden und Größe Richard Wagners“** im Aprilheft der **„Neuen Rundschau“** veröffentlicht habe. Solcher Sätze enthält der Aufsatz viele, aber das hat ihn nicht davor bewahrt, zum Gegenstand eines heftigen Protestes zu werden, der versehen mit den Namen einer großen Anzahl von Münchner Honoratioren, nicht nur durch die „Münchner Neuesten Nachrichten“, sondern auch durch das Münchner Radio verbreitet worden ist. Sein Text, der von schweren Schmähungen meines Charakters und meiner Gesin-

nung voll ist, nimmt auf den großen Essay nicht ausdrücklich und unmittelbar Bezug; er führt nicht seinen Titel an, nennt nicht die Stelle seines Erscheinens und erschwert dadurch die Kontrolle der gegen mich erhobenen Vorwürfe. Er spricht von Vorträgen, die ich in mehreren Städten des Auslandes gehalten und mit denen ich draußen den Namen des deutschen Meisters verunglimpft hätte. Zum Beweise lässt der Verfasser aus dem Zusammenhang des Rundschauaufsatzes einige Zitate, die, unter die Massen der Rundfunkhörer geworfen, dem Verständnis meiner Absichten gefährlich werden und die nationale Entzündung gegen mich aufrufen konnten.

Wirklich habe ich der 52 seitenlangen Studie, einem mit inniger Hingebung geschriebenen Resumé meines Wagner-Erlebnisses, das Material zu einem Vortrag entnommen, mit dem ich aus Anlass des zurückliegenden Gedenktages bisher viermal öffentlich hervorgetreten bin. Während es sich bei dem Aufsatz um ein der literarischen Aufnahme zgedachtes, an Brechungen und Abtönungen des Gedankens reiches Bekenntnis handelte, war der Vortrag für einen festlichen Zweck bestimmt und verzichtete selbstverständlich auf manche psychologische Schärfe, die einem solchen Zweck hätte zuwiderlaufen können. Ich habe ihn zuerst am 10. Februar auf Einladung der **Münchner Goethe-Gesellschaft** im Auditorium Maximum der Münchner Universität gehalten - unter dem herzlichen Beifall einer halbtausend-köpfigen Hörerschaft und ohne den leisesten Widerspruch zu erfahren. Ich habe ihn zur Feier von Wagners

fünfzigsten Todestage im **Amsterdamer Concert-Hause** wiederholt, dann, auf Französisch, in **Brüssel** und **Paris**: jedesmal unter der gespannten Anteilnahme eines für Wagner glühenden Publikums. Die Vertreter des Deutschen Reiches in den verschiedenen Hauptstädten waren bei diesen Veranstaltungen zugegen und haben mir ihren **Dank** für den Dienst ausgedrückt, den ich damit dem deutschen Namen geleistet. Der Protest der „Wagner-Stadt München“ aber, wie die Gesamtheit der Unterzeichner sich nennt, zeihet mich des Gegenteils.

Ich bin der deutschen Oeffentlichkeit und mir selbst die Feststellung schuldig, dass dieser Protest aus einem **schweren Missverständnis** hervorgegangen ist und mir nach Inhalt und Ausdrucksweise schweres, bitteres Unrecht zufügt. Kaum einer der ehrenwerten und sogar hervorragenden Männer, die ihren Namen darunter setzten, kann den Aufsatz „Leiden und Größe Richard Wagners“ überhaupt gelesen haben, denn nur vollkommene **Unkenntnis** der Rolle, die Wagners gigantisches Werk in meinem Leben und Dichten seit jeher gespielt hat, konnte sie bestimmen, an dieser bösen Handlung gegen einen deutschen Schriftsteller teilzunehmen.

Aufrichtig bitte ich die stillen Freunde meiner Arbeit in Deutschland, sich an meiner Verbundenheit mit deutscher Kultur und Ueberlieferung, an meiner Verbundenheit mit **ihnen nicht irre** machen zu lassen.

Lugano, 19. April 1933. Thomas Mann.

Musikausübung im neuen Staat

(1933)

Im Reichsbund Volkstum und Heimat sprach in der Klosterschule der Direktor des Musikheims Frankfurt a. O. Georg Göttisch, über die Musikausübung im neuen Staat. Nötig sei die **Musikerweckung**, die die Menschen ganz erfasst und die zur Herzenssache wird. Falsch sei besonders die Auffassung über die Natur des Volksliedes. Es sei noch nicht Volkslied, wenn ein paar hundert Männer auf dem Podium stehen und ein Lied singen; Komposition und Darstellung decken sich aber nicht. Wir müssten überhaupt weniger Konzerte haben und mehr Hausmusik treiben. Den Männerchören und Dilettantenvereinigungen empfahl er, überhaupt vom Konzertgehen im allgemeinen abzusehen. Die Musikerziehung müsste Gemeinschaftssache sein, das Technische könnte Sache von Spezialisten sein. In seinem Musikheim in Frankfurt a. O. habe man in die Totalität der Musikerziehung auch die körperliche Ertüchtigung und das Kasperletheater einbezogen. Den Antrieb zum Musikschaffen müssten Staat, Religion, Gesellschaft und Volk geben.

Absage Toscaninis an Bayreuth

Basel, 7. Juni (1933), (Frankfurter Zeitung)

Wie die Basler Blätter melden, hat **Toscanini an Frau Winifred Wagner** folgendes Telegramm gerichtet:

„Da die mein Gefühl als Künstler und Mensch ver-

letzenden Geschehnisse gegen mein Hoffen bis jetzt keine Veränderung erfahren, betrachtete ich es als meine Pflicht, das Schweigen, das ich mir seit zwei Monaten auferlegte, heute brechen und Ihnen mitzuteilen, dass es für meine, Ihre und aller Ruhe besser ist, **an mein Kommen nach Bayreuth nicht mehr zu denken**.

Mit den Gefühlen unveränderlicher Freundschaft für das Haus Wagner

Arturo Toscanini.“

Zur Absage Toscaninis teilt die Pressestelle des **Kampfbundes für deutsche Kultur** mit:

„Toscanini begründet seine Absage in einer Form, die beweist, dass der bekannte Dirigent sich der Wirkung einer großangelegten antideutschen Propaganda nicht zu entziehen vermochte. Der Kampfbund für deutsche Kultur, der sich von jeher in jeder Form Schutz und Förderung des deutschen Kulturgutes von Bayreuth angelegen sein ließ, stellt fest, dass keine seiner kompetenten Stellen jemals sich gegen eine künstlerische Betätigung Arturo Toscaninis aussprach, und dass insbesondere der preußische Landesleiter, Reichstags-Abgeordneter **Hinkel**, sich oftmals mündlich und in der Presse ausdrücklich zu einem in jeder Richtung verbürgten Verlauf der Festspiele 1933 eingesetzt hat. Nach der Absage Toscaninis wird ein **deutscher Dirigent berufen** werden. Wir sind als Deutsche überzeugt, dass künstlerisch vollwertige Interpreten der Wagnerischen Werke gefunden werden.

Notizen von Elisabeth Flügge

ohne Datum

Richard Euringer hat den Stefan-George-Preis, 12.000 Mark, für 1934 erhalten wegen seiner guten nationalsozialistischen Kampflyrik. Ich fand im HH Tageblatt ein Beweis seines „Könnens“:

Ihr und Wir.

Sie unterscheiden noch immer nach Kluft und Frack, wir unterscheiden Volk und Pack.

Sie ordnen noch immer nach Orden und Ehren, wir fragen nur nach Charakteren.

Sie schwelgen noch immer in Titulaturen, wir kennen nur Kerl und Kreaturen!

Der Mensch fängt noch immer beim Geldsack an, wir zählen ab, und Mann gilt Mann.

Sie trennen noch immer nach Bürger, Soldat, wir kennen nur Dich Kamerad.

Sie teilen noch immer in Grobe und Feine, wir dienen längst wieder als Gemeine.

Sie pochen noch immer auf Matrikel, uns gilt der Kopf und nicht der Gickel.

Sie schnüffeln katholisch, Calvinist? wir loben Dich, Herr Jesus Christ.

Sie predigen immer noch hoch und nieder, wir sind ein Volk und wissen es wieder.

Sie kommen nicht weiter als bis zur Partei, wir sind uns einig: Deutschland wird frei!“

2 September 1934

Gestern war ich zur Erstaufführung „Kabale und Liebe“. Als der Präsident zu Wurm sagt: „Was ist ein Eid? - Für uns nichts, für diese Menschenart

alles“, ging eine starke Bewegung und ein Lachen durch das ganze Theater.

4. September 1934

Am 4. Dezember ist Furtwängler von seinen sämtlichen Ämtern zurückgetreten. Die Veranlassung dazu war sein Eintreten für Hindemith, dem man seine atonale Musik, seine jüdische Versippung und seine undeutsche Kunstauffassung zum Vorwurf machte, die es ihm gestattete, mit jüdischen Emigranten zusammen Schallplattenaufnahmen machen zu lassen. Furtwängler trat heftig für Hindemith ein und schrieb der Reichskulturkammer: „Wir könnten es uns heute einfach nicht leisten, auf einen solchen Künstler wie Hindemith zu verzichten.“ Er bat um Verabschiedung von seinem Präsidentenposten der Reichsmusikkammer, von seinem Posten als Staatsrat und seinen übrigen Ämtern. Diesem Antrag hat Goebbels entsprochen und eine unerhörte Rede über die nationalsozialistische Kunst gehalten.

Goebbels und die nationalsozialistische Kunst

Berlin, 7. Dezember (1934)

Reichsminister Dr. Goebbels erklärte bei der Jahreskundgebung der Reichskulturkammer u.a., dass es nicht in der Absicht der nationalsozialistischen Staatsführung liege, auf die Kunst irgendeinen ihrem Wesen fremden und ihre Entwicklung hemmenden Zwang auszuüben. Der Minister führte dann aus: „Es kann und darf der nationalsozialistischen Bewegung

und ihren Wortführern nicht verwehrt werden, zum deutschen Kulturstand eindeutig und kompromisslos Stellung zu nehmen. Wir sind über den Verdacht erhaben, wahrer und echter Kunst kleinliche und schikanöse Vorschriften machen zu wollen. Was wir hier bewahrt zu sehen wünschen, das ist die nationalsozialistische Charakterhaltung und Weltanschauung, die auf das Politische zu begrenzen und aus den Bezirken des Künstlerischen zu verweisen niemanden, er mag auf seinem Gebiete eine Geltung, welche auch immer, für sich beanspruchen, das Recht zusteht. Die Vorarbeiten einer Kranken- und Altersversorgung für die Schriftsteller ist im Gange. Aufgabe der Reichspressekammer war es, die zersplitterte Presse in Deutschland zu einem starken Instrument des Staatswesens zu machen. Durch das Schriftleitergesetz ist dem Schriftleiter eine grundsätzlich neue Stellung verliehen worden. Die Filmwirtschaft und Filmkunst mussten auf eine neue Basis gestellt werden. Eine Filmkreditbank wurde zur Sicherung der deutschen Produktion gegründet. Jede große Kunst braucht Zeit. Man muss sie ihr lassen, damit sie ausreifen kann. Unterdessen aber wollen wir die großen Werte echter deutscher Kunst an das Volk heranbringen, auf dass das Volk wieder zur Kunst zurückfindet.“

Aus der Rede Goebbels sind noch folgende Stellen zu erwähnen: Man könne, sagte er, **weltanschauliche Entgleisungen** schlimmster Art nicht damit entschuldigen, dass man sie als Jugendwerke abtue. Verantwortlich dafür sei nicht der vielberufene Zeitgeist, sondern der Künstler selbst, der mit seiner Person und mit seinem Namen hinter dem Werk stehe. Es hieße Logik und Verstand auf den Kopf stellen, wenn man behaupte, eine Epoche verlange eben nach Sen-

sation und der Künstler sei deshalb verpflichtet, Sensation zu machen. Es sei bequem und billig zu behaupten, es handle sich dabei um schnell hingeschriebene Gelegenheitswerke. Das sei es ja, dass Gelegenheit nicht nur Diebe, sondern auch **atonale Musiker** mache, um der Sensation zu dienen und dem Zeitgeist nahe zu bleiben, nackte Frauen auf der Bühne in obszönen und kitschig gemeinsten Szenen im Bade auftreten ließen und sie dabei zur Verspottung eines feigen Geschlechts, das zu schwach sei, sich dagegen aufzulehnen, mit den misstönenden Dissonanzen einer musikalischen Nichtskönnerei umgeben.

„Wir jedenfalls vermögen weder Vorwärtsweisendes noch Zukunftsträchtiges dabei zu entdecken. Wir verwahren uns auf das energischste dagegen, diesen Künstlertypus als deutsch angesprochen zu sehen, und buchen die Tatsache seines blutmäßigen, rein germanischen Ursprungs nur als drastischen Beweis dafür, wie tief sich die **jüdische Infizierung** bereits in unseren eigenen Volkskörper festgefressen hatte.“

Notiz von Elisabeth Flügge

zum vorherigen Zeitungsartikel

Damit versuchte er seine Handlung Furtwängler gegenüber zu rechtfertigen und der Empörung des ganzen gebildeten Deutschlands entgegenzutreten. Man befürchtete anfangs, Strauß würde Furtwänglers Schritt billigen und auch zurücktreten. Stattdessen las man folgendes Telegramm:

Ein Glückwunsch-Telegramm: Richard Strauß an Dr. Goebbels

Berlin, 10. Dezember (1934)

Der Präsident der Reichsmusikkammer Dr. Richard **Strauß**, der soeben seine Konzertreise durch Holland mit größtem Erfolg beendet hat, sandte, da er bei der Veranstaltung im Sportpalast anlässlich des einjährigen Bestehens der Reichskulturkammer nicht anwesend sein konnte, an Reichsminister Dr. Goebbels folgendes Telegramm: „Zur großartigen Kulturrede sende herzlichen Glückwunsch und begeisterte Zustimmung. In treuer Verehrung Heil Hitler! gez. Dr. Richard Strauß.

Notiz von Elisabeth Flügge

ohne Datum

Zum Direktor der Berliner Staatsoper wurde Clemens Krauß aus Wien berufen. Als man dies in Wien erfuhr, entstanden während einer Oper heftige Zwischenrufe: „Pfui, er geht nach Nazi-Deutschland“.

Wiener Giftigkeit: Clemens Krauß „seines Amtes enthoben“

Wien, 12. Dezember (1934)

Amtlich wird mitgeteilt: Dem Gesuch des Direktors der Staatsoper, Clemens Krauß, um sofortige Lösung des Vertrages hat die Bundestheaterverwaltung entsprochen und Direktor Clemens Krauß mit dem 15. Dezember d. J. seines Amtes enthoben.

Notiz von Elisabeth Flügge

ohne Datum

Die Oper „Hoffmanns Erzählungen“ darf in Düsseldorf nicht mehr aufgeführt werden, weil Offenbach Jude war.

Zu Shakespeares „Sommernachtstraum“ ist neue Musik geschaffen worden, weil Mendelssohn Jude war. Der Regisseur Fehling vom Staatstheater Berlin ist abgebaut, angeblich wegen zu hoher Gehaltsansprüche.

Am ersten Weihnachtstag bei der Aufführung der „Meistersänger“ ist Jochum ausgepiffen worden, bei der Ouvertüre zum 3. Akt. Er soll seinen Dirigentenstab zerbrochen und die Regie niedergelegt haben, allerdings nur für zehn Minuten. Da man keinen Ersatz hatte, musste er weiter dirigieren. Er soll bei seinem Orchester sehr unbeliebt sein wegen der übermäßig vielen Proben. In dunklem Zusammenhang mit dieser Geschichte muss folgende Zeitungsnotiz stehen: „Vertrauen für Jochum“.

Vertrauen für Jochum

(1934)

Die Staatliche Pressestelle teilt mit: Die von dem Musikkritiker Dr. Steffensen in einer Groß-Hamburgischen Zeitung am 3. dieses Monats veröffentlichte Kritik anlässlich der Sendung des Reichssenders Hamburg „Welterfolge der Oper“ gibt der Hamburgischen Verwaltung für Kulturangelegenheiten Veranlassung, darauf hinzuweisen, dass Herr Generalmusikdirektor Eugen Jochum nach wie vor das größte Vertrauen aller maßgeblichen hamburgischen Stellen besitzt. Das Philharmonische Staatsorchester, vertreten durch den Orchestervorstand, hat Herrn Senator von Allwörden gegenüber der einmütigen Empörung des gesamten Orchesters wegen dieser Kritik Ausdruck verliehen. Dem Kritiker selbst ist wegen seiner zersetzenden Kritik, die sich mittelbar auch gegen eine vom Staat getroffene Entscheidung richtet, durch die dafür zuständige Stelle der Zutritt zu den Aufführungen der Hamburgischen Staatsoper und den Konzerten des Philharmonischen Staatsorchesters bis auf weiteres gesperrt worden. **Kapellmeister Swarowsky schreibt uns:** Sehr geehrte Redaktion! Im Anschluss an die in den Montag-Abendblättern erschienene Erklärung für Herrn Generalmusikdirektor Eugen Jochum halte ich mich für verpflichtet, Ihnen aus freien Stücken mitzuteilen, dass ich den Schlussfolgerungen, die eine Zeitung an die Kritik meiner Leistung anlässlich des Funkabends am 1. Januar 1935 geknüpft hat, in jeder Weise fernstehe und von ihnen aufs deutlichste abrücke. Ich lege den größten Wert darauf, festzustellen, dass ich **vor**

allen anderen die Stellungnahme des Senats aufrichtig begrüße. Die in der Kritik enthaltenen Kombinationen liegen meinem Arbeitsziel, dem Aufbau des Betriebes im Rahmen der mir vom Generalintendanten vertrauensvoll zugewiesenen Stellung fachlich zu dienen, völlig fern. Ich habe mich seinerzeit bei meiner Verpflichtung nach Hamburg gern unter die Führung eines Dirigenten vom Range **Jochums** begeben und betone freiwillig, dass sich an dieser Einstellung nicht das mindeste geändert hat, noch ändern wird. Jeden Versuch, diese Grundhaltung im geringsten zu beeinträchtigen, weise ich aufs schärfste zurück; er schadet dem Gesamtbetrieb ebenso wie mir persönlich. Ich bitte Sie, dieses Schreiben in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Heil Hitler!

gez. Swarowsky

Notiz von Elisabeth Flügge

12. Januar 1935

Wie es heißt, hat man Furtwängler die Pässe gesperrt. Teilweise wird sogar behauptet, er sei im Konzentrationslager. Jedenfalls hat man seit seinem Rücktritt bis heute - 12. Januar (1935) - nichts von ihm gehört.

Forschung, Lehre, Wissenschaft

Studenten besetzen die Kunstschule

Berlin, 18. Februar (1933)

Die Räume der Staatlichen Kunstschule in Berlin-Schöneberg sind gestern nachmittag während des Staatsexamens **von nationalsozialistischen Studenten besetzt** worden. Die Prüfung wurde von den Studenten unterbrochen. Der Direktor **Kamps**, die Professoren **Lahs** und **Tappen** und der Vorsitzende des künstlerischen Prüfungsamtes, **Franck**, wurden genötigt, die Räume zu verlassen.

Wir erfahren noch, dass sich im Anschluss an den Vorfall der Leiter der Prüfungskommission, Professor Philipp **Franck**, gemeinsam mit den drei anderen Professoren sofort an den kommissarischen **preußischen Kultusminister** gewandt hat, der eine **strenge Prüfung und Ahndung** der Angelegenheit zugesichert hat.

Erleichterte juristische Prüfungen für Mitglieder nationaler Verbände

Berlin, 6. April (1933),

(Privattelegramm der Frankfurter Zeitung)

Der Kommissar des Reiches für das **Preußische Justizministerium** wird in der nächsten Nummer des Justizministerialblattes eine allgemeine Verfügung veröffentlichen, nach der **Rechtskandidaten und Referendare**, die als Mitglieder einer der anerkannten **nationalen Verbände** im vaterländischen Dienst eine gewisse Zeit hindurch tätig gewesen sind, zum Ausgleich einer dadurch verursachten Behinderung des Ausbildungsganges auf Antrag die **juristischen Prüfungen in abgekürzter Form ablegen können**.

Die zur abgekürzten Prüfung zugelassenen Rechtskandidaten sind von der Anfertigung der sechswöchigen Hausarbeit befreit und haben an ihrer Stelle eine weitere fünfstündige Klausurarbeit abzuliefern. Wird ein Referendar zur großen Staatsprüfung in abgekürzter Form zugelassen, so braucht er die erste dreiwöchige Hausarbeit (das Rechtsgutachten) nicht zu fertigen. Prozessakten zur Anfertigung der praktischen Arbeit können ihm schon während des Vorbereitungsdienstes zugeteilt werden.

Eine allgemeine Erleichterung von Prüfungen verschiedenster Art ist unseres Wissens bisher in Deutschland erst einmal erfolgt, nämlich aus Anlass

des **Weltkrieges**, und mit der Absicht, die jungen Menschen, welche Jahre ihres Lebens im Heeresdienst zum Schutz der Heimat verbracht hatten, nicht schlechter zu stellen als die anderen, welche zu Hause inzwischen an ihrer geistigen und beruflichen Fortbildung arbeiten durften. Jetzt soll, wie in unserer Berliner Meldung angekündigt wird, ein gewisses Maß von Tätigkeit innerhalb der erkannten nationalen Verbände **ebenfalls** zu einer Erleichterung juristischer Prüfungen führen.

Es ist immerhin beachtlich, dass unter denen, die man in diesen Tagen von ihrer Tätigkeit in der Rechtspflege **wegen semitischer Abstammung** fernhält, Juristen sich befinden, die wegen ihrer wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft Weltruf besitzen. Einige der Betroffenen haben die Behandlung, die ihnen als deutsche und deutschfühlenden Juden zuteil wurde, als so schmerzliches Unrecht empfunden, dass sie den Freitod dem Leben vorgezogen haben. Und ihre Nachfolger? Sollte man nicht meinen, dass, wer mit Eifer für die Ausschaltung von Menschen jüdischer Abstammung aus der Rechtspflege tätig war, gerade deshalb doppelt besorgt um die Hochhaltung, ja die Steigerung der **Leistungen** derer sein müsste, die er sich als Ersatz denkt und wünscht? Hat nicht soeben erst der **Reichskanzler** selbst zur Begründung des Vorgehens gegen jüdische Intellektuelle sich auf die **Leistungen** des deutschen Geistes berufen? Man mag im Sinne des preußischen kommissarischen Justizministers die Tätigkeit in nationalen Verbänden für eine hinreichende Charakterprobe halten - als eine Leistungsprobe für den Beruf kann sie nicht gut sein.

Auch drängt sich eine Gegenüberstellung auf. Die

Tätigkeit in nationalen Verbänden wird den Kandidaten jetzt als Verdienst angerechnet. Bei den vielen preußischen Erlassen gegen jüdische Richter, Staatsanwälte oder Rechtsanwälte und Notare aber hat sich **nicht ein** Wort gefunden, welches den Frontdienst solcher Männer im Weltkriege, wenn schon nicht zum Verdienst, so doch wenigstens zum Grund der Anerkennung ihrer vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung gemacht hätte.

Einstein und die Akademie der Wissenschaften

Berlin, 11. April 1933, (Frankfurter Zeitung)

Die Preußische Akademie der Wissenschaften übermittelt im Anschluss an ihre Erklärung vom 1. April 1933 folgende Mitteilung Herrn Albert **Einsteins**:

Le Coq bei Ostende, 5. April 1933.

An die Preußische Akademie der Wissenschaften!
„Ich habe von durchaus zuverlässiger Seite die Nachricht erhalten, dass die Akademie der Wissenschaften in einer offiziellen Erklärung von einer „Beteiligung Albert Einsteins an der Greuel-Hetze in Amerika und Frankreich“ gesprochen hat. Ich erkläre hiermit, **dass ich mich niemals an einer Greuel-Hetze beteiligt habe**, und ich muss hinzufügen, dass ich von einer solchen Hetze überhaupt nirgends etwas gesehen habe. Man begnügte sich im großen und ganzen damit, die offiziellen Kundgebungen und Anordnungen der verantwortlichen deutschen Re-

gierungspersonen sowie das Programm betreffend die Vernichtung der deutschen Juden auf wirtschaftlichem Wege wiederzugeben und zu kommentieren. Die Erklärungen, welche ich der Presse gegeben habe, beziehen sich darauf, dass ich meine **Stellung an der Akademie niederlegen** und mein preußisches Bürgerrecht aufgeben würde. Ich begründete dies damit, dass ich nicht in einem Staate bleiben wolle, in dem den Individuen nicht gleiches Recht vor dem Gesetze sowie Freiheit des Wortes und der Lehre zugestanden wird. Ich erklärte ferner den jetzigen Zustand in Deutschland als einen Zustand psychischer Erkrankung der Massen und sagte auch einiges über die Ursachen dieses Zustandes.

In einem Schriftstück, das ich der Internationalen Liga zur Bekämpfung des Antisemitismus zu Werbezwecken überließ und das überhaupt nicht für die Presse bestimmt war, forderte ich ferner alle besonnenen und den Idealen einer bedrohten Zivilisation treu gebliebenen Menschen auf, alles daran zu setzen, dass diese in Deutschland in so furchtbarer Weise sich äußernde Massen-Psychose nicht weiter um sich greife.

Es würde der Akademie ein Leichtes gewesen sein, sich in den Besitz des richtigen Textes meiner Aussagen zu setzen, bevor sie sich über mich in solcher Weise äußerte, wie sie es getan hat. Die deutsche Presse hat meine Äußerungen tendenziös entstellt wiedergegeben, wie es bei der gegenwärtig dort herrschenden Knebelung der Presse auch gar nicht anders erwartet werden kann. **Ich stehe für jedes Wort ein, das ich veröffentlicht habe.** Ich erwarte aber andererseits von der Akademie, zumal sie sich ja selbst an meiner Diffamierung vor dem deutschen

Publikum beteiligt hat, dass sie diese meine Aussage ihren Mitgliedern sowie jenem deutschen Publikum zur Kenntnis bringe, vor welchem ich verleumdet worden bin.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

gez. Albert **Einstein.**

Hierzu bemerkt die **Preußische Akademie der Wissenschaften**, dass ihre Erklärung vom 1. April 1933 sich nicht nur auf deutsche, sondern in der Hauptsache auf ausländische, insbesondere auf die Berichte französischer und belgischer Zeitungen gründete, denen Herr Einstein nicht widersprochen hat. Ferner lag ihr unter anderem eine weithin verbreitete wörtliche Erklärung an die Liga gegen den Antisemitismus vor, in der er sich gegen den Rückfall Deutschlands in die Barbarei längst vergangener Zeit wendet. Im Übrigen stellt die Akademie fest, dass Herr Einstein, der nach seiner eigenen Erklärung an der Greuel-Hetze sich nicht beteiligt hat, **auch nichts getan hat, um den Verdächtigungen und Verleumdungen entgegenzutreten**, wozu er nach Auffassung der Akademie als ihr langjähriges hauptamtliches Mitglied verpflichtet gewesen wäre. Herr Einstein hat vielmehr und zwar im Auslande Erklärungen abgegeben, die als Zeugnis eines weltbekannten Mannes von all den Kreisen ausgenutzt und missbraucht werden mussten, die nicht nur der gegenwärtigen deutschen Regierung, sondern dem ganzen deutschen Volke in Ablehnung und Feindschaft gegenüberstehen,

für die Preußische Akademie der Wissenschaften

gez. H. v. Fischer E. Heymann

beständige Sekretäre

Prof. James Franck. Rücktritt und Erklärung

Göttingen, 18. April 1933, (Frankfurter Zeitung)
Der bekannte Nobelpreisträger Prof. Dr. **James Franck** hat den preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung um seine sofortige Entbindung von seinen Amtspflichten gebeten. Prof. Franck ist ein Gelehrter von internationalem Ruf. Er erhielt 1925 zusammen mit Professor Dr. Gustav Hertz den Nobelpreis für Physik. Außerdem hat ihm die Rockefeller-Stiftung Mittel zum Ausbau seines Instituts in Göttingen zur Verfügung gestellt. Professor Franck ist Kriegsteilnehmer. Er ist 1914 sofort freiwillig in den Heeresdienst getreten, wurde 1915 Leutnant der Landwehr und erhielt das Eiserne Kreuz 1. und 2. Klasse neben anderen Auszeichnungen. Er war bis Februar 1918 an der Front, wonach er wegen Lähmungserscheinungen aus dem Dienst schied. Prof. Franck hat in einem Schreiben an den Rektor der Göttinger Universität mitgeteilt: „Ich habe meine vorgesetzte Behörde gebeten, mich von meinem Amte zu entbinden. Ich werde versuchen, in Deutschland weiter wissenschaftlich zu arbeiten. Wir Deutsche jüdischer Abstammung werden als Fremde und Feinde des Vaterlandes behandelt. Man fordert, dass unsere Kinder in dem Bewusstsein aufwachsen, sich nur als Deutsche bewähren zu dürfen. Wer im Kriege war, soll die Erlaubnis erhalten, weiter dem Staate zu dienen. Ich lehne es ab, von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen, wenn ich auch Verständnis für den Standpunkt derer habe, die es heute für ihre Pflicht halten, auf ihrem Posten auszuharren.“

Prof. Franck sagte einem Vertreter der „Göttinger Zeitung“, die dieses Schreiben veröffentlicht, dass er nicht die Absicht habe, einer eventuellen Berufung ins Ausland zu folgen, solange ihm als Experimentalphysiker die Möglichkeit zu wissenschaftlicher Betätigung bleibe und solange ihn nicht schwerwiegende wirtschaftliche Gründe dazu zwingen.

Der numerus clausus. Berechnung der Quote -Zulassungssperre? - Die Frage der Immatrikulation

Berlin, 20. April (1933), (Frankfurter Zeitung)
Da noch keine Anweisung über die etwaige **Immatrikulation jüdischer Studierender an den Hochschulen und Universitäten ergangen** ist, wird bis zum Erlass von Anordnungen durch das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung **überhaupt keine** Immatrikulation an den einzelnen Hochschulen **endgültig** vorgenommen. Die Entscheidung über die Immatrikulationsfrist wird abhängig sein von der Annahme des Reichsgesetzes gegen „Ueberfremdung der höheren Schulen und Hochschulen“. In Anbetracht des Beginns der Vorlesungen und des Beginns der Schultätigkeit wird mit einer baldigen Verabschiedung des Gesetzes gerechnet werden müssen. Gleichzeitig mit der Annahme des Reichsgesetzes dürfte das Reichsministerium auch die **Durchführungsbestimmungen** erlassen, die für das ganze Reich verbindlich sein müssen. Die Frage dieser Durchführungsbestimmungen ist keineswegs ein-

fach, da sie u. a. eine genaue Bestimmung der in Frage kommenden Schularten und Hochschularten enthalten müssen. Weiterhin ist aber auch die **Berechnung über die Quote**, nach der jüdische Schulkinder und jüdische Studierende aufgenommen werden sollen, nicht einfach. Da die Quote nicht allein auf die Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft aufgestellt sein kann und, wie man hört, auch **nicht so** berechnet werden soll, müssen genaue Berechnungen über die Angehörigen der jüdischen Rasse in Deutschland stattfinden und ebenso über die **Vermischungen** zwischen Angehörigen der jüdischen und der deutschen Rasse. Die Durchführungsbestimmungen müssen weiterhin Anweisungen enthalten, was mit den Angehörigen jüdischer Rasse zu geschehen hat, die sich gegenwärtig auf den Hochschulen und den höheren Schulen befinden, bzw. inwieweit diese Schüler und Studierenden auf den Quotenanteil angerechnet werden sollen. Möglich ist, dass, wenn die Quote sehr niedrig ausfällt, praktisch bei dieser Anrechnung, eine Zulassungssperre für eine oder sogar mehrere Jahre durchgeführt werden wird.

Notiz von Elisabeth Flügge

ohne Datum

An der Heidelberger Universität sind 20 Hitlerjungen aus Arbeiterkreisen ohne Abitur und Reifezeugnis zum Studium zugelassen.

Professor Jacobsohn †

Marburg, 27. April (1933), (Frankfurter Zeitung)
Professor Hermann Jacobsohn von der hiesigen Universität, der vom Kultusministerium beurlaubt worden war, ließ sich am Donnerstag vormittag von einem Zug überfahren.

Professor Jacobsohn war einer der angesehensten deutschen Indogermanisten. Seine wissenschaftlichen Arbeiten galten gotischen, griechischen und verwandten Sprachproblemen. Während des Weltkrieges war er von der Regierung mit Sprachstudien in den Gefangenenlagern beauftragt. Auch die „Frankfurter Zeitung“ schätzte ihn hoch als wissenschaftlichen Mitarbeiter. Schon in jungen Jahren war Hermann Jacobsohn einer der begeisterten und hingebungsvollsten Mitkämpfer in Friedrich Naumanns nationalsozialer Bewegung. Später ging er mit Naumann in die Demokratische Partei über. Jacobsohn war allzeit ein Deutscher von ausgeprägt nationaler Einstellung und, wie nicht erst sein Ende erwies, ein Mann von besonders starkem Ehrgefühl.

Prof. Fritz Haber tritt zurück

Berlin, 3. Mai (1933), (Frankfurter Zeitung)
Der Nobelpreisträger Geh-Rat Prof. Fritz Haber, Ordinarius an der Berliner Universität und Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie hat den Unterrichtsminister Rust gebeten, ihn zum 30. Sept. in den Ruhestand zu versetzen. Eine Ant-

wort des Ministers liegt vorläufig noch nicht vor, doch dürfte die Rücktrittsentscheidung eine endgültige sein.

Professor Schmalenbach auf eigenen Antrag beurlaubt

(1933), (Frankfurter Zeitung)

Unter den an der Universität Köln vom Unterrichts-Minister beurlaubten Hochschullehrern wurde in unserem Bericht auch **Prof. Schmalenbach** genannt. Wie uns dazu mitgeteilt wird, ist diese Beurlaubung auf den **eigenen Antrag** des Dozenten erfolgt. Der preußische Unterrichts-Minister hat Herrn Schmalenbach auf seinen Antrag hin von der Verpflichtung, Vorlesungen und Uebungen abzuhalten, vorläufig entbunden.

Das Bücher-Autodafé

Berlin, 11. Mai (1933)

Die Berliner Studentenschaft hat gestern gegen Mitternacht das beabsichtigte Autodafé an jenen Büchern, die sie in ihrer Aktion „wider den undeutschen Geist“ aus den Leihbibliotheken geholt hatte, durchgeführt. Die von ihr aufgestellte schwarze Liste war sehr umfangreich. Nicht nur **Karl Marx, Bebel und Lassalle, Remarque, Benn und Tucholsky**, Theodor **Heuß, Rathenau** und **Gumbel**, sondern auch **Schnitzler, Werfel** und die Brüder **Zweig** waren unter

vielen anderen auf ihr zu finden. Allerdings war die Liste auf die einzelnen Werke zugeschnitten und umfasste nicht das gesamte Schaffen der aufgeführten Autoren. Wie schon berichtet, hatten die Studenten außerdem auch die Bestände des **Magnus-Hirschfeld-Institutes** geholt; eine Büste von Magnus Hirschfeld selbst trugen sie gestern abend im Fackelzug mit und warfen sie auf den Scheiterhaufen. Der Fackelzug der Studenten ging zuerst vom Hegelplatz hinter der Universität zum Studentenhaus in der Oranienburger Straße, wo die Wagen mit den Büchern abgeholt wurden. Durch das Brandenburger Tor marschierten sie dann nach dem Opernplatz. Hier beleuchteten Scheinwerfer die große Menschenmenge, die sich um den Holzstoß versammelt hatte. Die Fackeln wurden auf den Scheiterhaufen geworfen. Ihnen folgten die Bücher. Der Leiter des Kreises Berlin-Brandenburg der deutschen Studentenschaft **Gutjahr** übergab die Werke der als in besonderem Maß undeutsch Bezeichneten dem Feuer. Neun Studenten riefen dann in „Feuersprüchen“ deren Namen aus. Man hörte u. a. **Heinrich Mann, Emil Ludwig, Theodor Wolff, Georg Bernhard, Alfred Kerr, Peter Panter, Remarque, Ossietzki, Sigmund Freud, Marx** und **Kautsky**. Wie verlautet, ist das gesammelte Material vorher noch einmal durchgesehen worden, wobei z. B. Werke von **Engels** und **Lassalle** ausgeschieden wurden.

Dr. Goebbels traf gegen 11.45 Uhr auf dem Opernplatz ein und hielt hier eine Ansprache an die Studentenschaft. Er sagte unter anderem.: „Nunmehr ist die Bewegung, die damals den Staat berannte, in den Staat hineinmarschiert, ja, noch mehr, sie ist selbst Staat geworden. Damit hat der deutsche Geist eine

ganz andere Wirkungsmöglichkeit bekommen, damit ist das revolutionäre Tempo, der revolutionäre Elan und die revolutionäre Durchschlagskraft, die die deutsche Jugend in den vergangenen 14 Jahren beehrte, nun zum Tempo und zum Elan und zur Durchschlagskraft des ganzen Staates geworden. Man täusche sich nicht: Revolutionen, wenn sie **echt** sind, machen nirgends halt, es gibt keine Revolutionen, die nur die Wirtschaft, oder nur die Politik oder nur das Kulturleben reformieren oder umstürzten. **Revolutionen sind neue Weltanschauungen.** Darüber sind wir geistigen Menschen uns klar: machtpolitische Revolutionen müssen geistig vorbereitet werden. An ihrem Anfang steht die Idee, und erst wenn die Idee sich mit der Macht vermählt, dann wird daraus das historische Wunder der Umwälzung emporsteigen.

Ihr jungen Studenten seid Träger, Vorkämpfer und Verfechter der jungen revolutionären Idee dieses Staates gewesen, und so, wie Ihr in der Vergangenheit das Recht hattet, den deutschen Staat, den **Unstaat**, zu berennen und niederzuwerfen, so wie Ihr das Recht hattet, den falschen Autoritäten dieses Unstaates Euren Respekt und Eure Achtung zu versagen, so habt Ihr jetzt die Pflicht, in den Staat hineinzugehen, den Staat zu tragen und der Autorität dieses Staates neuen Glanz, neue Würde und neue Geltung zu verleihen. Ein **Revolutionär muss alles können.** Er muss ebenso groß sein im Niederreißen von Unwertem wie im Aufbauen der Werte. Wenn Ihr Studenten Euch das Recht nehmt, den geistigen Unflat in die Flammen hineinzuworfen, denn müsst Ihr auch die Pflicht auf Euch nehmen, an die Stelle dieses Unrates einem wirklichen deutschen Geist die

Gasse frei zu machen. Und deshalb tut Ihr gut daran, um diese mitternächtige Stunde den Ungeist der Vergangenheit den Flammen anzuvertrauen. Das ist eine starke, große und symbolische Handlung, eine Handlung, die vor aller Welt dokumentieren soll, Ihr zwingt die **geistige Grundlage der Novemberrepublik** zu Boden; aber aus diesen Trümmern wird sich siegreich erheben der Phönix eines neuen Geistes, eines Geistes, den wir tragen, den wir fördern und dem wir das entscheidende Gesicht geben und die entscheidenden Züge aufprägen. Und so bitte ich Euch denn, meine Kommilitonen, hinter das Reich und hinter seine neuen Autoritäten zu treten. So bitte ich Euch, diese Fahnen der Arbeit und der Pflicht und der Verantwortung zu weihen.“

Niemals, so meinte Dr. Goebbels, hätten junge Männer so wie jetzt das Recht, mit Ullrich von Hutten auszurufen: „O Jahrhundert, O Wissenschaften. Es ist eine Lust zu leben!“

Rosenberg über die Freiheit der Wissenschaft

München, 8. November (1934)

Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund des gesamten deutschen Reichsgebietes veranstaltete am Mittwochabend im Großen Hörsaal der Technischen Hochschule eine Semestereröffnungskundgebung, die auf alle deutschen Sender übertragen wurde.

Reichsleiter Alfred **Rosenberg** sprach über die Freiheit der Wissenschaft. Er ging davon aus, dass sich der Nationalsozialismus immer bewusst war, dass nach Erringung der Macht gewaltige politische und geistige Kämpfe gegen diesen neuen Staat beginnen würden. Wäre das nicht der Fall, dann hätte sich in Deutschland nicht eine Revolution abgespielt, sondern es wäre lediglich eine Partei an die Stelle von 30 anderen getreten. In diesem Kampf wird uns auch von ernstern Männern der Wissenschaft der Vorwurf gemacht, dass wir die Freiheit der Wissenschaft ablehnen. Wir glauben, dass es eine absolute Lehrfreiheit auch in den letzten 80 Jahren in Deutschland nicht gegeben hat. Gedankengänge, die auf uns schon hinwiesen, fanden kaum irgendeine Vertretung an den deutschen Hochschulen. Die Wirtschaftslehre z. B. hatte den liberalistischen Gedankengängen der Zeit zu dienen, und wir sind anmaßend genug, zu fordern, dass die deutsche Hochschule jetzt ebenfalls ein Abglanz des neuen Staats- und Lebensgedankens sein wird. Wir erklären uns nicht als Gegner einer freien Forschung, sondern als Brüder all derer, die einmal im Mittelalter die Fahne der freien Forschung erhoben haben. Man hat von der sogenannten Internationalität der Kunst und Wissenschaft gesprochen. Bei der Kunst ist dieser Standpunkt längst zu den Akten gelegt. Hinsichtlich der Wissenschaft gibt es keine Absolutheit. Es gibt gewisse technische Ergebnisse, die von allen Völkern ausgenutzt werden können. Aber die Wissenschaft, die wir meinen, ist in Europa entstanden und sonst nirgends in der Welt. Diese Wissenschaft ist diktiert von einem Antrieb zur inneren Wahrhaftigkeit. Die magische Art, die Natur zu erfassen, ist eine orientalische Einstellung.

Deutsche Geschichte ist eine Jahrtausende lange Geschichte gewesen. Diejenigen, die sich dagegen auflehnen, haben wahrscheinlich wieder einmal das Gefühl, dass das heutige geistige Gesicht Deutschlands wieder beginnt, das Gesicht Europas zu formen. Wir sind der Ueberzeugung, dass das, was man Kulturkreis nennt, nicht irgendwo aus unbekanntem Fernen auf bestimmte Gegenden der Welt niedersinkt. Wir glauben vielmehr, dass diese Kulturen der Welt immer von unten gewachsen sind, dass nicht die Kulturkreise Völker erzeugen, sondern dass bestimmte Rassen und Völker Kulturen schaffen. Die deutsche Geschichte wird in diesen Tagen neu geschrieben. Wenn man glaubt, dass wir einen tausendjährigen Kampf streichen, so sagen wir umgekehrt, dass wir den tausendjährigen Kampf wiederherstellen wollen. Eine „objektive“ Geschichtswissenschaft gibt es nicht. Wir haben eine katholische, eine evangelische, eine französische, eine englische usw. Geschichtsauffassung. Es ist an der Zeit, auch eine deutsche Geschichtsbetrachtung anzumelden. Wir wissen, dass das Kampf bedeutet, wir glauben aber auch, dass der Sinn des menschlichen Lebens nicht darin besteht, Geschäfte zu machen, sondern Kämpfer zu sein. Wir sind auch überzeugt, dass dieser, unser Kampf, schließlich ein Dienst für alle anderen Völker sein wird.

Schule

Notiz von Elisabeth Flügge

Ostern 1934

Ostern 1934 bekamen an der Klosterschule zwei Abiturientinnen die Hochschulreife - Irene Schöffel [Tochter des evangl. Hamburger Pastors Schöffel, geb. 1915] und Susanne Lincke. Irene Schöffel hat ein Semester Medizin in Tübingen studiert, darf dort nicht weiter studieren, weil sie kein Arbeitslager besucht hat. Susanne Lincke hat sich den Sommer über erholt und ist am 1. Oktober in die Frauenschule Reifenstein eingetreten. Ihr ist die Hochschulreife genommen, weil sie kein Arbeitslager besucht hat. Zwischen der Schulbehörde des oldenburgischen Landesteiles Lübeck und dem Bannführer der HJ - Bann 187 - ist ein Abkommen über die Erteilung der Hochschulreife zu Stande gekommen. Die Vergebung der Hochschulreife wird in Zukunft von folgenden Gesichtspunkten erfolgen:

Ist der betreffende Schüler politisch unbedenklich und als politisch brauchbar bekannt?

Sind seine charakterlichen und persönlichen Anlagen so, dass er später als ein nutzbringendes und förderliches Mitglied des Staates eingesetzt werden kann?

In diesen beiden Fällen soll die Entscheidung bei dem Bannführer der HJ liegen. Hierdurch soll die Möglichkeit gegeben werden, Hitlerjugendführer zur Hochschulreife bzw. zum Abitur zu verhelfen, auch dann, wenn ihre Leistungen nur genügend sind.

Neuerungen im Schulwesen. Gauleiter Kaufmann vor dem Kreis Neustadt

(1934)

Vor einer Massenversammlung des Kreises Neustadt der NSDAP sprach am Mittwoch Gauleiter Pg. **Kaufmann**. In großen Umrissen gab er einen Ueberblick über die bisherigen Leistungen des Nationalsozialismus und über die gegenwärtige politische Lage.

Auch in Hamburg wurden, so sagte der Gauleiter im weiteren Verlauf seiner Rede, sowohl auf wirtschaftlichem, wie auf kulturellem und sozialpolitischem Gebiet gute Erfolge erzielt. Trotzdem ist das vor uns liegende Aufgabengebiet noch ungeheuer groß. U. a. sind im **Schulwesen** eine Reihe von Neuerungen zu erwarten. Ab 1. Januar wird die Zahl der **30 Schulärzte** auf 200 erhöht, um die Gesundheitspflege an den Schulen in größerem Umfang als bisher vornehmen zu können. Um die **soziale Lage** der Schulkinder wird sich die Partei besonders kümmern, sie wird dabei die NS-Frauenschaft zur Unterstützung des Lehrers heranziehen.

Der Klassengeist muss für alle Zeiten verschwinden - in der Jugenderziehung muss bereits mit einer Ausmerzungen begonnen werden - es ist deshalb die **Aufhebung der Privatschulen** geplant. Die Auslese seiner Führer und Köpfe sollte das deutsche Volk nicht wie bisher, nur aus 10 bis 15 Prozent der Gesamtbe-

völkerung treffen, sondern aus 100 Prozent - jedem sollte Gelegenheit gegeben werden, alles zu werden und diese Möglichkeit besteht in Hamburg bereits heute, sind doch bereits 18 Prozent der Schüler an den höheren Schulen vom Schulgeld befreit und bei weiteren 56 Prozent ist das Schulgeld je nach Vermögenslage der Eltern von drei Mark an gestaffelt. Das letzte Ziel sollte jedoch die **schulgeldfreie höhere Schule** und die **gebührenfreie Universität** sein. Mit kurzen Ausführungen über den überflüssigen Kirchenstreit, schloss der Gauleiter seine Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Notizen von Elisabeth Flügge

Aber seine eigene Tochter hat er in der Privatschule von Henkel angemeldet!

Notizen von Elisabeth Flügge

ohne Datum

Gestern war von der HJ eine Versammlung des NSLB [Nationalsozialistischer Lehrerbund], einberufen zur Klärung des Verhältnisses zwischen Schule und HJ. Ich kann nicht behaupten, dass dieser Abend eine Klärung herbeigeführt hat. Wohl aber hat er mir die Überzeugung gebracht, dass zwei Drittel der anwesenden Lehrer auf dem Boden der Opposition standen, das bewiesen Zwischenrufe, Beifallsklatschen bei der Debatte und wenig Beifall bei den Ausführungen des Redners. Dies war ein 20-jähriger junger Mensch, einfach in Sprache und Aussehen. Er hieß Lenz, und ich möchte aus seinen Ausführungen nur einiges festhalten.

54 % der höheren Schulen sind in der HJ und 32 Prozent der Volksschulen. Die Körperschulung sei notwendig, um den inneren Schweinehund zu überwinden. Freiwillig sollte die Jugend tun, was die Führer befehlen. Drei Erziehungsfaktoren gibt es - HJ, Elternhaus und Schule. Das Elternhaus sei der Grundpfeiler, es sei ein Taubenschlag, das die Klappe immer offen halten müsse. Die Lehrer teilt Herr Lenz in drei Kategorien:

Die Lehrer im wahrsten Sinne, davon seien aber die meisten 1914 gefallen.

Den deutschnationalen Typ, der früher die Nationalsozialisten als Verräter angesehen habe. Sie hätten zwar ein Wissen, aber keinen Anschluss an die Jugend - Glatze und dicke Bäuche.

Die Marxisten und Pazifisten, die neue Geschichte lehren wollen.

Dann ging es über die Kirche her. Die Gesetze sind umgestoßen, die uns als heilig gelehrt wurden. Wir wollen dem Staat als höchste Offenbarung dienen. Wir wollen keine Kirchen zerstören, aber die Politik soll aus der Kirche verschwinden, denn die Kirche predige Hass. Wir sehnen uns nach einem völkischen Reformator. (Zwischenrufe – scharren.)

Der grundlegende Unterschied zwischen Nationalsozialisten und Liberalisten: Die Träger der liberalen Welt seien Wucherer, Schieber, Bonzen, Verdienen! Die Nationalsozialisten seien Diener am Volk. Die Diskussion war insofern interessant, als einem jungen, frischen Volksschullehrer das Wort entzogen wurde, weil er sagte: „Wenn schon mal von körperlicher Ertüchtigung gesprochen wird, so möchte ich nur zu diesen Jungen, die hier seit zwei Stunden stehen, sagen: Setzt Euch!“. Und er fährt fort: „Ihr gehört längst ins Bett, es ist 10.00 Uhr. Morgen um 7.00 Uhr sollt ihr wieder frisch sein!“. (Begeistertes Beifallklatschen). Und man entzog ihm das Wort. Später behauptete der Versammlungsleiter, Schulrat Mannsfeld, die Versammlung sei sehr harmonisch verlaufen und beweise, dass der größte Teil der Hamburger Lehrerschaft geschlossen hinter dem Führer stände (Zwischenruf: aber nur 90 %!).

Notizen von Elisabeth Flügge

ohne Datum

Gestern hatten wir Pflichtversammlung vom Eppendorfer NSLB. P.G. Krüger sprach über Rassenforschung. Sein absichtlich unwissenschaftlich gehal-

tener Vortrag mit Lichtbildern enthielt u. a. folgende Gedanken:

Die Griechen und Römer hatten ihre Urheimat im hohen Norden. Sie sind vor 20.000 Jahren abgewandert und haben unsere norddeutsche, nordische Kultur mitgenommen und gehalten, solange sie sich rassistisch reinhielten. Nicht unsere Kultur rührt von den Römern her und von den Griechen, sondern die Rassen, die sich einst dahin brachten, haben sie wieder zurückgebracht. Vor 800 Jahren hatten wir 16 Millionen Vorfahren. Da es vor 800 Jahren nicht mehr Einwohner in Deutschland gab, sind wir alle untereinander blutsverwandt. Seit 1876 werden zu wenig Kinder geboren. In den letzten 15 Jahren sind Millionen Kinder zu wenig geboren. Hätten wir diese 15 Millionen Kinder, dann hätten wir aus Bedarfsgründen keine Arbeitslosigkeit (zwingende Logik). Darum müssen wir nachholen, alle, und zwar sofort (Gelächter). Ich bedauere Sie, Kolleginnen, wegen ihres geistigen Tiefstandes, dass sie darüber lachen, sie sollten lieber nach zwei Jahren mit einem sichtbaren Erfolg hier antreten, anstatt Plaketten für Mutter und Kind zu sammeln.

Zuletzt kriegte die Kirche noch ihr Teil. Er sprach von der Sterilmachung, um erbkranken Nachwuchs zu verhüten, von dem Einspruch der Kirche gegen diese Verfahren. „Die Kirche soll gefälligst politisch den Mund halten. Die Auseinandersetzung mit ihr wird noch kommen. Die Kirche hatte 14 Jahre geduldet, dass an allen Ecken Schwangerschaftsverhütungen verkauft wurden. Und die katholische Kirche kastriert Menschen, um gute Chorsänger zu bekommen. Dass der Mensch Anspruch auf seinen eigenen Körper hat, ist nicht wahr. Unser Körper

gehört nicht uns, sondern dem Staat, der Volksgemeinschaft.“ Zuletzt zeigte er das Bild des Führers und sagte, dass dessen Hauptwesenszug die Unduldsamkeit sei. Unduldsam müssten alle Nationalsozialisten sein, unduldsam bis zum Letzten. Derjenige, der am Sozialsozialismus auch nur eine einzige Sache auszusetzen hat, muss ausgerottet werden. Solche Dinge sagt man uns Lehrern noch nach eineinhalb Jahren Revolution. Ablehnung jeder Wissenschaft, jeder ernsten Forschung, jedes Gedankengutes, nur radikalste Form des Nationalsozialismus.

Schule und Hitler-Jugend. Eine Anordnung in Oldenburg

Oldenburg, 12. Juni (1934)

Der Oldenburgische Minister für Kirchen und Schulen hat folgende Anordnung getroffen:

„Im nationalsozialistischen Staat dürfen Schüler und Schülerinnen bei der Entscheidung über Versetzung und Prüfung nicht nur danach beurteilt werden, ob sie sich den erforderlichen Wissensstoff angeeignet haben. Mindestens von ebenso großer Bedeutung ist die körperliche, charakterliche und politische Schulung, wie sie außerhalb der Schule allein von den Gliederungen der NSDAP (Jungvolk, Hitlerjugend, Bund deutscher Mädel, NS-Frauenschaft, SA, SS,) vermittelt wird.

Künftig wird daher in allen Schulen bei der **Entscheidung über Versetzung und Prüfung** besonderes Gewicht darauf zu legen sein, ob, wie lange, und mit

welchem Erfolg **Schüler und Schülerinnen in den genannten Gliederungen der nationalsozialistischen Bewegung tätig gewesen sind**. Eine Berufung darauf, dass die Eltern mit einer solchen Tätigkeit nicht einverstanden seien, wird für die Entscheidung der Schule bedeutungslos sein.

Die näheren Durchführungsbestimmungen werden noch ergehen. Alle Erzieher und Erzieherinnen werden angewiesen, schon jetzt allen Schülern und Schülerinnen und nötigenfalls auch den Eltern diesen Erlass bekannt zu geben.“

Im Dienste der Volksabstimmung

(August 1934)

Wie schon am 12. November 1933 geschehen, soll auch am kommenden 19. August die hamburgische Schuljugend im Zeichen der Volksabstimmung stehen. Bereits die Schulwoche vom 13. bis zum 18. August wird auf den großen Tag hinweisen. Die Landesunterrichtsbehörde hat angeordnet, dass der Mittelpunkt des gesamten **Anschauungs- und Heimatkundeunterrichts** der Grundschule die kommende Abstimmung sein wird. Der **Geschichtsunterricht** der Hauptschule und des Oberbaues sowie der höheren Schulen - für die beteiligten Jahrgänge auch der nationalpolitische Unterricht am Staatsjugendtag -, sowie die Staatsbürgerkunde in den Berufs- und Fachschulen wird gleichfalls die Abstimmung zum Gegenstand des Unterrichtes machen. Als Grundlage wird hierbei der Erlass des Führers zum

Vollzug des Gesetzes über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 1. August 1934 dienen. Vorwiegend im **Schreib- und Zeichenunterricht** bis zum 6. Schuljahr einschließlich sollen die Schüler Handzettel herstellen, die durch Schrift und Bild im Kreise der Eltern und Freunde um Ja-Stimmen werben. Vorwiegend im Zeichen- und Werkunterricht vom 7. Schuljahr an sollen die Schüler der Volks- und höheren Schulen neben Handzetteln auch Wandplakate und Transparente fertigen, die im Schulgebäude sowie im Schulbezirk angebracht werden. Der Sonntag selbst wird die aktive Beteiligung der Jugend in besonders eindrucksvoller Weise zeigen: zwischen 7 und 9 Uhr morgens werden sämtliche

Schüler und Schülerinnen der Volks- und höheren Schulen vom 7. Schuljahr an einschließlich der Mitglieder des Deutschen Jungvolks, der Hitler-Jugend und des Bundes deutscher Mädel, soweit sie nicht zum Wahldienst angefordert sind, die Bevölkerung durch Sprechchöre wecken und zur Abgabe ihrer Ja-Stimme aufrufen. Die Sprechchöre, die eine Stärke von etwa 30 Mann haben, werden geführt von Führern der Hitler-Jugend, des Jungvolks und des Bundes deutscher Mädel.

Von den nichtöffentlichen Schulen erwartet die Landesunterrichtsbehörde, dass sie diese Anordnungen mit demselben Eifer und Nachdruck befolgt wie die öffentlichen Schulen.

Jugend

H.J. und Katholische Jugend

Berlin, 27. März (1933)

Am letzten Sonntag wurde in Hennigsdorf bei Berlin von der **Jung­schar des katholischen Jungmännerverbandes** ein Frühjahrestreffen in Form eines Generalappells veranstaltet, an dem etwa 1800 Jungschärler aus Groß-Berlin im Alter von 10-14 Jahren teilnahmen. Sie hatten sich auf dem katholischen Kirchengrundstück in Hennigsdorf aufgestellt, wollten am Nachmittag Sportspiele durchführen und das Treffen mit einer abendlichen Feierstunde abschließen.

Nach einer Mitteilung des **Katholischen Jugendamtes der Diözese Berlin** sei die Durchführung des Treffens jedoch nicht möglich gewesen, weil sich Zusammenstöße mit etwa zweihundert Mitgliedern der **Hitler-Jugend** ereignet hätten. Als die Jung­schar zu einem Geländespiel habe abrücken wollen, seien die Angehörigen der Hitler-Jungen in geschlossenen Kolonnen durch die Aufstellung der Jung­schar hindurchmarschiert und dabei seien auch beleidigende Äußerungen gefallen. Einer Gruppe der Jung­schar sei auch das mitgeführte Hakenkreuzbanner entris­sen worden. Das Treffen sei infolge dieser Vorgänge abgebrochen worden. Bei der Abfahrt am Bahnhof seien der Jung­schar weitere Banner und Wimpel ent­ris­sen, einige Speere zerbrochen und einige Marsch­trommeln weggenommen worden. Ein Teil der Wim­

pel sei später von der Hitlerjugend an die Polizei abgegeben worden. Das bischöfliche Ordinariat Berlin habe wegen dieser Vorgänge **Eingaben** an den Herrn **Reichskanzler**, den **Reichsinnenminister** und den **preußischen Ministerpräsidenten** gerichtet.

Die Neujahrsbotschaft des Reichsjugendführers

(Ende 1933)

Reichsjugendführer **Baldur von Schirach** richtete am Neujahrstag über alle deutschen Sender eine Neujahrsbotschaft an die deutsche Jugend. Er begann mit dem Hinweis darauf, dass heute vor einem Jahre der Hitlerjunge Wagnitz in Berlin den Heldentod für Deutschlands Befreiung starb. Er sei in der Zeit der Unterdrückung und Verfolgung gefallen und habe mit seinem Tode dem neuen Deutschland den Weg bereitet. Der Reichsjugendführer zählte dann die Namen der anderen Hitlerjungen auf, die im Laufe des Jahres in den verschiedenen Teilen des Reiches Walter Wagnitz in den Tod gefolgt sind. Die deutsche Jugend habe im harten Ringen unserer Zeit gelernt, dass **Dienen und Opfern die Voraussetzungen wirklichen staatlichen Lebens** sind. Diese Jugend wolle **nichts als Kameradschaft**. Die Größe des

Geldsacks und die Größe des Profits gälten nichts bei ihr. Sie kenne nur die Größe des Opfers und der Hingabe. Wie eng verbunden sich die Gemeinschaft fühle, gehe daraus hervor, dass alle Du zueinander sagen. „Wir kennen nichts“, so erklärte der Reichsjugendführer weiter, „das uns trennt, und wo wir es kennen lernen, erheben wir uns, um es zu vernichten, denn das Programm der geeinigten Jugend heißt Einigkeit.“

Baldur von Schirach bezeichnete die Hitlerjugend als die Garde des Führers, das Instrument seines Willens, dem sie in blindem Gehorsam und unbeugsamem Vertrauen folge, selbst gegen die Hölle, wenn er es so wolle. Von Adolf Hitler selbst stamme das Wort, die Jugend müsse von der Jugend geführt werden. Damit sei der Weg freigemacht für die Entwicklung der größten Jugendorganisation der Welt. Schule und Hitlerjugend seien keine Gegensätze. Neben der schulischen Erziehung durch den Lehrer stehe die Erziehung in der Jugendgemeinschaft. In der Schule gelte die Autorität des Lehrers, außerhalb der Schule die des Jugendführers.

Ununterbrochen bestehen bleiben werde das Ringen der Jugend nach Wahrheit und das Streben nach Vollendung. Je mehr die Hitlerjugend von der Größe unserer historischen Vergangenheit erfüllt sei, um so tiefer erkenne sie ihre Aufgabe in der Zukunft. Das Jahr 1934 werde in der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung das **Jahr der Schulung** genannt werden. Vier Millionen deutscher Jungen gehörten heute zur Bewegung, und fast eine Million deutscher Mädels seien mit dem Bund Deutscher Mädels in der Hitlerjugend. Trotz der großen Erfolge des Jahres 1933 dürfe aber nicht vergessen wer-

den, dass die Arbeit **nicht zu Ende** sei. Die Hitlerjugend habe die ungeheure Aufgabe vor sich, die vielen Tausende, die seit der nationalen Erhebung zu ihr gestoßen seien, im kommenden Jahr zu wirklichen Hitlerjungen zu machen. Der Nationalsozialist werde **nicht durch Litzen oder Schnüre gekennzeichnet, sondern durch Haltung und Gesinnung**. Die revolutionäre deutsche Jugendbewegung Adolf Hitlers werde das Jahr 1934 benutzen, um die letzten Reste liberalen, bürgerlichen Denkens und marxistischen Verrats auszurotten. Das Ziel sei die totale Verwirklichung des Nationalsozialismus. Die Fahne der Hitler-Jugend sei die Fahne der Selbstlosigkeit und der heiligen Kameradschaft.

Einholung der Bannfahnen der Hitler-Jugend

(1934)

Heute um 19 Uhr 15 werden die vier, durch den Reichsjugendführer in Potsdam geweihten **Bannfahnen der Hamburger Hitlerjugend** auf dem Hauptbahnhof eintreffen. Sie werden dort von einer **Ehrenabordnung** der Hitlerjugend sowie von sämtlichen Fahnen und Wimpeln der Hamburger HJ empfangen. Dann erfolgt unter dem **Läuten der Kirchenglocken** der Marsch zum Ehrenhof des Rathauses. In der Mönckebergstraße werden die Bannfahnen durch Hitlerjugend, Jungvolk und Bund deutscher Mädels begrüßt werden. Im Ehrenhof des Rathauses werden die Bannfahnen durch den Reichsstatthalter, den regierenden Bürgermeister und die Vertreter der

SA, SS und Behörden empfangen. Zur Begrüßung werden sprechen der Regierende Bürgermeister **Krogmann** sowie der Oberbannführer **Kohlmeyer**. Der Abmarsch der Bannfahnen und der Hitlerjugend wird durch folgende Straßen gehen: Alter Wall, Graskeller, Ellerntorbrücke, Alter Steinweg, Schlachterstraße, Englische Planke, Böhmkkenstraße (hier findet ein Vorbeimarsch vor dem Oberbannführer statt), Zeughausmarkt.

Der Reichsjugendführer in Halle

Halle, 18. März (1934)

Reichsjugendführer **Baldur von Schirach** sprach in einer Riesenkundgebung der Hitlerjugend. Im Verlauf seiner Ausführungen wies Baldur von Schirach die Behauptungen des Auslandes zurück, dass die Hitlerjugend eine militaristische Organisation mit imperialistischen Tendenzen sei. Das **Braunhemd**, so erklärte er, ist für uns nicht eine militärische Uniform, es ist der **Ausdruck unserer inneren Haltung**. Es ist das Kleid unserer sozialistischen Kameradschaft. Zu den Vorwürfen, die Hitler-Jugend wolle in jugendlichem Uebereifer alle anderen Jugendorganisationen beseitigen, erklärte Baldur von Schirach: Wenn die konfessionelle Jugenderziehung den Wert hätte, den zu haben sie vorgibt, so wäre der ganze Zusammenbruch von 1918 nicht möglich gewesen. Wenn diese konfessionelle Erziehung das Alleinseigmachende ist, dann würden wir ja heute nicht nötig sein, dann wären wir ja überflüssig. Ich kann mich

nicht ausschließlich nur zur evangelischen oder katholischen Kirche bekennen. Ich bin ein positiver Christ, aber ich bin nicht bereit, eine Trennungswand zu errichten zwischen meinen Arbeitern und Bauern und mir.

Ich will dieser Jugend alle Möglichkeiten einer religiösen Betätigung gewähren.

Nie ist von der Führung der Hitlerjugend einem jungen Katholiken oder Protestanten die Möglichkeit des Besuches des Gottesdienstes genommen worden. Aber ist es nicht auch nötig für die Religion, dass zunächst einmal das ganze deutsche Volk einig wird in seinem Bekenntnis zu Deutschland? Ich glaube, dass gerade die katholische Kirche gut daran täte, ihre Jugend uns anzuvertrauen, damit wir ihr die staatliche weltanschauliche Erziehung geben. Dann wird auch diese Jugend zukünftig von selbst wieder den Weg in die Kirche finden. Wir haben durch den Einsatz unserer Bewegung überhaupt erst die Voraussetzung für die Weiterexistenz dieser Kirche geschaffen. Wir wollen die Anfänge einer gewaltigen Entwicklung an der Schwelle eines neuen Jahrtausends nicht mit Auseinandersetzungen anfangen, die uns zermürben und uns entzweien können. **Wir wollen nun, wie wir der Kirche ihr Recht zu geben bereit sind, dass sie auch uns das Recht gebe, dass wir den Staat führen.** Wir verlangen, dass die weltanschauliche Erziehung für den Staat ausschließlich Sache der HJ sein soll.

Der Reichskultusminister gibt jedem sein Recht. Hitler-Jugend, Familie und Schule

Schaffung eines Tags der Staatsjugend/ Der Sonntag der Familie

München, 9. Juni (1934)

Zum ersten Male seit der Schaffung eines einheitlichen Reichsministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung waltet dessen Leiter Pg. Bernhard **Rust** am Donnerstag und Freitag in München. Die Zusammenkunft des Reichsministers mit der bayerischen Staatsregierung, vor allem mit dem bayerischen Kultusminister, galt Besprechungen und Beratungen über eine Reihe grundsätzlicher oder augenblicklich und in nächster Zeit vordringlicher Fachfragen.

Den Abschluss der Verhandlungen bildete am Freitagabend eine Massenkundgebung des NS-Lehrerbundes, Gau München-Oberbayern, im Zirkus Krone.

Reichsunterrichtsminister **Rust** sagte in seiner Rede: Adolf Hitler schuf die Gegenwart; die Kolonnen der deutschen Jugend, die heute marschieren, werden sich in Zukunft selbst behaupten müssen. Die entscheidungsvolle Vorbereitung hierzu liegt beim deutschen Erzieher.

Diejenigen, die Hitlers Erbe einst zu vollenden haben, können nur durch Nationalsozialisten erzogen werden.

Elternhaus und Schule formen das Kind. Die Bewegung ist berufen, dafür zu sorgen, dass die nächste Generation den Kampf besteht. Das Schicksal hat die

lebende Generation geglüht im Ofen des Leides. Die Kolonnen wissen nichts davon, sie müssen also rechtzeitig gerüstet sein für ihre große Aufgabe. Nationalsozialist wird man nur im Lager und in der Kolonne. Wenn die Hitlerjugend heute die Kritik viel zu spüren bekommt, dann sage ich offen, ich stehe zur Jugend. Nun beginnt der Streit um die Zeit der Jugend. Und Schule und Elternhaus und HJ machen sich diese Zeit strittig mit dem Erfolg, dass keiner etwas hat. Ich habe es als meine erste Aufgabe angesehen, hier einzugreifen. Ich gehe von dem Grundsatz nicht ab, und ich werde dafür sorgen, dass die Schaffung einer deutschen Staatsjugend nicht vergessen wird.

Die ewige Zelle eines großen Volkes ist und bleibt die Familie. Ich habe daher im Einvernehmen auch mit den Führern der HJ eine klare Teilung vorgenommen.

Die Schule solle bekommen, was der Schule ist, ebenso die HJ und die Eltern, was ihnen gehört. So habe ich den Sonntag wieder zum Tage der Familie gemacht. Den siebenten Tag der Woche der deutschen Familie. **Den sechsten Tag gab ich der deutschen Staatsjugend.** Es wird darüber weder die deutsche Schule noch das deutsche Volk zusammenbrechen. Denn an den übrigen Schultagen haben wir dann frische Buben und Mädels in unseren deutschen Schulen.

Es wird eine neue Grundeinteilung des Jahres zu vollziehen sein, damit im Sommer alljährlich die Möglichkeit gegeben wird, die Lehrer ohne Unterschied des Faches zu sammeln, um sie wissenschaftlich, sportlich und nationalsozialistisch zu überholen. In diesen Lagern gibt es keine erste und keine zweite

Klasse. Am Ende der Übungszeit wird jeder seine Beurteilung bekommen. Den Führer hat nicht Gold und Macht geführt, sondern der felsenfeste Glaube an die unzerstörbare Kraft seines deutschen Volkes. Wir stehen nunmehr am Anfang einer Neubildung des deutschen Erziehungswesens, deutsche Eltern und Erzieher! Ich rufe euch auf, nun mit mir auch diesen deutschen Glauben zu zeigen, um Deutschland zu einem Volke zu machen.

Kulturwoche der Hitlerjugend. Eine Rede von Gauleiter Grohé

Aachen, 23. Juli (1934), Frankfurter Zeitung

Die **Kulturwoche der Hitlerjugend** fand ihren Abschluss in einer Kundgebung, an der über 100.000 Angehörige der HJ aus dem ganzen Mittelrheingebiet teilnahmen. Der Vorbeimarsch der HJ am Elisenbrunnen, der von dem Gauleiter Staatsrat Grohé und dem Obergebietsführer Hartmann-Lauterbacher abgenommen wurde, währte fünf Stunden. Im Stadion sprachen Hartmann-Lauterbacher und Grohé über die Aufgaben der Hitlerjugend. **Lauterbacher** wies u. a. darauf hin, dass dieser Aufmarsch nicht nur ein Tag des Triumphes und der Rechenschaft über die geleistete Arbeit sei, sondern dass er vor allem beweise, dass die Jugend in unerschütterlicher Treue zum Führer stehe. **Die neue deutsche Jugendgemeinschaft verfolge weder antireligiöse noch militärische Ziele.** Ihr vornehmstes Ziel sei, an sich selbst zu arbeiten und sich für ihre große Zukunftsaufgabe, das Erbe der Vorkämpfer der nationalsozia-

listischen Bewegung einst zu übernehmen, bereit zu halten.

Gauleiter **Grohé** sprach über die **rassischen Grundlagen** der deutschen Volkseinheit. Die Hitlerjugend müsse sich dieser Grundlagen bewusst sein, die in erster Linie Blutgemeinschaft und deutsche Eigenart seien. Wenn das deutsche Volk diesen Rassenstandpunkt verfechte, so betrachte es deshalb doch nicht die anderen Rassen als minderwertig. **Die jüdische Rasse** dagegen müsse es als minderwertig ansehen. Der Jude sei der Feind jeder anständigen Gemeinschaft in der ganzen Welt. Der Jude sei der Feind der Arbeit; er lebe vom Profit, immer bestrebt, andere Völker zugrunde zu richten. So war es schon vor tausend Jahren, so war es schon seit Christus, der ja behauptet hat, der Satan sei der Vater des jüdischen Volkes. Von dem Juden stamme alles Teufelswerk. Er habe dem deutschen Volke jeden sittlichen Halt nehmen wollen, und das sei ihm auch teilweise geglückt. Der Jude sei der Urheber des Klassenhasses, des Marxismus und der Dünkelhaftigkeit. So habe er Deutschland zum Spielball der Welt gemacht. Vor dem Kriege habe er die Welt gegen das friedfertige Deutschland aufgehetzt. Im Kriege habe er Greueltaten gegen das deutsche Volk verbreitet. Nach dem Kriege habe er das Volk ausgebeutet, Wirtschaft und Kultur vernichtet. Heute hetze er die Welt wieder gegen das friedliche Deutschland. Das müsse die deutsche Jugend wissen, das für die Reinheit des Blutes und die Eigenart des Volkstums über alles zu gehen habe. Die Jugend müsse wissen, dass sie ihr Blut sauber zu halten habe. Die Jugend sei verantwortlich für das Weiterleben der Nation. Jeder deutsche Junge und jedes deutsche Mädchen müsse sich

schämen, einen Juden auch nur freundlich anzusehen. Wer bei einem Juden kaufe, einen jüdischen Arzt oder einen jüdischen Rechtsanwalt zu Rate ziehe, beschmutze die deutsche Ehre. Unsre Anständigkeit und unsre Menschlichkeit gebieten uns, so fuhr Gauleiter Grohé fort, den Juden als einen Feind zu behandeln. Wir befinden uns da in einer Gesellschaft mit Christus, der erklärte, dass der Satan der Vater des Judentums sei; wir befinden uns in Gesellschaft aller großen Männer der Welt, insbesondere der deutschen; wir befinden uns in der Gesellschaft der christlichen Kirchen, der katholischen und der evangelischen. Das müsse die deutsche Jugend wissen, dann sichere die Zukunft des Volkes und erweise der Menschheit den größten Dienst. Darum müsse die Jugend deutsche Eigenart und deutsches Volkstum pflegen. Ihr Hoffen, ihr Glaube, ihre Zuversicht sei das Deutschland der Zukunft.

Die Aktion der HJ. „Der Feind steht rechts“

(1934), (Frankfurter Zeitung)

Einem Bericht des „Deutschen Nachrichtenbüros“ über die Aktion der Hitler-Jugend entnehmen wir: Die Hitler-Jugend hat im Rahmen der großen Aktion der NSDAP den Kampf gegen Miesmacher und Nörgler aufgenommen. Von den vorgesehenen Großkundgebungen in 20 Städten des Reiches sind acht Kundgebungen bereits in Lübeck, Kiel, Hannover, Braunschweig, Köln, Bonn und Mainz durchgeführt

worden. Ueberall fand der **Kampfruf der HJ „Schlag die Reaktion, wo ihr sie trefft“** begeisterten Anklang.

Auf allen Kundgebungen rief Gebietsführer **Staebe** in das Volk hinein, dass sich die Jugend dagegen wehren werde, wenn sich Kreise hinstellten und behaupteten, das revolutionäre Fühlen und Wollen der Jugend sei nur eine Pubertäterscheinung. Wenn man früher gesagt habe „der Feind steht links“, so rufe heute die deutsche Jugend ins Volk hinein „**Der Feind steht rechts**“! Jener Teil von Reaktionären sei noch heute sehr groß, der all die Miesmacher und Nörgler umfasse, die aus dem Kreis des deutschen Bürgertums kommen. Von vornherein müsse zwischen dem deutschen Bürger unterschieden werden, der heute treu hinter Adolf Hitler stehe, und zwischen jenem Typ des deutschen Bürgers, der heute irgendeine Pension vom Staat beziehe, nichts tue und am Stammtisch alles in den Dreck ziehe, was Adolf Hitler tue, ohne in der Lage zu sein, auch nur 1 Prozent von dem zu leisten, was Adolf Hitler bis heute geleistet habe.

Wir lehnen einen Zustand ab, so erklärte Staebe bei den Kundgebungen, in dem Menschen für sich das Recht in Anspruch nehmen, vor ihre Haustür zu schreiben „Aufgang nur für Herrschaften“. Wir lehnen einen Zustand ab, in dem gewisse Menschen sagen, sie wären von „Gottes Gnaden“. Niemand hat das Recht, auf Grund seines Adels die Nase hochzutragen, sondern jeder, der adlig ist, muss erst einmal nachweisen, dass er auch tatsächlich adlig ist, und wir verlangen heute, dass jeder deutsche Volksgenosse seinen Adel nachzuweisen hat; ob er da „von“ heißt oder nicht, geht uns den Dreck an. Niemand

hat in Deutschland das Recht, sich ein Monokel ins Auge zu klemmen und darüber hinaus die Gesinnung eines Monokels in seinem Herzen zu tragen. Wir wissen, dass diese Kreise es begrüßen würden, wenn der deutsche Arbeiter wieder wie vor dem 9. November 1918 und danach ausgesaugt und ausgepowert würde bis aufs Blut. Diesen Kreisen sagen wir den Kampf an, und wir werden diesen Kampf solange führen, bis es in Deutschland nur noch Menschen gibt, die ihren Volksgenossen nach seinem charakterlichen Wert einschätzen.

Die HJ wird, wie das „Deutsche Nachrichtenbüro“ weiter meldet, in den nächsten Tagen mit **zehn Geboten** über die Vernichtung der Reaktionäre, Miesmacher und Nörgler hervortreten.

Notiz von Elisabeth Flügge

3. September 1934

Alle jungen Menschen bis zu 25 Jahren, soweit sie nicht Lehrlinge sind, sollen ihre Arbeitsplätze freimachen für stellungslose Familienväter und in den Arbeitsdienst gehen. Alle Studenten werden zur Reichswehr eingezogen.

Frauen

Minister Goebbels an die deutschen Frauen

Berlin, 18. März 1933

Heute Vormittag um 11.00 Uhr fand die feierliche Eröffnung der Ausstellung „Die Frau“ statt. Von den Masten des Messegeländes wehten die schwarz-weißen, schwarz-weißen und Hakenkreuz-Fahnen. Eine große Menschenmenge hatte sich vor der Festhalle angesammelt, um der Anfahrt der Ehrengäste beizuwohnen.

Unter den zahlreichen Gästen bemerkte man die Gattin des Vizekanzlers **v. Papen**, Frau Botschafter **Araquistin**, die Referentin im Reichswirtschaftsministerium Klara **Mende** und Frau Senatspräsident Grützner. Neben zahlreichen Vertretern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, sowie des diplomatischen Korps bemerkte man den Berliner Polizeipräsidenten **v. Leventzow**, Oberbürgermeister **Dr. Sahm**, Oberbranddirektor **Gempp**, ferner den Generaldirektor der Staatlichen Museen, Geheimrat **Dr. Waetzold**, Staatssekretär **Koenigs** vom Reichsverkehrsministerium, Reichsminister a. D. **Koch-Weser**, den Generaldirektor der Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr Krauß, Staatssekretär a. D. v. **Seefeld** und viele andere.

Um 10 Uhr 30 fuhr Reichsminister **Dr. Goebbels** an einem seitlichen Eingang der Messehalle vor, von

der Menge mit stürmischen Heil- und Hochrufen begrüßt.

Das Vorspiel zur Oper „Die Meistersänger von Nürnberg“, vorgetragen vom Kampfbundorchester unter Leitung von Professor Dr. h. c. **Gustav Havemann**, leitete die Eröffnungsfeier ein. Der verstärkte Clara-Krausesche-Frauenchor sang hierauf die Kantate „Allgemeinsam“ von Elisabeth **Kuypfer**. Hierauf ergriff die Vorsitzende des Stadtverbandes Berliner Frauenvereine, Frau Anna v. **Gierke**, das Wort. Im Hinblick auf großes Geschehen möge die Ausstellung manchem als nutzloses Bemühen, als Kleinarbeit erscheinen. Aber jede Belebung der Wirtschaft bringe einen **Gewinn** für das Ganze und alle seine Teile, und so werde auch diese Ausstellung beitragen zum **Aufstieg aus der Not**. Nur wenn mütterlicher Frauengeist in Haus, Familie, Gemeinde und Staat mitbaue, könne unser Volk seine Zukunftsaufgaben erfüllen.

Dann spielte das Kampfbundorchester das Vorspiel zum 3. Akt der Oper „Lohengrin“, worauf der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Geheimer Regierungsrat Dr. O. **Hamel**, das Wort ergriff. Die diesjährige Ausstellung „Die Frau“ stehe unter einem persönlichen Thema, das jedem einzelnen unter uns angehe, gerade in der heutigen Zeit der Umwälzungen und Umwertungen sei es gut, sich wieder einmal vor Augen zu halten, was die Frau bedeute, und was für Aufgaben sie habe. Die Ausstellung wende sich

an die Frau von heute, an die Frau einer Gegenwart, die schwerer sei, als kaum je eine Vergangenheit. Viel, fast übermenschlich viel, werde von der deutschen Frau von heute an Kraft, an Mut, an Arbeit, aber auch an Opfern und Entsagung verlangt.

Nach einem weiteren Musikvortrag ergriff Reichsminister **Dr. Goebbels** das Wort. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass er mit seinem ersten Auftreten in seiner Eigenschaft als Minister für Propaganda und Volksaufklärung gerade **zu der deutschen Frau sprechen könne**. Die NSDAP, die als einzige Partei die Frau von der öffentlichen politischen Tätigkeit ferngehalten habe, habe dies nicht getan, weil sie etwa die Frau gering achte, sondern vielmehr, **weil sie sie zu sehr achte**, als dass sie in das politische Ränkespiel, das das politische Leben der vergangenen vierzehn Jahre ausgemacht habe, hineingezogen werde. Es sei geschehen nicht weil die Frau minderwertig sei, sondern weil sie **anderswertig** sei. Die Frau sei zu allen Zeiten nicht nur die Geschlechts-, sondern auch die Arbeitskameradin des Mannes gewesen. Niemand denke daran, die Frau etwa aus Beruf, Arbeit und Broterwerb herauszudrängen; es müsse aber gesagt werden, dass es Dinge gäbe, die allein dem Mann gehörten, und dazu gehörten die Politik und die Wehrhaftigkeit.

Die Verweiblichung des Mannes habe eine Vermännlichung der Frau nach sich gezogen. Die Frau sei zu einem großen Teil ihrer eigentlichen Aufgabe entzogen worden und so sei ein **Zerrbild des Wesens deutscher Fraulichkeit** entstanden. In dieser Beziehung müsse Wandel geschaffen werden, auch auf die Gefahr hin, als reaktionär und überkommen gescholten zu werden. Den ersten Platz habe die Frau in der

Familie, und ihre beste Aufgabe sei, dem Land und Volk Kinder zu schenken, denn die Frau sei die **Erzieherin der Jugend** und damit die Trägerin des Unterpfandes des deutschen Volkes. Die Regierung der nationalen Revolution sei alles andere als reaktionär. Die Frauen begännen glücklicherweise zu begreifen, dass sie **nichts gewöhnen**, wenn man ihnen auf der einen Seite mehr Rechte und auf der anderen Seite weniger Pflichten gebe. Das Geschenk, im Parlament tätig sein zu können, sei ein Danaergeschenk gewesen.

Dr. Goebbels ging dann auf den **Geburtenrückgang** ein und betonte, dass im Jahre 1900 noch 2 Millionen Neugeburten im Jahre zu verzeichnen waren, während diese Zahl heute an 1 Million herangegangen sei. In den letzten 14 Jahren sei Berlin die Stadt der meisten Geburtenrückgänge gewesen, und man könne sich ausrechnen, dass ohne Zuwanderung Berlin im Jahre 1955 nur noch 3 Millionen Einwohner haben würde. Die Regierung der nationalen Revolution würde diesem **schrecklichen Verfall der Familie und der blutsmäßigen Verarmung des Volkes** entgegentreten. Sie sei nicht gewillt, diesem Verfall der blutsmäßigen Erbsubstanz tatenlos zuzusehen, sondern wolle die Nation wieder aufbauen. Danach eröffnete Dr. Goebbels die Ausstellung mit der Hoffnung, dass sie vergangene Fehler aufdecken und neue Wege weisen werde, damit die Welt wieder vor Deutschland Achtung haben könne und das Wort Walters von der Vogelweide, dass man Tugend und rechte Minne in unserem Lande finde, wieder zur Wahrheit werde.

Fraufaufgaben im Dritten Reich

(Hamburg 1933)

Die kulturpolitischen Aufgaben der deutschen Frau erläuterte die Leiterin des Amtes für Frauenkultur, Frau Charlotte **Köberle-Schönfeldt**, auf einer stark besuchten Versammlung der Frauenschaft im Alsterpark. Die Rednerin betonte, nach der Begrüßung durch Frau Knoll, dass jetzt nach der Machterlangung die **innere Umformung** jedes einzelnen beginne. In dieser geistig-seelischen Neugestaltung ist der Frau eine besondere Aufgabe zuerteilt, die sie aus dem Schöpfertum ihrer Mutterschaft und Mütterlichkeit heraus zu lösen haben wird. Beginnen muss sie mit bewusster Selbsterziehung und der planmäßigen Hinführung der Familie zu den Idealen der Volksgemeinschaft. Ihr Einfluss macht sich geltend in der Erziehung der Kinder, er wirkt sich aus in der Kameradschaft mit dem Ehemanne und greift von der eigenen Häuslichkeit über auf weitere Kreise. Nur von der Keimzelle der Familie her wird sich die Gesamterneuerung des deutschen Volkes vollziehen, und wie die Frau der seelische Mittelpunkt im Hause, wie sie das Niveau des häuslichen Lebens bestimmt, so wird ihr Beispiel und Vorbild andere erfassen und mitreißen. Es wird heute schon allgemein eingesehen, wie hoch im Nationalsozialismus die Mitarbeit der Frau gewertet und welche Bedeutung ihr beigemessen wird. Allerdings lässt sich Nationalsozialismus nicht erlernen. Er ist eine Weltanschauung, zu der sich der einzelne erst nach hartem, inneren Ringen durchkämpft. Wer aber den Geist von Nürnberg verspürt, der wird erfasst haben, dass Deutschland eine Sen-

zung zu erfüllen hat, für die Opfer der Selbstzucht und der Selbsterziehung gebracht werden müssen. Frau Köberle-Schönfeldt fand lebhaft und dankbare Anerkennung für ihre klaren Darlegungen.

Notiz von Elisabeth Flüge

Randbemerkungen zu Hitlers Appell an die Frauen auf dem Nürnberger Parteitag im September 1934. Nicht die Frau, sondern die Arbeit ging aus dem Haus (weben, spinnen etc.) und zwang die Frau zu einer anderen Arbeit. Es genügt nicht, eine Sache zu verteidigen (Frauenfrage), sondern die Gründe, die gegen die Sache sind, zu widerlegen. „Es gibt nur eine Moral. Sie ist die gleiche für beide Geschlechter.“ Die Frauenfrage ist letztlich eine Sittlichkeitsfrage. Die Frau ist ein vollständiger Mensch auf eigenen Füßen und nicht wie es 1875 auf dem Oberlehrerkongress zu Weimar formuliert wurde: Das deutsche Mädchen hat das zu lernen, was der deutsche Mann am häuslichen Herde als ihm gefällig wünscht! (Siehe Adolf Hitler, Nürnberg 1934).

Interessant ist die Stellungnahme der einzelnen Fakultäten zum Frauenstudium. Die Ärzte sagten: Die Frauen verlieren beim Studium der Medizin ihr Schamgefühl. Sie durften Frauen zulassen, brauchten es aber nicht. Die Juristen sagten: Die Frauen sind nicht objektiv, sie mögen deshalb ein anderes Studium wählen. Die Theologen sagten: Sie mögen Theologie studieren und Gemeindeführerin werden,

aber nicht predigen! Und die Politiker sagten: Dafür ist die Frau zu schade! Und heute geben die Mädchen die so heiß erkämpfte Möglichkeit studieren zu können, leichten Herzens auf und kehren zurück zu dem Ideal des Oberlehrerkongresses in Weimar von 1875.

Zeitungsnotiz

(1934)

Die Zahl der im deutschen Frauenarbeitsdienst Beschäftigten hat Ende Juni die 10.000 überschritten. Insgesamt waren 10.403 weibliche Arbeitsdienstwillige beschäftigt. Mehr als 1400 entfallen auf Pommern. Mehr als 1000 Beschäftigte haben noch die Provinzen Schlesien und Brandenburg. Am kleinsten ist die Zahl der weiblichen Arbeitsdienstwilligen im Freistaat Sachsen mit 494.

Kirche

Kundgebung katholischer Bischöfe

(1933), (Frankfurter Zeitung)

Von zuständiger kirchlicher Seite wird der „Kölnischen Volkszeitung“ mit der Bitte um Veröffentlichung mitgeteilt: „Die Metropolen der **Kölner** und der **Paderborner** Kirchenprovinz sowie der Oberhirt der **Osnabrücker** Diözese trafen vergangenen Samstag in Köln zu einer kurzen Besprechung zusammen, die sich wegen der außerordentlich ernsten Fragen nahelegte, vor die gegenwärtig die katholische Kirche in Deutschland sich gestellt sieht. Diese vordringlichen Fragen werden auch Gegenstand eingehender Beratung sein auf der üblichen jährlichen Bischofskonferenz, die in diesem Jahr zu einem bedeutend früheren Termin stattfinden soll.

Die am Samstag in Köln weilenden Oberhirten ersuchen auf dem Wege durch die katholische Presse, da bei der Kürze der Zeit eine andere Art der Bekanntmachung nicht mehr gut möglich ist, die Geistlichen ihrer Diözesen während der bevorstehenden heiligen Tage der Karwoche und des Osterfestes die Gläubigen zu besonders inständigem Gebete um sich versammeln zu wollen. Erfüllt von heißester Liebe zu ihrem Vaterlande, dessen nationalen Aufstieg sie stets mit allen ihren Kräften fördern, sehen die Bischöfe mit tiefster Kummernis und Sorge, wie die Tage nationaler Erhebung zugleich für viele treue Staatsbür-

ger und darunter auch gewissenhafte Beamte unverdientermaßen Tage des schwersten und bittersten Leides geworden sind. Sie flehen zu Gott, der in unendlicher Liebe seinen eingeborenen Sohn zur Erlösung für alle Menschen dahingab, er wolle die Gesicke unseres vielgeprüften Volkes zum Guten wenden, wolle Hass und Zwietracht von ihm fernhalten, Frieden und Einigkeit, Wohlfahrt und Freiheit und den gebührenden Platz unter den Völkern der Erde ihm wiedergeben.“

Landesbischof Müller in der Reformationskirche Preußens

Spandau, 9. September (1933)

Die **St. Nikolai-Kirche** in Spandau, in der Kurfürst Joachim II. im Jahre 1539 seinen feierlichen Uebtritt zur evangelischen Kirche vollzog und von der aus die Reformation in das Brandenburger Land ihren Ausgang nahm, stand heute im Mittelpunkt einer Kundgebung für den Landesbischof von Preußen Wehrkreispfarrer **Müller**.

An der Heerstraße erwartete eine **SA-Motorstaffel** das festlich ausgeschmückte Auto des Landesbischofs, der vom Reichsleiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen, Bischof **Hossenfelder**, begleitet war. Die Häuser der Straßenzüge, die Landesbischof

Müller passierte, hatten reichen Flaggenschmuck angelegt. Tausende von Schulkindern bildeten Spalier. Am Hauptportal des Rathauses begrüßte Bürgermeister **Harrer** den Landesbischof von Preußen, wobei er auf die kirchengeschichtliche Bedeutung Spandaus hinwies. Bischof **Müller** dankte für den herzlichen Empfang und gelobte dabei, auch in die Kirchengemeinde frohe Glaubenskameradschaft hineinzutragen, genau so wie der Führer durch die Schaffung des neuen Reiches echte und lebendige Kameradschaft in das Volk hineingetragen habe. Er schloss mit einem dreifachen Sieg-Heil auf das deutsche Volk und den Volkskanzler, worauf die Menge das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied anstimmte. Auch auf dem Wege vom Rathaus zur Kirche wiederholten sich die Kundgebungen. Dem Zuge voran marschierte eine SA-Kapelle und hinter den Gästen folgten Ehrenabordnungen der SA und SS und des Stahlhelms, der Polizei, der Innungen und verschiedener Verbände. Annähernd 100 Fahnen begleiteten den Zug. In der alten Nikolai-Kirche eröffnete der neue Bischof von Ostpreußen, der Pfarrer der Nikolai-Kirche, **Kessel**, den Gottesdienst. Landesbischof **Müller**, der am Eingang seiner kurzen Ansprache betonte, dass er zum erstenmal in der Würde des Landesbischofs eine Gemeinde besuche, sprach seinen herzlichen Dank aus für die Aufnahme, die ihm ein Beweis für die seelische Verbundenheit der Gläubigen mit der Geistlichkeit sei, die aus den deutschen Christen hervorginge. Seine ersten Grüße galten den alten Fahnen des Kaiserreiches und den treuen Kameraden, die für das deutsche Vaterland ihr Leben gelassen haben. Dann galt sein Gruß den Fahnen des erwachten Deutschlands, den braunen und

schwarzen Kameraden und allen, die ihr Blut gelassen haben für die nationale Befreiung. In seinen weiteren Ausführungen zeichnete der Bischof die Idee der deutschen Christen. Die Geistlichen in der deutschen Kirche müssten wieder in einer Sprache sprechen, die das Volk verstehe, und es müsse wieder eine Vertrauensgemeinschaft hergestellt werden. Gottesdienst bedeute Dienst am Guten und Dienst an Gott. Der deutsche Christ solle fühlen, dass die neue deutsche Kirche ihm gehöre. Mit dieser Kraft, die Berge versetzen könne, und dem Gottvertrauen, dass das Gute stärker sei als das Böse, müsse eine Gemeinde den Kampf mit dem Alltag aufnehmen. Der Gottesdienst, der durch Vorträge eines Knabenchores umrahmt war, schloss mit dem Liede: „Ein‘ feste Burg ist unser Gott“.

Offener Brief des Landesbischofs Tügel an Direktor Friedrich Heitmüller

(19. April 1934)

Neuerdings ist eine gewisse Beunruhigung in unsere landeskirchlichen Gemeinden getreten durch den Austritt des Leiters der christlichen Gemeinschaft am Holstenwall, Direktor Friedrich **Heitmüller**, aus der Hamburgischen Landeskirche. Es geht obendrein das Gerücht, dass Direktor Heitmüller auch den Austritt der bisher landeskirchlichen Gemeinschaft am Holstenwall aus der Reichskirche vollzogen haben soll. Herr Landesbischof hält es darum für notwendig und gerechtfertigt, seinen Brief an Herrn Direk-

tor Heitmüller vom 19. April 1934 allen hamburgischen Gemeinden und der ganzen evangelischen Bevölkerung Hamburgs zur Kenntnis hier zu veröffentlichen.

Hamburg, den 19. April 1934.

„Herrn Direktor Heitmüller,
Hamburg 19, Hoheweide 17.

Sehr geehrter Herr Direktor!

Ihre Mitteilung, dass Sie aus der evangelisch-lutherischen Kirche Hamburgs ausgetreten sind, würde z. Zt. des Marxismus auf mich keinen Eindruck gemacht haben. Ich habe Sie immer für ein unzuverlässiges Glied der Landeskirche gehalten, und Ihre Beteuerungen vor ein paar Jahren, als Sie einmal nach mir auf der Kanzel der Michaeliskirche standen, niemals recht ernst genommen. Ich weiß ja aus Erfahrung, wie oft Sie Ihre Ansichten wechseln; ich brauche Sie nur auf Ihr politisches Hin und Her zu erinnern. Mir, der seit je gewohnt ist, eine klare Bahn unveränderlich, auch unter Kampf und Widerspruch zu verfolgen, nötigt Ihre Verwandlungsfähigkeit keinen besonderen Respekt ab. Wer noch im Jahre 1932 Hitler so bekämpft hat wie Sie, um dann nach der großen Wende sehr bald im Braunhemd seinen Nationalsozialismus zu betonen, ist kein Mann, der mir imponieren kann. Was mich aber an Ihrem jetzigen Schritt bewegt, ist die Rücksicht auf die Öffentlichkeit. Haben Sie sich überlegt, wie gerade heute Ihr Schritt auf das Volk in unserer Stadt wirken muss? Ich möchte beinahe behaupten, dass Sie mit Ihrem Vorgehen die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden und behalte mir auch vor, bei den staatlichen Stellen meine Bedenken anzumelden. Sie können nicht sagen, dass

Sie mit Ihrem Werk nun noch „Gemeinschaft“ im früheren Sinne darstellen; denn Gemeinschaft hat nur einen Sinn als Sammlung gläubiger Kreise irgendwie innerhalb der Landeskirche. Sie bilden mit dem, was sie heute tun, eine Freikirche, und zwar keine der bisher anerkannten, sondern eine neue, deren Farblosigkeit über alle Begriffe geht. Wie Sie das vor dem Staat Adolf Hitlers, vor der neuen Volksgemeinschaft und vor der höchsten Instanz, nämlich vor Gott, der unserem Volk eine neue Stunde volkskirchlicher Gesundung geschenkt hat, verantworten können, ist Ihre Sache. Ich glaube, dass auf Ihrer Lösung von unserer Kirche, der noch viele Ihrer treuen Gemeinschaftsmitglieder angehören, kein Segen ruhen wird. Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher; das werden auch Sie mit Ihrem Werk erfahren. Vielleicht denken Sie später noch einmal an dieses mein Wort zurück, das hart klingt, aber aus dem Gewissen eines Mannes kommt, der lieber die Wahrheit sagt, als sie vertuscht. Ihr ergebener Tügel.“

Deutsche Glaubensbewegung

Schwarzfeld, 21. Mai (1934)

Während ihrer Arbeitswoche in Schwarzfeld im Südharz haben die in der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung zusammengeschlossenen Gemeinschaften beschlossen, sich aufzulösen, um der Schaffung einer geschlossenen und einheitlich geführten Deutschen Glaubensbewegung den Weg freizumachen. Zum Führer wurde unter den begeistertsten Heilrufen aller Teilnehmer wie auch der Amts-

träger einmütig Professor Wilhelm Hauer (Tübingen) auf den Schild erhoben. Die Mitglieder der neuen Gemeinschaft haben die eidesstattliche Versicherung abgegeben:

a.) dass sie frei sind von jüdischem und farbigem Blutseinschlag, b.) dass sie keinem Geheimbund, keiner Freimaurerloge noch dem Jesuitenorden angehören,

c.) dass sie keiner anderen Glaubensgemeinschaft angehören.

Das Zeichen der Deutschen Glaubensbewegung ist das goldene Sonnenrad auf blauem Grunde.

Als Grundlage für die Rechtssätze gilt folgendes:

1. Die Deutsche Glaubensbewegung will die religiöse Erneuerung des Volkes aus dem Erbgrunde der deutschen Art. 2. die deutsche Art ist in ihrem göttlichen Urgrund Auftrag aus dem Ewigen, dem sie gehorsam sind. An diesem Auftrag allein sind Wort und Brauchtum gebunden. Ihm gehorchen heißt, sein Leben deutsch führen.

Notizen von Elisabeth Flügge

23. September 1934

Am Sonntag, der Einführung des Reichsbischof, sprach Hauptpastor Schöffel in der Michaeliskirche über die Ruhe, die Ruhe bei Mensch und Tier, die Ruhe in Kunst und Natur, die Sehnsucht nach Ruhe im Völkerwandern, bei den Germanen ebenso wie bei den Juden. „Gerade darum“, sagte er, „lieben wir Germanen ja so sehr das alte Testament, weil wir uns selbst darin wiederfinden mit unserer Sehnsucht nach Ruhe. Aber kein Volk hat diese Ruhe und

das Gottesheil gefunden. Nicht die Juden, obgleich sie sich für das auserwählte Volk hielten und Gott an ihnen gezeigt hat, was Sünde und Verheißung ist. Nicht die Engländer, obgleich sie sich für Gottes eignes Volk halten. Nicht die Deutschen, denn Ruhe findet nur das Gottesvolk, die Gemeinde der Gläubigen, die über Rasse und Volk und Blut steht. Und ich zittere“, sagte er später, „ich zittere, ich bin tieftraurig, ich leide, ich zittere, wenn ich an Deutschlands Zukunft denke! Glaub nicht an die falschen Versprechungen und hoffärtigen Reden der Menschen, sie können nicht halten was sie versprechen. Es gibt keine Hilfe mehr für uns! Glaub nicht, dass Hamburg hier ewig stehen muss, weil es hier jetzt steht als stolze und herrliche Stadt am breiten fließenden Strom! Ephesus ist stolzer und herrlicher gewesen und ist heute nichts als ein elender Trümmerhaufen. Und der stolze Fluss, der der Stadt Leben gab, ist heute ein seichtes Wüstengerinsel! Denkt an den Propheten, der auf dem Berge saß, 40 Jahre vor Untergang der größten Stadt, der die Menschen warnte und ihr Schicksal beweinte. Aber sie hörten nicht auf ihn, und 40 Jahre später war auch diese Stadt zerstört! Und so wird es allen gehen, die von Gott abfallen und kein Gottesvolk mehr sind.“

Wegen dieser Predigt ist Schöffel zur Rechenschaft gezogen worden.

Am Erntedankfest hat Schöffel in der Kirche gesagt: „Hitler hat zwar den politischen Bolschewismus überwunden, aber den kulturellen und geistigen Bolschewismus hat er uns gebracht.“

28. September 1934

Am Sonntag ist der Reichsbischof Müller in Berlin

feierlichst eingeführt worden unter Aufmärschen von SA und SS, Fackelzügen, Flaggen, Musik und Feuerwerk. Am 9. August 1934 war in Berlin die Reichskirchenregierung mit Vertretern der einzelnen Landeskirchen zusammengetroffen, um über verschiedene Kirchengesetze zu beraten [Nationalsynode der deutschen evangelischen Kirche]. Es handelte sich um die feierliche Bestätigung der Eingliederung der Landeskirchen und das Kirchengesetz.

§ 1: Die kirchliche Gesetzgebung wird von der deutschen evangelischen Kirche allein ausgeübt. Soweit Bekenntnis und Kultus in Frage kommen, ordnen Landeskirchen ihre Angelegenheit selbst. Kirchengesetze werden vom geistlichen Ministerium der deutschen evangelischen Kirche beschlossen (National- oder Landessynode).

§ 2: Nationalsynoden und Landessynoden erarbeiten ihre Willensmeinung gemeinsam.

§ 3: Der Reichsbischof kann den Landesbischöfen und den Trägern eines Amtes Weisungen erteilen etc. Nachdem Rechtsverwalter Jäger eine längere Ansprache gehalten hatte, sprach Oberkirchenrat Breit aus München und erhob Einspruch:

Gegen die Zusammensetzung der Synode, wo verdienstvolle Männer fehlen. Dass die zur Beratung stehenden Dinge den Abgeordneten erst 24 Stunden vorher bekannt geworden seien. Gegen den Zeitpunkt - Landestrauer und Wahl. Betonte er das mangelnde Vertrauen zur Führung der deutschen evangelischen Kirche. Sprach er von der Gewissensnot der Geistlichen, weil die Kirche nicht im Geist der Wahrhaftigkeit und aus den Kräften des Evangeliums geeint sei. Dann sprach Dr. Beyer, Greifswald, ehemals geistlicher Minister. Er sagte u. a.: „Wir dürfen die Augen

nicht verschließen vor der Tatsache, dass wahrhaftig nicht nur irgendwelche Männer aus politischen Gründen nicht mittun, sondern dass wirklich aus tiefster Gewissensnot heraus und aus heiligster Verantwortung für unsere Kirche heute unzählige Menschen nicht mitgehen können. Die Annahme dieser Gesetze wird neues und unabsehbares Unheil bringen. Ich bitte und beschwöre Sie, Herr Reichsbischof, die Bahn freizumachen für eine wirkliche innere Einigung in unserer Kirche. Sorgen Sie dafür, dass nicht der Friede des Kirchhofs, sondern der Friede der Kirche wird.“

Aus diesen wie auch aus Breits Worten sieht der Rechtsverwalter nur die Bereitwilligkeit am Werk der Einigung mitzuhelfen. Auch Bischof Zänker aus Breslau warnt, man solle bedenken, dass die Eingliederung gerade bei den innerlich und kirchlich lebendigsten Kirchen auf hässlichen Widerstand gestoßen ist, nicht nur von Seiten der Pfarrer, sondern auch der Gemeinden. Und diese Maßnahme darf nicht einfach durch nachträglich beschlossene Gesetze gutgeheißen werden. Bisher haben die Maßnahmen nicht zur Befriedigung der Kirche, sondern zur Abtötung des kirchlichen Interesses beigetragen. Eine Einigung wird nicht eintreten durch einseitige diktatorische Maßnahmen einer Gruppe, die den Nachweis wahrhaft unvoreingenommener theologischer Arbeit bisher nicht erbracht hat. Ein Arzt, Dr. Cibler, aus Schwäbisch Hall, Nationalsozialist, sagte: „Wie sollen wir in Württemberg Vertrauen zur Reichskirchenregierung haben? Durch die ganze württembergische deutsche und europäische Presse ging in wörtlich angeführter Rede ein Bericht darüber, was der Reichsbischof dem Landesbischof gesagt habe. Da-

bei haben sich die beiden überhaupt nicht gesehen. Die Reichskirchenregierung hat diesen Bericht nicht widerrufen. Durch den ganzen Äther ging eine erlogene Radiomeldung. Auch hier hat die Reichskirchenregierung nicht widerrufen lassen. Und wir sollen solches Vertrauen zur Reichskirchenregierung haben, dass wir ihr eine Blankovollmacht ausstellen? Wir haben das Vertrauen und lehnen dieses Gesetz ab.“

Auch hierauf ging Jäger mit keinem Wort ein. Dann sprach Oberkirchenrat Pressel aus Stuttgart. Er sagte: „Diese Synode machte auf ihn mehr den Eindruck einer Geheimtagung als einer Synode. Und er halte es für ein schmerzliches Symptom für den ganzen Geist und die kirchliche Haltung der derzeitigen Kirchenregierung, dass der Gottesdienst heute früh in der Dreifaltigkeitskirche ein Gottesdienst ohne Gemeinde war. Es besteht keinerlei Vertrauen mehr zu den Persönlichkeiten der Reichskirchenregierung. Es wurde erschüttert durch zahlreiche Rechts- und Verfassungsbrüche, durch die vielen nicht eingehaltenen Versprechungen und Zusagen, durch die Welt- und Machtpolitik der Reichskirchenregierung. Die fortwährende Anwendung staatlicher Machtmittel zur Durchsetzung kirchlicher Ziele sei Verrat am Heiligen. Die Übertragung politischer Methoden und Denkweisen auf die Kirche widerspricht dem Wesen der Kirche. Die politische Deformierung der theologisch kirchlichen Gegner verstößt wider Recht, Wahrheit und Liebe. Noch heute sind ca. 800 Pfarrer gemäßregelt, denen Gewalt angetan ist. Die Gemeinden sind ausgeschaltet (in Württemberg keine 10 % Pfarrer und keine 5 % deutsche Christen). Und dann die schwankende Bekenntnishaltung. Dreimal im Jahr

haben sie ihre Grundlagen geändert.“ (Hossenfelder, Fezer, 28 sächsische Thesen).

Pressel beantragt Vertagung der Synode, Reichsbischof lehnt ab. Und dann das Kirchengesetz über den Diensteid der Geistlichen und Beamten. Diensteid ist folgender: „Ich N.N. schwöre einen Eid zu Gott dem Allwissenden und Heiligen, dass ich als ein berufener Diener in Amt und Verkündigung sowohl mit meinem gegenwärtigen wie in jedem anderen geistlichen Amte sowie es ein Diener des am Evangeliums in der deutschen Kirche geziemt dem Führer des Volkes und Staates Adolf Hitler treu und gehorsam sei und für das Volk mit jedem Opfer und jedem Dienst, der einem deutschen evangelischen Manne gebührt, mich einsetzen werde. Weiter, dass ich die mir anvertrauten Pflichten des geistlichen Amtes gemäß den Ordnungen der deutschen evangelischen Kirche und den in diesen Ordnungen an mich ergehenden Weisungen gewissenhaft wahrnehmen werde. Endlich, dass ich als rechter Verkündiger und Seelsorger alle Zeit der Gemeinde, in die ich gestellt werde, mit all meinen Kräften in Treue und Liebe dienen werde. So wahr mir Gott helfe!“

Lauerer und Beyer warnen davor, dem Gesetz über diesen Eid zuzustimmen, weil er nicht eindeutig ist und den Geistlichen schwere Konflikte auferlegt. Aber der Antrag wird abgelehnt und das Kirchengesetz über den Dienst gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Dann folgt das Kirchengesetz über die Rechtmäßigkeit von gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen, mit anderen Worten: Alles was der Reichsbischof zur Ordnung der evangelischen Kirche oder einzelnen Landeskirchen angeordnet hat, wird in seiner Recht-

mäßigkeit bestätigt. Wieder erhebt Professor Beyer sich und sagt: „Entweder waren die Maßnahmen wichtig und bedürfen keiner Bestätigung oder sie waren es nicht und Unrecht kann man durch ein nachträgliches Gesetz nicht zu Recht machen.“

Und Pressel sagt: „Der Bußruf des Neuen Testaments verbietet Ihnen und uns erkanntes Unrecht nachträglich zu rechtfertigen.“ Aber der Reichsbischof sagt: „Wenn Sie keinen Mann besitzen, der Ordnung in die Evangelische Kirche bringen kann, dann müssen sie sich in die heutige Ordnung der Dinge fügen.“ Auch dies Gesetz wird angenommen im gleichen Stimmverhältnis wie vorher. Und das Kirchengesetz über die Beflaggung von Kirchen und kirchlichen Gebäuden (nur Hakenkreuz und Schwarz-Weiß-Rot nicht die evangelische Kirchenfahne) wird einstimmig angenommen.

Reichsgerichtsrat Flor sagte über die Rechtmäßigkeit dieser Gesetze: „Das Vorgehen vom RKR [Reichskirchenrat] ist nicht nur vom Standpunkt der Ethik aus ernstlich zu beanstanden, es stellt auch rechtlich eine schwere Verletzung der Reichskirchenverfassung dar (Junge Kirche, Heft 17 vom 8.9.1934). Die Beschlüsse können nicht die Grundlage von Kirchengesetzen sein, weil eine willkürliche ohne verfassungsmäßige Grundlage einberufene Versammlung das Gesetzgebungsrecht nicht für sich in Anspruch nehmen kann. Ihre Entschlüsse sind nichts als unbeachtliche Meinungsäußerungen. Sie werden auch nicht zu Gesetzen dadurch, dass der Reichsbischof sie mit dem Rechtsverwalter als Gesetze verkündet. Unrecht ist geschehen. Wieder gut gemacht wird das Unrecht nicht, sondern es wird für Recht erklärt und zwar durch einen Akt, der selbst

wieder auf einer Verfassungsverletzung beruht - also neues Unrecht vorstellt.

Ministerialrat Jäger hat in Württemberg auf der OKR gesagt: „Am Ende der Entwicklung sehe ich eine Nationalkirche stehen, die sich von selbst entwickeln wird. Als Fernziel sehe ich die Überwindung der Konfessionen und der religiösen Spaltungen im deutschen Volke - also Lutheraner, reformierte Katholiken und Deutschgläubige.“ Die evangelischen Kirchen dürfen nicht mehr die evangelische Kirchenflagge hissen, aber die deutsche Glaubensbewegung darf bei allen Anlässen ihr Sonnenrad im schwarzen Felde aufziehen.

Bischof Meiser, Bayern, hat auf der evangelischen Landessynode am 25. August in München gesagt: „Die bayerische Landessynode setzt sich für eine starke und in sich einigende Deutsch-Evangelische Kirche ein. Sie bedauert aber, dass die Haltung der derzeitigen Reichskirchenregierung es unmöglich mache, die Eingliederung unter den gegenwärtigen Umständen zu vollziehen.“

Und Bischof Wurm aus Württemberg: „Wir sind der festen Überzeugung, dass Friede und Einheit in der Deutschen Evangelischen Kirche nur einkehren, wenn die Reichskirchenregierung eine grundlegende Änderung erfährt, die bisherigen Methoden der Gewalt und des Unrechts restlos aufgegeben werden und die Deutsche Evangelische Kirche im Geist des Neuen Testaments geführt wird.“

Und nun Berlin-Brandenburg: Der Gauleiter und Oberpräsident Kube sagt auf einem Gebietstreffen der Kurmärkischen HJ u. a. folgendes: „Wir werden dafür sorgen, dass Deutschlands Jugend mit stolzem Geist von Langemark und nicht in irgendwelchem

Konfessionsgeist erzogen wird. Der Glaube der Deutschen Jugend ist allein der Glaube an Deutschland. Denn Sitte, meine Deutschen Jungen, liegt im Blut und nicht in der Dressur, noch dazu, wenn diese aus Vorderasien bezogen ist. Darum sollt Ihr auch heut in der konfessionellen Hetze Euch eines merken: Gott will, mein Deutscher Junge, dass Du auf Erden an Deutschland und sein unsterbliches Leben glaubst. Und wir werden Dir das Recht auf diesen Glauben ertrotzen, und dann wird ein Hitler Deutschland sein ohne Reaktion, ohne Konfessionshader. Adolf Hitler, gestern, heute und in alle Ewigkeit - Sieg heil!“

Ende August haben sich Lutherische Bischöfe Marahrens, Meiser, Wurm, Zänker mit einer Anzahl Professoren und Pfarrern, Althaus, Schreiner, Ulmer etc. zu einem Lutherischen Rat zusammengeschlossen. Er will die Zusammenfassung des gesamten für das Bekenntnis kämpfenden Luthertums in Deutschland bereiten.

In Hannover haben sich von nicht ganz 1.000 Pastoren 700 hinter Marahrens gestellt.

Die Zeitschrift Nordland bringt einen Artikel „Verlorene Jugend findet zurück“, in dem es heißt, die Angehörigen einer entschwundenen Zeit mögen sich über den Weg der Deutschen Jugend keine Sorgen machen. Die Epoche des Christentums ist endgültig vorbei. Es erhebt sich ein neuer Mythos, geboren in dem Kampf der Worte des 20. Jahrhunderts, der Mythos des Blutes, der Jahrhunderte über das Schicksal unseres Volkes bestimmen wird. Der Gedanke der Zusammenfassung aller Völker und Rassen unter dem jüdischen Weltgott Jehovas stirbt mit dem letzten Geschlecht eines ruhmlosen Zeitalters. Mögen die Vertreter des alten Geistes doch endlich einsehen, dass

die Kirche mit ihren mittelalterlichen Dogmen sich selbst überlebt hat und der Jugend nichts mehr zu bieten vermag. Ein freier Geist verträgt kein zwingendes Dogma. Die Lehre von der Erbsünde ist ihr fremd, da sie nicht zum selbstbewussten Geist der Jugend passt und auch biologisch nicht einwandfrei ist. Die Deutsche Jugend des 20. Jahrhunderts bekennt stolz, dass sie ohne Sünde und folglich auch ohne Gnade leben kann.“

Einige Beispiele für die Unzuverlässigkeit des Reichsbischofs:

Am 19.12.1933, nachmittags 12.00 Uhr hat der Reichsbischof den süddeutschen Bischöfen versprochen, ihnen vor der Unterzeichnung Einblick zu geben in den Vertrag betreffend der Eingliederung des Evangelischen Jugendwerks in die HJ. Nachmittags 6.00 Uhr ist der Vertrag unterzeichnet, ohne dass die Zusicherung gehalten wurde.

Am 13. Januar 1934, 5.00 Uhr nachmittags empfing der Reichsbischof den Kirchenrat Dürrfeld, alter PG, der ihn über die unwürdigen, fast bolschewistischen Vorgänge in der Waldeck'schen Landeskirche berichtete und seine Hilfe erbat. Erfreut über die freundliche Aufnahme telefoniert Dürrfeld nach Hause und erfuhr zu seinem maßlosen Erstaunen, dass die Einsetzung des Kommissars Happel, die er hatte abwenden wollen, schon 2.00 Uhr nachmittags durch Telegramm des Reichskirchenrats erfolgt war.

Am 27.01. wurde nach Zustimmung der Kirchenführer zu der Vertrauenserklärung für den Reichsbischof, Landesbischof Schöffel in persönlicher Unterredung vom Reichsbischof seines besonderen Vertrauens versichert, aber vor dem Hamburger Reichsstatthalter gewarnt. Unmittelbar darauf setzten in Hamburg In-

trigen ein, die zum Sturze Schöffels führten. Schöffel erhielt von der maßgeblichen staatlichen Stelle den schlüssigen Beweis dafür, dass der Reichsbischof seinen Sturz gewünscht hatte.

Die gesamte Eingliederung der Landeskirche steht im Widerspruch zu der am 11. Juli 1933 feierlich gegebenen, protokollarisch festgelegten Zusage, gegen den Widerspruch der Landeskirche wird die Deutsche Evangelische Kirche keinen Gegenstand des gesamtkirchlichen Rechtslebens regeln.

In Württemberg wurde auf Betreiben der Deutschen Christen ein kirchlicher Notstand konstruiert, um das Eingreifen des Reichsbischofs zu ermöglichen. Dies wurde unterstützt durch zwei Radiomeldungen: a) Wurm hat nicht mehr das Vertrauen der württembergischen Gemeinden. b) Eine Ermahnung des Reichsbischofs an die Landesbischöfe soll den Anschein erwecken, als hätte sich der Landesbischof unterworfen.

Die Eingliederung der Landeskirche in Hessen, Kassel und Baden, wo die 2/3-Mehrheit für die Eingliederung nicht aufgebracht war, wurden die Landessynoden in widerrechtlicher Weise umgebildet.

Die Nationalsynode, die ursprünglich fast nur aus Deutschen Christen bestand, wurde durch verfassungswidriges Gesetz vom 7. Juli umgebildet, indem sie von den berufenen Mitgliedern so viele entfernte als zur Erlangung einer staatlichen Mehrheit nötig war.

All dem wird die Krone aufgesetzt durch ein von der Nationalsynode beschlossenes Gesetz, dass sie hundertdrein legalisieren soll.

In der von dem Reichskirchenrat der Nationalsynode vorgelegten Eidesformel werden die Pflichten des

Geistlichen gegen den Staat und den Führer in einer dem evangelischen Empfinden widersprechenden Weise und der kirchlichen Pflichten zusammengeworfen.

Meiser und Wurm wurden grundlos bezichtigt, sie hätten den schwedischen Erzbischof Eidem zu seinem Besuch in Berlin veranlasst und seien mit ihm dort zusammengetroffen, während Eidem den Reichsbischof nicht aufsuchte. Von Marahrens befragt, weigerte sich Jäger, den Namen des Gewährsmannes zu nennen.

Deutschkirchliche Vorschläge für neue Sonntagsnamen

Berlin, 6. Okt. (1934)

Die Wochenschrift „**Das evangelische Berlin**“ schreibt in ihrer letzten Nummer: „Das Organ der deutschkirchlichen Bewegung, „**Die Deutsche Kirche**“, versteigt sich zu folgenden Vorschlägen: Die kirchlichen Sonntagsnamen sollen geändert werden, und zwar sollen die vier Sonntage der Weihnachtszeit heißen: Herdfeuer, Heimatsonne, Deutsches Leuchten, Weltenlicht; der Sonntag nach Weihnachten, Christrose, der Sonntag nach Neujahr, Maria im Schnee. Nach Drei Könige folgen: Urstürme, Riesenkampf, Freias Blick, Lerchengesang, Palmsonntag. Dann folgen Ostern, Kleinostern, Blütenschnee, Jubelssonntag, Singessonntag, Hammers Heimkehr,

Alle Wiesen, Pfingsten, Kleinpdingsten. Daran sollen sich anschließen: Rosenfest, Roggenmuhme, Gut Wetter, Gottes Tisch, Fahr ein, Erntekranz, Aehrenlese. Schließlich Rote Heide, Zugvogel, Einkehr, Mannesehre, Frauenlob, Jugendpreis, Nornenfäden, Herbstzeitlose, Weinlese, Gilbhard, Regentrude, Windsbraut, Hackelberend, Sterntaler, Totenfest.

Notizen von Elisabeth Flügge

zum vorherigen Artikel

Und wie sieht es in unseren Landeskirchen aus? Bayern unter Landesbischof Meiser und Württemberg unter Landesbischof Wurm haben im feierlichen Protestgottesdienst gegen die Einführung Müllers als Reichsbischof Stellung genommen (Junge Kirche, Heft 19). Ebenso Hannover unter Marahrens. In Nürnberg, München und Augsburg fanden Massenbekenntnis-Gottesdienste statt, an denen an einem Abend 18.000 Menschen in 15 Kirchen teilnahmen. In der Stadthalle in Hannover hat der Reichsbischof am 18. September gesagt: „Wer den Aufbau dieser Kirche nicht mitmachen kann, nicht so wie wir kämpfen kann im Dritten Reich, der soll Ruhe geben oder beiseite treten. Tut er es nicht, so muss ich ihn dazu zwingen.“ Und der Rechtsverwalter Dr. Jäger hat in Stuttgart erklärt, das Bekenntnis soll nicht über das Evangelium gestellt werden, denn Bekenntnisse sind wandlungsfähig. Am Ende der Entwicklung sehe ich eine Nationalkirche stehen, die sich von selbst entwickeln wird. Als Fernziel sehe ich die Überwindung

der Konfessionen und der religiösen Spaltungen im deutschen Volke. Damit hat er einer nordischen christlichen Mischreligion das Wort geredet und das Evangelium im seinem Wesen bedroht. Damit ist der Kampf der Bekenntnistreuen gerechtfertigt. Meiser und Wurm waren bei Hitler. Er hat die Vorgänge in der Kirche und die Vorwürfe Meisers geprüft. Diese Prüfung hat ergeben, dass die Nationalsynode nicht gegen Verfassung und Gesetz verstoßen habe. Dass auch kein Pfarrer wegen Glaube und Bekenntnis gemaßregelt sei (in Wirklichkeit sind es 800, die gemaßregelt sind). Damit hat der Staat die Entwicklung nachträglich gutgeheißen und durch seine Entscheidungen diese Reichskirchenregierung anerkannt. Nur Dr. Frick hat geäußert: Die derzeitigen Spannungen in der deutschen evangelischen Kirche erfüllen mich mit ernster Sorge. Diesen Satz hat Jäger beim Festakt der deutschen Christen in der Kroll-Oper wohlweislich weggelassen. Der Eid, der in der Nationalsynode beschlossen wurde, wird von der Reichskirchenregierung nicht verlangt. Dr. Kinder, der Reichsleiter der deutschen Christen, hat einen Brief an alle, die nicht der Bewegung der deutschen Christen angehören, gerichtet. Ihm hat Dibelius in einem wundervollen offenen Brief geantwortet (Junge Kirche, Heft 19). In Württemberg wollte die Reichskirchenregierung einen Kirchennotstand schaffen, um das Eingreifen eines Kommissars zu rechtfertigen. Man erhob also gegen den Landesbischof Wurm den Vorwurf, er habe 230.000 Mark unterschlagen und ins Ausland verschoben zum Zweck der Greuelpropaganda (Junge Kirche, Heft 18, S. 757). Die Sache lag so, Oberkirchenrat Schauffler hat 200.000 Mark auf das Stutt-

garter Konto der Basler Mission, 30.000 Mark an die Bekenntnissynode in Oeynhausen überwiesen mit der Bestimmung, dass sie zur Verfügung des Landesbischofs stehen. Am 5. September brachte das Reichskirchengesetzblatt eine Verordnung von Jäger vom 3. September über die Unterstellung der württembergischen und bayerischen Landeskirche unter eine Reichskirche. Da stellte der Finanzreferent des Oberkirchenrats den Betrag von 230.000 Mark zur Verwendung durch den rechtmäßigen Landesbischof sicher und überwies das Geld wie oben erwähnt. Am 6. September traten politische Schwierigkeiten für die Landeskirche hinzu und sofort teilte man den Empfängern des Geldes mit, die Beträge an die landeskirchliche Kasse zurück zu überweisen. Und nun wurde böswillig behauptet, es habe sich um den Versuch des württembergischen Oberkirchenrats gehandelt, namhafte Summen ins Ausland zu verschieben, um die Auslandshetze gegen Deutschland zu finanzieren. Obwohl also die Sache geklärt und Wurm rehabilitiert war, wurde er weiterhin in Gewahrsam gehalten. Und am 9. Oktober nimmt die Landessynode den Antrag auf zur Ruhesetzung des Landesbischofs Dr. Wurm an und vollzieht auf Grund dieses Beschlusses als Beauftragter des Reichsbischofs für Württemberg die Zurruhesetzung. Württemberg ist eingegliedert.

Nun Bayern: Dort wurde die Landessynode zusammengerufen. Sie hat einstimmig Dr. Meisers Kurs gebilligt und beschlossen, dem Reichsbischof den Gehorsam zu verweigern. Da griff die Reichskirche zu folgenden Mitteln: Es erschien ein Artikel: Hinweg mit dem württembergischen verräterischen Meiser; Judas verriet den Herrn mit einem Kuss.

Meiser verriet seinen Kanzler und Führer mit einem Händedruck. Das ist eine Anspielung auf die Zusammenkunft der deutschen Landesbischofe beim Führer am 27.01.1934, bei der sich die Landesbischofe verpflichteten, dem Reichsbischof gehorsam zu sein unter der Bedingung, dass die Kirchenverfassung vom 11.07.33 wieder grundlegend für das Kirchenleben sei und Verfügungen des Reichsbischofs rückgängig gemacht würden. Als alle diese Versprechen gebrochen wurden, haben Wurm und Meiser in zweistündiger Unterredung Hitler erklärt, dass sie sich jetzt nicht mehr an die Abmachung vom 27.01. halten könnten und dem Reichsbischof kündigen müssten.

Nun wollte man durch die Zeitungshetze gegen Meiser auch in Bayern einen kirchlichen Notstand schaffen. Statt dessen bekam Meiser vom Kirchenvolk in der Matthäus-Kirche in München bei seiner Predigt eine solche Vertrauenserklärung der evangelischen Bevölkerung Münchens, wie sie einzigartig in Bayern da steht. Man wallfahrtete zu Meisers Haus und brachte ihm jubelnde Ovationen. Und am 13. Oktober eine kleine beiläufige Zeitungsnotiz: „Auch der bayerische Landesbischof Meiser ist nicht mehr im Amt. Er ist mit sofortiger Wirkung abberufen worden. Veranlassung hierzu bot die dauernde Weigerung, regelmäßig ergangene Gesetze der deutschen evangelischen Kirche durchzuführen.“

So sind also Württemberg und Bayern eingegliedert, ihre Bischöfe abgesetzt. Wird nun Marahrens kommen, damit der Weg zur Nationalkirche frei wird? Ein Mitglied der Nationalsynode berichtet dem Präses der Bekenntnissynode der evangelischen Kirche am 17. September 34: „Am 5. Juni hat die Reichs-

kirchenregierung eine von dem Rechtsverwalter Jäger entworfene Denkschrift eingereicht, in der ausgesprochen ist, dass man hoffe, innerhalb kurzer Zeit die Nationalkirche zu haben. Wobei vielleicht mit einer Opposition von ca. 4 Millionen Katholiken und einigen 100.000 Protestanten zu rechnen sei und über die man hinwegkommen werde. Dann werde die völkische Idee den Vorzug vor der christlichen Idee erhalten.“ Und dann wird noch immer behauptet, das Bekenntnis sei durch die gegenwärtige Reichskirchenregierung nicht gefährdet. Es geht hier also nicht um eine Deutsche Evangelische Kirche, sondern um eine Nationalkirche, in der die völkische Idee den Vorzug vor der christlichen haben soll.

Das Gesetzblatt der deutschen evangelischen Kirche Nr. 58 vom 29.09.34 bringt: „Wenn die Reichsregierung in steter hoher Achtung vor dem Bekenntnis ihre Handlungen eingerichtet hat, so darf man nicht vergessen, dass die Verschiedenartigkeit der Bekenntnisse allerletzten Endes aus der Verschiedenartigkeit des Volkstums hervorgegangen ist, aus dem heraus solche Bekenntnisse erwachsen sind.“

In Pommern ist der Landesleiter der deutschen Christen von Dr. Kinder beurlaubt worden, weil er Bedenken geäußert hat. In Ostpreußen und Sachsen sind auch Bedenken gegen die Deutschen Christen laut geworden, weil Dr. Kinder auf einer Amtwaltertagung in Merseburg am 26.06. gesagt hat, er sei der festen Zuversicht, dass die um Hauer den Zielen der Deutschen Christen zuneigen würden. Interessant ist auch, dass Jäger am 01.03.1933 Mitglied der NSDAP geworden ist.

In Mittelfranken sind in der letzten Septemberwoche

400 Bittgottesdienste abgehalten worden. Der dortige Gau-Propagandaleiter Holz hat dem Landesbischof von Main/Franken Treulosigkeit im Wortbruch, Volksverrat und schwerste Gefährdung des Ansehens der evangelischen Kirche vorgeworfen. Holz gibt sich als Führer eines Bundes evangelischer Christen aus. Derselbe, der im „Stürmer“ den Vergleich des heiligen Abendmahls mit dem jüdischen Ritualmord gezogen hat! So ist auch in Main/Franken allen klar geworden, dass es jetzt nicht mehr um „leeres Pfarrergezänk“ geht, sondern dass es Sache der Gemeinden ist, sich schützend vor das bedrohte Heiligtum zu stellen. Durch all die Gottesdienste ging ein ungeheurer Ernst letzter Entschlossenheit!

Tiefbeschämt frage ich mich immer wieder: Wo bleibt Hamburg in all diesen Kämpfen um das Bestehen seiner Kirche? In einem süddeutschen Ort hat unter feierlichem Geläute der Glocken der Dekan die unter freiem Himmel harrende Menge gefragt: „Wollt Ihr Eurer lutherischen Kirche und Eurem Bischof Meiser die Treue halten in guten und in bösen Tagen, komme was da wolle?“ Da antworteten die vielen Hunderte mit erhobener Schwurhand mit einem lauten: „Ja, wir bleiben treu!“ Werden sie den Schwur halten, nun wo sie eine führerlose Schar sind?

Wie der Reichsbischof sein Regiment führt, beweisen die Eingriffe in Württemberg. Nationalsozialistischen Organisationen ist es zur Pflicht gemacht, an der Versammlung gegen Wurm teilzunehmen. In Stuttgart wurden die Listen der Gemeindeglieder, die sich auf Wurm verpflichtet hatten, beschlagnahmt in den Pfarrhäusern. Nun gehen Terroristen von Haus zu Haus und suchen die treuen Gemeindeglieder durch Bedrohung mit Boykott und wirtschaftlichem Ruin zur Zu-

rücknahme der Unterschrift zu zwingen. In Flugblättern gegen Wurm heißt es: Pfarrer, die „wurmhörig“ sind, brauchen in den Gemeinden nicht anerkannt werden. Sie sollen sich die unverschämten Kanzelabkündigen und Predigtbemerkungen der Notbuntpfarrer nicht mehr gefallen lassen. Unsere Geduld mit dem „rebellischen Klerus“ ist zu Ende. Jedes einzelne Parteimitglied hat seine letzte Kraft in den nächsten Wochen gegen Wurm einzusetzen. Wo Sammlungen und Unterschriftensammlungen für Wurm stattfinden, ist die Landjägerei zu benachrichtigen.

Sehr interessant und erfreulich dagegen ist das Schreiben der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen vom 19.09. an Wurm: „Hochwürdiger Herr Landesbischof. Die Fakultät hat sich anlässlich der neuesten Vorgänge in der württembergischen Landeskirche in einem ausführlichen Schreiben an den Herrn Ministerpräsidenten und Kultusminister gewandt und dabei folgenden Standpunkt vertreten:

Die Maßnahmen der Reichskirchenregierung (RKR), welche auf Herstellung einer absoluten Zentralgewalt in der Kirche abzielen, widersprechen klar den im Neuen Testament bezeugten Forderungen Jesu Christi für die Führung einer Gestalt seiner Kirche. Die zur Durchführung dieser Pläne von der Reichskirchenregierung angewandten Maßnahmen verletzen in vielen Fällen die Wahrheit und die Ehre und setzen an die Stelle von Recht Gewalt. Auch dies steht im schroffen Widerspruch zu den Grundsätzen, die vom Neuen Testament aus für die Leitung einer Kirche zu fordern sind.

Die für die Maßnahmen der Reichskirchenregierung verantwortlichen Männer erscheinen durch ihr Han-

deln so belastet, dass wir gegen ausdrückliche Forderungen des Neuen Testaments handeln werden, wenn wir uns dabei beruhigen, dass die Führung der Kirche in ihren Händen gelassen wird.

Die Fakultät ist sich in diesen Tagen schwerer Verwirrung ihrer Aufgabe und ihrer Verantwortung voll bewusst und wird unerschrocken gebunden im Glauben an unseren Herrn Jesus Christi gegenüber jedermann mit vollem persönlichen Einsatz das vertreten, was ihr an theologischer Erkenntnis geschenkt ist. Sie weiß, dass sie damit zugleich ihre kirchliche wie ihre staatliche Pflicht tut, und ihre Mitglieder meinen, so in Wahrheit gleichzeitig dem Gebot aus Römer 13 zu gehorchen und ihren Eid auf den Führer zu entsprechen. Unser Weg und der unserer Brüder im Pfarramt und in den Gemeinden ist ein und derselbe. Wir wollen uns - wie Martin Luther von unserem Herrn Jesus Christus - täglich neu mahnen und stärken lassen zur Besonnenheit und Enthaltung jeden Unrechts, zu gegenseitigem Zuspruch und Gemeinschaft im Gebet und an der Heiligen Schrift zu treuem Zeugnis und unerschrockenem Bekenntnis des Glaubens. Der Gott, welcher am Deutschen Volk die Wunde der Reformation getan hat, führe unsere Deutsche, Evangelische Kirche auch in diesem Kampf durch Buße und Glauben zur Klarheit, Frieden und Einheit, dass sie den großen Dienst tun könne, den sie unserem Volk schuldet.

Die Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Tübingen,
gez. Rückert, Dekan“

Hierbei ist besonders interessant, dass Rückert begeisterter Anhänger der deutschen Christen war und mit vollen Segeln ins Dritte Reich hinein schiffte.

Weltanschauungswoche vom 10. bis 14. Oktober 1934 „Christus und die deutsche Seele“

(1934)

Hieß das Thema eines Vortrages, den gestern Prof. **Althaus** im Rahmen der Weltanschauungswoche der Inneren Mission hielt. Der Redner, der über eine eindringliche Sprechweise verfügt, sprach darin von der langen Vergangenheit, die das innige Verhältnis zwischen der deutschen Seele und Christus aufzuweisen hat; er erinnerte an Luther, Arndt, den Freiherrn von und zum Stein, an Bismarck und machte, je länger er sprach, je deutlicher sichtbar, dass die Kernfrage jedes Vortrages die war, ob die innige Gemeinschaft zwischen Christus und der deutschen Seele weiter bestehen werde, oder etwa eine **Episode bleiben** würde. Das Letztere werde ja von der Deutschen Glaubensbewegung behauptet, sagte Prof. Althaus; mit ihr setzte sich sein Vortrag mehr polemisch als kritisch, auseinander.

Sehr gewinnend entwickelte der Redner, dass uns Deutschen Christus in der Gestalt des Christentums gebracht worden sei. Dies habe so etwas wie eine Sendung der deutschen Seele gegenüber Christus bewirkt: nämlich den **Unterschied** zu machen zwischen **ihm** und dem **Christentum**. Und Luther bezeichne den Durchbruch des Deutschtums durch Hellenismus und Romanismus, den Durchbruch zum **deutschen** Verständnis Christi zusammen mit der Rückkehr zum Evangelium selbst.

Wie sah nun die Polemik aus, die der zweite Teil des Vortrages entwickelte? Wir können sie nur in großen

Zügen wiedergeben. Der erste Vorwurf, den Prof. Althaus erhob, war der, dass eine „Heroische Hoffnungslosigkeit“ als letzte religiöse Auskunft unbrauchbar sei. Er lehnte Hermann Wirths Versuch, eine Ur-Mythologie naturreligiöser Art neu zu beleben ab; er schied sich scharf von den heutigen Nachfolgern Lagardes und dessen Auffassung von der Mystik. Und dann sagte er klipp und klar: der (in der Religionsgeschichte stets wiederkehrende) Streit der Mystik gegen die Religion dürfe heute nicht unter Vorantragung völkischer Fahnen geführt werden! (Auch die demagogische Bemerkung das „überanstrengte“ Wort „Heldisch“ müsse endlich einmal Erholungsurlaub bekommen, die im größten, zum Bersten gefüllten Hörsaal der Universität heftige Zustimmung auslöste, lag in dieser Richtung).

Nun geht es aber nicht an, die Deutsche Glaubensbewegung, wie es der Vortragende, welcher selbst Professor ist, dauernd tat, als eine Sache von Literaten und Professoren zu kennzeichnen. Warum wehen denn heute völkische Fahnen auch dort, wo man sich ehrlich um neue religiöse Bindung bemüht? Weil die völkische Selbstbesinnung großes Gewicht bekommen hat, und das ist jedenfalls durchaus kein Literatentrick! Aber wenn sich Prof. Althaus derart davon bedroht fühlt, dass er, wie gestern, seine Hörer mit dem Schreckensbild von einem deutschen Bruder des unseligen Ahasver einschüchtert, wenn er der Auseinandersetzung mit dem Christentum, die heute lebendig ist, im Grunde nichts anderes als einen **Weheruf** und eine **Drohung** entgegenzusetzen hat, dann beweist er eben damit, dass ihm die heutige deutsche Situation offenbar noch gar nicht deutlich geworden ist.

Es ist zu begrüßen, wenn ein Theologe vom Range des Prof. Althaus seine wissenschaftlichen Waffen in den Kampf führt und die Besinnung auf die heute so besonders brennende Frage nach dem Verhältnis von Deutschtum und Christentum zu fördern versucht. Doch mit einer Polemik gegen die Deutsche Glaubensbewegung ist es nicht getan. Vielmehr lautet die Frage, auf deren Beantwortung viele Tausende warten dahin, **warum** denn eigentlich diese Gegensätze zwischen christlich und germanisch auftauchen, warum hier auch die Kirche nicht Einhalt gebieten kann. Wären wirklich nur Literaten und Professoren am Werk, so hätte die Bewegung, in welche das religiöse Leben geraten ist, kaum solche elementare Wucht. Aber gerade indem er am Ende zu den stärksten Worten einer Predigt griff, bestätigte Prof. Althaus, gewiss gegen seinen Willen, dass er seine Stellung, die der Kirche also, ungewöhnlich heftig bedroht fühlt.

Notizen von Elisabeth Flügge

14. Oktober 1934

Die Vorträge der Weltanschauungswoche waren sehr gut besucht, besonders der von Professor Althaus und bewiesen, wie stark das Bedürfnis nach Klärung der Lage, nach guter wissenschaftlicher Stellungnahme in kirchlichen Dingen ist. Bezeichnend war, dass Direktor Witte den Saal mit zwei Hakenkreuzfahnen verziert hatte als er sprach. Sein Vortrag war der, der uns am wenigsten gefiel.

Die sehr gründliche Auseinandersetzung Professor Althaus mit der Glaubensbewegung von Hauer zeigt

te deutlich, wie groß die Gefahr für die christliche Kirche überhaupt ist. Einerseits begrüßen alle wirklichen religiösen, kirchlichen und christlich empfindenden Menschen, dass jetzt endlich einmal die Kirche zeigen kann, was sie ist, dass wir Gelegenheit haben, zu kämpfen, um unseren Glauben und um unsere Kirche. Andererseits aber sieht man, wie wenig das Volk tatsächlich mit der Kirche verbunden ist, wie es kritiklos bereit ist, einem neuen Idol nachzulaufen, dem Hauerschen Glauben zustrebt und nachläuft. Man fragt sich jetzt: Werden wir überhaupt eine christliche Kirche behalten, oder wird es dahin kommen, dass keine Glocken mehr läuten über das deutsche Land, dass die Kirchen niedergerissen sind, dass kein Choral mehr erklingt in den Häusern, dass die Weihnachtslieder verstummt sind, dass keine Auferstehungsbotschaft den Ostermorgen aufweckt. Das Trutz-Lied traf zuerst der Bann. „Ein feste Burg ist unser Gott“, dass war der Geist vom Geist des 46. Psalmes - Jehova-Geist, jüdischer Geist. Nun ist es beseitigt. Die Bibel eingezogen, eingestampft, verbrannt. Nur in den Museen zeigt man noch einige Stücke. Nietzsches Zarathustra ersetzt sie reichlich. Luthers Werke prangen am Schandpfahl. Bach und Händel dürfen nicht mehr gespielt werden. Sie waren durchsetzt vom christlichen Geist. Keine Bilder christlicher Kunst und keine Zeichen des Kreuzes sind in den Häusern zu finden. Goethes Faust musste dem neuen Tag weichen. Der erste Teil mit seiner Erinnerung an Hiob und das Johannisevangelium war unerträglich. Aber zwei gerade zu zerstörerisch. Die Opfer sind groß, aber Deutschland ist frei. Das Ganze trägt die Überschrift „Wir haben Gott aus dem Herzen entfernt“, darum haben wir singen und lachen

verlernt. Erschütternd wie sich jedem, der die Aufrufe mancher „völkischen“, „nordischen“ oder sonstigen Religionsgemeinschaften durchliest, die Parallele zum Bolschewismus geradezu aufdrängt. Von dem bekannten „gottlosen“ Lied angefangen bis hin zu den phantastischen Zukunftsverheißungen selbstmächtiger, titanischer Lebensgestaltung, die wir bei Trotzky und anderen finden. Muss das denn wirklich sein? Wir fragen euch alle, die ihr übereinstimmt in dem Ruf „Los von Christus“: „Worin stimmt Ihr sonst noch überein? Wir fragen auch nach dem großen Ja, von dem ein ganzes Volk leben kann. Wir fragen auch nach dem Brot, das ihr zu reichen habt, wo ein Mensch hungert und durstet nach einem unverlierbaren Lebenssinn. Wir fragen auch, was ihr uns geben könnt, damit wir die Welt bestehen im Leben und im Sterben. Was habt ihr einzusetzen an Überwindungskraft gegen die Mächte der Bosheit, an Hoffnung, wider die Gewalt des Todes? Nur wer darauf antworten kann, hat eine Legitimation für jene Forderung. Wo ist eure Legitimation?“ (aus Schreiner: *Ehre und Glaube*).

16. Oktober 1934

Am 11. Oktober 1934 ist Rechtsverwalter Jäger mit einem großen Stab im Landeskirchenamt in München eingebrochen in Abwesenheit von Landesbischof Meiser und hat alle Oberkirchenräte und sonstige Beamte und Angestellte, die sich hinter Meiser stellten, mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Als Breit ihn nach der Legitimation fragte, sagte er: „Ich bin hier Ihr Vorgesetzter! Dem Zustand der Meuterei und Rebellion wird hier ein Ende gemacht.“ Dann berief er die Beamten und Angestellten in den großen Sit-

zungssaal und versuchte, ihnen die Rechtmäßigkeit seines Vorgehens zu beweisen, teilte mit, dass Meiser abberufen, die Oberkirchenräte beurlaubt seien und alle ihm zu gehorchen hätten. Die bayerische Landeskirche werde geteilt in Franken und Altbayern und getrennt verwaltet. Außer vier Angestellten und einer Beamtin ließen sich die Verwaltungsbeamten von Jäger verpflichten. Die Neinsager wurden daraufhin entlassen.

Inzwischen eilten die Münchener evangelischen Christen in die Matthäus-Kirche in großen Scharen und Meiser sprach zu seinen getreuen Gemeindegliedern. Er teilte mit, was geschehen war und bat Gott, ihnen allen zu helfen in ihrer Gewissensbedrängnis, bei Gewalt und Ungerechtigkeit. Er sei nicht gewillt, sagte er unter großer Bewegung seiner Zuhörer, sein Amt niederzulegen. Der Dekan Langenfass teilte als Vertreter der sämtlichen anwesenden Münchener Geistlichen mit, dass sie geschlossen dem Landesbischofsfolgen werden, möge kommen was wolle. Nachher wurde die immer noch rufende und redende und aufgeregte Menschenmenge durch das Überfallkommando aufgelöst.

Katholische Kundgebung in Köln

Köln, 22. Okt. (1934)

Der gestrige **Bekennnistag der Christusjugend** fand unter stärkster Beteiligung der katholischen Bevölkerung statt; man schätzt die Zahl der Teilnehmer auf 30.000. Dem Gottesdienst im Dom wohnten Kardinal Schulte, die Weihbischöfe Hammels, Stockums und das gesamte Metropolitankapitel. Eine nach

Tausenden zählende Menge, die wegen Ueberfüllung keinen Einlass mehr fand, füllte den Domplatz. Generalpräses Monsignore **Wolter** predigte über die christlichen Tugenden. Nach der Predigt segnete Kardinal Schulte die katholische Jugend, die mit über 400 Bannern und Wimpeln sich zur Prozession vereinigte. In den Nebenstraßen drängte sich die Menschenmenge, die dem Kardinal entblößten Hauptes spontane Ovationen darbrachte. Gleichzeitig erscholl aus den Reihen der Jugend der brausende Gesang des Deutschlandliedes. Immer wieder riefen die Gläubigen Dr. Schulte den Treuegruß zu. Nur mit Mühe konnte die Polizei dem Wagen des Kardinals den Weg durch die Menschenmassen bahnen. Die Bekenntnisstunde war eine der größten Kundgebungen d. kath. Kirche, die Köln in den letzten Jahren erlebt hat.

Kurze Meldungen

(1934)

Der Kirchturm von Holzthaleben im Kreis Sondershausen, der bald vollendet ist, wird als **erster Kirchturm** in Deutschland als Spitzenverzierung ein goldenes **Hakenkreuz** tragen. Bisher ist nur in einem bayerischen Ort das Symbol des neuen Deutschlands mit einem Kirchenbau verbunden worden.

Notizen von Elisabeth Flügge

November 1934

Rechtsverwalter und Ministerialdirektor Dr. Jäger ist am 27. Oktober zurückgetreten. Meiser und Wurm sind auf freiem Fuß gesetzt und Marahrens, Meiser und Wurm sind bei Hitler gewesen. Die Bekenntnisgemeinde will sich mit dem Rücktritt Jägers nicht zufrieden geben. Also, der Kirchenstreit ist noch nicht beendet.

4. November Reformationsfest

Schöffel sprach über den zweiten Brief des Paulus an die Corinther Kapitel 3 Vers 17. „Denn der Herr ist der Geist, wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.“

Man hätte Paulus sehen müssen, als er diese Worte diktierte. Der kleine jüdisch aussehende Mann, aber das Antlitz leuchtend vom Geist des Herrn hoch erhoben, frei und erfüllt von seiner Sendung, nicht verhüllt, kriechend und gebückt wie die Juden sich ihrem Gott nahten. Und so steht auch das Lutherbild vor uns, offen, leuchtendes Gesicht, aufgeschlossen, frei! Frei durch den Glauben an den alleinigen Gott, welcher Jesus Christus heißt. Sein Geist lebt in Luther wie in Paulus und macht sie frei. Darum musste Luther Nein sagen. Nein zu Papst und Kaiser, nein zu Staat und Kirche, nein zu Irrlehre und Widersacher! Nein durch den alleinigen Glauben an Jesus Christus, der uns frei macht. Nach der Reformation haben die Menschen immer wieder vom Menschen her versucht, sich ein Gottesbild zu machen und haben den Geist des Herrn verzerrt. Zuerst der Pietis-

mus, der in Jesus das süße Lamm Gottes sah. Angefangen mit den Männern Francke und Spener, die wohl anderes wollten, aber doch diese Richtung nach sich zogen. Dann der Rationalismus mit seinem vernunftgemäßen Gottesbegriff. Dann der Idealismus, der den heldischen Christus wollte. Dann der Sozialismus, dann der Atheismus, der das Vorhandensein Gottes leugnete. Und heute ist es der völkische Geist, wie ihn die Deutsche Glaubensbewegung verkündet, der Jesus leugnet, weil er Jude ist. Alles das sind Zerrbilder Gottes, die uns entfernen vom wahren Begriff Gottes. Denn Gott, das ist Nein! Es ist Gott, der Häuser und Kirchen verbrennen lässt und uns Kriege gibt und Leid und Not. Und keiner hat sich so mit dem „Nein“ Gottes auseinandergesetzt wie Luther. Er hat gerungen mit dem Dämon, der sich den Menschen feindselig immer wieder zeigt. Und aus diesem Kampf hat Luther sich hindurchgerungen zum freien Menschen. Der Mensch ist frei. Und wird auch sein Geist geknechtet durch Gewalt und Presse und Drohung und wird sein Leib geknebelt durch Züchtigung und Strafe - der Mensch ist frei!

Es gibt nichts, das wir an die Stelle Gottes stellen könnten, so wie es heute immer wieder versucht wird, nicht Rasse und Blut und völkischer Wille. Glaubt man daran und nicht an Gott, dann kämpft die christliche Kirche um ihre Existenz so wie jetzt, und wenn sie unterliegt, dann muss sie aufhören, christliche Kirche zu sein! In dieser Woche hat ein deutscher Theologe gesagt, es kommt nicht darauf an, dass wir die Offenbarung Gottes erleben. Es kommt darauf an, dass wir das Volk in die Kirche bekommen! Ich aber sage Euch, es kommt nicht darauf an! Ich will kein Volk in der Kirche mit Religion und Glauben,

das Gottes Offenbarung ablehnt! Die Kirche soll leer bleiben und untergehen, wenn sie nicht mehr den wahren Geist des Herrn offenbaren und verkündigen kann! Sollen wir etwa den Geist Gottes aus der Natur erkennen, die uns Taifune schickt und Erdbeben und Zerstörung? – Nein, der Glaube, der Jesus Christus als alleinigen Gott leugnet, ist der böse Geist. Wir erleben ihn in dieser Zeit immer wieder, wo der Antichrist herrscht und die Gewalt herrscht über die Stillen und Frommen im Lande! In Hamburgs Geschichte der Reformation ist zu lesen, dass im Febr. 1528 beschlossen wurde, die Reformation in allen Kirchen Hamburgs einzuführen. Am 2. Sonntag nach Trinitatis wurde sie eingeführt, obgleich inzwischen auf dem Reichstag von Papst und Kaiser verkündet war, dass die Kirche, die die Reformation einführen würde in Acht und Bann und Fluch falle! Hamburg kümmerte sich nicht um diesen Fluch und führte trotz und trotz alledem die Reformation ein! Oh Hamburger, was ist aus Euch geworden!

6. November 1934

Am 30. Oktober hat Hitler Meiser, Wurm und Marahrens bei sich empfangen. Hitler hat erklärt, dass er es der Kirche selbst überlasse, eine Ordnung ihrer Angelegenheiten herbeizuführen. Das ist also ein Verzicht des Staates auf sein Aufsichtsrecht und würde einen entscheidenden Wendepunkt in der 400jährigen Geschichte der protestantischen Kirche bedeuten. Sie würde jetzt eine freie protestantische Kirche sein, sobald Hitler die Bekenntnissynode anerkennt.

13. November 1934

Religionsstunde im Heinrich-Hertz-Realgymnasium. Der Lehrer betritt in Uniform die Klasse und fragt die Jungen: „Wer ist Euer Feind?“ (Ein sehr vorwitziger Schüler sagt: Schackwitz, der Mathematiklehrer). „Wer ist Euer Feind? Der Jude ist euer Feind!“ In Hitlers „Mein Kampf“ könnt Ihr lesen: „Jeder Tag, wo jeder Deutsche sich nicht mindestens einmal klar gemacht hat, dass sein größter Feind der Jude ist, ist ein verlorener Tag!“ Merkt Euch das! Der jüdische

Geist ist verkörpert in den zehn Geboten. Ich bin der Herr Dein Gott! Das ist der jüdische Weltgott Jehova. Ich bin Dein Gott! Wir Christen beten demütig: „Vater unser, der Du bist im Himmel.“ Weiter, das zweite Gebot: „Der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen missbraucht.“ Das ist der drohende, strafende, rächende Weltgott Jehova. Alle Anmaßung des Judentums spricht daraus. Wir beten demütig: „Geheiligt werde Dein Name.“ Und in diesem Stil setzte dieser Barbar den Unterricht fort.

Konzentrationslager

Das erste Konzentrationslager

(1933: Eröffnung des KZ Dachau 22.3.)

Nach einer Mitteilung des Münchener Polizeipräsidenten Himmler ist in der Nähe von **Dachau bei München** am Mittwoch das erste Konzentrationslager mit einem Fassungsvermögen von 5.000 Menschen eröffnet worden. Hier werden die gesamten kommunistischen, Reichsbanner- und sonstigen marxistischen Funktionäre zusammengezogen.

Auflösung des Konzentrationslagers Oranienburg. Weitere Schutzhaftentlassungen

Berlin, 1. September (1934)

Der Preußische Ministerpräsident Göring hat nunmehr die vom Führer und Reichskanzler angeordnete Nachprüfung aller Schutzhaftfälle zu Ende führen lassen. Auf seine Anordnung werden zum 1. September 1934 weitere **742 Schutzhäftlinge** aus der Haft entlassen. Das sind weit über die Hälfte der Schutzhäftlinge in Preußen. Es handelt sich zumeist **um ehemalige Angehörige der SPD und KPD.**

Die Großzügigkeit, mit der die Amnestie des Führers und Reichskanzlers durchgeführt worden ist, hat

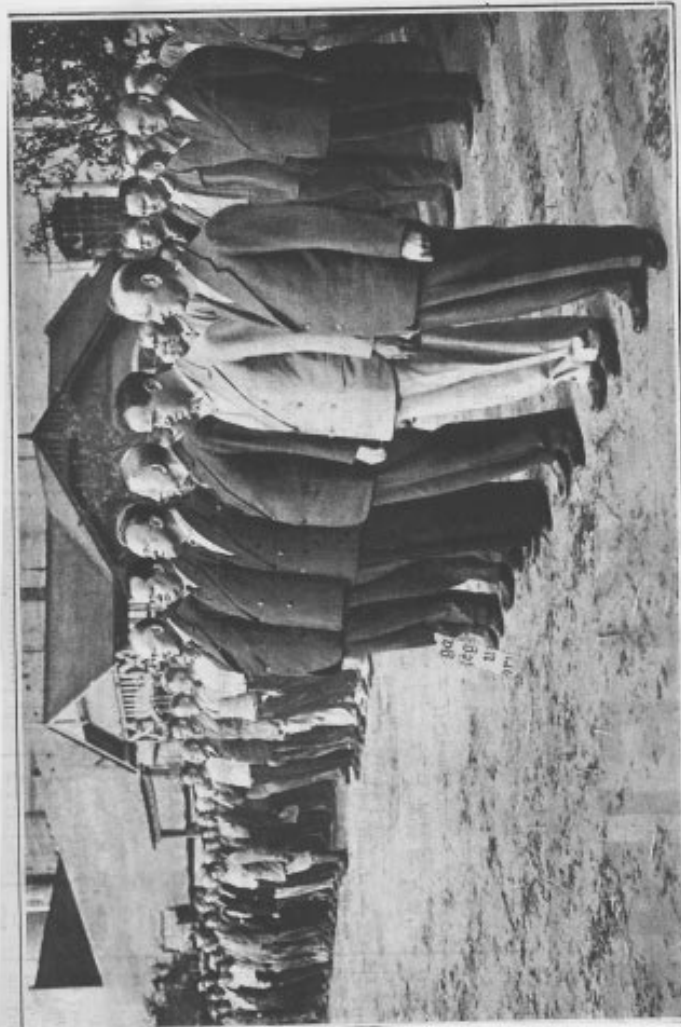
die **Auflösung des Konzentrationslagers Oranienburg** zur Folge, das für die Unterbringung von Schutzhäftlingen nicht mehr benötigt wird.

Bei der Nachprüfung ist mit größtem Wohlwollen verfahren worden. Die Festsetzung in Schutzhaft wird im übrigen stark eingeschränkt und nur noch in Fällen dringender Gefahr für die Staatssicherheit verhängt. Alle Personen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten, werden unverzüglich den Gerichten überwiesen.

Unter den Entlassenen befindet sich der ehemalige Oberbürgermeister von Magdeburg, **Reuter**.
Berlin, 1. September.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Wie wir weiter zu den Maßnahmen des Preußischen Ministerpräsidenten erfahren, befindet sich unter den heute entlassenen Schutzhäftlingen auch der ehemalige Bürgermeister der Stadt Magdeburg, Reuter. Die Großzügigkeit, mit der die Amnestie durchgeführt wurde, ist zweifellos ein Zeichen der Festigkeit des neuen Staates, der es nicht nötig hat, mit Kerker und Terror zu arbeiten, um seine Autorität zu wahren. Auf der anderen Seite darf niemand in dieser Großzügigkeit einen Freibrief sehen. Wer wühlt, wird durch das Volksgericht abgeurteilt, das schwere Zuchthausstrafen verhängt, und wenn es sein muss, zum Tode verurteilt. Verführte sind die nicht mehr, die jetzt noch erwischt werden, sondern Rädelsführer und Aufrührer. Das neue deutsche Strafgesetz hat eindeutig auch nach dieser Richtung hin seine Bestimmungen getroffen.



Konzentrationslager Oranienburg

Die neuen Gefangenen: Von links: der frühere sozialdemokratische Fraktionsführer im Preußischen Landtag, Heilmann, Fritz Ebert jun., der Sohn des früheren Reichspräsidenten, Alfred Braun, der frühere Rundfunkansager, Ministerialrat a. D. Giesecke, der ebenfalls bei der Rundfunkverbreitung tätig war, der frühere Intendant Fleisch und der frühere Rundfunkdirektor Dr. Magnus.

Phot. Scherl.

Aus Elisabeth Flügges
Kladde

Antisemitismus

Der Arierparagraph in der freien Wirtschaft

Berlin, den 6. Februar (1933), (Frankfurter Zeitung)
Der Reichsminister des Innern Dr. **Frick** hat an die obersten Reichsbehörden, die Reichsstatthalter und die Landesregierungen ein Schreiben gerichtet, worin er feststellt, dass die deutsche Ariergesetzgebung **aus völkischen und staatspolitischen Gründen notwendig sei**. Andererseits habe sich die Reichsregierung selbst gewisse Grenzen gesteckt, deren Einhaltung gleichfalls erforderlich sei. Die deutsche Ariergesetzgebung, so schreibt der Reichsminister u. a., würde im In- und Ausland wichtiger beurteilt werden, wenn diese Grenzen überall beachtet würden. Insbesondere sei es nicht angebracht, ja sogar **bedenklich**, wenn die Grundsätze des sogenannten Arierparagraphen im Reichsgesetz zur Wiederstellung des Berufsbeamtentums, der vielfach als Vorbild wirkte, **auf Gebiete ausgedehnt** würden, für die sie überhaupt **nicht bestimmt** seien. Dies gelte insbesondere wie die nationalsozialistische Regierung immer wieder erklärt habe, von der **freien Wirtschaft**.

Minister Frick bittet, Übergriffen auf diesem Gebiete mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten und die unterstellten Behörden nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass sie ihren Maßnahmen und Entscheidungen nur die geltenden Gesetze zu Grunde zu le-

gen hätten. Ebenso wie die Behörden gegebenenfalls ohne Verzug ihre Amtshandlungen durchzuführen hätten, sei es andererseits geboten, dass durch Gesetz oder Verordnung nicht erlaubte Einwirkungen auf wirtschaftliche Unternehmungen, Verbände usw. unterlassen würden. Eine Aufhebung, Änderung oder Ausdehnung geltender Reichsgesetze stehen nach Maßgabe des Ermächtigungsgesetzes nur der Reichsregierung selbst zu, nicht, aber den diese Gesetze ausführenden Organen. Diese hätten vielmehr, so schließt der Minister, „die Gesetze solange anzuwenden, als sie in Geltung sind und dürfen sich mit ihnen auch dann nicht in Widerspruch setzen, wenn sie vielleicht nationalsozialistischen Auffassungen nicht voll zu entsprechen scheinen“. Der preußische Innenminister hat den nachgeordneten Behörden, den Gemeinden und Gemeindeverbänden diese Stellungnahme des Reichsinnenministers zur **genauesten Beachtung** empfohlen.

Personalumbau im Bereich der Justiz: Ablösung der jüdischen Richter an Strafgerichten. Ausschaltung der jüdischen Beamten aus der Staatsanwaltschaft. Kundgebung des Deutschen Richterbundes

Berlin, 20. März 1933

Wie wir hören, stehen bei den preußischen Gerichten umfangreiche Umbesetzungen bevor, die mit Versetzung zahlreicher Richter verbunden sein werden. Es sollen alle jüdischen Strafrichter an Zivilkammern versetzt werden, ebenso will man aus der Staatsanwaltschaft alle jüdischen Beamten entfernen.

Die Maßnahme ist auf einen Schritt des nationalsozialistischen Juristenbundes zurückzuführen, der seit einigen Wochen bereits in dieser Richtung tätig war. Auch an den Schnellgerichten und an den Jugendgerichten sollen vom 1. April ab nur nicht-jüdische Richter beschäftigt werden, ebenso wie auch als Untersuchungsrichter künftig ausschließlich nicht-jüdische Richter tätig sein sollen.

Vom Amtsgericht Berlin-Mitte sind bereits alle jüdischen Richter mit Beginn des neuen Geschäftsjahrs am 1. April aus den Strafabteilungen im Kriminalgericht, Schnellgericht und Jugendgericht herausgezogen. Beim Landgericht I sind die gleichen Maßnahmen in die Wege geleitet. Bei den übrigen Berliner Strafgerichten im Bezirk des Landgerichts II und III sind seit Jahren jüdische Richter nur vereinzelt

beschäftigt worden. Der Präsident des Landgerichts I, Soelling, hat beschleunigte Maßnahmen zur Umbesetzung angeordnet. So werden bereits in der kommenden Woche drei Strafkammervorsitzende ausscheiden und Zivilkammern übernehmen.

„Gemeine Lügen!“ Erklärungen im Auftrage Hitlers. Die friedliche Revolution der Weltgeschichte

New York, 25. März (1933)

Im Auftrage des Reichskanzlers Hitler gab gestern nachmittag der Auslandspresseschef der NSDAP, Hanfstängl, in einem transatlantischen Telephon-Interview mit dem Generaldirektor des International News Service, J. V. Connoly, Erklärungen zu den Gerichten über Judenverfolgungen in Deutschland ab.

Auf die Frage: „Sind die Berichte über angebliche Judenmißhandlungen in Deutschland wahr oder unwahr?“ antwortete Hanfstängl: „Der Reichskanzler hat mich vor wenigen Minuten, als ich ihn auf dem Münchner Flugplatz nach seiner Ankunft aus Berlin traf, autorisiert, Ihnen zu erklären, **dass alle diese Berichte in ihrer Gesamtheit gemeine Lügen sind.** Im Verlaufe unserer gegenwärtigen nationalen Revolution, die wohl die friedlichste und am ruhigsten verlaufende der Weltgeschichte war, haben sich un-

vermeidliche Zusammenstöße zwischen kleinen Gruppen politischer Gegner ereignet. Keinesfalls aber hat es irgend welche unterschiedliche Behandlung von Juden oder Nichtjuden gegeben. Tatsächlich hat unsere SA in vielen Fällen ihr eigenes Leben aufs Spiel gesetzt, um das Leben und das Eigentum politischer Gegner zu schützen, unter denen sehr wohl auch einige Juden gewesen sein können.“

Auf die Frage: „In Amerika sind Gerüchte verbreitet, dass **Katholiken** mißhandelt und gefoltert worden seien; sind diese Berichte wahr?“ antwortete Hanfstängl: „Diese Anschuldigung ist **lächerlich**. Ich verweise Sie auf die Antwort auf Ihre vorhergehenden Fragen.“

Die nächste Frage lautete: „Macht Ihre Regierung **Unterschiede** zwischen Juden, die sich dem Gesetz fügen und solchen, die die politischen Ziele des gegenwärtigen Regimes bekämpfen?“ Antwort: „**In keiner Weise** machen wir Unterschiede zwischen Anhängern und Gegnern der Regierung.“

Frage: „Bezieht sich die vom Präsidenten Hindenburg proklamierte **Amnestie**, durch die Nationalsozialisten und Nationalisten, die Straftaten zur Förderung der nationalen Revolution begangen haben, freigelassen werden, auch auf Nationalsozialisten, die **Amerikaner angegriffen** haben sollen?“ Antwort: „Ohne den bevorstehenden Berichten der amerikanischen Botschaft in Berlin vorgreifen zu wollen, möchte ich nochmals betonen, dass wir **keinen Unterschied** gemacht haben zwischen irgendwelchen Nationalitäten oder Parteien, soweit es sich um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung handelte. Soweit ich weiß, hat Botschafter **Sackett** nach Washington berichtet, dass **seit dem 11. März keine**

Belästigungen von Amerikanern vorgekommen sind. Auch frühere bedauerliche Zwischenfälle ereigneten sich, ohne dass die Angreifer wussten, dass ihre Gegner Amerikaner waren. Einzelne dieser Fälle schweben noch. In einigen Fällen sind die Angreifer tatsächlich amnestiert worden.“

Frage: „Geht die deutsche Regierung den Beschwerden über die angeblichen Mißhandlungen nach und wird sie etwaige Schuldige **bestrafen**?“ Antwort: „**Natürlich!** Dafür haben wir unsere Polizisten und unsere Kriminalpolizei.“

Frage: „Könnten in der gegenwärtigen Lage Männer wie **Lion Feuchtwanger** und Einstein nach Deutschland zurückkehren, ohne belästigt zu werden?“ Antwort: „Diese Frage kann ich nicht beantworten. Darüber haben die **Gerichte** zu urteilen. Es ist sehr bedauerlich, dass sich diese beiden Männer so abfällig über Deutschland äußerten.“

Frage: „Hier sind Gerüchte verbreitet, dass alle Juden aus öffentlichen Aemtern entfernt werden. Sind diese Gerüchte wahr?“ Antwort: „Der beste Beweis für die Falschheit dieser Gerüchte ist die Tatsache, dass **noch heute viele hohe amtliche Stellen von Juden besetzt** sind.“

Frage: „Bedauert die deutsche Regierung, dass **die amerikanischen Konsulate** in Deutschland von sich aus eine **Untersuchung** über die Berichte über Greuel eingeleitet haben?“ Antwort: „Durchaus nicht! Im Gegenteil, die nationale Regierung begrüßt eine solche Untersuchung als den besten Weg, die **Wahrheit** über die Lage in unserem Vaterland herauszufinden und zu verbreiten.“

Frage: „Es sind Berichte verbreitet, nach denen es den in der Pfalz lebenden Juden verboten worden ist,

ihre Depositen von den Banken abzuheben. Auch sollen sie mit Ausweisung bedroht worden sein. Sind diese Berichte wahr?“ Antwort: „Ich weiß wirklich nicht, woher alle diese **lächerlichen** Berichte kommen.“ Auf Einzelfragen über Verfolgung von Juden entgegnete Hanfstängl: „Die Untersuchungen der schwedischen wie der holländischen Berliner Gesandtschaft haben ergeben, **dass nicht ein einziger Jude getötet oder verletzt** worden ist. Jeder Reisende kann sich selbst davon überzeugen, dass nie so viel Frieden und Ruhe während der ganzen vierzehn Jahre sozialistischer Herrschaft geherrscht hat, wie während der letzten Wochen mit Ausnahme der ersten paar kritischen Tage.“

Frage: „Hatten die kleineren Zusammenstöße, die sich in den kritischen Tagen der Revolution ereigneten, **politische oder religiöse Gründe?**“ Antwort: „**Politische** natürlich. Wenn Sie gegen jemand kämpfen, fragen Sie doch nicht, welcher Kirche er angehört!“

Frage: „Wird Hitler **Mussolini besuchen?**“ Antwort: „Das kann ich Ihnen jetzt wirklich noch nicht bestimmt sagen. Wir haben augenblicklich sehr viel mit der Innenpolitik zu tun. Trotzdem ist ein solcher Besuch **nicht unmöglich**. Zum Schluss möchte ich dann ganz allgemein sagen, dass viele einzelne **Juden** und jüdische Organisationen **unsere Regierung** unterstützen, weil sie eingesehen haben, dass die einzige Alternative zur Regierung der nationalen Revolution kommunistische Terrorherrschaft wäre.“

Das Gespräch, das Generaldirektor Connoly von einem New Yorker Büro aus mit dem vom Braunen Haus aus sprechenden Pressechef Hanfstängl führte, dauerte fünfzehn Minuten. Die Verständigung war außerordentlich gut.

Amtliche Darstellung

Kiel, 1. April (1933)

Zu dem gemeldeten ersten Zwischenfall, der sich heute vormittag bei der Durchführung der Boykottbewegung ereignete, teilt die Regierung in Schleswig amtlich mit: Der jüdische Rechtsanwalt **Schumm** schoss am Sonnabendvormittag gegen 11 Uhr 30 Uhr einen SS-Mann namens Walter Asthalter in der Kehdenstraße durch Bauchschuss nieder, und zwar nach den bisherigen Meldungen ohne triftigen Grund. Der SS-Mann ist in der Klinik gestorben. Eine erregte Menschenmenge sammelte sich vor dem Polizeigefängnis an, bevor der vom Oberpräsidenten angeordnete Abtransport des Rechtsanwalts Schumm ermöglicht werden konnte. Die erregte Volksmenge drang in das **Polizeigefängnis** ein, **wo Schumm durch Revolverschüsse getötet wurde**. Das Ganze entwickelte sich so schnell, dass polizeilich der Vorgang nicht verhindert werden konnte. Die Menge drang auch in das Geschäft des Vaters des Rechtsanwalts Schumm ein und zerstörte das Inventar.

Ueber den blutigen Vorfall in der Kehdenstraße am Sonnabendnachmittag gibt die **Pressestelle der NSDAP** jetzt folgende Darstellung: Zwei vor dem jüdischen Möbelhaus Schumm in der Kehdenstraße stehende SS-Männer machten einen jungen Mann, der das Geschäft betreten wollte, darauf aufmerksam, dass ein Deutscher nicht beim Juden kauft. Der junge Mann entfernte sich darauf. Kurz danach verließ der Inhaber des Geschäfts, der Jude Schumm, den Laden, entfernte sich ebenfalls und kam nach einigen Minuten mit dem bereits genannten jungen Mann,

der, wie sich jetzt herausstellte, sein Sohn war, zurück. Beide begannen sofort eine wüste Schimpfkannonade gegen die SS-Männer, und der junge Schumm zog plötzlich eine **Pistole** und legte auf den SS-Mann Asthalter an. Der Kamerad Asthalter fiel dem jungen Schumm in den Arm und riss ihn hoch, doch warf sich jetzt der alte Schumm dazwischen und riss die Hand seines Sohnes wieder herunter, der dann auch prompt auf den SS-Mann Asthalter aus nächster Nähe einen Schuss abgab. SS-Mann Asthalter erhielt wenige Millimeter unter dem Herzen einen lebensgefährlichen Steckschuss und musste sofort in die Klinik übergeführt werden, wo er hoffnungslos daniederliegt. Der Mörder flüchtete und konnte erst nach längerem Suchen unter altem Gerümpel versteckt im Möbellager des väterlichen Geschäfts entdeckt werden. Er sowie sein Vater und alle sonstigen Familienmitglieder, die im Geschäft angetroffen wurden, sind **verhaftet**. Die blutige Mordtat hat unter der Bevölkerung Kiels große Erregung hervorgerufen, um so mehr, als gerade die SS und SA durch ihr diszipliniertes Verhalten die Anerkennung aller Bevölkerungsschichten gefunden hat.

Von der Pressestelle der **Regierung in Schleswig** wird mitgeteilt: Infolge einer irrtümlichen Meldung nachgeordneter Stelle wird die Pressenotiz betreffend Rechtsanwalt Schumm dahin berichtet, dass der SS-Mann Asthalter **nicht gestorben ist**, sondern **in sehr ernstem Zustande in der Klinik daniederliegt**.

(Zeitungsartikel ohne Überschrift)

Frankfurt, 13. April (1933), (Frankfurter Zeitung)

Als der Reichskanzler am 23. März vor dem Reichstage die Grundlinien seines Programmes entwickelte, bezeichnete er in dieser Rede die beiden christlichen Konfessionen als eines der wichtigsten Fundamente des nationalen Lebens. Darunter fielen zwei Sätze, die offenbar insbesondere der Zukunft der deutschen Juden galten: „Sie (die Reichsregierung) wird allen anderen Konfessionen in objektiver Gerechtigkeit gegenüberzutreten. Sie kann aber nicht dulden, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder Rasse eine Entbindung von allgemeinen Gesetzen oder einen Freibrief für Tolerierungen darstellen könnte.“ Diese Worte sind damals so gedeutet worden, dass man die Deutschen semitischer Abstammung zwar gewiss nicht weichlich, aber doch nach **persönlichem** Verdienst oder persönlicher Schuld messen und behandeln solle. Niemand könnte etwas dagegen sagen, der sich nicht außerhalb des allgemeinen deutschen Schicksals stellen wollte. Inzwischen aber ist die Entwicklung weit über diesen Stand hinausgegangen. Deutscher zu sein und zugleich jüdische Vorfahren zu besitzen, das ist heute schon zu einem Kollektiv-Schicksal geworden, auf welches persönliches Verdienst und persönliche Schuld keinen Einfluss mehr zu haben scheinen. Hier ist bereits ausdrücklich oder faktisch ein Sonderrecht geschaffen, welches Deutsche jüdischer Abstammung bald auf diesem, bald auf jenem Gebiet dem Grundsatz nach ausschließt und sie außerhalb der allgemeinen Gesetze stellt, welche sonst für die Bürger

gelten. Am allgemeinsten und am schwersten sind die Anwälte betroffen. Man wird es nicht leicht haben, in der Geschichte ein Beispiel zu finden, das Regierungsmaßnahmen von gleichermaßen einschneidender Wirkung gegen die Angehörigen eines einzelnen Berufes zeigt. Das neue Reichsgesetz „über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“ bedeutet dabei noch eine sehr beträchtliche **Milderung** des Vorgehens, das in vielen deutschen Ländern, vor allem in Preußen, eingeleitet worden war. Wie weit diese Milderung geht, zeigt das Beispiel Berlins. Hier wurden von insgesamt etwa 3.500 Rechtsanwälten rund 2.400 von der Gefahr eines dauernden Ausschlusses aus ihrem Stande und Beruf betroffen; nur 35 davon wurden sogleich zur freien und unbehinderten Ausübung ihrer Tätigkeit wieder zugelassen, und zwar mit der Begründung, dass dies dem Anteil der jüdischen Bevölkerung am deutschen Volke überhaupt entspreche. Dabei bezog sich der entscheidende Prozentsatz offenbar auf das Verhältnis von Menschen jüdischer Konfession zur Gesamtzahl der Deutschen überhaupt. Er hätte aber errechnet werden müssen nach dem Anteil, welchen die Deutschen jüdischer Abstammung im Volke erreichen, denn Rasse und nicht Religion wurde ja als entscheidendes Merkmal zugrunde gelegt. Dieser Anteil ist bisher unbekannt; ob er sich je feststellen lassen wird, ob man jemals alle Deutschen ausfindig machen kann, bei denen ein Großelternanteil jüdisch war und die also nach den soeben ergangenen Ausführungsbestimmungen zum Beamtenengesetz als „nichtarisch“ gelten, ist ungewiss. Sicher ist nur, dass unter Zugrundelegung der Abstammung ein Vielfaches des bisher angenommenen Verhältnisses 1:100 sich ergeben muss, falls man nicht

überhaupt mit solcher Begriffsbestimmung die Erfahrung macht, dass sie sich als nicht haltbar erweist, weil sie doch allzu große Teile des Volkes umfasst. Außerdem würden sich aber die schwersten Härten ergeben, wenn man bei der Festsetzung eines *numerus clausus* überhaupt nach dem Reichsdurchschnitt gehen wollte, während die Zahl der deutschen Juden z. B. in Berlin oder in Frankfurt prozentual beträchtlich höher ist als etwa in den Landbezirken Pommerns.

Das neue Reichsgesetz über die Zulassung zur Anwaltschaft stellt demgegenüber Normen auf, welche wenigstens **quantitativ** eine bedeutende Erleichterung für die jüdischen Anwälte bringen. Die Zulassung zum Beruf darf nicht entzogen werden, den Anwälten, die bereits am 1. August 1914 zugelassen waren, denen, welche im Kriege an der Front standen, und denen, deren Väter oder Söhne gefallen sind. (Für Notare gilt, soweit sie Beamte sind, die gleichartige Bestimmung des neuen Beamtengesetzes.) Damit wird ein sehr großer Teil der Berufsangehörigen wenigstens materiell vor dem schweren Schicksal bewahrt, das den Rest, vor allem die jüngeren Anwälte jüdischer Abstammung, die den Krieg noch nicht mitmachen konnten, mit voller Wucht trifft. Nach Schätzungen in der Presse würden damit etwa die Hälfte aller Anwälte semitischer Herkunft ihre Tätigkeit auch weiterhin ausüben dürfen. Eine offiziöse Äußerung aus dem preußischen Justizministerium hat die Richtigkeit dieser Schätzung zwar bestritten, allein es ist wohl möglich, dass bei solchen Zweifeln die Beteiligung der deutschen Juden am Dienst in der Front doch unterschätzt worden ist. Nun harren Tausende von Gesuchstellern der Ent-

scheidung, die die Ministerien der Länder treffen müssen. In Preußen hat man es bis zur Erledigung jedes einzelnen Gesuches bei dem bestehenden Zustand belassen, in welchem die zum Auftreten bei Gericht nicht schon ausdrücklich zugelassenen Anwälte und Notare in der Ausübung ihres Amtes behindert sind, indem sie nicht vor Gericht erscheinen und Klagen oder Schriftsätze nicht unterzeichnen dürfen. Es ist einleuchtend, dass man zur Bearbeitung der Anträge eine gewisse Zeit braucht. Der Reichskommissar für das preußische Justizministerium gibt soeben die Erklärung ab, dass die Prüfung der in die Tausende gehenden Fälle nach Möglichkeit in der ersten Woche nach Ostern beendet werden würde. Auch der Ministerialdirektor im preußischen Justizministerium, Dr. Roland Freisler, hat in einem Interview, das er einem Berliner Blatte gab, von 10 bis 14 Tagen gesprochen, welche die Prüfarbeit bei den Anwälten erfordere; er hat dabei die nichtarischen Anwälte zur Geduld und Rücksichtnahme auf die Volksstimmung aufgefordert. Er hat zugleich zum Ausdruck gebracht, dass die Normen des Reichsgesetzes insofern auch den preußischen Absichten entsprächen, als man bei der endgültigen Regelung unnötige Härten habe vermeiden wollen. Schließlich hat Dr. Freisler in seinen Erklärungen einen offenbar erheblichen Wert auf die Frage der Loyalität (und, wie es scheint auch auf die Loyalitätserklärung) des einzelnen Anwalts gelegt. In der Frage der Regelung des Notariats hat Dr. Freisler dagegen hervorgehoben, dass das Ministerium zu ihrer Erledigung an sich Zeit bis zum 30. September habe. Hoffentlich gelingt es, die Arbeit möglichst rasch zu bewältigen, ein Wunsch, den auch Dr.

Freisler selbst in seinem Interview ausgesprochen hat. Denn man darf nicht verkennen, dass an der raschen Bearbeitung der Gesuche für viele einfach die Existenz hängt, die ihnen nach dem Sinn und Wortlaut des Gesetzes doch nicht genommen werden soll. Ihre Sorgen sind umso größer, als erst kürzlich der Kommissar für den Vorstand der Berliner Anwaltskammer das rechtsuchende Publikum öffentlich dazu aufgefordert hat, sich im eigenen Interesse zunächst einen „deutschen Rechtsanwalt“ zu suchen. Der „bestehende Zustand“ würde, falls er wider Erwarten längere Zeit anhielte, in seiner Wirkung nur allzu leicht einem Vertretungsverbot gleichkommen, einem Vertretungsverbot, das im § 4 des neuen Anwalts-gesetzes für alle Frontkämpfer, für die, deren Söhne oder Väter gefallen sind, und für die vor dem 1.8.1914 Zugelassenen ausdrücklich **ausgeschlossen** worden ist, falls sie nicht im Verdacht früherer kommunistischer Betätigung stehen.

Bestehen bleibt das tragische Schicksal derer, die nun ihren Beruf nicht mehr ausüben dürfen, ohne dass sie persönliche Schuld trifft, ohne dass man von den meisten von ihnen sagen dürfte, sie seien schlechtere Deutsche, es bleibt das Schicksal derer, die vielleicht nur deshalb von ihrer Arbeit lassen müssen, weil der Vater im Felde nicht fiel, sondern in die Heimat zurückkehrte, wie andere auch. Wohin sollen sie sich wenden? Wird man sie irgendwo als Angestellte oder Arbeiter aufnehmen, nachdem soeben von einem Unternehmen, dessen Belegschaft 6.300 Köpfe zählt, verkündet wurde, dass, wie gesagt wird, auf dringendem Wunsch dieser Belegschaft allen noch vorhandenen jüdischen Angestellten mit einer Ausnahme gekündigt worden sei? Wird es ihnen auch

nur erlaubt sein, ihr Brot durch Eröffnung eines Geschäfts zu verdienen, nachdem auch die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels eine Sperre für die Errichtung neuer Einzelhandelsgeschäfte und überdies einen numerus clausus für Juden gefordert hat? Dass man die jüdischen Kriegsteilnehmer nicht anders behandelt als alle anderen Deutschen, ist wohl nicht mehr als eine selbstverständliche Pflicht. Was aber dieses Auswahlprinzip für alle die darstellt, welche nicht am Kriege teilgenommen haben, das kann man nur dann ermessen, wenn man sich vorstellt, es sollten die gleichen Unterscheidungen auch bei der Gesamtheit der übrigen deutschen Staatsbürger gemacht werden.

Hier reicht das Problem ins Grundsätzliche hinein. Wie bei den Beamten so ist auch bei den Anwälten und Notaren der Kreis derjenigen deutschen Juden, welche einen Anspruch auf ihr Amt und ihren Beruf behalten, dadurch gekennzeichnet, dass sie alle nach einer Reihe von Jahren nicht mehr leben werden und dass dann von den nachfolgenden Generationen keiner mehr das Recht aller übrigen Staatsbürger haben wird, lediglich nach Leistung und Fähigkeit gewürdigt zu werden. Das Gesetz enthält zwar sowohl für die Gegenwart wie für die Zukunft nur eine „Kannvorschrift“. Aber das bedeutet eben, dass jüdische Staatsbürger, auch wenn sie alle Kenntnisse und alle Fähigkeiten sich erworben haben, auch wenn nicht der mindeste Zweifel daran besteht, dass sie als Deutsche leben und fühlen, dennoch ausgeschlossen bleiben dürfen, wenn wegen ihrer Rasse und weil vielleicht das Kontingent derer, die man zulassen will, zahlenmäßig schon erschöpft ist. (Vgl. auch im Ersten Morgenblatt die noch weitergehenden Ausführungen,

die Ministerialdirektor Dr. Freisler über die Zukunft des juristischen Nachwuchses gemacht hat.) Es überrascht allerdings, dass man solche Tendenzen nicht nur bei den Beamten, sondern dass man sie auch bei den freien Berufen verfolgt. Gewiss ist der Prozentsatz an Juden in diesen Berufen besonders hoch. Aber doch aus einem sehr einfachen Grunde: weil diese Berufe die ersten waren, welche sich neben der kommerziellen Betätigung den Juden öffneten, weil hier - oft bereits seit Generationen - der Sohn den gleichen Beruf wählte, den schon der Vater und vielleicht der Großvater vor ihm ausgeübt hatten, weil teilweise schon das Kind in der Familie in wissenschaftlichen und ständischen Traditionen aufwuchs. Nur so sind auch die großen Leistungen von Deutschen jüdischer Herkunft gerade auf den Gebieten des Rechts und der ärztlichen Wissenschaften zu erklären, Leistungen, die in der Geschichte des deutschen Volkes einen dauernden Platz haben. Ueberdies: sind es nicht gerade - eben neben der Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiet - die Aerzte, die Anwälte, die Künstler gewesen, die sich Brot und Ansehen einzig durch ihre Fähigkeiten und in völlig **freier** Konkurrenz mit allen Gliedern des Volkes erwerben konnten? Oder glaubt man, dass der Patient sich seinen Arzt und der Klient seinen Anwalt aus dem Zwange irgendeines „politischen“ Systems gewählt habe?

Wir sind überzeugt, dass sich große Lücken auftun würden, wollte man mit einem scharfen Schnitt und nach einem Schema die Juden aus diesen Berufen einfach entfernen. Aber wir wollen nicht dies, sondern die Hoffnung ins Feld führen: Es hat gewiss Juden gegeben, die sich nicht als Deutsche fühlten,

wie es Deutsche gab, denen ihr Heimatland nicht wichtig war; diese wie jene haben die Aufmerksamkeit dadurch besonders auf sich gelenkt, dass sie sich laut und auffällig gebärdeten. Den vielen anderen aber, die mit ihrer Sprache, ihrer Erziehung, ihrer ganzen Tradition in der Heimat verwurzelt sind, denen wird man auf die Dauer eine Stätte geben müssen, an der sie als **Deutsche** in Deutschland leben, weil sie gar nicht anders leben **können**.

Zeitungsartikel: Speyer

(1933)

Besondere Badezeiten für Juden

Im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung hat der kommissarische zweite Bürgermeister von Speyer angeordnet, dass im Sommer in den städtischen Badeanstalten besondere Badezeiten für Juden eingerichtet werden.

Die Aerzte

(1933), (Frankfurter Zeitung)

Gegenüber den Aerzten jüdischer Abstammung **sind jetzt dieselben Maßnahmen in Vorbereitung, welche gegenüber den Beamten, Anwälten und Notaren durch Reichsgesetz bereits verfügt worden sind. Sinngemäß - so wurde berichtet - sollen die Grundsätze des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ auch auf die Vorschrif-**

ten über die Beschäftigung der Aerzte in der Krankenversicherung und in der Fürsorge angewendet werden. Falls also nicht noch besondere Erleichterungen oder Ausnahmebestimmungen getroffen werden, würden danach Aerzte semitischer Abstammung (das heißt solche, bei denen mindestens ein Groß-elternteil jüdischer Rasse war) von der Kasenpraxis und Fürsorgepraxis ausgeschlossen bleiben, soweit nicht die Tätigkeit schon seit dem 1. August 1914 ausgeübt wurde, soweit nicht Frontdienst geleistet wurde oder Vater oder Sohn im Kriege gefallen sind. Es trifft in dieser Hinsicht alles das zu, was wir erst vor kurzem mit Beziehung auf die Behandlung der Anwälte semitischer Abstammung gesagt haben (vergl. den Leitartikel vom 13. April in Nr. 279). Viele werden nun auch hier aufs schwerste betroffen werden, unabhängig von den Leistungen in ihrem Beruf, unabhängig von dem menschlichen Ansehen, das sie sich erworben haben, unabhängig auch von der Tatsache, dass die erdrückende Mehrzahl des in Frage kommenden Kreises so gute Deutsche sein mögen, wie nur irgendeiner neben ihnen. Aber auch hier ist, ebenso wie bei den Anwälten zu sagen, dass die reichsgesetzliche Regelung mindestens in vielen Fällen noch eine **materielle Milde-**
rung gegenüber den Maßnahmen bedeuten wird, die teilweise lokal ergriffen worden sind. Mehr noch als bei den Anwälten war bei den Aerzten die zunächst getroffene Regelung nicht nur von Land zu Land, sondern auch von Ort zu Ort verschieden. Für **Frankfurt** zum Beispiel liegt uns folgendes Rundschreiben über die Krankenbehandlung in der Fürsorge vor, aus dem wir die interessierenden Stellen wiedergeben;

Aerzteverband f. fr. Arztwahl E.B.
Rundschr. Nr. 6/33AB. Frankfurt a. M., den 7. April
1933,

Weißfrauenstraße 11, Fernspr. 21190.

„Sehr geehrte Herren Kollegen!

Mit sofortiger Wirkung hat das Fürsorgeamt den bisher bestehenden vertragslosen Zustand dergestalt beendet, dass die Behandlung von Pfléglingen des Fürsorgeamtes **nur noch von den deutschstämmigen Aerzten** durchgeführt wird ...

Nicht zugelassene Kollegen dürfen Fürsorgepatienten **nicht** mehr behandeln, auch dann nicht, wenn ihnen Patienten mit einem ordnungsgemäßen Zuweisungsschein oder Ueberweisungsschein eines anderen Kollegen in Behandlung kommen ...“

Ein besonderer Umstand tritt bei den Aerzten gegenüber den anderen Berufen noch hinzu: die Beziehung zwischen dem Patienten und seinem Arzt ist, besonders bei ernsteren Fällen, eine solche des absoluten **persönlichen Vertrauens**, eine Beziehung, die oft der zwischen Familienangehörigen nahekommt. Sicherlich ist das nicht überall, sicherlich aber ist es sehr häufig der Fall, und dann sind es nicht nur die Aerzte selbst, dann sind es auch die **Kranken**, die mit den nun eingeleiteten Maßnahmen etwas verlieren werden.

Schutzhaft

Eine Veröffentlichung des hessischen Staatspresseamtes

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten. Frankfurter Zeitung)

Darmstadt, 17. April (1933)

Das **Staatspresseamt** gibt bekannt: „Der 27jährige jüdische Kaufmann Willi Bendorf aus Ober-Ramstadt wurde zum **Schutze seiner eigenen Person am 11. April dem Staatspolizeigefängnis zugeführt**, weil er mit der 17jährigen Deutschen Emma Katharina Kehr aus Ober-Ramstadt geschlechtlich verkehrt hatte. Der Name der Kehr wird deshalb veröffentlicht, weil sie dem Begehren des Juden keinerlei Widerstand entgegengesetzte und damit ihre Pflichtvergessenheit gegenüber ihrer Rasse zum Ausdruck brachte.“

Unzuverlässig im Sinne des Schusswaffengesetzes.“

Nachprüfung von Waffenscheinen deutscher Juden in Breslau

Breslau, 20. April (1933), (Frankfurter Zeitung).

In den letzten Wochen ist, wie die Polizei mitteilt, wiederholt festgestellt worden, dass **Juden** in ihrem Besitz befindliche Waffen zu **rechtswidrigen Angriffen** benutzt haben, und zwar nicht nur zum Angriff auf Mitglieder nationaler Verbände, sondern darüber hinaus auch auf **Polizeiorgane**. Diese Tatsachen rechtfertigen die Annahme, dass die jüdische Bevölkerung im Sinne des Schusswaffengesetzes als unzuverlässig angesehen ist und darüber hinaus eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch sie zu besorgen ist. Eine Erteilung von Waffenerwerbs-, Munitionserwerbs- und Jagdscheinen würde unter diesen Voraussetzungen nicht erfolgen dürfen. Soweit solche Scheine bereits erteilt worden sind, muss,

bzw. kann ihre Einziehung erfolgen. Der Polizeipräsident hat daher die sofortige **Nachprüfung** der bereits früher erteilten Waffenscheine angeordnet und, da diese Nachprüfung längere Zeit in Anspruch nehmen wird, die einstweilige sofortige Einziehung der an Personen jüdischen Glaubens oder ehemals jüdischen Glaubens erteilten Waffenscheine, Waffen-erwerbsscheine, Munitionserwerbsscheine oder Jagdscheine angeordnet.

Schutzhaft und Anprangerung wegen Beziehungen zu arischen Mädchen

Worms, 30. August (1933), (Frankfurter Zeitung)
Der Polizeibericht meldet: Trotz verschiedener Warnungen hat schon wieder ein hiesiger **jüdischer Händler** versucht, sich in anstößiger Weise einem **christlichen Mädchen** zu nähern. Der Betreffende wurde, wie verschiedene seiner Rassegenossen, dem **Konzentrationslager Osthofen** zugeführt. - Ferner wurden sieben Personen in das Konzentrationslager eingewiesen, weil sie versuchten, den Staat und dessen Organe und Einrichtungen **verächtlich** zu machen.

Kassel, 30. August (1933). Die „Hessische Volkswart“ meldet:

(Frankfurter Zeitung)

„Der Jude Walter Lieberg, Lessingstraße 18, der Sohn eines der Mitarbeiter der Metallwerke Lieberg & Co., Bettenhausen, hat ein Verhältnis mit einem Christenmädels Jandy aus der Uhlandstraße. Die Mutter des Mädchens unternimmt nichts gegen das Verhältnis, sondern duldet es. Das „Christen“-Mädchen stellt sich auf den Standpunkt, dass **auch die Regierung** ihnen das Verhältnis nicht verbieten könne.

Um der Bevölkerung diese sauberen Leutchen zu zeigen und ihnen das Verwerfliche ihrer Gesinnung klar zu machen, führten SS-Pioniere den Juden, sein Verhältnis und die Mutter durch die Straßen Kassels.“

Ein ähnlicher Fall hat sich am Samstag, den 26. August, wie die **„Oberhessische Zeitung“** berichtet in **Marburg** a. L. zugetragen.

Nicht-arische Schüler an höheren und mittleren Schulen Preußens

Berlin, 19. April (1934),

(Privattelegramm der Frankfurter Zeitung)

Für die mit Beginn des neuen Schuljahres durchzuführenden Aufnahmen von Kindern für die untersten Klassen der **höheren und mittleren Schulen in Preußen** hatte der Unterrichtsminister davon Abstand genommen, eine zahlenmäßige Beschränkung vorzuschreiben. Die Anstaltsleiter waren jedoch auf die

Verpflichtung hingewiesen worden, weitgehende Anforderungen an die notwendige Auslese **selbst** zu stellen. Diese Bestimmungen galten allgemein für alle Schüler.

Der Minister hat in diesem Zusammenhang in einem Erlass daran erinnert, dass die Bestimmungen über die Aufnahme von **Nichtariern** in höhere und mittlere Schulen Preußens auch ferner in Geltung bleiben, und zwar sowohl für öffentliche wie für private Anstalten. Zur weiteren Durchführung des Gesetzes gegen die Ueberfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 bestimmt der Minister sodann, dass auch bei der Neuaufnahme von Nichtariern, die den **Beschränkungen des Gesetzes unterworfen sind**, die Abstammung angemessene Berücksichtigung zu finden habe. Die zum Besuche der höheren und mittleren Schulen geeigneten Kinder arischer Abstammung verdienten unter allen Umständen bei der Aufnahme den Vorzug, selbst dann, wenn dadurch die Zahl der zur Aufnahme kommenden Nichtarier **hinter der Verhältniszahl zurückbleiben** sollte. Die Nichtarier mit nachgewiesenem arischen Bluteinschlag sei der **Vorzug** vor reinen Nichtariern zu geben und den Kindern aus Familien, die seit **längerer Zeit in Deutschland angesessen** sind, der Vorzug vor den Kindern solcher nichtarischer Familien, die erst seit kürzerer Zeit, insbesondere seit 1914, eingewandert sind. Den ausgesprochen **jüdischen Sonderschulen** wurden die **Neuaufnahmen** in diesem Jahr **grundsätzlich untersagt**, gleichgültig, ob es sich dabei um öffentliche oder private Schulen handelt. Unter den Nichtariern, im Sinne dieses Erlasses, sind offenbar jene zu verstehen, welche den **Beschränkungen** des Gesetzes gegen die Ueber-

füllung der Schulen und Hochschulen unterliegen, also nicht die Kinder nichtarischer Frontkämpfer und auch **nicht** Kinder aus Ehen, bei denen ein Elternteil oder zwei Großelternanteile arisch sind. Von den übrigen sollen die Kinder mit arischem Bluteinschlag bevorzugt werden, das hieße praktisch, solche Kinder, bei denen ein Großelternanteil arischer Abstammung ist, und ferner die Kinder alteingesessener nichtarischer Familien. Im Übrigen gibt der Minister in seinem Erlass der Erwartung Ausdruck, dass von den unter die gesetzlichen Beschränkungen fallenden Kindern in erster Linie die berücksichtigt werden, denen „vom Standpunkte einer im nationalsozialistischen Geiste geführten Gemeinschaftserziehung die verhältnismäßig geringsten Bedenken entgegenstehen“.

Anfechtung von arisch-jüdischen Mischehen

Breslau, den 18. Mai (1934)

Die zweite Zivilkammer des Landgerichts Breslau fällt ein bedeutsames Urteil in bezug auf **arisch-jüdische Mischehen**. Ein Militäranwärter hat 1927 eine Frau geheiratet, die bei der Eheschließung ihre Geburtsurkunde persönlich dem Standesamt eingereicht hatte, so dass der Mann erst im November 1933, als er für seine Behörde die Standesamtsurkunden für sich und seine Frau beschaffen musste, davon Kenntnis erhielt, dass seine Frau jüdischer Abstammung war. Er focht jetzt im Klagewege die Ehe an.

Die zweite Zivilkammer erklärte die Ehe für **nichtig**. In den Gründen wurde u. a. ausgeführt, dass nach der heute herrschenden Ansicht die Rassenzugehörigkeit eines Menschen eine persönliche Eigenschaft von wesentlicher Bedeutung sei. Der Charakter, die Wesensart u. die Lebensanschauung der Persönlichkeit beruhen in erheblichem Grade mit auf Blut und Rasse. Diese Eigentümlichkeit vererbt sich auf die Nachkommen. Die Blutmischung zwischen arischen und nicht-arischen Rasseangehörigen führt zu einer Nachkommenschaft, die als Mischrasse als minderwertig anzusehen ist.

Zur Frage der Mischehen. Ablehnung einer Volljährigkeitserklärung, durch die ein uneheliches Kind legitimiert werden sollte

(ohne Datum), (Frankfurter Zeitung)

Eine Entscheidung, die mit der Frage der Behandlung von **Mischehen** (über die mehrfach hier berichtet wurde) in Zusammenhang steht, hat soeben ein Amtsgericht gefällt. Das „**Frankfurter Volksblatt**“ (Nr. 113) berichtet darüber u. a.: „Ein arisches Mädchen hatte sich mit einem neunzehnjährigen Nichtarier eingelassen und erwartete von ihm ein **Kind**. Der Kindesvater wollte das Mädchen **heiraten** und beantragte bei dem **hiesigen Amtsgericht** seine **Volljährigkeitserklärung**, da nach den deutschen Gesetzen Minderjährige nicht heiraten dürfen.

Da mit der Heirat dann das Kind als ehelich gilt, ge-

ben die Gerichte derartigen Anträgen **in aller Regel statt**. In diesem besonderen Fall sah sich das Gericht zur **Ablehnung des Antrages** genötigt. In den Gründen wird ausgeführt: Es liegt zweifellos im Interesse des Staates, dem Kindesvater, der seinem Kind zur Ehelichkeit verhelfen will, zu unterstützen. Andererseits jedoch hält es das Gericht für **unvereinbar** mit seinen Aufgaben und für seinen Pflichten zu widerlaufend, der Ehe eines Nichtariers mit einer Arierin Vorschub zu leisten. Die Entscheidung ist hart für Mutter und Kind. Die Mutter, die sich noch im Jahre 1933, als das Wissen um die Bedeutung rassenmäßigen Denkens schon festen Fuß im Volk gefasst hatte, mit einem Juden eingelassen hat, verdient es nicht besser. Sie muss für ihren Leichtsinn und mangelndes Verantwortungsgefühl **bestraft** werden. Aber auch die fraglos vorhandene Härte gegenüber dem Kind muss in diesem Falle in Kauf genommen werden, da seinen Interessen hier die der Allgemeinheit gegenüberstehen. Hätte das Gericht durch Stattgeben des Antrags dem Kindesvater die Heirat ermöglicht, so wäre eine neue **Mischehe** geschlossen und der Jude in Stand gesetzt worden, ungehindert und mit besonderer staatlicher Genehmigung eine Reihe von weiteren Bastarden in die Welt zu setzen. Der Staat, hier verkörpert durch das Gericht, muss es auf das Entschiedenste ablehnen, hierzu seine Hand zu bieten.“

Zeitungsnotiz

(1934) Der „Mainzer Anzeiger“ berichtet, dass sich Ende vergangener Woche vor dem Standesamt in Mainz eine erregte Menschenmenge gesammelt habe, als ein Nichtarier Alfred S. aus Kassel und die Arbeiterin Elisabeth D. aus Mainz sich **trauen** lassen wollten. Die Demonstration gegen diese Heirat habe so bedrohliche Formen angenommen, dass das Ueberfallkommando beide habe in Schutzhaft nehmen müssen.

Zeitungsnotiz

(ohne Datum, 1934), (Frankfurter Zeitung)
Der Gemeinderat des Nordseebades Westerland hat einmütig zum Ausdruck gebracht, dass Juden als Badegäste in Westerland nicht erwünscht seien.

„Ritualmord-Nummer“ des „Stürmer“

(1934), (Frankfurter Zeitung)
Die durch ihren aufs höchste zugespitzten Antisemitismus bekannte Nürnberger Wochenschrift „Der Stürmer“ hat anfang Mai eine Sondernummer „Ritualmord-Nummer“ veröffentlicht, die in Text und Bildern alles überbietet, was uns in dieser Beziehung

bisher zu Gesicht gekommen ist. In einer „Das Mördervolk“ überschriebenen Einleitung heißt es, dass jeder, der die Anklage kenne, die gegen die Juden erhoben werde (nämlich die Anklage des Ritualmordes), in den Juden nicht nur ein eigenartiges seltsam anmutendes Volk sehe, sondern „Verbrecher und Mörder und Teufel in Menschengestalt“. Diese „Ritualmord-Nummer“ hat in Deutschland und, wie die Auslandspresse beweist, leider auch außerhalb der deutschen Grenzen das Aufsehen erregt, das nach ihrem Inhalt und ihrem Zweck zu erwarten war, - Aufsehen und Entrüstung, die sich selbstverständlich keineswegs auf jüdische Kreise beschränken. Wie die „Jüdische Rundschau“ mitteilt, hat die „Reichsvertretung der deutschen Juden“ an den Herren Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: „Vor Gott und Menschen erheben wir gegen diese beispiellose Schändung unseres Glaubens in feierlicher Verwahrung unsere Stimme.“

Ein Aufruf Dr. Oswald Freislers: Arische Parteien sollen keine jüdischen Anwälte wählen

Kassel, 11. August (1934), (Frankfurter Zeitung)
Der Gauobmann des Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbundes Gau Kurhessen, Rechtsanwalt Dr. **Oswald Freisler**, der Bruder des Staatssekretärs veröffentlicht in der nationalsozialistischen „Hessischen Volkswacht“ einen Aufruf, in dem es u.a. heißt: „Es ist leider wiederholt festgestellt worden, dass **ari-**

sche Prozessparteien sich **jüdischer** Prozessvertreter bedienen, ja dass deutsche Prozessparteien sogar nach der Zeitenwende der nationalen Erhebung jüdische Anwälte mit der Führung ihrer Prozessangelegenheiten beauftragt haben. Das bedeutet zweifelsfrei ein Verhalten, das mit den Grundsätzen und Richtlinien der völkischen Wiederaufbauarbeit unvereinbar ist. Ein solches Verhalten ist auch dem heute überwiegenden Volksempfinden unverständlich. Der Nationalsozialistische Deutsche Juristenbund wird mit allen Mitteln darauf hinzuwirken bestrebt sein, dass derartige Fälle in Zukunft **verschwinden**.

Die nationale Presse wird im Einvernehmen mit dem Juristenbund derartige Vorkommnisse fortlaufend veröffentlichen. Es darf daher erwartet werden, dass alsdann die wenigen prozessführenden Parteien, die den Sinn der nationalen Erhebung heute noch nicht verstanden haben, indem sie sich artfremder Parteivertreter bedienen, in Zukunft erkennen werden, dass die Wahrung ihrer Rechtsbelange durch deutsche Anwälte und Parteivertreter geboten ist.“

Eugenik

Lehren der Eugenik?

Berlin, 19.6. (1933)

Aus dem Aufsatz: „Das Ziel der Eugenik“ von Prof. Dr. v. **Verschuer** gewinnt man erneut den Eindruck, dass auf dem Forschungsgebiet, bezeichnet mit dem schönen Fremdwort „Eugenik“, noch ziemliche Verwirrung herrscht. Da heißt es in dem Aufsatz: „Einen Idealtypus gibt es nicht beim Menschen. Danach bleibt nichts übrig, als - wie bei den Haustieren - mehrere Typen nebeneinander zu züchten.“ Der Herr Professor möge entschuldigen, aber den Laien gruselt, wenn er das liest. Welche verschiedenen Typen sind zu züchten? Und wie macht man das? Einige repräsentative Deutsche werden dann angeführt. Aber wie züchtet man beispielsweise **einen Typ Goethe**, einen Typ Beethoven oder einen Typ Hitler? Herrlich, wenn man das könnte!

Zu Anfang heißt es, dass die Eugenik kämpfe u. a. gegen Rassenmischung. Dann aber wird ausgeführt, dass die „eben genannten großen deutschen Männer“ zumeist aus Rassenmischungen hervorgegangen sind. Meines Wissens ist die Rassenfrage zur Zeit noch ein heiß umstrittenes Kampffeld der Gelehrten. Es gibt fast ebensoviel Rassetheorien wie Fachmänner

auf diesem Gebiet. Ehe darüber nicht Klarheit geschaffen ist, sind Lehren für das Leben kaum abzuleiten.

Schließlich werden zwei Grundsätze aufgestellt über die Wahl von Ehegatten. Aus körperlich oder geistig nicht gesunden Familien sind Gatten nicht zu wählen. Selbstverständlich. Und für den guten Durchschnitt wird das am besten sein. Aber selbst hier liegen die Dinge nicht so einfach. Denn den Erbforschern wird bekannt sein, dass gerade die bedeutenden Genies manchmal aus Familien kommen, die man in gewisser Weise als erblich belastet bezeichnen muss. (Erinnert sei nur bei Goethe an Vater, Schwester und Nachkommen; und Beethovens Vater war Gewohnheitstrinker.)

Ferner soll man nicht „Fremdstämmige“ heiraten. Was sind **Fremdstämmige**? Bisher war immer nur von Rassen die Rede. Wo fängt der Fremdstämmige an, wo hört er auf? Soll ein Deutscher beispielsweise eine Schwedin oder Engländerin heiraten dürfen, aber keine Italienerin, Französin? Oder eine Deutsche keinen Spanier? Gibt es eine Statistik über den Wert der Nachkommen aus solchen „Mischehen“?

Homosexualität

Große Säuberung

Berlin, 18. Dezember (1934), (Frankfurter Zeitung)
Auf **persönlichen Befehl Hitlers** wird im gesamten Reich eine Reinigungsaktion **gegen homosexuelle Elemente** durchgeführt. Die Aktion begann vor etwa zehn Tagen; es wurden bereits zahlreiche Personen verhaftet, darunter viele SA- und SS-Männer, sowie Parteifunktionäre und Mitglieder der Hitlerjugend. Nach einer zuverlässigen nationalsozialistischen Quelle sind allein in Berlin über hundert Mitglieder der Partei oder Partei angegliederte Organisationen verhaftet worden. Die Zahl der im ganzen Reich im Verlauf der Aktion gegen die Homosexualität verhafteten Personen dürfte sich nach zuverlässigen Schätzungen auf ungefähr siebenhundert belaufen. Die größte bisherige Aktion fand am Samstag vor acht Tagen statt, die sich in Form einer Razzia in den verdächtigen Lokalen abspielte. Seither wurden fast täglich Durchsuchungen in derartigen Lokalen vorgenommen, vor allem in Berlin, aber auch in anderen großen deutschen Städten. Es hat bereits eine „Massenflucht“ homosexueller Männer aus den großen Städten entweder auf das Land, vielfach aber auch ins Ausland eingesetzt. Ein besonders bekannter Fall des Vorgehens gegen Homosexuelle ist der Fall des Oberpräsidenten **Brückner**, der, wie jetzt ziemlich bestimmt feststeht, ein Opfer seiner homosexuellen Neigungen geworden ist. Wie die United

Press erfährt, hat Hitler selbst auf zahlreichen Konferenzen mit allem Nachdruck seine Absicht kundgetan, rücksichtslos gegen die sexuelle Perversität in der Partei vorzugehen.

Notiz von Elisabeth Flügge

*zum vorherigen Zeitungsbericht
Auch eine Säuberungsaktion!*

Umgang mit Andersdenkenden

„Die normale Ordnung wird zurückkehren“. Hitler an einen englischen Journalisten“

London, 3. März (1933)

Der Berliner Korrespondent des **Daily Express** meldet ein Interview mit dem **Reichskanzler**, in dem dieser zunächst der Behauptung, der Reichstagsbrand sei von Nationalsozialisten angelegt worden, entgegentritt und sie als lächerliche **Lüge** bezeichnet. Er fügte hinzu: Europa soll mir, anstatt mich falschen Spieles zu verdächtigen, lieber dankbar sein, dass ich energisch gegen die Bolschewisten vorgehe. Wenn Deutschland kommunistisch würde - eine Gefahr, die solange bestanden hat, bis ich Reichskanzler wurde - so würde es nicht lange dauern, bis der Rest des zivilisierten Europa von dieser asiatischen Seuche ergriffen würde.

Eine Anfrage über die Gerüchte von einer bevorstehenden Niedermetzelung politischer Gegner beantwortete der Reichskanzler mit geringschätzigem Lächeln: **Es bedarf keiner Bartholomäusnacht**, wir werden die Feinde des Staates vor rechtmäßigen Gerichtshöfen entsprechend den Gesetzen aburteilen. Auf die Frage, ob die jetzige Aufhebung der persönlichen Freiheit ein dauernder Zustand bleiben werde, erwiderte der Reichskanzler: Nein! Wenn die kommunistische Gefahr beseitigt ist, wird die **normale Ordnung der Dinge zurückkehren**. Unsere

Gesetze waren zu liberal, als dass es mir möglich gewesen wäre, angemessen und schnell genug mit dieser Unterwelt fertig zu werden. Aber ich selbst wünsche nur zu dringend, dass eine normale Lage sobald wie möglich wiederhergestellt wird. Vorher aber müssen wir dem Kommunismus ein Ende machen.

Hitler meinte Noske

Berlin, 4. März 1933, (Hamburger Fremdenblatt)
In seiner Rede im Berliner Sportpalast hatte Reichskanzler **Hitler** am Donnerstag von einem berühmten sozialdemokratischen Mann Deutschlands gesprochen, der den Minister Göring gebeten habe, ihn wenigstens bis zum Oktober im Amte zu lassen, da er dann die **Altersgrenze** erreiche, und als dies bewilligt worden sei, es fertig gebracht habe, zu bitten, dass ihm die Umzugskosten ersetzt werden würden. Auf Zurufe hatte der Reichskanzler erklärt, wenn die SPD an der Richtigkeit dieser Mitteilung zweifeln sollte, dann möge sie ihm das mitteilen; er werde dann den Namen nennen.

Der Vorstand der SPD verschickt hierzu eine Erklärung, in der es heißt: „Offenbar ist mit diesen Bemerkungen der Oberpräsident **Noske** gemeint. Es ist uns gegenwärtig nicht möglich, ihn direkt zu erreichen. Wir erlauben uns daher, darauf aufmerksam zu

machen, dass gegen den Herrn Oberpräsidenten Noske in der nationalsozialistischen Presse bereits vor einiger Zeit Vorwürfe erhoben worden sind, zu denen er sich im ‚Volkswille‘, Hannover, Nr. 42/45 vom 22. Februar, geäußert hat. Die damals erscheinende Notiz besagte, Noske solle sich nicht nach der nationalsozialistischen Presse de- und wehmütig beim Reichskommissar Göring um seine Pensionierung bemüht und bei dieser Gelegenheit eine ganze Reihe persönlicher Wünsche vorgetragen haben. Noske hatte sich damals gegen diese Notiz mit sehr kräftigen Ausdrücken gewandt und im Übrigen erklärt, es sei **unter seiner Würde** sich auch nur mit einem Wort weiter dagegen zu wenden.

Eine Erklärung des Oberpräsidenten **Noske** selbst auf die vom Reichskanzler Hitler in seiner Rundfunkrede gemachten Feststellung steht noch aus.

Zwischenfälle im Reich. Flaggenkrieg auf dem Gewerkschaftshaus

Goslar, 8. März (1933)

Am Dienstagnachmittag besetzten SA- und SS-Männer aus Vienenburg und Umgebung das Goslarer Gewerkschaftshaus. Sie holten die rote Fahne mit den Pfeilen herunter und hißten **an ihrer Stelle die Hakenkreuzfahne**. Nachdem vom Rathaus die schwarz-rot-goldene Fahne heruntergeholt worden war, wurden auf dem Marktplatz diese und die rote Fahne verbrannt. Darauf wurde von Sozialdemokraten die auf dem Gewerkschaftshaus gehißte **Hakenkreuzfahne wieder heruntergeholt und ebenfalls**

auf der Straße verbrannt. Das Gewerkschaftshaus wurde erneut besetzt und in kurzer Zeit wiederum die Hakenkreuzfahne gehißt. Die Polizei riegelte die Straße ab. Gegen Abend wurde vom Gewerkschaftshaus **die Hakenkreuzfahne abermals von einem Kommunisten heruntergeholt**. Als die Nationalsozialisten von einem Nachbargrundstück nach dem Gewerkschaftshaus zu gelangen versuchten, wurden sie mit zahlreichen Schüssen empfangen. Die Goslarer Polizei, unterstützt durch Hilfspolizei, ist vollständig Herr der Lage. In der ganzen Stadt ist Beruhigung eingetreten.

Richterprotest gegen Flaggenhissung

Breslau, 8. März (1933)

In Breslau wurden im Laufe des Tages von Abteilungen der SA und des Stahlhelms auf dem Polizeipräsidium, auf dem Regierungsgebäude und auf dem Rathaus unter dem Beifall von Tausenden von Menschen die Hakenkreuz- und die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt. Zum Schluss wurde die Fahne auch auf dem Amts- und Landgerichtsgebäude gehißt. Auch hier hatten sich Tausende von Menschen eingefunden. Der Präsident des Landgerichts, Dr. Zint, sowie der Vorsitzende des Amtsgerichts, Landgerichtsrat Hohensee, hatten gegen das Hissen der schwarz-weiß-rotten und der Hakenkreuzfahne **Protest erhoben**. Eine Abteilung der SA und des Stahlhelms begab sich in das Gerichtsgebäude **und forderte den Präsidenten auf, der Fahnenhissung**

beizuwohnen. Auch jetzt blieb der Präsident zunächst bei seiner Weigerung. Erst nach einiger Zeit kam er in Begleitung eines Richters auf die Straße. Er wurde mit Pfui-Rufen empfangen. Landgerichtspräsident Dr. Zint hat sich nach diesem Vorfall mit der Bitte **um sofortige Beurlaubung** an den Oberlandesgerichtspräsidenten gewandt. Dieser Bitte ist sofort entsprochen worden. Dr. Zint will sich außerdem beschwerdeführend an das preußische Justizministerium wenden.

Beurlaubung einer Studienrätin

(1933)

Auf Ersuchen des Magistrats ist eine **Studienrätin des Bertha-Lyzeums** vorläufig beurlaubt worden, weil sie im Unterricht bei der Besprechung von Hitlers „Mein Kampf“ Äußerungen gemacht hat, die nicht im Einklang zu bringen sind mit den Richtlinien der nationalen Regierung. Ein Ermittlungsverfahren gegen die Studienrätin schwebt bei dem Oberpräsidenten in Kiel.

Bekanntmachungen der Gauleiter der NSDAP

19. April 1933, Frankfurter Zeitung

Eine Reihe von Gesuchen liegen hier vor, die sich mit der **Freilassung von politischen Schutzhaftgefangenen** befassen. Es muss festgestellt werden, dass die Gesuchsteller sich in der Hauptsache für verhaf-

tete Juden und bessergestellte Schutzhäftlinge einsetzen. Nicht zuletzt möchte ich in diesem Zusammenhang auch auf die vorliegenden ärztlichen Gutachten hinweisen, die die Haftunfähigkeit, insbesondere von Juden, feststellen. Um arme Arbeiter, die sich in Schutzhaft befinden, hat sich bis jetzt noch kein Mensch angenommen!

Ich halte es daher für richtig, bekanntzugeben,

1. dass in erster Linie jene inhaftierten Arbeiter freigelassen werden, um die sich bisher niemand angenommen hat,
2. jene politischen Gefangene, für die die meistens Gesuche vorliegen, werden zuletzt entlassen. Unter diesen wiederum endlich werden am Schluss diejenigen entlassen, für die sich selbst Kommerzienräte eingesetzt haben.
3. Juden können in Zukunft nur noch entlassen werden, wenn je zwei Bittsteller bzw. die die Juden krankschreibenden Aerzte an Stelle der Juden die Haft antreten.

Neustadt, den 18. April 1933.

Der Gauleiter

33 Verräter aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen. Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.

Berlin, den 25. August (1933)

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deut-

schen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 hat der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen durch eine im Reichsanzeiger veröffentlichte Bekanntmachung vom 23. August 1933 zunächst folgende im Auslande befindliche Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, weil sie durch ein Verhalten, das **gegen die Pflicht zur Treue gegen Volk und Reich versteht, die deutschen Belange geschädigt haben:**

Dr. Alfred Apfel, Georg Bernhard, Dr. Rudolf Breitscheid, Eugen Ebstein, Alfred Falk, Lion Feuchtwanger, Dr. Friedrich Wilhelm Förster, Hellmut von Gerlach, Elfriede Gohlke genannt Ruth Fischer, Kurt Großmann, Albert Erzesinski, Emil Gumbel, Wilhelm Hansmann, Friedrich Heckert, Max Hölz, Dr. Alfred Kerr, Otto Lehmann-Russbüldt, Heinrich Mann, Theodor Maslowski, Wilhelm Münzenberg, Heinz-Werner Neumann, Wilhelm Pieck, Berthold Salomon genannt Jacob, Philipp Scheidemann, Leopold Schwarzschild, Max Sievers, Friedrich Stampfer, Ernst Toller, Dr. Kurt Tucholsky, Bernhard Weiß, Robert Weißmann, Otto Wels, Dr. Johannes Wertbauer. Zugleich ist das Vermögen dieser Personen beschlagnahmt worden.

Zeitungsnotiz

(1934), (Frankfurter Zeitung)

Die Polizeidirektion Gotha weist darauf hin, dass jeder, der sich herabwürdigende Aeußerungen über Mitglieder der Regierung oder über Führer der nationalsozialistischen Bewegung in Form sogenannter **Witze** erlaube, **gerichtliche Bestrafung zu gewärtigen habe.**

Zeitungsnotiz

(1934), (Frankfurter Zeitung)

Auf Veranlassung des Polizeipräsidioms wurde der in der Registerabteilung des Magdeburger Landgerichts beschäftigte **Amtsgerichtsrat Dr. Sachs in Schutzhaft genommen**, weil er sich gegenüber zwei Referendaren, die ihm zur Ausbildung überwiesen waren, über das Winterhilfswerk in Ausdrücken geäußert hatte, die eine deutliche Verächtlichmachung enthielten.

Zeitungsnotiz

(1934), (Frankfurter Zeitung)

Der Pfarrer von Wermerichshausen (Unterfranken) wurde in **Schutzhaft** genommen wegen Aeußerungen, die er einer Beichtenden gegenüber getan hatte.

Zeitungsnotiz

(1934), (Frankfurter Zeitung)

Wie die Kreisführung des Winterhilfswerks Darmstadt mitteilt, wurde am Sonntag der Diplomingenieur R. aus Darmstadt wegen **Beleidigung des WHW in Schutzhaft genommen**. R. hatte sich anlässlich der Brotsammlung durch das Jungvolk bzw. beim Einsammeln der Spende zum Eintopfgericht verächtlich über das Winterhilfswerk geäußert.

Altonaer Lehrer in Schutzhaft

(1934)

Auf Veranlassung des Magistrats wurde am Sonnabendvormittag der Altonaer Lehrer **Kühn** in Schutzhaft genommen. Kühn hat sich als verstockter Gegner des neuen Staates gezeigt, so dass die Verhaftung im Interesse der Autorität des Staates unbedingt erforderlich war. Dieser seltsame Lehrer weigert sich konstant, mit dem Hitler-Gruß zu grüßen. Er weigert sich weiter, für das Winterhilfswerk und die Spende zur Förderung der nationalen Arbeit einen Beitrag abzuführen, wie es alle Beamten und Angestellten der Stadt tun. Kühn legt damit ein unsoziales Verhalten an den Tag, das nicht ungesühnt bleiben konnte. Er hat im übrigen die Aufforderung des Oberbürgermeisters zur Spende an das Schulamt durchstrichen zurückgesandt, und noch eine unpassende Bemerkung hinzugefügt. Nun kann er im Konzentrationslager über die Pflichten eines Beamten gegen Volk und Staat nachdenken.

In Schutzhaftnahme eines Anstaltspfarrers unter Entfernung aus dem Amte

Frankfurt, 18. Februar (1934), (Frankfurter Zeitung)

Das **Gaupresseamt der NSDAP** teilte folgendes mit: „In Hessen musste der **katholische Anstaltspfarrer** eines großen Gefängnisses in **Schutzhaft** genommen werden, weil er sich anlässlich der Hinrichtung eines kommunistischen Mörders die denkbar größten Entgleisungen zuschulden kommen ließ. Dem geistlichen Herrn lag kraft seiner Eigenschaft als beamteter Anstaltspfarrer die Pflicht ob, einen Kommunisten, der einen Hitlerjungen bestialisch mit dem Messer abgeschlachtet hatte, vor seiner Enthauptung seelsorgerisch zu betreuen. Der Delinquent war ein übelberücktigter Messerheld, der schon einmal einen Menschen durch einen Dolchstich lebensgefährlich verletzt hatte und bei dem kirchliche Regungen und christliche Nächstenliebe niemals beobachtet worden waren. Der Geistliche hat seine Aufgabe nicht darin gesehen, für den dem Gesetz verfallenden Mörder die Gnade des Ueberirdischen zu erbitten. Er hat vielmehr in dem Verurteilten die Vorstellung erweckt, dass er ein Märtyrer sei, dem Heiland gleich, der mit Ruhe seinen letzten Leidensweg antreten könne und ausgelitten habe wie sein Herr und Heiland.

Mit diesem „letzten Gebet“ hat der Geistliche unter der Maske eines gottergebenen Seelsorgers den kommunistischen Mörder gegen die irdische Gerechtigkeit aufzuhetzen versucht. Der Vergleich eines Mör-

ders mit Christus bedeutet aber zudem eine gemeine Blasphemie und Geschmacklosigkeit, die das Ansehen des Priestergewandes in den Augen rechtlich denkender Menschen und Christen auf das schwerste zu gefährden geeignet ist.

Für solche Priester ist kein Platz im Dienst des Dritten Reiches. Die an den kommunistischen Mörder verschwendete christliche Nächstenliebe wird wahrhaft christlich empfundene Volksgenossen abstoßen. Selbstverständlich ist dieser gotteslästernde Priester aus seinem Staatsamt mit Nachdruck für dauernd entfernt worden.“

Beleidigung der Reichsregierung

Darmstadt, 21. Februar (1934)

Vor dem Sondergericht hatte sich heute, von einem Untergebenen angezeigt, der Prokurist Dr. Kurt **Schüller** von Darmstadt wegen fahrlässigen Vergehens gegen die Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung zu verantworten. Es werden ihm in drei Fällen herabwürdigende Äußerungen gegen die Regierung und den Reichskanzler zur Last gelegt. Der Angeklagte führte zum Beweis für seine nationale Gesinnung an, dass er während des ganzen Krieges an der Front seine Schuldigkeit getan, im Hamburger Spartakusaufstand als Zeitfreiwilliger gekämpft und in den letzten Jahren in Auslandsbriefen und auf Dienstreisen im Ausland für das neue Deutschland geworben habe. Seine nationale Gesinnung wurde ihm auch durch einen Studienfreund bestätigt. Aber es wurde nachgewiesen,

dass er in zwei Fällen Beleidigungen gegen den Reichskanzler und Unwahrheiten über die Regierung gesagt hat. Er wurde zu **vier Wochen Gefängnis** abzüglich elf Tage Untersuchungshaft verurteilt.

Notizen von Elisabeth Flügge

1. Juni 1934

Am Pfingstsonnabend (19.05.) sind vier junge Menschen hingerichtet worden, die am Tode Otto Blöckers irgendwie beteiligt waren. Blöcker ist aber durch eine verirrte Kugel erschossen, als er in einem Lokal am Falkenried saß. Seine Mutter hat ein Gesuch eingereicht an das Gericht und gebeten, man möchte diese jungen Menschen begnadigen. Sie als Mutter wüsste, was es hieße, einen Sohn zu verlieren. Keiner von diesen Vieren habe die Absicht gehabt, ihren Sohn zu töten. Sie seien ebenso wie er durch die unglücklichen Straßenkämpfe in diese Situation gekommen. Ihr Gesuch beantwortete man mit der Hinrichtung dieser vier Menschen, von denen einer 17 Jahre zählte. Wann hat man je in Deutschland 17jährige Menschen mit dem Tode bestraft?

Am Grabe Otto Blöckers aber stehen bei jeder feierlichen Gelegenheit zwei Hitlerjungen mit brennenden Fackeln, um den toten Kameraden zu ehren. Wäre die Begnadigung dieser vier jungen Menschen nicht eine viel ehrendere Tat gewesen, in dem man der Mutter diesen Wunsch erfüllte? Also: nicht nur den Tod des Hitlerjungen zu sühnen richtete man, sondern um zu richten!

Juni 1934

Kürzlich hat General von Lettow-Vorbeck in Bremen einen Vortrag gehalten vor seinen alten afrikanischen Kriegskameraden, Freunden und einigen Stahlhelmen. Plötzlich wurden die Saaltüren aufgerissen und ein Rollkommando der SA erschien. Lettow-Vorbeck verbat sich energisch diese Einmischung in eine rein private Angelegenheit. Worauf die SA anfing, die Anwesenden und auch Lettow-Vorbeck zu verprügeln. Lettow-Vorbeck ist dann zu Hindenburg gefahren, der nichts anderes tun konnte, als den Vorfall außerordentlich zu bedauern. Lettow-Vorbeck hat zu einem Freund von Rudolf Stechmann, auch alter Afrikaner, gesagt: „Das kostet der Partei mindestens 20.000 Stimmen.“

27. Juni 1934

Zitiert aus der Baseler Nationalzeitung: „Das Gefühl, dass der längst erwartete Staatskonflikt nun ausgebrochen sei und der Nationalsozialismus als Willensträger der Nation sich endgültig entscheiden müsse, welchen Weg er gehen wolle, beschäftigt alle Menschen, ob hoch oder niedrig“, schreibt die Baseler Nationalzeitung. „Die Worte, die man wechselt, und die Gespräche, die man führt, sind auf einmal freier und unbedenklicher geworden. Infolgedessen hängt der Propagandafeldzug der 100.000 Versammelten gegen die Miesmacher und Nörgler und Kritiker vollständig in der Luft. Er hat im Volk jede Stoßkraft verloren.“

Und so ist es auch. Man erwartet viel von den kommenden Wochen. Wo maninhört, man hört nichts als Enttäuschungen, Erbitterung, Entrüstung oder lächelnden Pessimismus.

Sonntag waren Papen und Goebbels hier zum Horner Rennen. Man soll bei Papens Erscheinen laut „Heil Papen, dem Retter Deutschlands und Gut Papen! Weiter so Papen! Recht so Papen!“ gerufen haben. Sogar Hitler soll bei einer Aussprache mit Papen eine weitgehende Annäherung an seine Gedankengänge gezeigt haben. Rücksichtslose Säuberung der Partei und vor allem Abkehr von der hemmungslosen Demagogie. Davon merkt man allerdings wenig, wenn man Görings Rede liest, die er Montagabend im Zoo gehalten hat. Das sind wieder nichts als Phrasen voller Hass und Hetze ohne jeden Gedanken, ohne jedes Positive. Er geht wieder her über die Kirche. Das Kirchenregiment sei nicht im Stande, Ruhe und Ordnung zu halten. Aber der Staat lasse jeden nach seiner Fassung selig werden. Die Achtung vor der Kirche habe nicht der Staat, sondern die uneinige Geistlichkeit zerstört.

Und dann kommen wieder die Juden. Wir bekennen: es gibt nur eine einzige Versöhnung mit ihm: Wenn wir uns bis zum letzten Mann selbst aufhängen würden, gäben wir den Kampf auf, dann würde das Volk sich auflösen in eine Gesellschaft von bastardierten Heloten! Entweder Deutschland oder Judas. Das Volk begreift das, aber die überschlaunen Intellektuellen begreifen das nicht. Dann also geht es weiter über die Intellektuellen her. Nicht die Bildung macht es, sondern das Herz. Wir ehren den Verstand, aber Adolf Hitlers Herz lieben wir. Die Wissenschaftler sollen lieber sich darum kümmern, die notwendigen Ersatzrohprodukte zu schaffen, die wir vom Ausland nicht mehr bekommen.

1. Juli 1934

Heute vor 20 Jahren, die Krise- und Kriegspsychose nach dem Mord von Sarajevo. Heute: Röhm entlassen und aus der Partei gestoßen, von Schleicher mit seiner Frau erschossen. Die Partei ist in den Grundfesten erschüttert. Angeblich hatte Röhm mit Schleicher und Auslandsverbindungen ein Komplott gegen Hitler geschmiedet. Hitler hat Goering auf ein Stichwort hin Befehl gegeben, vollziehende Gewalt auszuüben. Hitler selbst ist nach München-Wiessee geflogen und hat da selbst seinen lieben Staatschef bei Ausübung seiner widernatürlichen Veranlagung ertappt und festgenommen. Dies alles steht in schamlosen Einzelheiten in allen Zeitungen heute, am Sonntagmorgen. Goering hat unterdessen Schleicher, der sich angeblich gewehrt hat, mit seiner Frau über den Haufen geschossen und zwölf SA-Führer, die hinter Röhm standen.

*Das ist die SA! Das braune Ehrenkleid! Das beste deutsche Brauchtum, das jeder deutsche Student und Volksgenosse erleben soll!. Jahrelang hat Hitler Röhm gedeckt! Monatlich 30.000 Mark sind verprasst worden beim Stab der SA. Und nun rettet Hitler Deutschland zum zweiten Mal durch sein entschlossenes Vorgehen und unbeeinflussbares Verhalten. Pfui über die Gemeinheiten, diese Korruption, diese Führer und **vorbildlichen** Männer für unsere Jugend und uns armes, armes deutsches Volk.*

4. Juli 1934

Man spricht von nichts anderem als von dieser Verschwörung und Hitlers Eingreifen. Hitlers Position ist angeblich fester denn je, aber der Nationalsozialismus doch immerhin stark erschüttert.

*Die Gerüchte und Meinungen schwirren durcheinander. Sonntagabend hörten wir Goebbels sehr gemäßigte Rede, die sehr poetisch und in nicht misszuverstehender Offenheit, all diese lieblichen Situationen schilderte (Klumpfüßchens Märchenstunde!). Dabei hatte ich das deutliche Gefühl einer genialen Propagandaaktion gegen die Reaktion wie der Reichstagsbrand gegen den Kommunismus. Hitler will ein Exempel statuieren und statuiert es bei seinen eigenen Leuten. Opfert den „lieben“ Stabschef, um seine eigene Position zu sichern. Röhm's widernatürliche Veranlagung und die ekeleregenden Szenen bilden die notwendige Kulisse, um es dem „Volk“ schmackhaft zu machen. Denn wenn **man wirklich** solchen Tatsachenbefund gehabt hätte, würde man es tunlichst verschwiegen haben.*

Montag kamen Langes [Freunde von Elisabeth Flügge] und erzählten eine ganz andere Variante. Danach soll Mussolini Hitler veranlasst haben, die SA aufzulösen, um das Ausland zu beruhigen und in Genf wieder mitarbeiten zu können. Die SA wurde daraufhin für den Juli beurlaubt. Röhm merkte, dass das Fähnlein sich drehte und putschte seine SA auf unter der Parole: „Mit SA gegen Reichswehr und Hitler“. Und nun hieß es eingreifen. Denn unklar und dunkel ist ja, warum Hitler erst nach so langer Zeit die „Pestbeule“ entfernte, deren Existenz er immer gewusst und geduldet hatte. Also, das war die äußere Fassade zu der großen Aktion. Sein Vorgehen ist barbarisch und durchaus ungesetzlich. Hat je ein Reichskanzler Volksverräter ohne Gerichtsverhandlung niedergeknallt? Es heißt, man habe Röhm die Pistole auf den Tisch gelegt, aber er habe keinen Gebrauch davon gemacht. Natürlich, denn damit hätte er sich

schuldig bekannt. Er konnte wohl von seinem „lieben“ Hitler zumindest eine Verurteilung nach genauer Prüfung der Lage verlangen. Stattdessen wird auch er über den Haufen geschossen und die Welt bewundert Hitlers Tat, sagen die Zeitungen. Dabei werden keinerlei ausländische Zeitungen hereingelassen, weil das Ausland **empört** und entrüstet ist über das mittelalterliche Faustrecht, das hier geübt wird, über den Mord an Schleicher, der in seiner Wohnung nachts überfallen, mit 36 Schüssen niedergeknallt worden sein soll, über den Tod der sieben Führer (das Ausland spricht von mehr als 20) und vor allem die heillosen sittlichen Zustände der „Braunen Armee“. Papen ist verhaftet, zwei seiner nächsten Freunde angeblich erschossen, ein ihm bekannter Anwalt, Dr. Jung, verhaftet und erschossen. Ein Hamburger Anwalt, Dr. Engels, der in einer Rechtssache - es handelt sich um Ölkonzerne - an Dr. Jung schrieb, ist deswegen hier in Hamburg verhaftet. Dabei schreiben die Zeitungen, die Maßnahmen sind abgeschlossen, die Aktion ist beendet. Hitler hat 12 Gebote erlassen, er verlangt blinden Gehorsam, vorbildliches Benehmen und Unnachsichtigkeit seiner SA-Führer und SA, Einfachheit der Lebensführung, Aufhebung des luxuriösen Stabsquartiers, die kostbaren Limousinen verbietet er, die Betrunkenheit der Führer (!!), nörgelnde Kritik, Exzesse, erhöhtes Strafmaß dafür bei Nazis - SA als reinliche und saubere Institution, damit jede Mutter ihren Sohn in SA, Partei und HJ geben kann, ohne Furcht, er könnte dort sittlich und moralisch verdorben werden. Verfehlungen nach § 175 werden mit Ausschluss aus der Partei bestraft. Er verlangt von jedem Führer bedingungslose Offenheit, Loyalität und Treue gegenüber der Wehr-

macht des Reiches. Prüfung der Führer, nicht betreffs Wissens, sondern der Fähigkeit zu führen, weltanschauliche Verankerung im Nationalsozialismus, Achtung vor dem Gesetz und Gehorsam seinem Befehl. Der Name Röhm ist ausgelöscht aus der Geschichte des Nationalsozialismus. Die von ihm geweihten Ehrendolche werden abgeschliffen, seine Bilder entfernt, die nationalpolitische Schule in Plön, nach ihm „Ernst Röhm Schule“ genannt, umgetauft. Aber was ein Röhmling ist, das weiß dank der ausführlichen Berichte unseres herrlichen Propagandaministers heute jeder Junge in Deutschland! Oh, welche Schmach.

15. Juli 1934

Hitler verkündete in seiner Reichstagsrede vom 13. Juli, dass 77 Menschen bei der Revolte vom 28. Juni den Tod gefunden haben. Er hat 1 ½ Stunden dazu gebraucht, vor dem deutschen Volk und der ganzen Welt seine Tat zu rechtfertigen. Es ist nun so, dass die Leute, die immer auf seiner Seite standen, überzeugt sind von seinem Durchgreifen und seiner fabelhaften Tat, ihn noch mehr loben und auf den Knien danken, dass er Deutschland zum zweiten Male rettete. Aber die anderen, die tiefer schürfen, menschlich und objektiv denken, Kritik üben und „!abseits“ stehen, sind bis ins Innerste erschüttert über so viel Verschleierung, Brutalität, Lüge und Heuchelei. Die Times schreibt über mittelalterliche Methoden, dass Hitler Menschen aus dem Weg räumt, die ihm zu seiner Macht verholfen haben und ihm nun gefährlich werden. Seine Macht beruhe nicht mehr auf der Gunst des Volkes, sondern der Wachsamkeit seiner Geheimpolizei. Ja, die Times deutet im Vergleich mit Russland

und der Macht des Sowjets, die auf die GPU beruht, an. Weiter führt sie aus, dass das Volk durch die ewigen Kommunistenmorde und Hinrichtungen jedes Gefühl für Kultur und Zivilisation verloren habe, sonst würde es diese unerhörten Ereignisse nicht so ruhig hingenommen haben. „Die brutale Verfolgung aller, die verdächtigt sind, abseits zu stehen, die Unterdrückung jeglicher Freiheit in Sprache und Gedanken, die Spione und Denunzianten im ganzen Lande und die heftige Propagandawelle in Zeitung, Radio und Kino halten das ganze Volk in einem Zustand von fast hysterischer Bewegung. Das Predigen von eccentric pagan -Lehren und die dauernde Verherrlichung von Macht und Gewalt. All dies hat dazu beigetragen, die Kluft zu vergrößern, die Deutschland heute von den westlichen Nationen trennt. Männer wie Röhm, deren moralische Qualitäten und brutale Gewalt jedem Deutschen bekannt waren, waren als Nationalhelden verherrlicht und angebetet worden und hatten die verantwortungsvollsten Posten inne (Kirchen flaggten bei Röhm's Anwesenheit in Hamburg). Deutschland hat aufgehört ein modernes europäisches Land zu sein. Es ist zu mittelalterlichen Methoden zurückgekehrt. In Russland und in der Türkei wäre so etwas zu Zeiten des Abdul Hamah möglich gewesen oder in einer mittelalterlichen Monarchie. Aber es durfte einem großen europäischen Staat im 20. Jahrhundert nicht passieren. Der Artikel schließt mit dem Wortspiel: It is not a comforting thought for her neighbours, though it is probable, that during the next few years there is more reason. to be afraid for Germany than to be afraid of God.

Bedauerlicherweise ist unter den Opfern auch ein versehentlich erschossener junger Musikkritiker aus München, Dr. Willi Schmidt, mit einem anderen „Schmidt“ verwechselt worden. Er wurde verhaftet. Am anderen Tag bekam seine junge Frau die Nachricht, er sei versehentlich erschossen, sie bekäme aber eine Pension.

Für die anderen Hinterbliebenen hat Hitler jede Pension abgelehnt. Aber immer will er großzügig den Mantel des Vergessens über ihre Namen legen, indem er keine namentlichen Verlustlisten herausgibt.

Keine Namensliste der Toten

Berlin, 16. Juli (1934)

Nachdem der Führer in der Regierungserklärung vom Freitag die Vorgeschichte, die Hintergründe und die Niederschlagung der Röhms-Revolution eingehend geschildert hat, dürfte die Debatte über die Ereignisse des 30. Juni, soweit amtliche Erklärungen hierüber in Frage kommen, als **abgeschlossen** angesehen werden. Ueber den Personenkreis, der sich zu diesem verbrecherischen Anschlag aus den verschiedensten Kreisen kommend, zusammengefunden hatte, hat der Führer in seiner Rede summarische Feststellungen getroffen. Er hat zunächst erklärt, aus welcher geistigen Einstellung heraus die verschiedenen an dem Putsch beteiligten Gruppen sich innerlich dem nationalsozialistischen Staat und seiner Ideenwelt entfremdeten. Darauf hat der Führer die verschiedenen Kategorien aufgezählt, in welche diejenigen einzuteilen sind, die für ihre hoch- und landesverräteri-

schen Handlungen mit dem Tode bestraft wurden. Im Ganzen handelt es sich also nach der Aufzählung des Führers um 77 Erschossene. Mit dieser Feststellung des Führers dürfte die Diskussion über den Personenkomplex abgeschlossen sein. Den Mitschuldigen an dieser Wahnsinnshandlung hat der Reichskanzler das **Vergessen** zugesagt: „Mögen sie nun in sich gehen und in Erinnerung an diese traurige Not unserer neuen deutschen Geschichte sich mit aller Kraft der Wiedergutmachung widmen.“

Man wird also nicht damit rechnen dürfen, dass noch eine **namentliche Aufzeichnung der Totenliste** amtlicherseits zur Veröffentlichung gelangt, denn der Führer will das große Tuch des Vergessens über die Mitschuldigen decken. Mit diesem Geschenk sollen wohl aber auch die **Angehörigen** der wegen ihrer Freveltat zur Rechenschaft gezogenen Personen bedacht werden. Auch dies ist wieder ein Beispiel dafür, dass der Führer trotz der Bitternisse, die er in den letzten Wochen durchmachen musste, sich das große Empfinden für die Nöte eines jeden Menschenlebens im Herzen bewahrt hat, wenn er die unschuldigen Familien der Meuterei nicht der allgemeinen Missachtung preisgeben will, was zweifelslos mit der Bekanntgabe der einzelnen Namen verbunden gewesen wäre. Solange nicht wichtige neue Momente auftauchen, dürften daher die Namen der 77 Hoch- und Landesverräter amtlicherseits nicht bekannt gegeben werden.

Notizen von Elisabeth Flügge

ohne Datum

Unter den Erschossenen ist auch Dr. Klausener, der Führer der katholischen Jugend. Seine Todesanzeige in der „Germania“ wurde von Dr. Goebbels beanstandet, dann aber von Göring zugelassen. Dass die letzten fünf Worte des Satzes gestrichen wurden - er wurde uns am 30. Juni 1934 plötzlich entrissen nach einem Leben voller Liebe und Hingebung für die Kirche, die Nation und das Vaterland. Gegen den Wunsch der Familie wurde die Leiche verbrannt.

Bei der Beisetzung von Herrn und Frau Schleicher wurde fünf Minuten vorher die Feier polizeilich verboten, die Kapellentür abgeschlossen, Kränze und Blumen entfernt. Schleichers hinterlassen eine 10jährige Tochter.

1. August 1934

Kaum hatte sich das Volk über diese nun „abgeschlossene Aktion“ einigermaßen beruhigt, da wird am 23. Juli Dr. Dollfuß erschossen. Während einer Kabinettsitzung dringen plötzlich 140 Bewaffnete in die Bundeskanzlei ein, überwältigen die Wache, verhaften das Kabinett und geben auf Dollfuß zwei Schüsse ab, die ihn tödlich verletzten. Es waren österreichische Nationalsozialisten, die sich militärische Uniformen verschafft hatten und einen Putsch machten, angeblich, weil am Tage vorher in Wien die erste Hinrichtung durch den Strang erfolgt war. Diese Aufständischen bedrohten das Kabinett, verlangten von der Regierung freien Abzug und Ge-

leit an die deutsche Grenze, die ihnen der deutsche Gesandte in Österreich zusagte, weil er sonst das Leben der Regierungspersonen gefährdet sah. Hitler verweigerte den Aufständischen das Übertreten der Grenze und enthob Dr. Rieth seines Postens. An seine Stelle soll Papen treten, der seiner Ämter als Vizekanzler und SA-Kommissar enthoben ist - soweit der Tatsachenbericht.

Die Ermordung von Dr. Dollfuß hat eine unerhörte Aufregung im gesamten Ausland hervorgerufen. Mussolini hat sofort seine besten Alpentruppen an die österreichische Grenze geschickt, um über Österreichs Unabhängigkeit zu wachen. Sämtliche ausländische Zeitungen ergehen sich in Schmähungen über Deutschland und den Nationalsozialismus. Merkwürdigerweise werden diese zum Teil in den deutschen Zeitungen wiedergegeben, wie z. B. die Notiz in Mussolinis Blatt „Die Herren Nationalsozialisten sind Mörder und Päderasten. Nur das und nichts anderes.

ohne Datum

*Auf dem Wege zur AEG Maschinenfabrik soll ein Attentat auf Hitler ausgeübt worden sein. Sein Chauffeur wurde erschossen. Hitler selbst am linken Arm verletzt. Jedenfalls hat er **nicht** auf der Kundgebung gesprochen, sondern Rud. Heß. Am Tage nach dem Attentat ist Brückner, der Gauleiter von Schlesien, angeblich aus **moralischen** Gründen abgesetzt worden. Das Ausland sagte, er habe Verbindungen mit Otto Straßer gehabt, der in Prag gegen Deutschland arbeitet. Hitler soll am Grabe seines Chauffeurs einen Kranz niedergelegt haben mit den Worten: „Meinem treuesten Freunde“. Einige Tage*

darauf ist er in Begleitung von Brückner und Blomberg zu Mackensens 85. Geburtstag gefahren. Dies wurde mehrfach in der Zeitung stark betont, weil vielfach die Annahme ausgesprochen worden war, Brückner sei entlassen. In der Zeitung war ein Bild von Mackensens Geburtstag. Hitler steht ganz vorn, er sieht furchtbar schlecht und gequält aus. Mit der Rechten hält er den Ärmel seines Rocks am linken Handgelenk fest zusammen. Man sieht deutlich, dass der Arm geschient ist.

Psychologisch interessant ist es, dass man im vorigen Jahr erdichtete Attentate in die Zeitung setzte, um die kochende Volksseele noch mehr in Wallung zu bringen. Und dass heute so etwas totgeschwiegen wird. Das zeigt die Unsicherheit dieses Menschen. Hitler soll typischer Neuropath sein und sich nur noch von ausländischen Ärzten und Zahnärzten behandeln lassen. Er fährt gar nicht mehr im Flugzeug, nur mit der Eisenbahn.

Die Nein-Sager

Berlin, 22. August (1934)

In einer Unterredung mit einem Schriftleiter der „D. A. Z.“ äußerte sich der Preußische Ministerpräsident Göring über den Ausgang der Volksabstimmung.

„Die Nein-Sager“, so sagte Göring, „sind zunächst wohl in den Schichten zu suchen, die sich missverstanden fühlen, und die sich aus Uebergangsmaßnahmen, die hart, aber gerecht sind, ihr Gesamturteil bilden zu müssen glauben. Alle jene werden sich eines Tages selbst an die Brust schlagen und ihren Irrtum einsehen, überzeugt durch die Leistung

und den endgültigen Erfolg der nationalsozialistischen Regierung.

Einen nicht geringen Prozentsatz der Neinstimmen werden weiter nach Auffassung diejenigen Personen stellen, die zwar genau erkannt haben, welche großen Ziele der Nationalsozialismus verfolgt, die jedoch aus eigensüchtigen Gründen andere Ziele verfolgen zu müssen glauben als wir. Diese Kreise der Bevölkerung werden sich eines Tages ebenfalls eines besseren belehren lassen müssen, oder aber sie werden aus Altersschwäche von der Bildfläche verschwinden.

Die dritte Gruppe bildet die zahlenmäßig geringe Schicht, die einfach **unbelehrbar** oder gar böswillig ist. Solche Leute gibt es immer und überall in der Welt, sie sind wahrlich keine Besonderheit des nationalsozialistischen Deutschlands, wir werden sie nicht dafür bestrafen, dass sie mit Nein gestimmt haben. Sie müssen es sich aber gesagt sein lassen, dass wir auf keinen Fall dulden werden, wenn sie mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Staatsführung irgendwie und irgendwann im Volke Propaganda treiben, und wir werden mit eiserner Faust zuschlagen, wenn sie sich zu verbrecherischen Handlungen hinreißen lassen, die die Sicherheit und Ordnung im Staate bedrohen.

Gewiss werden bei der einen oder anderen Frage des öffentlichen Lebens immer verschiedene Anschauungen möglich sein. Niemanden wird das Recht bestritten, unter den großen, allein vom Führer bestimmten Gesichtspunkten an seiner Stelle nach seinem Geiste zu arbeiten. Wir wünschen auch offene und ehrliche Kritik bei all den schwierigen Problemen, die der Neubau unseres Staates bringt. Kritik aber

darf nur der aussprechen, der bereit und in der Lage ist, besseres zu leisten und diese Fähigkeit unter Beweis gestellt hat. Und die Kritik findet ihre Grenze an den lebenswichtigen großen Fragen der Nation, die allein der Führer regelt. Vor unserem Führer Adolf Hitler schweigt alle Kritik. Wenn der Führer ruft und befiehlt, dann hat jedermann bedingungslos zu folgen und zu gehorchen, wer immer es auch sei.

Der Führer hat allen Deutschen seine Hand hingestreckt und den heißen Willen zur Versöhnung in seinem Aufruf vom 20. August erneut ausgesprochen. Ich weiß, dass dieses große Ziel in kurzer Zeit erreicht ist. Ein besonders erfreuliches Anzeichen hierfür bietet meines Erachtens die Tatsache, dass das Wahlergebnis gezeigt hat, wie unerschütterlich gerade unsere deutsche Arbeiterschaft treu zu Adolf Hitler steht.

90 Prozent des deutschen Volkes haben sich stolz zum Führer des Reiches bekannt, sie geben dem Führer die Kraft, das Deutsche Reich zum Aufstiege zu führen. Sie werden mit uns darüber wachen, dass sein Werk gelingt. In wenigen Jahren wird dann das ganze Volk wie ein einziger Mann in gläubiger Gefolgschaft zu Adolf Hitler stehen! Daran zu arbeiten, ist unsere größte und schönste Aufgabe.“

Wegen Verbreitung einer beschlagnahmten Zeitung verurteilt

Berlin, 15. Oktober (1934), (Frankfurter Zeitung)
Vor dem Berliner Sondergericht hatten sich drei Personen zu verantworten, die eine **beschlagnahmte Nummer der „Züricher Post“ weiterverbreitet** hatten. Die ausländische Zeitung druckte in dieser Nummer den Brief eines sich im Ausland aufhaltenden Kruse mit Behauptungen über den Reichstagsbrand ab. Der 37jährige Hugo Jacob hatte als **Zeitungshändler** die Nummer der „Züricher Post“ einer Kundin übergeben. Die Kundin, eine 33 Jahre alte Selma Marcus, fertigte von dem Brief einige **Durchschriften**, von denen sie eine dem dritten Angeklagten, dem 28jährigen Richard Wolf, übergab. Alle drei wurden gemäß dem Antrage des Staatsanwalts zu je **einem Jahr Gefängnis verurteilt**. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, dass die Handlungsweise der Angeklagten eine gemeine und niederträchtige Brunnenvergiftung gewesen sei.

Der Fall „Enneccerus“

(23.10.1934)

Durch das Hamburger Tageblatt wurde die Angelegenheit, die allorts berechnigte Empörung auslöste, bereits zum Teil bekannt. Major Enneccerus, eifriger Ludendorffianer, wohnt im Hause Isestraße 15. Als am vergangenen Eintopf-Sonntag der politische Leiter - stundenlang ist er bereits treppauf, treppab unterwegs - zum Sammeln vorspricht, erscheint Frau

Enneccerus in der Tür: „Ich habe nichts - überhaupt nichts über!“ erklärt sie und wiederholt diese Antwort auf Nachfrage nochmals mit schriller Stimme. Einen einzigen Groschen hat sie zuletzt, nicht ohne dabei mit lauter Stimme über die ewige verfluchte Bettelei loszuzetern! Und ist dann noch empört, als der politische Leiter kehrt macht und auf den Groschen verzichtet - ein Wortschwall folgt - eine Tür schlägt schmetternd ins Schloss.

Das war der Vorgang! Er löste beim Volk begreifliche Reaktion aus, als er bekannt wurde. Hunderte von Volksgenossen zogen am Bußtag vor das Haus, in dem Major Enneccerus wohnt - laute Pfuirufe, Sprechchöre machten ihn und seine Majorin nachdrücklich darauf aufmerksam, wie das Volk denkt über ihn und seinesgleichen! Und dann kam die Polizei und nahm die Eheleute Enneccerus in Schutzhaft - zu eigenem Nutz und Frommen. Sie können nun in Ruhe darüber nachdenken, was es heißt, im neuen Reich die Not der Aermsten unseres Volkes zu verhöhnern - eine gute Wohnung in teurer Gegend zu bewohnen - dem Winterhilfswerk aber Bettelpfennige hinzuwerfen! Und auch ihre Gesinnungsgenossen kommen durch diesen Vorfall vielleicht zum Nachdenken.

Schutzhaft

(Oktober 1934)

Wie die **Bamberger politische Polizei** mitteilt, wurde der Gastwirt Joseph Eck von der Gastwirtschaft „Schlüssel“ in **Schutzhaft** genommen und in das

Landgerichtsgefängnis eingeliefert, weil er **das Eintopfgericht sabotiert** und in Zusammenhang damit den Reichskanzler beleidigt habe. Das Verhalten Ecks, insbesondere am ersten Eintopfsonntag, habe allgemeine Empörung ausgelöst, so dass die Schutzhaft notwendig geworden sei. Gegen Eck werde außerdem Strafanzeige erstattet werden.

Zweimal in Schutzhaft wegen Zurückweisung des Hitlergrußes

(
1934)

Der „**Informationsdienst**“, die amtliche Korrespondenz der Deutschen Arbeitsfront, bringt unter der Ueberschrift: „Mancher lernt es nie!“ folgenden Bericht:

„Ein Schulbeispiel dafür, dass manche Leute mit verbundenen Augen durch die letzten zwei Jahre gegangen sind, ohne den Sinn der neuen Zeit auch nur entfernt begriffen zu haben, bietet ein Vorfall, der uns über das **Presse- und Propagandaamt der Deutschen Arbeitsfront** mitgeteilt wird.

Der Innungsmeister Schröder aus Kiel erlaubte sich die Frechheit, einen seiner Lehrlinge **nach Hause zu schicken**, weil er morgens den Betrieb mit dem Gruß „Heil Hitler“ betrat. Dieser edle Zeitgenosse begründete sein Verhalten mit der überaus witzigen Bemerkung, er sei nicht Herr Hitler, sondern er sei Herr Schröder, und in seinem Betrieb heiße es infolgedessen nicht „Heil Hitler“, sondern „Guten Morgen, Herr Schröder“. Darüber Ueberlegungen anzustellen, gab

er seinem Lehrling einen Tag Zeit. Dieser Lehrling überlegte sich den Fall und tat das einzig Richtige, was hier zu tun war, nämlich er machte der Kreisleitung der Deutschen Arbeitsfront von dem eigentümlichen Vorfall Mitteilung. Herr Schröder wurde **zunächst in Schutzhaft genommen**, später wieder entlassen. Die Lehre, die er aus seinem Vorgehen ziehen sollte, wurde ihm aber von einer Seite erteilt, von der er sie bestimmt nicht erwartet hatte.

Gegen Abend **sammelte sich eine mehrhundertköpfige Volksmenge**, vorwiegend Arbeiter, vor seinem Hause und demonstrierte mit einem großen Plakat des Inhalts: „Ich bin nicht Herr Hitler, ich bin Herr Schröder“ gegen diesen bemerkenswerten Innungsmeister, der zu seinem persönlichen Schutz vor der erbitterten Volksmenge **abermals vom Ueberfallkommando in Schutzhaft genommen werden** musste. Dieser Vorfall ist unwichtig, soweit er sich nur auf die persönliche politische Anschauung des Herrn Schröder bezieht. Denn, dass es Außenseiter gibt, ist für keinen Einsichtigen eine Neuigkeit. Bemerkenswert aber ist die Einstellung des schaffenden Volksgenossen gegenüber solchen Elementen, die sich von selber aus der Volksgemeinschaft ausschließen und die innere Ordnung durch ihre persönliche Nörgelei zu stören versuchen. Dem Herrn Schröder in Kiel, der offensichtlich die letzten zwei Jahre verschlafen hatte, ist durch dieses Erlebnis ein „Guten Morgen“ zugerufen worden, das nicht nur ihm, sondern manchem anderen eine deutliche Warnung bei dem Versuch sein sollte, das Gemeinschaftsempfinden dieser Zeit durch Selbstherrlichkeit und Eigenbrötelei zu stören.

Personenregister - eine Auswahl

Als Quellen wurden hauptsächlich benutzt:

Wolfgang Benz, Hermann Graml: Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.

Friedemann Bedürftig: Lexikon Drittes Reich, München 1997.

Allwörden, Wilhelm von (1892 - 1955), Senator in Hamburg. Ab 1930 Propagandaleiter der NSDAP, ab 1933 Fraktionsführer der NSDAP, besaß das goldene Parteiabzeichen. 1933-1945 Senator der Kultur- und Schulbehörde, der Fürsorgebehörde und Aufsicht über das Staatsarchiv, Gauamtsleiter der NSV, wurde 1943 Wirtschaftsbeauftragter des Reichsstatthalters Karl Kaufmann.

Althaus, Paul, Prof. Dr. (1888 Obershagen - 1966 Erlangen), ev. Theologe. Sohn eines luth. Theologieprofessors. Im Ersten Weltkrieg Lazarettpfarrer in Polen. Ab 1919 Prof. in Rostock, ab 1925 Prof. in Erlangen für systematische und neutestamentliche Theologie. Lutherforscher, Dogmatiker und Ethiker. Während d. Weimarer Zeit politische Zugehörigkeit zur nationalen Rechten. „Aber auch der aufkommende Nationalsozialismus fand in ihm einen verständnisvollen Fürsprecher, was nicht zuletzt aus seiner politischen Theologie resultierte. Er vertrat die Lehre der sogenannten Uroffenbarung, nach der sich der Wille Gottes neben der Offenbarung in Christus auch in den geschichtlichen Ordnungen wie Volkstum, Rasse und Nation manifestiere. Diese Lehre (...) führte zur theologischen Legitimation des Nationalsozialismus und verpflichtete die Kirche, das ‘völkische Wollen’ in die politische Tat umzusetzen. (...) Völlig unkritisch kommentierte A. denn auch 1933 die Machtergreifung Hitlers (...). Als Mitverfasser des ‘Ansbacher Ratschlags’ distanzierte er

sich 1934 energisch von der Bekennenden Kirche, hielt aber auch stets zu den Deutschen Christen einen gewissen Abstand.“ (Benz/Graml, 1988, S. 10.) Nach der NS-Zeit bis zur Emeritierung (1956) akademischer Lehrer und Prediger in Erlangen. 1926-1964 Präsident der Luthergesellschaft.

Andersen, Friedrich (1869 Genf - 1940 Braunschweig), Theologe, Mitbegründer und Bundeswart des Bundes für deutsche Kirche. Pfarrerssohn. Ab 1900 bis zur Pensionierung Hauptpastor an der Johanneskirche in Flensburg. Wortführer der kirchlichen Rechten, Verfechter historischer Bibelkritik, radikaler Gegner des Alten Testaments und aller „jüdischen Trübungen der reinen Jesuslehre“. Trat schon 1928 als Redner für die NSDAP auf und wurde später Schulungsleiter. (Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd.1. 1990.)

Apfel, Alfred, Dr. (1882 Düren - 1940 Marseille), Rechtsanwalt. Bis 1933 Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Verteidiger in politischen Strafprozessen. 1909 Gründer und bis 1922 Präsident des Verbandes der jüdischen Jugendverbände Deutschlands. 1926 Vorsitzender der Berliner Zionistischen Vereinigung. 1933 Emigration nach Frankreich.

Barney, Paul (1884 Wien - 1960 Wien-Alsergrund), Theaterintendant, Theaterleiter, Schriftsteller. Sohn des Schauspielers und Hofrats Ludwig B. 1904-1914 Schauspieler und Regisseur in Danzig, Düsseldorf und Bremen. 1914-1918 engagiert an der Wiener Volksbühne. 1921-1933 Intendant der Vereinigten Theater in Breslau. 1933 seines Amtes enthoben und seines Vermögens beraubt.

Ging nach Wien zurück, dort von 1934-1936 Mittdirektor des Wiener Raimundtheaters. 1936-1938 Direktor des Stadttheaters Reichenberg. 1938 Flucht nach Ungarn. Dort bis 1945 Lektor des Palladis-Verlages und Romanschriftsteller. 1945 Rückkehr nach Wien, bis 1948 an verschiedenen Theatern als Schauspieler und Regisseur tätig. Ab 1948 Direktor des Wiener Volks-Theaters.

Bebel, August (1840 Köln-Deutz - 1913 Passugg/Schweiz), Politiker. Drechslermeister, schloss sich 1861 der deutschen Arbeiterbewegung an, wurde 1867 Vorsitzender des Verbandes Dt. Arbeitervereine, ab 1867 Mitgl. d. Reichstages (Unterbrechung 1881-1883), gründete 1869 mit Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, wurde deren Vorsitzender, 1872 wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung in Festungshaft, baute die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu einer Massenpartei aus.

Benn, Gottfried (1886 Mansfeld/Westprignitz - 1956 Berlin), Dichter, Arzt. 1914-1917 Militärarzt, Arzt an einer Prostituiertenklinik in Antwerpen, Facharzt in Berlin, 1935 Aufgabe seiner Praxis, lebte nach 1945 wieder als praktizierender Arzt in Berlin. Seine Werke galten in der NS-Zeit als 'dekadent'. B. wurde als Asphaltliterat der Weimarer Republik bezeichnet. 1939 aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen, erhielt Schreibverbot, arbeitete als Militärarzt in Hannover.

Bernhard, Georg (1875 Berlin - 1944 New York), Journalist. Hrsg. einer eigenen Wirtschaftszeitschrift. Kam 1908 in die Verlagsleitung des Ullstein-Verlages, leitete ab 1914 zusammen mit dem Chefredakteur Hermann Bachmann die vom Ullstein-Verlag übernommene renommierte konservative Vossische Zeitung. 1920, nach dem Ausscheiden Bachmanns, gab B. der Zeitung eine linksliberalere Prägung. Während des Ersten Weltkrieges noch Befürworter des Militarismus, lehnte B. ihn später ab, trat

für die Verständigung mit Frankreich ein. Wurde wegen seiner Mitwirkung in jüdischen Vereinen durch antisemitische Hetze bedroht. Ab 1928 Mitgl. d. Reichstages (Deutsche Demokratische Partei). 1929/30 als Chefredakteur gestürzt, nachdem er sich gegen seinen Förderer Franz Ullstein gestellt und mit vielen anderen - völlig zu Unrecht - die zweite Ehefrau Ullsteins der Spionage für Frankreich bezichtigt hatte. Keine Nominierung mehr für den Reichstag, Übernahme der Geschäftsführung des Reichsverbandes Deutscher Waren-Kaufhäuser. 1933 Emigration nach Paris, redigierte dort das Pariser Tageblatt. 1941 Flucht nach New York, dort Arbeit für den American Jewish Congress.

Beyer, Hermann, Prof. Dr. (1898 Annarode - 1943 „gefallen“), Theologe. Ab 1925 Privatdozent für Kirchengeschichte in Göttingen; ab 1926 Ordentlicher Prof. in Greifswald; Dez. 1933-Jan. 1934 Kirchenminister der Deutschen Evangelischen Kirche; 1936 Professur in Leipzig. Mitgl. d. Glaubensbewegung Deutscher Christen.

Blöcker, Otto (1915 - 1933), HJ-Mitglied. Wohnte in der Straße Falkenried im Hamburger Stadtteil Eppendorf. Wurde im SA Lokal Falkenburg im Falkenried von das Lokal stürmenden Kommunisten erschossen. Die NSDAP stilisierte B. zum Märtyrer. Sein Todestag wurde in den Hamburger Schulen als offizieller Gedenktag begangen.

Blomberg, Werner von (1878 Stargard/Pommern - 1946 in amerikanischer Haft in Nürnberg), Reichskriegsminister. 1936 Ernennung zum Generalfeldmarschall des Dritten Reichs. B. hatte: „bei der Entmachtung der SA während der Röhm-Affäre (30.6./1.7.34) dem Morden wohlwollend zugeschaut und danach die Reichswehr auf Hitler (...) vereidigen lassen“. (Bedürftig, 1997, S.43.) 1937 entmachtet wegen seiner kritischen Äußerungen zur Hitlerschen Kriegspolitik.

Bodelschwingh, Friedrich von (1877 Bielefeld - 1946 Bielefeld), Leiter d. Anstalten in Bethel bei Bielefeld. Die Leitung v. Vater übernommen. Am 27.5.1933 v. d. ev. Landeskirchen zum Reichsbischof bestimmt. Am 24.6.1933 zurückgetreten, nachdem der Kultusminister Staatskommissar August Jäger für kirchliche Angelegenheiten eingesetzt hatte, der B. übergeordnet wurde. Kämpfte ab Herbst 1940 gegen die Euthanasie, erreichte, dass „die Maßnahmen beendet wurden, und aus Bethel kein Kranker abgeholt wurde.

Bonhoeffer, Dietrich, Prof. Dr. (1906 Breslau - gehängt 1945 im Lager Flossenbürg/Oberpfalz), Theologe. Sohn des Arztes und Prof. für Psychiatrie und Neurologie Karl B. 1928 Vikar in Barcelona, 1929 Vikar in Berlin-Wedding. 1930 Habilitation in Systematischer Theologie. Ab 1931 Vorlesungen an der Berliner Universität, Studentenpfarrer an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg. Seit dem Kirchenkampf für die Bekennende Kirche aktiv. Ab Oktober 1933 Pfarrer an zwei deutschen Gemeinden in London. Ab April 1935 übernahm er zusammen mit 25 Vikaren: „die Leitung des in Strohütten zwischen den Dünen am Ostseestrand von Zingst notdürftig eingerichteten illegalen pommerschen Predigerseminars (...), 1937 durch Heinrich Himmler aufgelöst, aber erst 1940 von der Geheimen Staatspolizei endgültig geschlossen“. (Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd.1. 1990.) 1936 Verlust der Lehrbefugnis an der Berliner Universität. „Mit seinen ausländischen Beziehungen und Erfahrungen stellte sich B. der Widerstandsbewegung zur Verfügung. (...) Am 5.4.1943 wurde B. in seinem Elternhaus von der Geheimen Staatspolizei verhaftet.“ (Ebenda.) Stationen seiner Inhaftierung: Gefängnis der Geheimen Staatspolizei in Berlin, KZ Buchenwald, Schönberg, Lager Flossenbürg. Dort vom Standgericht zum Tode verurteilt und gehängt.

Breit, Thomas (1880 Ansbach - 1966 Augsburg), Ober-

kirchenrat. 1903 Ordination; 1908 Pfarrer in Augsburg; 1914-1918 Feldgeistlicher; 1925 Dekan in Hof; 1933-1945 Oberkirchenrat in München; 1936-1938 Vorsitzender des Rates der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands im Sekretariat Berlin. 1947-1959 Mitgl. d. bayerischen Senats.

Breitscheid, Rudolf, Dr. rer. pol. (1874 Köln - 1944 KZ Buchenwald), Politiker. Redakteur und Korrespondent, Mitgl. d. Berliner Stadtverordnetenversammlung, 1908 Gründung der Demokratischen Vereinigung, ab 1912 Mitgl. d. SPD, Soldat im Ersten Weltkrieg, danach Pazifist. Schloss sich der USPD an. Hrsg. deren Wochenschrift Der Sozialist. Nach der Novemberrevolution für kurze Zeit Innenminister. Von 1920 Mitgl. d. Reichstages (zuerst für USPD dann für SPD), trat für die Vergesellschaftung der Banken ein. 1926-1930 Mitgl. d. deutschen Völkerbundkommission. 1931-1933 Mitgl. d. Parteivorstandes der SPD. Nach Hitlers Machtergreifung Emigration im April 1933 in die Schweiz, dann nach Paris, dort tätig für die SPD-Auslandspresse. 1941 Auslieferung durch die französische Polizei an die Gestapo. Haft in Paris, dann KZ Sachsenhausen, ab 1943 zusammen mit seiner Frau im KZ Buchenwald.

Brückner, Helmuth (1896 Peilau/Reichenberg – 1951 in sowjet. Gefangenschaft in Sibirien), Gauleiter. Nach d. Ersten Weltkrieg Beteiligung an d. Grenzkämpfen in Oberschlesien. 1921 Staboffizier einer d. Selbstschutzgruppen. Nach 1924 Redakteur bei der Schlesischen Volksstimme. Mitgl. d. NSDAP. 1924-1926 Stadtverordneter in Breslau, Gauleiter der NSDAP in Schlesien. Hrsg. d. Gauzeitung Schlesischer Beobachter. 1930 Gründung des Breslauer Zentral Verlags. 1930 in d. Reichstag und 1932 in d. Preußischen Landtag gewählt (NSDAP). 1932 Landesinspekteur Ost (Parteiaufsicht über Schlesien, Ostpreußen und Danzig). 1933 Oberpräsident d. Provinz

Oberschlesien in Breslau. 1933 Beförderung zum SA-Gruppenführer. Wegen seiner Kritik am Röhm-Putsch 1934 seiner Ämter enthoben und aus d. Partei ausgeschlossen, kam in Schutzhaft.

Budge, Emma (1852 - 1937), Kulturmäzenin. Besaß mit ihrem Mann, einem jüdischen Kaufmann, das Budge-Palais am Harvestehuder Weg 12 in Hamburg und eine große Kunstsammlung. Das Ehepaar, welches sein Vermögen in den USA gemacht und sich Anfang des 20. Jhd. in Hamburg zur Ruhe gesetzt hatte, förderte Hamburgs Kultur und wollte nach seinem Ableben sein Vermögen der Stadt Hamburg überlassen. Doch nach der Machtergreifung durch die Nazis änderte E. B. das Testament, vermachte ihr Vermögen jüdischen Verwandten und Einrichtungen. Doch die Nazis konnten mit Hilfe der ihr hörigen Justiz den Großteil des Vermögens an sich reißen.

Bürckel, Josef (1894 Lingenfeld - 1944 Selbsttötung), NS-Statthalter in Österreich. Lehrer, 1926 Gauleiter der NSDAP Rheinpfalz, 1930 Reichstagsabgeordneter (NSDAP), Nachfolger v. Papens als Saarbevollmächtigter der Reichsregierung. Nach der Saarabstimmung 1935 Reichskommissar für das Saarland. Nach Anschluss Österreichs Gauleiter von Wien, ab 1938 Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich.

Busch, Fritz (1890 Siegen - 1951 London), Dirigent. Vater Musiker, ab 1912 städtischer Musikdirektor in Aachen. Nach dem Ersten Weltkrieg Generalmusikdirektor an der Stuttgarter Hofoper. Setzte sich ein für zeitgenössische Musik. 1922-1933 Generalmusikdirektor in Dresden. Erhielt hohes Ansehen und großen Erfolg. „Als 1933 aufgrund einiger unzweideutiger Äußerungen B.s über den Nationalsozialismus ein Intrigenspiel gegen ihn einsetzte, (...) eine Aufführung des ‘Rigoletto’ am 7. März 1933 (..) niedergeschrien (...)“ wurde und er: „das Dirigenten-

pult verlassen und einem anderen Dirigenten Platz“ machen musste, hatten die Nazis eine Handhabe, B. abzusetzen. Emigration nach England, dort großen Erfolg mit den von ihm ins Leben gerufenen Festspielen in Glyndebourne. (Benz/ Graml, 1988, S. 51.)

Dibelius, Otto (1880 Berlin - 1967 Berlin), ev. Theologe. 1921 Mitgl. d. Oberkirchenrats, 1925 Generalsuperintendent in Kurmark, 1933 als Mitgl. d. Bekennenden Kirche suspendiert, 1945-1966 Bischof der ev. Kirche von Berlin-Brandenburg, 1949-1961 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, 1954-1961 einer der fünf Präsidenten des Ökumen. Rates der Kirchen.

Dingeldey, Eduard Dr. (1886 Gießen - 1942 Heidelberg), Rechtsanwalt, Politiker. Sohn eines Kirchenrates. Promotion in Jura und volkswirtschaftl. Studium. Verwaltungsdienst, Rechtsanwalt, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei (DVP), verheiratet mit einer Tochter aus der Industriellenfamilie Merck, Mitgl. d. Hessischen Landtages. Parteivorstand der DVP auf Reichsebene. Ab 1928 Mitgl. d. Reichstages. Wegen der Wahlerfolge der NSDAP 1930 verfolgte die DVP die Schaffung einer „Staatsbürgerpartei“ der Mitte. D. wurde deren Parteivorsitzender. Ab 1932 immer mehr gegen SPD und Zentrumspartei eingestellt, Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. B. wurde zum: „reinen Interessenvertreter von Wirtschaftskreisen“. Nach 1933 wieder als Rechtsanwalt tätig. (Benz/ Graml, 1988, S. 62.)

Dohrmann, Dr. (1881 - 1969), Feldbischof der Wehrmacht. Dr. der Theologie an der Uni Greifswald. 1914-1919 Feldgeistlicher. Ab 1934 Feldbischof.

Dollfuß, Engelbert, Dr. (1892 Texing/Niederösterreich - 1934 Wien), Politiker. Kanzler. 1932 Kanzler einer bürgerlichen Koalition. Zur wirtschaftlichen Gesundung des

Staates Einholung einer wirtschaftl. Anleihe aus dem Ausland. Der Preis: Verzicht auf Anschluss an Deutschland. Kein Problem: für D., er suchte eher den Kontakt zum faschistischen Italien. 1933 Gründung der vaterländischen Front, wurde zur einzig legalen Partei Österreichs. 1933 Verbot der KP und der österreichischen NSDAP. Blutige Zerschlagung der Sozialdemokratie beim Februar-Putsch 1934. „Den nationalsozialistischen Terror aber bekam er trotz Wiedereinführung der Todesstrafe und Einrichtung von Anhaltelagern [österreichische Konzentrationslager] nicht in den Griff: Er fand bei der Besetzung des Kanzleramtes während eines NS-Putsches den Tod.“ (Bedürftig, 1997, S. 81.)

Dürrfeld, Christian, (? - ?). Kirchenrat der Landeskirche Kurhessen Waldeck. Freikorpskämpfer, Mitgl. d. NSDAP.

Einstein, Albert (1879 Ulm - 1955 Princeton/USA), Physiker, Pazifist. Erfinder der Relativitätstheorie. Lehrte von 1909-1914 an den Universitäten Zürich und Bern. 1914-1932 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Berlin. 1933-1955 in Princeton tätig. 1896 Schweizer Staatsangehörigkeit, weil E. die militärstaatliche Verfassung Deutschlands ablehnte. Entschiedener Gegner des Ersten Weltkrieges. 1916 Mitgl. d. Vereinigung Gleichgesinnter (Pazifisten), gegründet nach dem Verbot der Deutschen Friedensgesellschaft und anderer pazifistischer Organisationen. Einsetzen für die deutsch-französische Verständigung. In der Weimarer Zeit: Forderung nach Abschaffung aller stehenden Heere und des Kriegsdienstes. 1932 nach Morddrohungen Emigration. Nach dem Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki erneute Forderung der totalen Abrüstung.

Engels, Friedrich (1820 Barmen/Wuppertal - 1895 London), Politiker, Philosoph. Sohn eines pietistischen Textilfabrikanten. Kaufmännische Lehre, schloss sich der li-

terarischen Bewegung Junges Deutschland an, beendete seine Ausbildung in Manchester, wo er mit der Arbeiterfrage konfrontiert wurde. Wurde Sozialrevolutionär, veröffentlichte das Buch Die Lage der arbeitenden Klasse in England (1845). Damit legte er die Grundlagen für die politische Ökonomie des Marxismus. Befreundet mit Karl Marx, veröffentlichten zusammen Bücher, so das „Kommunistische Manifest“. Während der bürgerlichen Revolution in Deutschland 1848 Redakteur der Neuen Rhein Zeitung, nahm 1849 am Pfälzer Aufstand teil und emigrierte nach England. Dort Arbeit im väterlichen Zweigwerk in Manchester, unterstützte Karl Marx finanziell, begründete mit Marx den Marxismus.

Euringer, Richard (1891 Augsburg - 1953 Essen), Schriftsteller. Während des Ersten Weltkrieges Feldpilot. Nach dem Krieg - nun im Rang eines Hauptmannes - Abschied von der Armee, Studium der Kunstgeschichte und Volkswirtschaft. Durch die Inflation in finanzielle Schwierigkeiten geraten, Abbruch des Studiums, Holzknecht in einem Sägewerk. Später Verlagsangestellter, nach 1933 Leiter der Stadtbibliothek in Essen, später freier Schriftsteller, lebte in Stadtlohn in Westfalen. Erfolg mit Kriegs- und Fliegergeschichten. Während des Zweiten Weltkrieges tätig in der Kriegsgeschichtlichen Abteilung eines Generalstabes.

Falk, Alfred (1896 - ?), Journalist. Kriegsdienstverweigerer im Ersten Weltkrieg. 1928-1930 Redakteur der pazifistischen Monatsschrift Der Krieg. März 1933 Emigration nach Straßburg. Mitbegrün. und Vizepräsident der Ligue Allemande pour la Défense des Droits de L'Homme et du Citoyen, Section Strasbourg, setzte sich für die Nobelpreiskampagne für Carl v. Ossietzky ein. 1935 Rückzug aus dem politischen Geschehen wegen Enttäuschung über die Exilpolitik. 1939 Internierung in Poulon. Nach 1944 wohnhaft in Nizza.

Fehling, Jürgen (1885 Lübeck - 1968 Hamburg), Regisseur und Schauspieler. Sohn eines Lübecker Senators, studierte Theologie und Jura, wandte sich von der großbürgerlichen Familie ab und dem Theater zu, wurde am Berliner Theater am Nollendorfplatz als Schauspieler engagiert und wurde einer der bedeutendsten Regisseure der 20-er und 30-er Jahre. Entwickelte am Leopold Jeßner Stadttheater einen eigenen Stil, der in den 20-er Jahren als „Überwindung des Reinhardt'schen Theaters und als expressionistischer Realismus“ gefeiert wurde. (Benz/ Graml, 1988, S. 84.) Nach 1933 Arbeit an Gründgens Berliner Staatstheater. 1947 Direktor des Hebbel-Theaters.

Feuchtwanger, Lion Dr. (1884 München - 1958 Pacific Palisades/Los Angeles), Schriftsteller. F. entstammte einer großbürgerlich-jüdischen Familie, studierte Philosophie, schrieb eigene Stücke und Theaterkritiken für Jacobsohns Schaubühne und war mit Bertolt Brecht befreundet. Entwickelte politisches Engagement nach dem Ersten Weltkrieg und der Zerschlagung der Münchner Räterepublik. International bekannt durch den Roman „Jud Süß“ (1925). Bearbeitung von historischen Stoffen, Ziehen von Parallelen zwischen Geschichte und Gegenwart. Kritiker der politischen Zustände seiner Zeit. 1933 öffentliche Verbrennung seiner Werke. Emigration nach Frankreich. 1940 Flucht aus einem französischen Internierungslager über Portugal in die USA.

Fezer, Karl, Dr. (1891 Geislingen-Steige - ?), Prof. für praktische Theologie. 1933 von der Vertretung der ev. Kirche zurückgetreten. Ab 1934 Rektor der Universität Tübingen.

Fischer, Ruth (Geburtsname: Elfriede Eisler, verh. Gohlke) (1895 Leipzig - 1961 Paris), Politikerin. Tochter eines Philosophieprofessors, Jugendjahre in Wien, studier-

te Philosophie und Nationalökonomie. Mitgl. d. SPÖ, gehörte 1918 zu den Gründerinnen der KPÖ, initiierte Hunger- und Friedensdemonstrationen. 1919 nach Berlin gezogen, wurde sie 1921 Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin. Übernahm 1924 die Parteileitung. 1924 Wahl in den Reichstag. Nach der Auflösung des Reichstages Verhaftung, nach der Wiederwahl in den Reichstag aus der Haft entlassen. Wegen innerparteilicher Richtungskämpfe Verlust der Parteileitung (1925). 1926 Ausschluss aus der KPD. 1928 Erlischen des Reichstagsmandats. Seitdem Sozialfürsorgerin in Berlin. 1933 Flucht nach Paris und 1940 über Portugal in die USA. Nach dem Krieg Rückkehr nach Paris.

Flor, Wilhelm (1882 Oldenburg - 1938 Leipzig), 1923 Oberlandesgerichtsrat in Oldenburg. 1931 Reichsgerichtsrat in Leipzig; 1934 Mitgl. d. ersten Vorläufigen Kirchenleitung; 1937 Leiter der sächsischen Bekenntnissynode.

Förster, Friedrich Wilhelm, Dr. (1869 Berlin - 1966 Kilchberg b. Zürich), Pädagoge, Pazifist. Vater Astronom, Freidenker und Neu-Platoniker. Der Sohn folgte den väterlichen Fußstapfen, avancierte in der ethischen Bewegung zum Redner und Publizisten, wurde Prof., lehrte in Zürich, Wien und von 1914-1920 in München. „Das freigeistige Erziehungsideal aufgebend, wandte er sich einer religiösen Interpretation der Lebenswirklichkeit zu, die christlich-abendländischen Werten und katholischen Grundsätzen verpflichtet war. Durch seine wissenschaftlichen Werke erlangte F. als der bedeutendste deutsche Pädagoge seiner Zeit Weltruhm.“ (Benz/ Graml, 1988, S. 89.) Lehnte während des Ersten Weltkriegs die militaristische Politik Deutschlands ab. 1917 von Kaiser Karl I. nach Wien eingeladen, um über die Lösung der österreichischen Frage zu diskutieren. 1918/19 Berufung zum Gesandten in Berlin. Forderung nach einer geistig-moralischen Neuorientierung als Voraussetzung für den „Wie-

deraufbau Europas und der Überwindung des preußisch-deutschen Militarismus“. (Benz/ Graml, 1988, S. 90.) Nach Morddrohungen von Seiten Rechtsradikaler 1922 Flucht in die Schweiz und nach Paris. Weiterhin Kritik an der deutschen Politik wegen ihres militaristischen Denkens und ihrer Weigerung der Anerkennung der nach 1918 geschaffenen Friedensgrundlagen. 1940 Flucht über Portugal in die USA.

Franck, James, Prof. Dr. (1882 Hamburg - 1964 Göttingen), Physiker. Erhielt 1925 zusammen mit seinem Mitarbeiter Gustav Hertz den Nobelpreis für ihre Experimente in der Atomphysik. Nach dem Ersten Weltkrieg Arbeit in dem von Fritz Haber geleiteten Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie, Prof. in Berlin und von 1920-1933 Prof. für Experimentalphysik in Göttingen. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten zunächst vom Berufsverbot gegen jüdische Beamte und Beamtinnen befreit, da während des Ersten Weltkriegs Kriegsfreiwilliger gewesen, doch aus Protest gegen die Nazis Niederlegung seine Professur. 1933 Emigration in die USA. 1938-1947 Prof. in Chicago, nahm während des Zweiten Weltkrieges an der Entwicklung der Atombombe teil, warnte 1945 die Regierung der USA vor deren Einsatz.

Franck, Philipp, Prof. (1860 Frankfurt a. M. - 1944), Kunstpädagoge, Maler, Radierer. Ab 1892 Prof. der Kgl. Kunstschule Berlin, ab 1915 Direktor der Kunstschule. Mitgl. d. Senats der Akademie der Künste. Vorsitzender des künstlerischen Prüfungsamtes in Preußen.

Francke, August Hermann (1663 Lübeck - 1727 Halle), Hauptvertreter des Hallischen Pietismus. Bibelstudien, Sprachstudien, Lehrtätigkeit in Leipzig. Ab 1691 Prof. der griechischen und hebräischen Sprache an der Haller Universität. Ab 1698 Prof. der Theologie und 1715 Pfar-

rer an der Ulrichskirche in Halle. 1696 Errichtung des Pädagogiums, eine Ritterakademie für Söhne wohlhabender Eltern. Rief die „Franckeschen Stiftungen“ ins Leben, wirtschaftl. sichergestellt durch die Franckesche Buchhandlung, Apotheke und andere Stiftungen. In den F. Stiftungen wurden über 2000 Kinder unterrichtet. „Katechismuslehre (...) und fleißige Lektüre der Heiligen Schrift, sorgfältige Aufsicht, damit nichts Böses aufkomme, Erweckung eines regen Gebetslebens und eines ‘väterlichen Christentums mit aller Liebe und Sanftmut’, das waren die Kernstücke der F.schen Pädagogik.“ (Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd.2. 1990.) F. begründete die deutsche evangelische Misson.

Frank, Hans, (1900 Karlsruhe - 1946 Nürnberg), Jurist, Politiker. In den 20-er Jahren bereits SA-Mann, ab 1926 Rechtsanwalt in München, wurde Hitlers Rechtsberater und Verteidiger. 1927 Referent für Rechtsangelegenheiten in der Reichsleitung der NSDAP, 1930 Leiter der bei der Reichsleitung neu gebildeten Rechtsabteilung, dort für die rechtliche Betreuung und Beratung des gesamten Parteiapparats zuständig. Ab 1930 Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des Rechtsausschusses. 1928 Gründung des Bundes Nationalistischer Deutscher Juristen. 1933 bayerischer Justizminister und Reichsjustizkommissar. Nach dem Übergang der Justizverwaltungen der Länder auf das Reich: Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Ab 1939 Leitung der deutschen Zivilverwaltung in Polen. 1939-1945 verantwortlich für das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete. Wegen Kompetenzstreitigkeiten mit Himmler und weil er: „die Bedeutung der Juristen für die Festigung der NS-Herrschaft überbetont“ (Benz/Graml, 1988, S. 92.) hatte, 1942 Enthebung aus allen seinen Ämtern. 1946 in Nürnberg wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt.

Freisler, Oswald, Dr. jur. (1895 Hameln - ?), Rechtsanwalt und Notar. Ab 1924 Rechtsanwalt in Kassel. Ab 1927 Mitgl. d. NSDAP, Mitgl. d. NS-Juristenbundes. Ab 1933 Gauführer der DNSDJ Gau Kassel. Mitgl. d. Akademie für Deutsches Recht.

Freisler, Roland, Dr. (1893 Celle - 1945 Berlin), Rechtsanwalt, während der NS-Zeit Präsident des Volksgerichtshofes. 1925 Eintritt in die NSDAP, ab 1933 Staatssekretär im Reichsjustizministerium, zuständig für die Organisation des Juristenwesens. Gleichzeitig Schriftleiter der Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht, beeinflusste mit seinen Veröffentlichungen die NS-Rechtslehre. 1942 Vertretung seines Ministeriums auf der Wannseekonferenz. Im selben Jahr Ernennung zum Präsidenten des Volksgerichtshofes. 90% seiner Gerichtsverfahren endeten mit dem Todesurteil oder lebenslänglicher Haftstrafe. Während eines Bombenangriffes auf das Gerichtsgebäude wurde er von einem herabstürzenden Balken erschlagen.

Freud, Sigmund, Prof. Dr. (1856 Freiberg/Mähren - 1939 London), Psychoanalytiker. Ab 1886 in Wien eigene Praxis. Entwickler der Psychoanalyse. 1912 Gründung der Zeitschrift Imago, Diskussionsplattform für die Psychoanalyse. 1930 Goethepreis. 1933 öffentliche Verbrennung seiner Werke. 1938 Emigration nach England, wo er bis zu seinem Tod praktizierte.

Frick, Wilhelm, Dr. (1877 Alsenz/Pfalz - 1946 Nürnberg), Beamter, Politiker, Reichsinnenminister. Vom Bezirksassessor zum Leiter der politischen Polizei in der Polizeidirektion München, 1924 Reichstagsabgeordneter (NSDAP). Ein Jahr zuvor wegen seiner Unterstützung des Hitlerputsches im November 1923 zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilt - zur Bewährung ausgesetzt. 1928-1945 Fraktionsvorsitzender der NSDAP im

Reichstag. 1930-1931 Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen. 1933 Ernennung zum Reichsinnenminister. 1939 Ernennung zum Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung. Auf Betreiben Goebbels 1943 seines Amtes enthoben (Gründe: Hitlers Ressentiments gegen Juristen und Bürokraten und das Festhalten F.s an eine staatliche Regelmäßigkeit). Von nun an: Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichsprotector von Böhmen und Mähren. Im Hauptkriegsverbrecherprozess von Nürnberg zum Tode verurteilt.

Furtwängler, Wilhelm (1886 Berlin - 1954 Ebersteinburg b. Baden-Baden), Dirigent, Komponist. Vater Archäologieprofessor. Bereits im Alter von elf Jahren Komposition eines Oratoriums. 1906 dirigierte er sein erstes Konzert in München. 1928 Ernennung zum Generalmusikdirektor bei den Berliner Philharmonikern. 1933 erster Staatskapellmeister in Berlin, im selben Jahr Übernahme der Berliner Staatsoper. Seinen internationalen Ruhm nutzten die Nazis für sich und F. erhielt den Titel eines Preußischen Staatsrats. 1947 von der Entnazifizierungskammer in Berlin freigesprochen, Chef der Berliner Philharmoniker.

Gempp, Walter (1878 Rodach/Coburg - 1939 Berlin), deutscher Feuerwehrexperte. Maschinenbaustudium, 1906 zur Berliner Feuerwehr. 1923 Oberbranddirektor von Berlin. 1933 widersprach G. der These der Nationalsozialisten von der kommunistischen Brandstiftung (Reichstagsbrand), deshalb Schikanen ausgesetzt. Folge: Entlassung. 1937 Verhaftung und Anklage wegen angeblichen Amtsvergehens, wurde erdrosselt in seiner Zelle aufgefunden.

Gerlach, Hellmut von (1866 Mönchmotzelnitz/Schlesien - 1835 Paris), Jurist, Publizist. Sohn eines preußischen Rittergutbesitzers. Nach dem Ersten Weltkrieg, Pazifist, linksliberal, setzte sich für einen Verständigungsfrieden

ein, baute das Leitorgan der Friedensbewegung, die Welt am Montag auf. Ab 1919 Unterstaatssekretär im Preußischen Innenministerium - dort zuständig für das Polen-Dezernat. Trat ein für die deutsch-polnische Aussöhnung. 1919 in den Rat des Internationalen Friedensbureaus gewählt, arbeitete für die Carnegie-Stiftung, von 1922-1930 als Deutschland Korrespondent tätig. „1930 unterstützte er die Gründung der Radikaldemokratischen Partei. Für den inhaftierten Ossietzky übernahm er im Mai 1932 die Leitung der ‘Weltbühne’. Anfang März 1933 flüchtete G. ins Pariser Exil, wo er von der nun vom NS-Regime ausgehenden Bedrohung des Friedens warnte. An den Vorbereitungen zur Bildung einer deutschen Volksfront beteiligt, erwarb er sich große Verdienste an der Kampagne für die Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Carl v. Ossietzky.“ (Benz/ Graml, 1988, S. 104.)

Gierke, Anna von (1874 Breslau - 1943 Berlin), Jugendfürsorgerin. Tochter des Rechtsgelehrten Otto v. G. Gründete 1904 den Verein Jugendheim, leitete diesen 25 Jahre lang. Trat ein für die Fachausbildung der weiblichen Jugend, forderte die obligatorische Einrichtung der hauswirtschaftlichen Vollpflichtschule für alle schulentlassenen 14-jährigen Mädchen. Wurde Leiterin der Ausbildungsstätten des Vereins Jugendheim in Charlottenburg und Vorsitzende des Stadtverbandes der Berliner Frauenvereine. Ab 1919 deutsch-nationales Mitgl. d. Nationalversammlung, später des Reichstages.

Goebbels, Joseph, Dr. (1897 Rheydt - 1945 Berlin), Journalist, Politiker. Sohn eines Buchhalters, Jesuitenschüler, wegen eines verkrüppelten Fußes wehruntauglich, studierte während des Ersten Weltkrieges Germanistik. Begann nach erfolglosen Versuchen der schriftstellerischen Betätigung als Redakteur bei einer völkischen Zeitung. Ab 1924 Mitgl. d. NSDAP, ab 1926 Gauleiter von Berlin, ab 1928 Mitgl. d. Reichstages, ab 1930 Reichspropaganda-

leiter der NSDAP, ab 1933 Minister für Volksaufklärung und Propaganda, Präsident der Reichskulturkammer. „Der außergewöhnlich talentierte Redner entwickelte einen fast religiösen Führerkult, trieb die Ächtung und Entrechtung der Juden voran, organisierte den Progrom der Kristallnacht und flankierte mit Kampagnen die außenpolitischen Aktionen Hitlers in Presse und Rundfunk.“ (Bedürftig, 1997, S. 139.) 1944, zwei Tage nach dem Attentat auf Hitler, zum Generalbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz ernannt. Einen Tag nach dem Freitod Hitlers - ebenfalls Freitod. Mit in den Tod nahm er seine Frau und die gemeinsamen sechs Kinder.

Göring, Hermann (1893 Rosenheim - 1946 Nürnberg), Politiker. Sohn eines Kolonialbeamten. Erziehung im Kadettenkorps, während des Ersten Weltkriegs Jagdflieger, erhielt höchste Auszeichnungen. Ab 1921 Mitgl. d. NSDAP, wurde 1922 von Hitler mit dem Aufbau der SA betraut. 1923 beim Hitler-Putsch schwer verwundet, dadurch Morphium abhängig wegen unerträglicher Schmerzen. Ab 1928 Reichstagsabgeordneter, ab 1932 Reichstagspräsident. Ab 1933 Reichsminister für die Luftfahrt, ab 1934 Reichsforst- und Reichsjägermeister sowie Oberbefehlshaber der Luftwaffe, ab 1938 erster Generalfeldmarschall, ab 1940 Reichsmarschall. G. war der zweite Mann nach Hitler. Nach dem Zweiten Weltkrieg im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess zum Tode verurteilt, konnte sich Gift beschaffen und sich dadurch durch Selbsttötung der Hinrichtung entziehen.

Grohé, Josef (1902 Gemünden – 1988 Köln) Politiker. Angestellter, 1922 Mitbegründer der Ortsgruppe der NSDAP Köln, Gaugeschäftsführung für Rheinland-Süd, 1931 Gauleiter von Köln-Aachen. 1933 preuß. Staatsrat, 1933 Mitgl. d. Reichstages, Reichsverteidigungskommissar, 1942 Reichskommissar für die besetzten Gebiete Belgien und Nordfrankreich. 1945-1950 in Haft.

Großmann, Kurt (1897 Berlin - 1972 Petersburg/Florida), politischer, pazifistischer Schriftsteller. 1926-1932 in Berlin Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte. 1933 Flucht in die Tschechoslowakei, 1938 Flucht nach Paris, 1939 in die USA emigriert. Nach dem Zweiten Weltkrieg für die Jewish Agency for Palestine auf dem Gebiet der Wiedergutmachung tätig.

Gumbel, Emil (1891 München - 1966 New York), Mathematiker, Publizist. Sohn eines Münchner Privatbankiers, studierte Mathematik und Nationalökonomie, Nach dem Ersten Weltkrieg Pazifist. Schloss sich 1915 dem Bund Neues Vaterland, der späteren Deutschen Liga für Menschenrechte an, trat mit Veröffentlichungen zu den Themen „Frieden“ und „Aussöhnung mit Frankreich“ hervor. Ab 1923 Privatdozent für Statistik in Heidelberg. 1932 von Rechtsextremisten diffamiert, daraufhin Entlassung von seinem Universitätsposten. Noch vor der Machtübergabe durch die Nazis Emigration nach Paris und Lyon. 1940 Emigration nach New York, dort an die New School for Social Research tätig. In den 50-er Jahren zeitweilig Gastprof. in Berlin und Hamburg.

Haber, Fritz, Prof. Dr. (1868 Breslau - 1934 Basel), Chemiker. Ab 1911 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin. Während des Ersten Weltkrieges wurde das Institut eine Kriegsforschungsinstitution, H. ließ Gaskampf- und Gasschutzmethoden entwickeln. Da während des Ersten Weltkrieges Kriegsteilnehmer gewesen, war er - obwohl er, wie es damals hieß, „nichtarisch“ war - vom Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nicht betroffen. Doch aus Protest gegen die Entlassung seiner jüdischen Mitarbeiter Rücktritt von seinem Amt, Emigration nach England.

Hamel, Carl, Dr. med. (1870 Düren - 1949), Hygieniker. Geheimer Regierungsrat, Präsident des Reichsgesundheitsamtes. Mitgl. d. Hygiene-Komitees des Völkerbundes in Genf. Ab 1902 im Reichsgesundheitsamt angestellt. Ab 1906 Regierungsrat. Ab 1918 im Reichsamt des Innern tätig. Dort 1922 zum Ministerialdirigenten ernannt. Ab 1926 Präsident des Reichsgesundheitsamtes.

Hammels, Joseph (1868 - 1944 Neunkirchen), Weihbischof. Ab 1922 Pfarrer an St. Gereon in Köln. Ab 1924 Weihbischof in Köln.

Hanfständl, Ernst, Dr. (1887 München - 1975 München), Auslandspresseschef der NSDAP, Publizist. Studium der Kunstgeschichte. 1922 Mitgl. d. NSDAP. 1923 Kontaktmann der Partei zur Auslandspresse. Teilnehmer am Hitlerputsch. 1924-1928 Studium der Geschichte. 1930 Promotion. 1931 Wiedereintritt in die NSDAP. 1932 Auslandspresseschef der NSDAP. Seit 1934 bei Hitler in Ungnade gefallen. H. kritisierte die zunehmende Brutalität des Regimes. 1937 Flucht nach London. 1939-1942 und 1944-1946 Internierung. 1942-1944 Berater für psychologische Kriegsführung in den USA. Nach dem Zweiten Weltkrieg als „Entlasteter“ eingestuft.

Hansmann, Wilhelm (1886 Eichlinghofen - 1963 Dortmund), Kommunalpolitiker. Mitgl. d. Arbeiter- und Soldatenrates. Ab 1919 Landrat im Landkreis Hörde. 1929-1931 Landrat in Ennepe-Ruhr. Vorsitzender der SPD Stadtratsfraktion Dortmund. 1928-1933 Mitgl. d. Preußischen Landtages. Führend in der Dortmunder Sozialdemokratie. März 1933 von den Nazis schwer mißhandelt. März 1933 Flucht ins Saargebiet. 1935 Flucht nach Frankreich. 1939 Internierung. Flucht, Illegalität und Untergrundarbeit. 1942 Flucht in die Schweiz. 1945 Rückkehr nach Deutschland. 1945 Mitgl. d. ersten Dortmunder Rats-

versammlung. 1946 Oberbürgermeister von Dortmund. 1946-1954 Oberstadtdirektor von Dortmund.

Hauer, Wilhelm, Prof. Dr. (1881 Ditzingen - 1962 Tübingen), völkisch religiöser Philosoph, Indologe, Religionswissenschaftler. Über eine Lehre als Maurer und geprägt durch den schwäbischen Pietismus Hahn'scher Prägung ab 1906 Ausbildung im Basler Missionshaus zum Missionar, danach in England und Indien tätig. In Indien von 1907-1922 Leiter einer High School für junge Inder. Studierte neu- und altindische Religionen, später in Tübingen und Oxford Studium der klassischen Sprachen, Sanskrit, Philosophie und Religionsgeschichte, wurde der erste Fachgelehrte der indischen Religionsgeschichte und der alt- und neuindischen Sprachen. 1915-1919 Vikar in Reutlingen. Geriet wegen seines religiösen Toleranzdenkens mit seiner Behörde in Konflikt. Kündigung, Gründung des „Köngenerschen Bundes“ für dessen Zeitschrift *Unser Weg* (später genannt: *Kommende Gemeinde*) er als Hrsg. fungierte. 1921 Habilitation, ab 1925 Prof. an der Universität Marburg, 1927-1945 Ordinarius für altindische Sprachen und Religionswissenschaften in Tübingen. Bedingt durch die in den 30-er Jahren erfolgte Zunahme der „Gottlosenbewegung“ wollte er alle freireligiösen und deutschgläubigen Gruppen zur Deutschen Glaubensbewegung vereinigen. Dies gelang ihm bei einer Tagung in Eisenach am 30. Juli 1933. „Nachdem er jedoch im Ringen um das Festhalten der religiösen Linien gegenüber Kräften, die eine Politisierung der Bewegung anstrebten, unterlag, legte er im April 1936 die Leitung nieder.“ (Munzinger-Archiv 1998.) H. anerkannte die damaligen politischen Verhältnisse. 1945 interniert, 1948 freigelassen.

Havemann, Gustav (1882 Güstrow – 1960 Berlin), Konzertmeister. Ab 1911 Lehrer am Kgl. Konservatorium in Leipzig. Ab 1915 Konzertmeister der Kgl. Kapelle in

Dresden. 1933 Mitgl. d. Präsidialrats der Reichsmusikkammer. Vorsitzender des Kampfbandes für Deutsche Kultur. Mitgl. d. NSDAP. 1933 forderte er: jüdische Mitglieder sind im neuen Deutschland nicht mehr tragbar. Vorsitzender des Reichskartells deutscher Berufsmusiker.

Heckert, Friedrich (1884 Chemnitz - 1936 Moskau), Politiker. Maurerlehre, 1902 Eintritt in die SPD. 1908-1912 in der Schweiz. 1912-1918 Emigration. Vorsitzender d. Bauarbeiterverbandes Chemnitz. 1916 Mitgl. d. örtlichen Spartakus-Gruppe. 1917 Eintritt in die USPD. Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates. 1920-1936 Mitgl. d. Zentrale bzw. ZK der KPD. 1924-1933 Mitgl. d. Reichstages. 1928 Mitgl. d. Büros des Reichsausschusses des Bundes der Freunde der Sowjetunion. 1932-1934 Vertreter der KPD bei den Komintern Moskau. 1935 Mitgl. d. EKKI.

Heitmüller, Friedrich (1888 Völksen - 1965 Hamburg), Prediger und Evangelist. 1910 Eintritt ins Predigerseminar Basel; 1912 Gründung d. Friedensgemeinde in Hamburg; 1918 Wiedereintritt in d. Gemeinde Holstenwall; 1934 Austritt aus der Landeskirche und Gründung der Freien Evangelischen Gemeinde; 1952 Präsident des Internationalen Bundes Freier Gemeinden mit Gliedkirchen in 14 Ländern.

Henningsen, Harry (1895 - 1943), Stellvertreter des Reichsstatthalters Karl Kaufmann.

Hertz, Gustav, Prof. Dr. (1887 Hamburg - 1975 Berlin), Physiker. Neffe des Physiker Heinrich Hertz. Erhielt 1925 zusammen mit James Franck den Nobelpreis (Elektronenstossversuche, Wechselwirkung zwischen Gasatomen und Elektronen, wichtig für die Entwicklung der Quantenphysik). 1925 Berufung an die Universität Halle, ab 1927 Leitung des sich im Aufbau befindenen physikalischen

Instituts an der Technischen Hochschule Berlin. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten - obwohl zu den damals sogenannten „Nicht Arier“ gehörend - zunächst nicht entlassen, da während des Ersten Weltkrieges Kriegsteilnehmer gewesen. 1935 Entziehung der Prüfungsberechtigung. Nun Leitung eines Forschungslaboratoriums der Siemens-Werke. 1945 in die Sowjetunion. Leitung des Aufbaus einer wissenschaftlich-technischen Forschungsinstitution. Lehrte in Leipzig von 1954 bis zur Emeritierung Atom- und Kernphysik.

Heß, Rudolf (1894 Alexandria/Ägypten - 1987 Berlin), Stellvertreter Hitlers. Kaufmann. Lehre. 1920 Mitgl. d. NSDAP. Nach gescheitertem Putsch von 1923: während der Festungshaft Hitlers Sekretär. 1933 Stellvertreter Hitlers, kaum Einfluss. 1941 Reise nach England - ohne dazu eine Direktive zu haben - um Friedensverhandlungen durchzuführen. Von Hitler für „verrückt“ erklärt. Erhielt während der Nürnberger Prozesse als einziger „lebenslänglich“. Ab 1966 der einzige Häftling im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis. Freilassungsbegehren scheiterten am sowjetischen Veto.

Heuß, Theodor (1884 Brackenheim b. Heilbronn - 1963 Stuttgart), Publizist, Politiker, Bundespräsident. Studium der Geschichte u. Nationalökonomie. Mitarbeiter Friedrich Naumanns. 1912 Chefredakteur d. demokratischen Neckar-Zeitung. 1918-1922 Schriftleitung d. Wochenzeitschrift Deutsche Politik. 1920-1933 Dozent f. Zeitgeschichte und Verfassungsfragen an d. Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Ab 1924 Mitgl. d. Vorstandes des Deutschen Werkbundes. 1924-1928 als Mitgl. d. DDP (Deutsche Demokratische Partei) und von 1930-1933 als Mitgl. d. Deutschen Staatspartei Abgeordn. im Reichstag. Stimmte 1933 trotz Bedenkens dem Ermächtigungsgesetz der Nazis zu. Während der NS Zeit publizistisch tätig. 1945 Lizenzträger der Rhein-Neckar-Zeitung, 1945/

46 Kultusminister von Württemberg-Baden, 1948 Vorsitzender der FDP, 1948/49 Mitgl. d. Parlamentarischen Rats. Mitverfasser des Grundgesetzes. 1949 erster Bundespräsident der BRD.

Himmler, Heinrich (1900 München - 1945 Lüneburg), gelernter Landwirt, früher Eintritt in NSDAP und SS, ab 1929 Reichsführer der SS, ab 1933 Polizeipräsident von München, baute mit Heydrich den Sicherheitsdienst der SS auf. 1934 hauptverantwortlich für die Morde bei der Röhm-Affäre, ab 1936 Chef der Deutschen Polizei. Cheforganisator der „Endlösung“, Oberbefehlshaber über die Konzentrationslager. 1943 von Hitler zum Nachfolger Fricks als Innenminister und zum Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt. Nach Versagen als Oberbefehlshaber aller Ämter enthoben, beging nach Kriegsende Selbsttötung.

Hindemith, Paul (1895 Hanau - 1963 Frankfurt), Komponist. Ab 1908 Besuch des Konservatoriums in Frankfurt. 1915-1922 Konzertmeister im Frankfurter Opernhausorchester, 1922-1929 Bratschist im Amar-Quartett. Vertreter unkonventioneller neuer deutscher Musik, gehörte zur musikalischen Avantgarde. Konzert- und Kammermusiken, Opern (z. B. Cardillac und Mathis der Maler). Ab 1927 Dozent an der Musikhochschule Berlin. 1934/35 Lehr- und Aufführungsverbot. 1940 Emigration in die USA, dort lehrte er bis 1953 in Yale. 1953-1956 Prof. an der Universität Zürich und Dirigent auf Konzertreisen.

Hindenburg von Beneckendorff, Paul von (1847 Posen - 1934 Neudeck), Politiker. Truppen- und Generalstabsoffizier, Kommandierender General, 1911 in den Ruhestand. Konservativ. 1914 wieder zum Militär, Sieg bei Tannenberg: „Zurückschlagung“ der in Deutschland einmarschierenden Russen. Nun „Held der Ostfront“. 1916

Führer der Obersten Heeresleitung. 1925 Reichspräsident. „1932, nun gegen Hitler und erst in der Stichwahl, im Amt bestätigt. Zwar hielt er sich als Staatsoberhaupt an die Verfassung, untergrub sie aber zugleich durch inflationären Einsatz von Notverordnungen, als seit 1930 kaum noch Mehrheiten im Reichstag herzustellen waren. Die so etablierten Präsidialkabinette mündeten in Hitlers Kanzlerschaft und nach Hindenburgs Tod in die Diktatur des ‘böhmischen Gefreiten’, wie H. Hitler meist abschätzig genannt hatte“. (Bedürftig, 1997, S.161.)

Hinkel, Hans (1900 Worms - 1960 Göttingen), Politiker. Reichstagsabgeordneter (NSDAP). 1930-1933, Schriftsteller in Berlin.

Hirschfeld, Magnus, Dr. (1868 Kolberg - 1935 Nizza), Sexualwissenschaftler. Ab 1910 Facharzt für psychische Leiden in Berlin. Kämpfte für die rechtliche Gleichstellung und soziale Anerkennung von Homosexuellen. 1897 Gründung des Wissenschaftlich-humanitären Komitees. 1919 Gründung des Berliner Instituts für Sexualwissenschaft, welches 1924 als Dr. Magnus Hirschfeld Stiftung in staatliche Hand übergang. Hier Ausbildung in Sexualberatung, hier Eröffnung der ersten deutschen Eheberatungsstelle, hier auch Erstellen von juristischen und medizinischen Gutachten in Sexualstrafsachen. H. wurde 1928 zu einem der drei Präsidenten der Weltliga für Sexualreform gewählt. 1933 Demolierung des Instituts durch nationalsozialistische Studenten, öffentliche Verbrennung von H's. Werken. H., der sich in dieser Zeit gerade auf Weltreise befand, kehrte nicht nach Deutschland zurück, ging nach Paris. Dort Gründung des Instituts des Sciences Sexologiques.

Hitler, Adolf (1889 Braunau - 1945 Berlin), Sohn eines Zöllners aus Österreich. Kunstmaler und Gelegenheitsarbeiter, Gefreiter im Ersten Weltkrieg. 1918 Mitgl. d. rechts-

extremen Splittergruppe Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Unter seinem Vorsitz wurde die Partei zur Massenpartei NSDAP. Putschte erfolglos 1923 gegen die Republik. Schrieb in der Haftzeit das Buch Mein Kampf. Wiedergründung der NSDAP im Jahre 1925. Agitierte gegen Marxisten, Juden und Demokraten. 1933 zum Reichskanzler ernannt, nun Ausschaltung der Konservativen, Linken und Demokraten. In der Röhm-Affäre Beseitigung der letzten innerparteilichen Gegner. Nach dem Tod Hindenburgs: 1934 Errichtung der durch Führerkult geprägten Diktatur. Seine Weltanschauung über Raum und Rasse führten zum zweiten Weltkrieg und zu Massenmorden. Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Berlin: Freitod im Führerbunker zusammen mit seiner Frau Eva Braun.

Hölz, Max (1889 Röderau-Bobbensen - 1933 ertrunken bei Gorki), Politiker. 1918 Mitgl. d. USPD, von 1919 der KPD, Führer bewaffneter Arbeiterabteilungen im Vogtland, zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt. 1928 freigelassen. 1929 in die UDSSR emigriert.

Holz, Karl (1895 Nürnberg - 1944), NS-Gauleiter von Franken. Kaufmännischer Angestellter. Ab 1920 Mitgl. d. Deutsch-sozialistischen Partei, 1922 dann Mitgl. d. NSDAP. Schriftleiter beim Stürmer, Stadtrat in Nürnberg und 1933 Mitgl. d. Reichstages. 1942 an Stelle Streichers Übernahme der kommissarischen Leitung des Gaues Franken. Kurz nach dem 20. April 1945: Freitod.

Horn, Karl, Dr. (1869 Neustrelitz - 1942 Hamburg), Hauptpastor und Senior in Hamburg. Sohn eines Hofrates und Kammersekretärs. Ab 1898 Pastor in Mirow/Mecklenburg-Strelitz. Ab 1902 Konsistorialassessor und Mitgl. d. theologischen Prüfungskommission in Neustrelitz. „H. arbeitete seit 1902 zahlreiche bedeutsame Gesetze und Verordnungen aus und führte viele Pastoren in ihr Amt ein. Als seine Werke galten die Umstel-

lung der Naturalienbezüge der Geistlichen in ein festes Geldeinkommen und das Pensionsgesetz. 1904 wurde er mecklenburgischer Landessuperintendent, Konsistorialrat und Hofprediger.“ (Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd.16. 1999.) Ab 1916 bis zu seiner Pensionierung Hauptpastor an St. Jacobi in Hamburg. Vorsitzender der Liturgischen Konferenz Niedersachsens. 1929-1933 Senior (Leitung der Geistlichkeit) der Hamburger Landeskirche. H.: „vertrat eine konservativ-orthodoxe theologische Position. Seine Haltung zum Nationalsozialismus war schwankend, was zu seinem Sturz als Senior im Mai 1933 beitrug“. (Ebenda.)

Hossenfelder, Joachim (1899 Cottbus - 1976 Lübeck), Reichsleiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen. 1917 Kriegsdienst; 1919 Freikorpskämpfer; 1923 Ordination; 1925 Pfarrer in Simmenau/Oberschlesien; 1929 Eintritt in die NSDAP; 1932 Mitbegründer und erster Reichsleiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen.; Ab 1933 Geistlicher Vizepräsident Evangelischer Oberkirchenrat Berlin; Bischof des Bistums Brandenburg. Sept.-Nov. 1933 Minister in der Reichskirchenregierung; Dez. 1933 Enthebung aus allen Ämtern; 1935 Kampf- und Glaubensgemeinschaft Deutsche Christen; 1939-31. Juli 1945 Pastor in Potsdam (Friedenskirche); 1953 Versetzung in den Ruhestand; 1954-1969 Pfarrer in Ratekau/Eutin.

Hugenberg, Alfred (1865 Hannover - 1951 Kükensbrunn b. Rinteln), Politiker. Sohn eines Mitgl. d. Preußischen Landtages. Studium Jura und Volkswirtschaft. 1890 Gründung des Alldeutschen Verbandes. Bis 1907 im preußischen Staatsdienst. 1909 Vorsitzender der Friedrich Krupp KG. 1918 bei Krupp ausgeschieden, 1919 Reichstagsabgeordneter für die DNVP. Aufbau eines Pressekonzerns. Gegner der parlamentarischen Demokratie. 1928 Parteivorsitzender der DNVP, wollte Bündnis mit der NSDAP.

Von Hitler 1933 zum Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister ernannt. Musste wenige Monate später abdanken, weil Hitler ihn nicht mehr benötigte. Auflösung der DNVP. Blieb bis 1945 Mitgl. d. Reichstages, musste aber einen großen Teil seines Presseimperiums verkaufen. Nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Entnazifizierung als „Entlasteter“ eingestuft.

Jacobsohn, Hermann, Prof. Dr. (1879 Lüneburg - 1933 Marburg), Sprachwissenschaftler (Indogermanistik). Ab 1911 Prof. an der Marburger Universität. 1933 Freitod.

Jäger, August (1887 Diez/Lahn - hingerichtet 1949 Posen), 1921 Landgerichtsrat in Wiesbaden; 1933 Eintritt in die NSDAP und Amtswalter für evangelische Angelegenheiten in der Reichsleitung der Partei; 1933 Leiter der Kirchenabteilung des Preußischen Kultusministeriums; 1. Juli 1933 Ministerialdirektor; 24. Juni-17. Juli 1933 Staatskommissar für den Bereich sämtlicher evangelischer Landeskirchen Preußens; 12. April-26. Oktober 1934 rechtskundiges Mitgl. d. Geistlichen Ministeriums in der Reichsregierung („Rechtsverwalter“); 1936 Senatspräsident beim Kammergericht in Berlin; 1939 stellv. Chef der Zivilverwaltung im Warthegau, später Regierungspräsident als allgemeiner Vertreter des Reichstatthalters.

Jochum, Eugen (1902 Babenhausen/Unterallgäu - 1987 München), Dirigent. 1934-1949 Generalmusikdirektor in Hamburg, 1949-1960 Chefdirigent des Sinfonieorchesters des Bayerischen Rundfunks und Gastdirigent der Berliner Philharmoniker, des Concertgebouworkest, der Bamberger Symphoniker, der Deutschen Oper Berlin.

Joos, Joseph (1878 Wintzenheim b. Colmar - 1965 St. Gallen), Politiker. Lehre als Modelltischler, ab 1901 Redakteur der Ober-Elsässischen Landeszeitung, später Redakteur der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung, dem Organ

der Katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands. Ab 1905 dort Chefredakteur. Mitgl. d. Zentrumspartei. 1919-1933 Mitgl. d. Nationalversammlung bzw. des Reichstages. Engagierte sich für die demokratische Republik. 1927 Leiter d. Reichsverbandes d. katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, 1928 Vorsitzender der Katholischen Arbeiterinternationale. Im selben Jahr stellvertretender Parteivorsitzender der Zentrumspartei. Wollte 1932 Koalition zwischen Zentrum und NSDAP, um letztere: „durch die Regierungsverantwortung zu ‘zähmen’“. (Benz/Graml, 1988, S. 163). Stimmte als einer der wenigen gegen das Ermächtigungsgesetz. Folge: Ende seiner politischen Laufbahn, nun noch tätig in der katholischen Sozialbewegung. 1938 als Franzose aus Deutschland ausgebürgert. 1940 interniert. 1941-1945 im Ausländerlager Dachau. Nach seiner Befreiung wieder tätig in der katholischen Bewegung, Vorsitzender der Gemeinschaft katholischer Männer Deutschlands.

Kamps, Heinrich (1896 Krefeld - 1954), Maler, Direktor der staatl. Kunstakademie Düsseldorf und Direktor der Staatlichen Kunstschule in Berlin. Nach dem Besuch der Kunstgewerbeschulen in Hamburg und Krefeld und der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkriegs. Ab 1925 Lehrer an der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf, zwischen 1930 und 1933 Direktor der Staatlichen Kunstschule in Berlin-Schöneburg. Bis zur Entlassung 1937 Prof. an der Staatlichen Akademie für bildende Künste in Berlin. 1946 wieder als Prof. an der Kunstakademie in Düsseldorf eingestellt. Leitung der Akademie von 1948 bis zu seinem Tod im Jahre 1954.

Kaufmann, Karl (1900 Krefeld - 1969 Hamburg), Reichsstatthalter von Hamburg (1933-1945), NS-Gauleiter (1929-1945). Kriegsfreiwilliger. Ab 1921 Mitgl. d. NSDAP. 1922-1929 Leiter der Parteigau Rheinland und

Ruhr. 1928 Mitgl. d. Preußischen Landtages, kam auf Wunsch Hitlers 1929 nach Hamburg. 1930 Mitgl. d. Reichstages. 1933 von Hitler zum Reichsstatthalter von Hamburg ernannt. 1945 verzichtete er gegen das britische Militär einen „Kampf um Hamburg“ zu befehlen. Wurde nach der Befreiung vom Nationalsozialismus verhaftet und 1946 in Nürnberg vom Internationalen Gerichtshof als Zeuge verhört. Erhielt keinen Prozess, wurde 1948 wegen gesundheitlicher Schäden infolge eines Unfalls aus der Haft entlassen.

Kautsky, Karl (1854 Prag - 1938 Amsterdam), Sozialist. Gehörte der österreichischen Sozialdemokratie an, war enger Mitarbeiter Friedrich Engels, gründete 1853 das theoretische SPD-Organ Die Neue Zeit. War Hauptverfasser des Erfurter Programms der SPD, setzte marxistisches Gedankengut in die SPD, bekämpfte später den Bolschewismus. War von 1917-1921 Mitgl. d. USPD, danach wieder Mitgl. d. SPD. 1938 Emigration nach Amsterdam.

Kerr, Alfred, Dr. (1867 Breslau - 1948 Hamburg), Theaterkritiker. Studium der Geschichte, Philosophie und Germanistik. Schrieb für die einflussreichsten Blätter der Jahrhundertwende, wurde 1909 fester Mitarbeiter des Tag, schrieb ab 1917 für das Berliner Tageblatt, wurde zu einem gefürchteten Kritiker des Berliner Theaterlebens. Warnte vor dem Nationalsozialismus, emigrierte 1933 nach Paris. Ab 1935 in London ansässig und Mitarbeiter der BBC, führte mit seinen Veröffentlichungen und Sendungen einen Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Kessel, Fritz (1887 Niewodnik/Schlesien - ?), Bischof in Ostpreußen. 1917 Ordination und Pfarramt in Kaltwasser; 1920 Pfarrer in Badenfurt/Brasilien; 1928 Pfarramt in Berlin-Spandau; 1932 Mitbegründer der Glaubensbewegung Deutsche Christen; 1933 Reichspropagandaleiter der Deutschen Christen; 1933 Bischofsamt in Kö-

nigsberg; 1. Oktober 1936 Pensionierung nach Einsetzung des ostpreußischen Provinzialkirchenausschusses.

Kinder, Christian, Dr. (1897 Plön - 1972 Hamburg), Prä- sident des Landeskirchenamtes Kiel. Rechtsanwalt in Al- тона, 1925 Konsistorialrat in Kiel; Gauleiter der Deutschen Christen (DC)-Landesgruppe des Gaus Nord-West; 1933 Bevollmächtigter von Staatskommissar Jäger in Schleswig- Holstein; Dez. 1933 bis September 1935 Reichsleiter DC; 1937-1943 Präsident des Landeskirchenamtes Kiel; 1943 Universitätskurator; nach 1945 Kaufmann in Hamburg.

Klausener, Erich, Dr. (1885 Düsseldorf - 1934), Verwaltungsbeamter und Führer der Kathol. Aktion. Sohn eines Geheimrates, wurde 1910 Regierungsassessor. Im Ersten Weltkrieg Rittmeister und Leutnant. 1924-1926 Mi- nisterialdirektor im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt. Wurde 1926 Leiter der Polizei-Abteilung am Preußischen Ministerium des Innern. War Mitgl. d. Zentrums-Partei und Führer der Katholischen Aktion. 1933 seines Amtes enthoben. Erhielt wegen seiner Freundschaft mit Reichsverkehrsminister Frhr. Eltz von Rübenaу An- stellung im Verkehrsministerium. Bekam wegen seines Eintretens für die Katholische Aktion Schwierigkeiten mit den neuen Machthabern. Äußerte 1934 auf dem Katholi- kentag in Berlin öffentlich Kritik am Vorgehen der Re- gierung gegen die Kirchen. SS-Obergruppenführer Heydrich gab den Befehl, K. umzubringen. Wurde in sei- nem Amtszimmer erschossen, die Tat als Selbsttötung deklariert.

Klemperer, Otto (1885 Breslau - 1973 Zürich), Dirigent. Ab 1910 am Stadttheater Hamburg. 1914-1917 Stellver- treter Hans Pfitzners an der Straßburger Oper. 1922-1924 Generalmusikdirektor an der Oper in Köln. 1924-1927 in Wiesbaden tätig, danach Generalmusikdirektor der Kroll- Oper in Berlin. Setzte sich für zeitgenössische Musik ein.

Wegen des politischen Aufschwungs der „Rechten“: 1931 Schließung der Kroll-Oper. 1931-1933 Dirigent an der Oper unter den Linden in Berlin. 1932 Verleihung der Goe- the-Medaille. Emigration gleich nach der Machtergreifung durch die Nazis. Im Ausland hohes Ansehen. Ging auf Gastspielreisen in die USA, Sowjetunion, Argentinien etc.

Knolle, Theodor (1885 Hildesheim - 1955), Theologe. Ab 1909 Pfarrer in Magdeburg, 1910-1915 Pastor in Greppin, dann 10 Jahre an der Stadtkirche zu Wittenberg. Ab 1924 Hauptpastor an der Hauptkirche St. Petri in Ham- burg. Gehörte zur Bekennenden Kirche. Ab 1933 General- superintendent (Stellvertreter des Landesbischofs) in Ham- burg. Legte das Amt ein Jahr später nieder wegen Diffe- renzen mit den nationalsozialistischen Deutschen Chri- sten. Ab 1946 Oberkirchenrat im Landeskirchenamt, 1948 Präsident der Landessynode, 1950 Professor für Prakti- sche Theologie an der Kirchlichen Hochschule in Ham- burg, „die 1954 als Evangelisch-Theologische Fakultät in die Hamburger Universität integriert wurde. Im glei- chen Jahr wurde K. von der Synode zum Landesbischof gewählt“. (Biographisch-Bibliographisches Kirchen- lexikon, Bd. 4, 1992.) Ende des Ersten Weltkriegs Mitbe- gründer der Luthergesellschaft. Hrsg. des Luther-Jahrbu- ches. Theologische Ehrendoktorwürde der Universität Halle.

Koch, Erich (1896 Elberfeld - 1986), Gauleiter Ostpreu- ßens und Reichskommissar der Ukraine von 1941-1944. Reichsbahnbeamter, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922- 1926 NS-Parteiführer im Ruhrgebiet, gehörte dem radi- kalen Flügel der NSDAP um Gregor Strasser an. Ab 1928 Gauleiter der NSDAP in Ostpreußen. 1930 Reichstags- abgeordneter. Ab 1933 Mitgl. d. Preußischen Staatsrates. 1933 Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, verantwor- tlich für die Ermordung tausender Polen, Juden und Ukrai- ner. 1950 lieferten ihn die Briten nach Polen aus, dort

angeklagt und zum Tode verurteilt, weil verantwortlich an der Ermordung von 40000 Polen. Wegen angegriffener Gesundheit lebenslange Haft, starb 1986 im Gefängnis von Barczewo.

Koch-Weser, Erich (1875 Bremerhaven - 1944 Rolandia/Brasilien), Politiker. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. 1901 Bürgermeister von Delmenhorst, Mitgl. d. Oldenburgischen Landesparlaments, 1909 Stadtdirektor in Bremerhaven, 1913 Oberbürgermeister von Kassel, zum linken Flügel der Nationalliberalen Partei zugehörig, Anhänger Friedrich Naumanns. 1918 Mitgl. d. DDP. Ab 1919 in der Nationalversammlung. 1919-1921 Reichsinnenminister. 1924 Partei- und Fraktionsvorsitzender der DDP. Wollte eine große Koalition mit der SPD, was diese ablehnte. 1928-1929 Justizminister. Nach dem Scheitern der Liberalen im Reichstag: Niederlegung seiner politischen Ämter, seitdem Rechtsanwalt. 1933 Verbot der Ausübung dieser Tätigkeit wegen K.'s „halbjüdischer Abstammung“. Emigration nach Brasilien, dort als Landwirt tätig.

Koenigs, Gustav (1882 Düsseldorf - ?), Staatssekretär des Reichsverkehrsministeriums Berlin-Charlottenburg. Jura-Studium. Ab 1920 vortr. Rat im Preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Ab 1932 Staatssekretär.

Krauß, Clemens (1893 Wien - 1954 Mexiko), österr. Dirigent. 1929-1934 Direktor der Wiener und von 1934-1936 der Berliner Staatsoper. 1937-1944 Opernintendant in München, war nach 1945 u. a. in Wien tätig.

Krogmann, Carl Vincent (1889 Hamburg - 1978 Hamburg), Erster Bürgermeister von Hamburg. Entstammte einer Reeders- und Kaufmannsfamilie. Ab Mai 1933 Mitgl. d. NSDAP, davor schon für diese Partei als Wirtschaftsberater tätig gewesen. 1933-1938 Regierender Bürgermeister von Hamburg, hauptamtlicher Erster Bei-

geordneter mit dem Titel Bürgermeister von 1938-1945. Ab 1937 Vorsitzender der Deutsch-Französischen Gesellschaft in den Hansestädten. Deren Aufgabe ab 1942: Betreuung der französischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter. 1945 des Amtes enthoben und interniert. 1948 vor einer Bielefelder Spruchkammer angeklagt wegen Zugehörigkeit zum Korps der politischen Leiter - war von 1938-1945 Leiter des NS-Gauamtes für Kommunalpolitik gewesen. Wurde nicht bestraft. Schrieb bis kurz vor seinem Tod noch diverse Bücher.

Kube, Wilhelm (1887 Glogau - 1943 Minsk), Politiker. Studierte Geschichte und Nationalökonomie, gründete 1909 den Deutsch-Völkischen Studentenbund. 1912 Vorsitzender des Völkischen Akademikerverbandes in Berlin. Tätig als Journalist für konservative Zeitungen. Bis 1920 Generalsekretär der Deutsch-konservativen Partei in Schlesien, danach auch bei der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) in Berlin. Ab 1922 Stadtverordneter (DNVP). 1923 aus der DNVP ausgeschlossen - politische Gründe spielten hierbei keine Rolle. Gründung des Deutschen Bismarck-Ordens. 1924 Abgeordneter der Deutsch-völkischen Freiheitspartei im Reichstag. 1928 für die NSDAP im Preußischen Landtag, wurde deren Fraktionsvorsitzender. Ab 1928 Gauleiter des Gau Ostmark. 1933 Gauleiter des Gaus Kurmark. 1932 Bildung einer eigenen nationalsozialistischen Kirchenpartei in Preußen. Aus ihr ging die Reichsorganisation der Deutschen Christen hervor. 1933 Oberpräsident der Provinz Brandenburg und Mitgl. d. Reichstages. 1936 wegen Unstimmigkeiten mit Bormann aus allen Ämtern entlassen. 1941 Generalkommissar für Weißruthenien. Geriet hier in Konflikt mit der SS in der Frage der Endlösungspolitik: Plädierte für die Verschonung der assimilierten deutschen Juden und wollte „nur“ die Tötung der einheimischen Juden. Fand bei einem Sprengstoffattentat, durchgeführt von seinem Dienstmädchen, einer russischen Partisanin, den Tod.

Kuyper, Elisabeth (1877 Amsterdam - 1953 Muzzano b. Lugano), niederl. Komponistin und Dirigentin. Bestand 1895 in Amsterdam mit Auszeichnung das Examen an der Maatschappij tot Bevordering de Toonkunst, studierte an der Berliner Hochschule für Musik. Ab 1901 Schülerin der Meisterklasse der Akademie der Künste bei dem Komponisten M. Bruch. Wurde 1912 Lehrerin für Theorie und Komposition an der Berliner Hochschule für Musik. Gründete 1910 das Berliner Tonkünstlerinnen-Orchester, leitete dieses als Dirigentin, Wegen gegen sie geführte Intrigen verließ sie 1920 Deutschland. Gründete in den Niederlanden und in den USA weitere Frauenorchester. Zog 1939 in die Schweiz.

Lagarde, Paul Anton (1827 Berlin - 1891 Göttingen), Orientalist, Philosoph. Trat für die Bildung einer nationalen Kirche und für die Trennung von Staat und Kirche ein. Verfasste antiliberalen und antisemitische kulturkritische Schriften.

Lahmeyer, Gustaf (1889 Roßleben – 1968 Detmoldt), Oberbürgermeister. Studium Jura, Kriegsfreiwilliger. Leutnant der Reserve. Regierungsrat im Preuß. Ministerium für Wissenschaften. Ab 1926 Stadtrat von Kassel, ab 1926 Bürgermeister in Kassel, ab 1933 Oberbürgermeister. Mitglied der NSDAP. Mitgl. des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen.

Lahs, Curt, Prof. (1893-1958), Maler. Prof. an der Hochschule für bildende Künste in Berlin-Charlottenburg (Abt. Kunstpädagogik).

Lassalle, Ferdinand (1825 Breslau - 1864 Genf), Politiker, Publizist. Sohn eines reichen jüdischen Tuchhändlers, studierte Philosophie, Philologie und Geschichte. War beteiligt an der bürgerlichen Revolution von 1848, gehörte zum Kreis um die Neue Rheinische Zeitung, wozu auch

Karl Marx und Friedrich Engels gehörten. Trat ein für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, wollte den Staat mit friedlichen Mitteln hin zu einem sozialistischen Staat verändern, in dem es kein Privateigentum an den Produktionsmitteln gibt. Bald kein Konsens mehr zwischen Marx und L.'s pol. Zielsetzungen. 1863 Mitbegründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), wurde dessen 1. Präsident. Das von L. entworfene Arbeitsprogramm des ADAV bildete u. a. eine theoretische Grundlage für die praktische Politik der Sozialdemokratie.

Lauerer, Hans (1884 Regensburg - 1953 Nürnberg), Theologe. 1913-1918 ev.-luth. Pfarrer in Großgründlach. 1918 bis zu seinem Tod Rektor der ev.-luth. Diakonissenanstalt Neuendettelsau. 1933/34 in Auseinandersetzungen des Kirchenkampfes involviert. Zuerst vermittelnde Stellung einnehmend zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche. Herbst 1933 Ablehnung der Berufung zum luth. Kirchenminister durch Reichsbischof Müller und solidarisch mit dem bayer. Landesbischof Meiser, der sich 1934 von Müller trennte.

Lauterbacher, Hartmann (1909 Kufstein - ?), Gauleiter. Begegnung mit Hitler im Jahre 1925. Wurde Stabsführer der Hitler-Jugend und Stellvertreter des Reichsjugendführers der NSDAP und Jugendführers des Deutschen Reiches (1933-1945). Von 1940-1945 Gauleiter in Süd-Hannover-Braunschweig, SS- und SA-Obergruppenführer, preußischer Staatsrat, Oberpräsident der Provinz Hannover und Reichsverteidigungskommissar.

Lehmann-Russbüdt, Otto (1873 Berlin - 1964 Berlin), Schriftsteller. Gehörte dem Kreis um Gerhart Hauptmann an. Wurde Parlamentsberichterstatter im Reichstag und im Preußischen Landtag. War Mitbegründer des Komitees für deutsch-französische Verständigung. Daraus entwickelte sich kurz vor dem Ersten Weltkrieg der Bund

Neues Vaterland (ab 1921: Deutsche Liga für Menschenrechte) . Bis 1926 Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte. Nach dem Reichstagsbrand verhaftet, doch glücklicherweise irrtümlich entlassen. Flucht nach London. 1951 Rückkehr nach Berlin auf Wunsch Ernst Reuters. Nach dem Zweiten Weltkrieg Ehrenpräsident der Deutschen Liga für Menschenrechte. 1954 Austritt wegen politischer Unstimmigkeiten. Erhielt das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland und die Carl von Ossietzky-Medaille.

Lettow-Vorbeck, Paul von (1870 Saarlouis - 1964 Hamburg), preußischer General. Kommandeur der Schutztruppen in Deutsch-Ostafrika. 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1928-1930 Mitgl. (DNVP) d. Reichstages.

Leventzow, Magnus von (1871 Flensburg - 1939 Berlin), Polizeipräsident. Marineoffiziers-Laufbahn, Konteradmiral. Mitgl. (NSDAP) d. Reichstag von 1932-1933. 1932-1935 Polizeipräsident von Berlin. 1935 vom Potsdamer Polizeipräsidenten SA-Gruppenführer Graf von Helldorf abgelöst.

Ley, Robert, Dr. (1890 Niederbreidenbach/Bergisches Land - 1945 Nürnberg), Politiker. Chemiker bei I.G. Farben, seit 1923 Mitgl. d. NSDAP, 1925 Gauleiter Rheinland-Süd. 1928 wegen Alkoholismus aus dem Dienst entlassen. Ab 1930 Reichstagsabgeordneter. Ab 1933 Leiter des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit (später: Deutsche Arbeitsfront -DAF), damit Chef der größten Organisation im NS-Staat. Mitbegründer der Adolf-Hitler-Schulen und der Ordensburgen. Nahm sich in alliierter Haft das Leben.

Löbe, Paul (1875 Liegnitz - 1967 Bonn), Politiker. Sohn eines Tischlers, Schriftsetzer, 1895 Mitgl. d. SPD. Ab 1898 Redakteur. 1900-1920 Chefredakteur der sozialdemokrati-

schen Volkswacht (Breslau). 1904-1919 Stadtverordneter in Breslau. 1915-1920 Mitgl. d. schlesischen Provinziallandtages. 1921 preußischer Staatsrat. 1920-1933 Mitgl. d. Reichstages. 1924-1932 dessen Präsident. 1924-1933 Vizepräsident der Paneuropa-Union. Juni bis Dezember 1933 inhaftiert, danach als Korrektor tätig. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juni 1944 Inhaftierung im KZ Groß-Rosen. 1948/49 Mitgl. d. Parlamentarischen Rates. 1949-1953 SPD-Abgeordneter im ersten deutschen Bundestag und dessen Alterspräsident.

Ludwig, Emil, Dr. (1881 Breslau - 1948 Moscia/Schweiz), Schriftsteller. Sohn eines jüdischen Augenarztes, Promotion zum Dr. jur., konvertierte zum Christentum (katholisch), lebte ab 1906 in der Schweiz als freier Schriftsteller. Während des Ersten Weltkrieges Korrespondent des Berliner Tageblattes in Wien und Konstantinopel, wurde ein bekannter politischer Publizist und erfolgreicher Schriftsteller. 1933 Öffentliche Verbrennung seiner Bücher. Emigration in die USA, war dort ab 1940 für die US-Regierung als Berater tätig.

Mackensen, August von 1849 Leipnitz - 1945 Burghorn), Generalfeldmarschall. Sohn eines Gutspächters. Studium der Landwirtschaft. 1899 Flügeladjutant Kaiser Wilhelm II. In den Adelsstand erhoben, 1900 Generalmajor. Im Ersten Weltkrieg Oberbefehlshaber der 9. und 11. Armee, eroberte 1915 Serbien und 1916/17 Rumänien. 1915 Generalfeldmarschall. Von den Franzosen interniert, bis 1919 in Gefangenschaft. Danach Rückzug auf sein Gut Falkenwalde in Pommern. 1933 von den Nazis zum preußischen Staatsrat ernannt.

Mann, Heinrich (1871 Lübeck - 1950 Santa Monica/Kalifornien), Schriftsteller. Bruder von Thomas Mann. Buchhändler, Volontär im S. Fischer Verlag, seit 1893 freier Schriftsteller. 1930 Präsident der Sektion Dichtkunst der

Preußischen Akademie der Künste, 1933 Berufsverbot. Emigration nach Frankreich, dort Präsident der Deutschen Volksfront (antifaschistische Tätigkeit). 1940 Flucht in die USA. 1949 Präsident der neugegründeten Deutschen Akademie der Künste in Ost-Berlin.

Mann, Thomas (1875 Lübeck - 1955 Kilchberg/Zürich), Schriftsteller. Ab 1893 ansässig in München. Nach vorzeitigem Abgang vom Gymnasium schriftstellerische Laufbahn. Durch Heirat (1905) finanziell abgesichert. Gehörte dem Großbürgertum an. Seit 1894 Mitarbeiter am *Simplicissimus*. Nach 1922 zunehmend engagiert für die Republik. 1929 Nobelpreis. Von einer Vortragsreise ins Ausland im Jahre 1933 keine Rückkehr nach Deutschland. Lebte in der Schweiz. 1939 Emigration in die USA. 1952 Rückkehr nach Europa.

Marahrens, August (1875 Hannover - 1950 Loccum), Landesbischof von Hannover. 1903 Ordination; 1904 Schloss-prediger in Hannover; 1924 Generalsuperintendent im Kreis Stade; 1927-1947 Landesbischof der ev.-luth. Landeskirche Hannover; 1928-1950 Abt zu Loccum; Nov. 1934-Febr. 1936 Vorsitzender der Vorläufigen Kirchenleitung I; 1936 Gründungsmitglied des Rates der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (Lutherat); 1937-1945 Vorsitzender Landeskirchenführerkonferenz; 1939-1945 Vorsitzender Geistlicher Vertrauensrat der DEK; 1935-1945 Präsident des Lutherischen Weltkonvents.

Marx, Karl (1818 Trier - 1883 London), Philosoph, Nationalökonom. Begründer des Marxismus, schrieb das *Kommunistische Manifest*.

Meiser, Hans, Dr. (1881 Nürnberg - 1956 München), Haupt der ev. -luth. Kirche und Landesbischof in Bayern. Ab 1911 im bayerischen Landesverein für innere Mission

in Nürnberg tätig. Ab 1915 Pfarrer in München. Ab 1922 Direktor des bayerischen Predigerseminars in Nürnberg. 1928 in den ev.-luth. Landeskirchenrat in München berufen. 1933 von der Landessynode der ev.-luth. Landeskirche in Bayern zum Kirchenpräsidenten gewählt - nun Landesbischof. War Vertreter der Bekenntniskirche, deshalb 1934 seines Amtes enthoben, doch wegen des darauf erfolgten massiven Protestes aus den Gemeinden, wenige Wochen später wieder eingesetzt. 1949 auf der in Leipzig stattgefundenen Ersten Generalsynode der vereinigten ev.-luth. Kirchen Deutschlands zum leitenden Bischof der ev.-luth. Kirche Deutschlands gewählt. Mitgl. d. Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, des Lutherischen Weltbundes und des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen. Erhielt 1952 das große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Mende, Clara (1869 Erfurt - ?), Politikerin. Besuch des Lehrerinnenseminars. Mitbegründerin der Deutschen Volkspartei (DVP). Bis 1928 Mitgl. d. Reichstages. Ab 1929 Referentin für Hauswirtschaft im Reichswirtschaftsministerium. Februar 1933 ausgeschieden.

Morath, Albrecht (1880 Berlin - 1942 St. Wolfgang), Politiker. Mitgl. d. Reichstages (DVP) von 1920-1932 und von 1932-1933. Posttrat im Reichspostzentralamt. Postdirektor.

Müller, Ludwig (1883 Gütersloh - 1946), ev. Reichsbischof. Nach dem Studium der Theologie Geistlicher bei der Kaiserlichen Marine. Vor dem Ersten Weltkrieg Garnisonspfarrer in Wilhelmshaven. Ab 1927 Wehrkreispfarrer in Königsberg. Dort mit der nationalsozialistischen Bewegung in Kontakt gekommen, wurde deren Vertrauensmann, als im April 1933 die Bewegung Deutsche Christen auf Vereinheitlichung der evangelischen Kirche

drang. Erhielt im Mai 1933 die Oberleitung über die Deutschen Christen. Nach dem Rücktritt des ersten Reichsbischofs Friedrich von Bodenschwingh erzwangen die Nazis M 's Wahl zum Landesbischof von Preußen und wenig später zum evangelischen Reichsbischof. „Indessen blieb dieses Amt ein leerer Titel, da sich die einzelnen evangelischen Landeskirchen seiner Leitung mehr oder minder zu entziehen mußten.“ (Munzinger -Archiv 1998.) 1946 Selbsttötung.

Münzenberg, Wilhelm (1889 Erfurt - 1940 Südfrankreich), Politiker und Publizist. Arbeiter in einer Schuhfabrik. Besuchte den Arbeiterbildungsverein in Erfurt, wurde Vorsitzender der sozialistischen Freien Jugend Erfurt. Nahm aktiv am Spartakusbund teil. 1923 in den Zentralkomitee (ZK) der KPD gewählt, ab 1924 Mitgl. d. Reichstages. 1933 Flucht nach Paris. Hrsg. der Braunbücher, organisierte den Londoner Gegenprozess zum Reichstagsbrandprozess, gewählt in das Auslands-ZK der KPD. Trat nach dem Hitler-Stalin-Pakt gegen die Politik der Sowjetunion auf. 1940 interniert in einem Lager bei Lyon.

Mussolini, Benito (1883 Predappio/Forlì - 1945 Giulino di Mezzegra/Como), Politiker. Lehrer, 1912-1924 Chefredakteur des Parteiorgans Avanti. Gründete 1919, enttäuscht von der sozialistischen Politik, die Fasci di combattimento (Kampfbünde). Kampf gegen Sozialismus und Kapitalismus. 1922 Ernennung zum Chef einer Koalitionsregierung. Machtzuwachs, damit Sieg des Faschismus. Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Polizeichef und Ministerpräsident in einer Person. Unterstützung durch Hitler. Kein Glück mit seinen Kriegszügen. Durch Widerstand in den eigenen Reihen: 1943 entmachtet und verhaftet. Zwei Monate später von deutschen Fallschirmspringern befreit, nun aber keine Macht mehr. Beim Versuch zu Kriegsende in die Schweiz zu gehen, von Partisanen erschossen.

Naumann, Friedrich (1860 Störmthal - 1919 Travemünde), Politiker. Gemeindepfarrer, ab 1890 Vereinsgeistlicher der Inneren Mission in Frankfurt a. M.: Gründete 1896 den Nationalsozialen Verein: „(1903 aufgelöst), der (im Ergebnis erfolglos) im Rahmen eines ‚sozialen Kaisertums‘ die Verbindung des nat. und sozialen Gedankens und die Gewinnung der Arbeiterschaft für Staat und Nation anstrebte“. (Meyers Großes Taschenlexikon, 7. neu bearb. Aufl., Bd.15. Mannheim 1999, S. 249.) 1907-1912 und 1913-1918 Mitgl. d. Reichstages (zuerst für die Freisinnige Vereinigung, später für die Fortschrittliche Volkspartei). 1918 Mitbegründer, 1919 Vorsitzender der DDP. Ab 1919 in der Weimarer Nationalversammlung.

Neumann, Heinz (1902 Berlin - 1937 UdSSR), Politiker. Studium der Nationalökonomie und Philosophie, ab 1920 Mitgl. d. KPD, ab 1922 hauptamtlicher Parteifunktionär und Redakteur der Roten Fahne. Vertreter der KPD in der Kominternspitze (EKKI) in Moskau. Vertrat die Politik Stalins. Ab 1928 wieder in Deutschland. Ab 1929 Mitgl. d. ZK und des ZK-Sekretariats, Kandidat des Politbüros und Chefredakteur der Roten Fahne. 1930-1932 Mitgl. d. Reichstages. Trat 1930 mit der Parole an die Öffentlichkeit: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft.“ „1932 aus der KPD-Führung entfernt, arbeitete er bis 1933 als Instrukteur des EKKI in Spanien. Im Dezember in Zürich verhaftet, entging er nur mit Mühe der Auslieferung nach Hitler-Deutschland.“ (Benz/Graml, 1988, S. 238.) Emigration nach Moskau, dort tätig als Übersetzer, 1937 verhaftet und spurlos verschwunden.

Niemöller, Martin (1892 Lippstadt - 1984 Wiesbaden), Theologe. Sohn eines lutherischen Pastors. Mitgl. d. kaiserl. Marine, Teilnahme während des Ersten Weltkrieges bei U-Boot-Einsätzen, zuletzt als U-Boot-Kommandant. Stimmte mit den politischen Zielen der Weimarer Zeit nicht überein. Wollte in dieser Zeit Landwirt werden,

scheiterte an den nicht vorhandenen finanziellen Mitteln für den Kauf eines Bauernhofes. Nun Entschluss, Pfarrer zu werden. „Dieser Beruf schien ihm die geradlinige Fortsetzung des Offiziersberufs (...). Es ging N. nämlich weniger um das Streben nach wissenschaftlich-theologischer Erkenntnis als vielmehr um das eher volksmissionarische Ziel, das Christentum als konservative Ordnungsmacht zur Geltung zu bringen und damit der orientierungslos gewordenen Gesellschaft wieder Sinn zu vermitteln.“ (Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 7. 1993.) Studium der Theologie. Vor der Ordination 1924 Vereinsgeistlicher im Dienst der westfälischen Inneren Mission. Ab Ende 1929 vertrat er die Evangelische Vereinigung für Kommunalpolitik als Stadtverordneter und Fraktionsführer im Stadtparlament von Münster. Ab 1931 Pfarrer in Berlin-Dahlem. „Begrüßte 1933 die Errichtung des autoritären Führerstaates unter Hitler. Dennoch lehnte er von Anfang an die nationalsozialistische Kirchenpartei der Deutschen Christen ab, weil sie in ihrem Programm und Verhalten Christentum und Politik in für ihn unzulässiger Weise vermischte und das Evangelium einer politischen Zwecksetzung unterordnete. Bereits im Mai 1933 versuchte N. als Mitbegründer der Jungreformatorischen Bewegung und Adjutant des designierten Reichsbischofs Friedrich von Bodelschwingh dem Aufstieg der Deutschen Christen entgegenzuwirken. Nach deren Sieg bei den von Hitler oktroyierten Kirchenwahlen im Juli 1933 wurde N. einer der Initiatoren der innerkirchlichen Opposition gegen die von den Deutschen Christen ausgeübten Maßnahmen zur organisatorischen und ideologischen Anpassung der Kirche an den Nationalsozialismus.“ (Ebenda.) N. rief im September 1933 zur Gründung eines Pfarrernotbundes auf. Trat gegen das Neuheidentum auf, wurde damit zur Symbolfigur des kirchlichen Widerstandes im NS-Deutschland. Verhaftung 1937: mildes Urteil. Verärgert darüber: „ließ Hitler N. als seinen persönlichen Gefangenen in das Konzentrationslager Sachsenhausen

verbringen“. (Ebenda.) Drei Jahre inhaftiert. Danach ab 1941 im KZ Dachau. Ab 1946 Mitwirkung bei der Neuordnung der hessischen Kirchen. Ab 1947 Kirchenpräsident der Ev. Kirche Hessen und Nassau. Ab 1954 radikaler Pazifist. Mitarbeit in Friedensorganisationen. N's.: „unverwechselbare Eigenart spiegelt sich in den Wandlungen vom Nationalprotestanten zum Ökumeniker, vom Militaristen zum Pazifisten“. (Ebenda.)

Noske, Gustav (1868 Brandenburg - 1946 Hannover), Politiker. Korbmacher, ab 1885 in der Gewerkschaftsbewegung und ab 1886 in der Sozialdemokratie tätig. Ab 1902 Chefredakteur der Chemnitzer Volksstimme, 1906 Wahl in den Reichstag. Zu Beginn des Krieges Kriegsberichterstatte, war 1918 während des Matrosenaufstandes in Kiel Gouverneur, schlug 1919 mit einer Freiwilligen-Truppe den Spartakusaufstand nieder, schaffte die Bremer Räterepublik ab. Problematische Figur der SPD. 1920 beim Kapp Putsch von den Generälen verraten, deshalb Beendigung seiner politischen Laufbahn. 1920-1933 Oberpräsident von Hannover. 1933 seines Amtes enthoben. Nach dem 20. Juli 1944 verhaftet erhielt er keinen Prozess, weil er Krankheiten vortäuschte.

Ossietzky, Carl von (1889 Hamburg - 1938 Berlin), Publizist. Hilfsschreiber am Hamburger Amtsgericht. Pazifist. 1919/20 Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft in Berlin. Ab 1920 Redakteur der Berliner Volks-Zeitung. Ab 1927 verantwortl. Redakteur der Weltbühne. 1931 Verhaftung wegen seines Artikels über die geheime Aufrüstung der Reichswehr. Sieben Monate in Haft. Erneute Verhaftung 1933, nach dem Reichstagsbrand, kam er in verschiedene KZs. Öffentliche Verbrennung seiner Werke. 1933 Verbot der Weltbühne. 1936 Friedensnobelpreis. Starb an Tuberkulose erkrankt an den Folgen der KZ-Haft in einem Berliner Krankenhaus.

Panter, Peter: Pseudonym für Kurt Tucholsky.

Papen, Franz von (1879 Werl/Westfalen - 1969 Obersasbach/Baden), Politiker. Offizier, konservativ, „Steigbügelhalter Hitlers“, „Totengräber der Weimarer Republik“. 1920-32 Mitgl. d. Preußischen Landtages für die Zentrumsparlei. Ab Juni 1932 Reichskanzler, Rücktritt November 1932. „Das Vertrauen Hindenburgs genoss er weiterhin; in dessen Auftrag bereitete er die Machtübernahme der NSDAP vor. Als Vizekanzler wurde P. ein Opfer des Mißlingens der Strategie der Einbindung und Zähmung der Hitlerbewegung durch deutschnationale Kräfte. Im Juni 1934 trat P. als Sprecher einer konservativen Opposition in Erscheinung, nach dem Röhmputsch verließ er die Hitlerregierung, diente ihr aber weiter u. a. in diplomatischen Missionen in Österreich und ab 1939 in der Türkei. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess wurde er 1946 freigesprochen, im Entnazifizierungsverfahren aber zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt und 1949 entlassen.“ (Benz/Graml, 1988, S. 246.)

Pieck, Wilhelm (1876 Guben - 1960 Berlin), Politiker. Tischler, als Mitgl. d. SPD 1908 in die Bremer Bürgerschaft gewählt, 1910 Umzug nach Berlin. Bis 1914 Sekretär des SPD-Bildungsausschusses. Verlust dieser Tätigkeit, weil nun politische Orientierung zur oppositionellen Gruppe Internationale. Wurde Mitbegründer der KPD und Mitgl. ihres ersten ZK. 1919 Verhaftung. 1928 Wahl in den Reichstag, ab 1929 Leiter der Roten Hilfe, 1931 Mitgl. d. EKKI-Präsidiums. 1933 Flucht nach Paris. 1935 Übersiedlung nach Moskau, Vorsitzender der KPD. 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1945 Übersiedlung nach Berlin. 1946 zum Vorsitzenden der SED gewählt, wurde nach der Proklamation der DDR Präsident der DDR.

Pressel, Wilhelm (1895 Creglingen/Tauber - 1986 Stuttgart), 1929 Studentenpfarrer in Tübingen. Vor 1933 Eintritt in die NSDAP, 1934 Ausschluss aus der NSDAP und dem NS-Pfarrerbund; 1934-1945 Oberkirchenrat in Stuttgart, Mitgl. im Landes- und Reichsbruderrat.

Rathenau, Walter (1867 Berlin - 1922 Berlin), Politiker, Industrieller. Vater Begründer der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG). R. war nach Studium von 1893-1899 Leiter der Elektro-Chemischen Werke. Während des Ersten Weltkrieges Leiter der Kriegsrohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums. Ab 1915 Präsident der AEG (nach dem Tod des Vaters). Wirtschaftlicher Berater der Reichsregierung. Mai 1921- Oktober 1921 Übernahme des Amtes des Wiederaufbauministeriums. Ab 1922 Außenminister. „Es war wesentlich dem persönlichen Verhandlungsgeschick R.'s zuzuschreiben, dass die Verhandlungen [Konferenz in Genua 1922] mit dem Abschluss des Vertrages von Rapallo und die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland der Lösung zugeführt wurden. Gleichzeitig aber wurde R. in Deutschland als ‚Erfüllungspolitiker‘ abgestempelt und von den Verbreitern der Dolchstoß-Legende und der Parole ‚Im Felde unbesiegt!‘ mit sinnlosem Hass verfolgt.“ (Munzinger-Archiv 1998). Am 24. Juni 1922 von drei Verschwörern ermordet.

Reinhardt, Fritz (1895 Ilmenau - 1969), Leiter der NSDAP-Rednerschule. 1933-1945 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium. Studium der Wirtschaftswissenschaften. 1929-1930 Gauleiter der NSDAP in Oberbayern, 1928 Gründung des Instituts zur Ausbildung von NS-Parteirednern. Die Schule wurde zur Rednerschule der NSDAP. Ab 1930 Mitgl. d. Reichstages (NSDAP), ab 1933 Staatssekretär, ab 1933 SA-Gruppenführer. Ab 1937 SA-Obergruppenführer. 1945 verhaftet, vier Jahre später

wieder frei. 1950 von der Münchner Entnazifizierungs-Spruchkammer als Hauptschuldiger eingestuft.

Remarque, Erich Maria (1898 Osnabrück - 1970 Locarno), Schriftsteller. Welterfolg mit seinem Roman Im Westen nichts Neues (1929), desillusionierende Darstellung des Krieges. 1931 Emigration in die Schweiz, 1933 öffentliche Verbrennung seiner Werke, 1938 Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft. 1939 Emigration in die USA.

Reuter, Ernst (1889 Apenrade - 1953 Berlin), Politiker. Ab 1912 Mitglied der SPD, Kriegsgefangener in Rußland, nach 1918 Aufbau der Berliner KPD, 1921 Generalsekretär der KPD, 1922 Parteiausschluss, Rückkehr zur SPD, 1931-33 Oberbürgermeister von Magdeburg, 1932-1933 Mitgl. d. Reichstages. Zwischen 1933 und 1935 zweimal im KZ inhaftiert. 1935-1946 Regierungsberater und Prof. in der Türkei. 1947 gewählt zum Oberbürgermeister von Berlin, doch durch sowjetisches Veto bis 1948 am Amtsantritt gehindert. 1950-1953 Regierender Bürgermeister von Berlin.

Röhm, Ernst (1887 München - 1934 Stadelheim), Politiker. Berufsoffizier, Hauptmann, monarchistische Gesinnung. 1919 beteiligt an der Zerschlagung der Münchner Räterepublik. 1923 mit dem eigenen Wehrverband „Reichskriegsflagge“ Beteiligung am Hitler Putsch, Verhaftung. Nach Entlassung 1924 von Hitler mit der Reorganisation der SA beauftragt. Nach Zerwürfnis mit Hitler 1925 Rücktritt als Führer der SA. 1928-1930 militärischer Berater in Bolivien. 1931 Angebot von Hitler, wieder die SA zu führen. Nun Stabschef der SA. Heftige Kritik an R. wegen seiner Homosexualität. Ab 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Hitler: „wandte sich erst gegen ihn, als der Stabschef mit seinen Forderungen nach Ausbau der SA zu einem Milizheer die Aufrüstungspläne

störte und den Ruf nach einer zweiten Revolution nicht mäßigte. Wegen angeblicher Putschpläne ließ Hitler R. im Zuge einer großangelegten Mordaktion gegen die SA-Führung erschießen“. (Bedürftig, 1997, S. 298.)

Rosenberg, Alfred (1893 Reval - 1946 Nürnberg), Ideologe der NSDAP. Studium des Ingenieurwesens und der Architektur. Mitgl. d. antisemitischen Thule-Gesellschaft. Ab 1921 Chefredakteur des Völkischen Beobachters, ab 1938 dessen Hrsg., nahm am Hitler-Putsch 1923 teil. 1930 Erscheinen seines Buches Der Mythos des 20. Jahrhunderts, ein mystizistisches Traktat, rassisch-antichristlich, neugermanisch. Ab 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. Ab 1934 Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP. 1941 zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt. Als einer der Hauptkriegsverbrecher vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zum Tode verurteilt.

Rückert, Hanns (1901 Fürstenwalde - 1974), ev. Kirchenhistoriker. Ab 1926 an der Uni Tübingen, 1927 an der Uni Halle und ab 1928 Ordinarius in Leipzig. 1931 Ruf nach Tübingen, 1966 emeritiert. Ab 1933 Mitgl.d. NSDAP, Anschluss an d. Glaubensbewegung Deutsche Christen (DC), ein halbes Jahr später Austritt. 1934 als amtierender Dekan amtsenthoben, wegen Eintretens für den württembergischen Landesbischof T. Wurm. 1937 Austritt aus der Gesellschaft für Kirchengeschichte. Mithrsg. der Deutschen Ideologie, d. Monatsschrift für d. Deutsche Ev. Kirche.

Rust, Bernhard (1883 Hannover - 1945 Berne/Oldenburg), Lehrer, seit 1925 Mitgl. d. NSDAP. Ab 1925 Gauleiter von Hannover. Ab 1933 Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. 1930 wegen: „angeblicher sexueller Verfehlungen aus dem Schuldienst

entlassen, fand sich der alkoholabhängige Rust im Gestrüpp der NS-Kompetenzen nie zurecht u. mußte oft vor den Ansprüchen der konkurrierenden Erziehungsträger in HJ, DAF und SS zurückweichen“. (Bedürftig, 1997, S. 305.) 1945 Selbsttötung.

Sahm, Heinrich, Dr. (1877 Anklam - 1939 Oslo), Politiker. Bürgermeister von Bochum, 1920-1930 parteiloser Senatspräsident von Danzig, 1930 Rücktritt, ab 1933 Oberbürgermeister von Berlin, 1935 Rücktritt auf Druck der Nazis, danach deutscher Gesandter von Oslo.

Schacht, Hjalmar, Dr. (1877 Tinglev/Nordschleswig - 1970 München), Bankier, Politiker. Ab 1916 Leitung der privaten National- und ab 1922 der fusionierten Darmstädter- und Nationalbank. 1923 Ernennung zum Reichsbankpräsidenten. Erwarb sich Verdienste bei der Überwindung der Inflation. Beteiligt bei den Reparationsverhandlungen. 1930 Rücktritt als Reichsbankpräsident, wandte sich gegen die Reparationszahlungen. Wurde politisch immer mehr „rechts“. Nach der Machtergreifung durch die Nazis erneut Reichsbankpräsident (1933-1939) und Reichswirtschaftsminister (1934-1937). Mit der Zeit immer mehr Konflikte mit der NS-Führung wegen unterschiedlicher Auffassungen bezüglich der Wirtschaftsführung. 1939 Rückzug aus allen Ämtern, war aber noch bis 1943 Minister ohne Geschäftsbereich. In Verbindung gesetzt mit dem Attentat auf Hitler 1944 bis Kriegsende inhaftiert. Bei den Nürnberger Prozessen freigesprochen.

Scheidemann, Philipp (1865 Kassel - 1939 Kopenhagen), Politiker. Buchdrucker, Anschluss an die Arbeiterbewegung, ab 1905 Chefredakteur des Volksblattes. Ab 1903 Mitgl. d. Reichstages, ab 1913 einer der drei Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Während des Ersten Weltkrieges Einsetzen für einen Verständigungsfrieden. Ab 1918 Staatssekretär im ersten

parlamentarisch verantwortlichen Kabinett des Kaiserreichs. Ab 1919 Präsident der ersten republikanischen Reichsregierung, Rücktritt wenige Monate später, weil nicht durchgekommen mit seiner Ablehnung des Versailler Friedensvertrages. Ende 1919 gewählt zum Oberbürgermeister von Kassel, Rücktritt 1925. Ab dann publizistisch in Berlin tätig. Nach Machtergreifung durch die Nazis Emigration nach Prag, in die Schweiz, nach Frankreich und in die USA, schließlich nach Kopenhagen.

Schirach, Baldur von (1907 Berlin - 1974 Kröv a.d. Mosel), Reichsjugendführer der NSDAP. Nach Begegnung mit Hitler ab 1925 Mitgl. d. NSDAP. Studium der Germanistik, Gründung des NS-Studentenbundes. Ab 1931 Reichsjugendführer der NSDAP, ab 1933 Jugendführer des Deutschen Reiches, zuständig für die gesamte außerschulische Erziehung. 1940 abgelöst. Nun Gauleiter und Reichsstatthalter von Wien, dort verantwortlich für die Deportation von 185.000 Juden und Jüdinnen aus Österreich in den Osten. Als einer der Hauptkriegsverbrecher zu 20 Jahren Haft verurteilt.

Schleicher, Kurt von (1882 Brandenburg - 1934 Neubabelsberg), General, Politiker. 1929 vom General zum Staatssekretär im Reichswehrministerium. Nach Sturz Brüning 1932: „sorgte S. dafür, dass Papen zum Nachfolger ernannt wurde. Als aber der Rückgang der NSDAP im Nov. 32 die Stunde günstig erscheinen ließ, übernahm er selbst die Regierungsgeschäfte. Sein Versuch jedoch, eine Gewerkschaftsachse vom linken NSDAP-Flügel bis zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zu bilden und, gestützt auf eine breite Mehrheit, den Kampf gegen Not und Arbeitslosigkeit aufzunehmen, scheiterte an Hitler und der SPD. Als S. zur Abwehr der NS-Gefahr daraufhin die zeitweise Aussetzung der Verfassung verlangte, lehnte der Reichspräsident ab. Der Kanzler trat zurück und machte Platz für die Macht-

übernahme durch Hitler. Dessen Rache für den Versuch, die NSDAP zu spalten, ereilte den General während der Röhm-Affäre: Ein Mordkommando der SS erschoss ihn und seine Frau in seiner Wohnung“. (Bedürftig, 1997, S. 310f.)

Schmalenbach, Eugen, Prof. Dr. (1873 Schmalenbach - 1955 Köln), Betriebswirtschaftler. 1906-1933 und 1945-1950 Prof. für Betriebswirtschaft an der Universität Köln. Seine Arbeiten zu Finanzierungs- und Bilanzproblemen beeinflussten die Gestaltung der deutschen Einkommenssteuer.

Schnitzler, Arthur (1862 Wien - 1931 Wien), Schriftsteller. Sohn eines Laryngologen. Medizinstudium. Dramatiker, gehörte zum Kreis Junges Wien. Freundschaft mit Sigmund Freud. Dessen psychoanalyt. Methode prägte die Werke Schnitzlers. Einer der meist gelesenen und gespielten Autoren des Fin de siècle. Sozial- und zeitkritische Stücke. Der Reigen wurde 1920 - nach kurzem Verbot - uraufgeführt. Wenige Jahre später erfolgte erneutes Verbot.

Schöffel, Simon, Dr. (1880 Nürnberg - 1959 Hamburg), Landesbischof von Hamburg. 1917 Ordination; 1920 Dekan in Schweinfurt; 1922 Einführung als Hauptpastor in Hamburg (St. Michaelis); Mai 1933 Wahl zum Landesbischof; März 1934 Rücktritt vom Bischofsamt; 1946 erneute Wahl zum Landesbischof von Hamburg; 1950 Professur an der Kirchlichen Hochschule in Hamburg; 1954 Emeritierung.

Schreiner, Helmuth (1893 Dillenburg/Nassau - 1962 Münster), Sohn eines Seminaroberlehrers. Studium der Theologie. 1914 freiwilliger Kriegsteilnehmer, 1917-1919 Gefangenschaft in Großbritannien. Ab 1921 Vorsteher der Stadtmission Hamburg; verheiratet, vier Kinder. Führte 1922 auf der ersten Weltanschauungswoche kritische Aus-

einandersetzung mit den völkischen Ansichten Arthur Dinterns und der sogenannten Judenfrage. Ab 1926 Vorsteher des Johanniterstifts der Inneren Mission in Spandau. 1930: „wird Sch. als Gutachter im Verfahren gegen den (sozialistischen) Maler Georg Grosz bestellt, dem ‘Gotteslästerung’ (u. a. wegen der Darstellung einer Christusfigur mit Gasmaske) vorgeworfen wird. In diesem eigentlich politischen Prozeß votiert er für die Verurteilung des Künstlers“. (Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd.IX (1995), S.960). 1931-1934 Honorarprofessur in Rostock. 1931 in seiner Schrift Der Nationalsozialismus vor der Gottesfrage Kritik am Nationalsozialismus. „Als nach dem Beginn des ‘Dritten Reiches’ die ‘Deutschen Christen’ im Windschatten der Nationalsozialisten darangehen, die evang. Kirche ‘gleichzuschalten’, bildet sich eine innerkirchliche Oppositionsbewegung, der sich Sch. frühzeitig anschließt. (...) Aufgrund seines Engagements und Bespitzelungen und Verleumdungen durch einen Rostocker DC-Pfarrer wird Sch. im September 1933 von seinem Lehrstuhl beurlaubt und ein Disziplinarverfahren gegen ihn angestrengt.“ (Ebenda.) 1937 in den zwangsweisen Ruhestand versetzt. 1938-1955 Vorstand der Diakonissenanstalt, ab 1946 Prof. in Münster.

Schulte, Karl Joseph, Prof. Dr. (Odingen - 1941 Köln), Erzbischof von Köln. 1895 Ordination in Paderborn; ab 1903 Professur für Apologetik und Kirchenrecht; ab 1909 Bischof von Paderborn; ab 1930 Erzbischof von Köln. 1921 Ernennung zum Kardinal durch Benedikt XV; 1934 Gründung der Abwehrstelle gegen die nationalsozialistische antichristliche Propaganda.

Schwarzschild, Leopold (1891 Frankfurt/M - 1950 Santa Margharita/Italien), Wirtschaftspolitiker und politischer Publizist. Seit 1920 in Berlin. 1923 Mitbegründer der Zeitung Der Montag Morgen. 1925-1929 Hrsg. d. Zeitschrift Magazin der Wirtschaft. Ab 1927 Hrsg. d. Zeitschrift Das

Tagebuch. 1933 Flucht nach Wien, später nach Paris. Dort Hrsg. d. Neuen Tagebuchs (1939-1940). 1940 Flucht in die USA.

Sievers, Max (1887 Berlin - hingerichtet 1944 Brandenburg), Journalist. Ungelernter Arbeiter, kaufm. Angestellter. Mitgl. d. SPD. Nach dem Ersten Weltkrieg USPD-Stadtverordneter in Berlin-Neukölln. 1919 Hrsg. d. Zeitschrift der Arbeiterrat. Ab 1920 Mitgl. d. KPD. Redakteur der roten Fahne. 1921 Parteiaustritt, wieder Eintritt in die SPD. Ab 1922 Sekretär des Vereins für Freidenkertum und Feuerbestattung (später: DFV). Hrsg. d. Freidenkers. Ab 1930 Vorsitzender des DFV (Deutscher Freidenker-Verband). 1933 drei Wochen in Schutzhaft. April 1933 Flucht nach Brüssel. 1933-1934 Leiter der Freidenker-Internationale. 1937-1939 Hrsg. d. Wochenschrift Freies Deutschland. Mai 1940 Internierung durch belgische Behörden, Abtransport nach Frankreich. Flucht, Internierung in Straßburg. Bei Lille unter falschem Namen untergetaucht. 1943 nach Denunziation von der Gestapo verhaftet. Todesurteil.

Sollmann, Wilhelm (1881 Oberlind b. Coburg - 1951 Mount Carmel/Connecticut), Politiker, Journalist. Engagiert in der Anti-Alkohol-Bewegung, ab 1906 in der SPD. Gründete 1907 die Freie Jugend Köln. Ab 1911 Redakteur der Rheinischen Zeitung, von 1920-1933 deren Chefredakteur. Ab 1915 Vorsitzender der Kölner SPD. Stadtverordneter und Mitgl. d. Arbeiter- und Soldatenrates. Mitgl. d. Nationalversammlung, 1920-1933 Mitgl. d. Reichstages. 1923 Reichsinnenminister, beschäftigt mit dem Problem der französischen Besetzung des Ruhrgebietes. Gehörte zum rechten Flügel der SPD. 1933 kurze Haft. Flucht ins Saargebiet, dort Redakteur der Deutschen Freiheit und Mitgl. d. SPD-Parteivorstandes. 1937 Emigration in die USA, lehrte an der Hochschule der Quäker bei Philadelphia.

Spener, Philipp, Jacob (1635 Rappoltsweiler - 1705 Berlin), ev. Theologe, Begründer des lutherischen Pietismus, bedeutendster Genealoge des 17. Jhds., wissenschaftl. Begründer der Heraldik.

Stadler, Herbert (1880 Mühlhausen – 1943 Berlin), Oberbürgermeister von Kassel. Zuerst Kreisdirektor in Saargemünd, bis 1916 Polizeidirektor in Metz. Nach Ausweisung durch die Franzosen: Reichskommissar für Vertriebenenfürsorge in Freiburg i. Br., danach Ministerialrat im Reichsministerium des Inneren. Ab 1924 Oberbürgermeister von Kassel.

Staebe, Gustav (1906 Hindenburg - ?), Hauptschriftleiter und Pressechef der Reichsjugendführung Berlin-Steglitz. 1923 Eintritt in die NSDAP. 1926/27 erster Kreisleiter von Braunschweig-Land, 1927 Ortsgruppenleiter von Rathenow, 1927/28 Bezirksleiter in Barnim, 1929 komm. Gauleiter des Saargebietes. 1930/31 Gaupropagandaleiter von Hessen-Nassau-Süd. 1929 Gründer der ersten nationalsozialistischen Bauernzeitung Freiheit und Scholle. 1930 erster landwirtschaftlicher Gaufachberater von Hessen-Nassau-Süd. 1931/32 agrar-pol. Pressechef der Reichsleitung und Chef der Nationalsozialistischen Landpost. 1929 Hauptschriftleiter der Saardeutschen Volksstimme. 1932/33 Schriftleiter am Völkischen Beobachter. 1933 Hauptschriftleiter der Bremer nationalsozialistischen Zeitung. Ab 1933 Pressechef der Deutschen Sendergruppe West.

Stampfer, Friedrich (1874 Brünn - 1957 Kronberg), Journalist, Politiker. Sohn eines jüdischen Rechtsanwaltes. Redakteur der sozialdemokratischen Volkszeitung, ab 1903 in Berlin: Hrsg. d. Stampfer-Korrespondenz. 1916 Chefredakteur des SPD-Organs Vorwärts, gehörte zu den Parteirechten. Reichstagsabgeordneter, ab 1925 im SPD-Parteivorstand.

Stockums, Wilhelm, Dr. (1877 Elmot Krs. Erkelenz - 1956), Theologe, Domkapitular. Ab 1926 päpstl. Ehrenkämmerer, ab 1932 Domkapitular und Weihbischof. Ab 1943 Domdechant.

Stoecker, Adolf (1835 Halberstadt - 1909 Gries b. Bozen), Theologe und Sozialreformer. Sohn eines Schmiedes, Theologiestudium, Hauslehrerstelle, Pfarrer, Ab 1874 vierter Hof- und Domprediger in Berlin. Volksmissionarisch tätig. Ab 1877 Leiter der Berliner Stadtmission. Weltanschauung: „christlich-sozialreformerisch, anti-sozialdemokratisch“. (Biograph.- Bibliograph. Kirchenlexikon, Bd.10, 1995.) 1878 Gründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei. „Kampf gegen Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus“. (Ebenda.) Kontakte „und politische Bündnisse mit dem Parteiantisemitismus und der Antisemitenliga. Insbesondere trug St. maßgeblich zur Verbreitung des Antisemitismus im Protestantismus und der evangelischen Kirche bei“. (Ebenda.) Mitgl. d. Preußischen Landtages (1879-1898) und der konservativen Fraktion des Reichstages (1881-1893, 1898-1908).

Straßer, Otto, Dr. (1897 Windsheim - 1974 München), Politiker, Publizist. Als Kriegsfreiwilliger während des Ersten Weltkrieges mehrfach verwundet und ausgezeichnet. 1919 beteiligt an der „Zerschlagung“ der Münchner Räterepublik. Ab 1919 Studium der Staatswissenschaften in Berlin, trat unter dem Eindruck der sozialen Not der SPD bei. Im März 1920 noch aktiv an der Niederschlagung des Kapp-Putsches beteiligt, verließ die SPD nach der Niederwerfung des Arbeiteraufstandes im Ruhrgebiet wegen der Desavouierung des Bielefelder Abkommens. Nach der Promotion Hilfsreferent im Reichsernährungsministerium. Ab Frühjahr 1923 Manager in der Industrie. Wurde 1925 Mitgl. d. wiedergegründeten NSDAP, vertrat: „einen wenig durchdachten nationalistisch-revolutionären Sozialismus mit konservativen Zü-

gen, der sich in wirtschafts- und rassenpolitischen Fragen, aber auch in seiner pro-sowjetischen Einstellung erheblich von der Münchner Parteilinie abhob.

Hitler und Goebbels trieben S. im Juli 1930 zum Rückzug aus der NSDAP. S's. Versuche, mit Organisationen wie der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten und der Schwarzen Front, dazu mit seiner Wochenzeitung 'Die Deutsche Revolution' die NSDAP zu spalten, waren erfolglos“. (Benz/Graml, 1988, S. 333.) Fortsetzung des Widerstandes gegen Hitler von Österreich und später von der Tschechoslowakei aus. Während des Zweiten Weltkrieges nach Kanada ausgewandert, erhielt erst 1955 nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts die Erlaubnis, nach Deutschland zurückzukehren. Gründete 1956 die Deutsch-Soziale Union.

Strauss, Richard (1864 München - 1949 Garmisch-Partenkirchen), Komponist, Dirigent. Sohn eines Hornisten. Ab 1898 Kapellmeister an der Berliner Oper. 1919-1924 freischaffender Komponist und Konzertdirigent. Wurde 1935 Präsident der Reichsmusikkammer. Geriet 1935 in Streit mit den NS-Machthabern, weil er seine Oper Die schweigsame Frau nach dem Libretto des jüdischen Schriftstellers Stefan Zweig geschrieben hatte. Legte sein Präsidentenamt nieder, wurde aber weiterhin gefeiert.

Striegler, Kurt (1886 Dresden - 1958), Kapellmeister, Komponist. Ab 1912 Hauptkapellmeister in Dresden. Ab 1945 Kons.-Dr. in Coburg, schrieb vier Sinfonien.

Telschow, Otto (1876 Wittenberge - 1945 Lüneburg), Gauleiter der NSDAP Gau Hann.-Ostpr., ab 1934 Staatsrat.

Thompson-Lewis, Dorothy (1894 Lancaster/New York - 1961 Lissabon), Journalistin. Studierte an den Universitäten Syracuse und Wien. Arbeitete von 1915-1919 in der New Yorker Frauenstimmrechts-Bewegung und im Sozial-

werk New Yorks. Wurde 1920 als Journalistin für die Hearst-Presse nach Wien und später nach Berlin geschickt. Schrieb nach einem Interview mit Hitler das Buch *Ich sah Hitler* (1932), falsche Einschätzung der Gefährlichkeit Hitlers. Wurde 1934 aus Deutschland ausgewiesen, setzte sich für die Bekämpfung des Hitlerfaschismus ein. Ab 1936 Erscheinen ihrer politischen Kolumne *On the Record*, erreichte dreimal wöchentlich in 170 Zeitungen acht Mill. Leserinnen und Leser. „Engagiert und stilsicher, informativ und persönlich zugleich kommentierte T. die politische Entwicklung. ‘Kassandra spricht’ - unter diesem Titel warnte sie vor dem drohenden Krieg. Neben der journalistischen und publizistischen Arbeit unterstützte sie deutsche Emigranten und gehörte zu den Mitbegründerinnen des ‘Emergency Rescue Committee’, dessen Arbeit 2000 Menschen zu Visa verhalf und ihnen so das Leben rettete.“ (Florence Hervé, Ingeborg Nödinger: *Lexikon der Rebellinnen*, Dortmund 1996, S. 242.) Nach dem Krieg Begründerin der Weltorganisation der Mütter aller Nationen (W.O.M.A.N.), der es in erster Linie um den Erhalt des Friedens und der Völkerverständigung ging. Schrieb in ihren letzten Lebensjahren den monatlichen Leitartikel der amerikanischen Frauenzeitschrift *Ladies Home Journal*. In zweiter Ehe verheiratet mit dem Schriftsteller Sinclair Lewis, mit ihm ein Kind. 1942 Scheidung, um sich ganz der Journalistik zu widmen. Später ein drittes Mal verheiratet.

Todt, Fritz, Dr. (1891 Pforzheim - 1942 Rastenburg/Ostpreußen), Tiefbauingenieur, ab 1922 Mitgl. d. NSDAP. Ab 1933 Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, Leiter des Hauptamtes Technik der NSDAP, ab 1938 Generalbevollmächtigter für die Regelung der Bauwirtschaft. Chef der nach ihm benannten Organisation Todt. Ab 1940 Minister für Bewaffnung und Munition, ab 1941 Generalinspekteur für Wasser und Energie. Trotz der Ämterfülle kritische Distanz zur Parteiführung. Auswahl seiner Mit-

arbeiter nach fachl. Kompetenz, darunter auch Regimegegner. Bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen.

Toller, Ernst (1893 Samotschin/Posen - 1939 New York), Schriftsteller. Entstammte einer deutsch-jüdischen Kaufmannsfamilie. Nach den Erfahrungen als Soldat im Ersten Weltkrieg: Kriegsgegner. Jura-Studium, Mitgl. d. USPD, engagierte sich für die Münchner Räterepublik. Die bayerische Justiz verurteilte T. wegen Hochverrats zu fünfjähriger Festungshaft. Einige seiner Stücke schrieb T., der erster Vorsitzender des Zentralrats der Arbeiter und Soldaten und später Kommandant der Roten Armee von Dachau gewesen war, in Festungshaft. Emigration ins europäische Exil, gehörte zu den engagiertesten antifaschistischen Schriftstellern. Kurz nach der Ankunft in New York im Jahre 1939 Selbsttötung aus Verzweiflung über sein politisches und persönliches Scheitern.

Toscanini, Arturo (1867 Parma - 1957 New York), ital. Dirigent. Direktor der Mailänder Scala, danach Orchesterleiter in Amerika. Dirigent bei den Bayreuther und Salzburger Festspielen. Als Gegner des Faschismus: 1939 Emigration in die USA. 1946 Rückkehr nach Italien.

Tucholsky, Kurt, Dr. (1890 Berlin - 1935 Hindas/Schweden), Schriftsteller. Sohn aus jüdischem Bürgerhaus, studierte Jura. Wurde Pazifist - kehrte als Offizier aus dem Ersten Weltkrieg zurück ins revolutionäre Berlin, wurde einer der bedeutendsten deutschen Satiriker. Lehnte Nationalismus und Militarismus ab. 1913-1933 Mitarbeiter der Zeitschrift *Schaubühne* (später *Weltbühne*), ein Organ der linksbürgerlichen Intellektuellen. 1920-1922 Mitgl. d. USPD, später der SPD. Lebte ab 1924 größtenteils im Ausland. Verlegte ab 1929 seinen ständigen Wohnsitz nach Schweden. Wurde 1933 aus Deutschland ausgebürgert, seine Werke öffentlich verbrannt u. beschlagnahmt. Nahm sich 1935 das Leben.

Tügel, Franz (1888 Hamburg-1946 Hamburg), Landesbischof. 1914 ordiniert, ab 1916 Pastor an der St. Nikolaikirche in Hamburg. 1931 Eintritt in die NSDAP. „Gauredner“, engagiert bei den Deutschen Christen. Wurde 1933 deren Vertrauensmann. 1933 Oberkirchenrat. Nach Rücktritt Schöffels als Landesbischof wurde T. in dieses Amt gewählt. Bis Herbst 1945 in diesem Amt. Neben diesem Amt auch noch ab 1934 Hauptpastor der St. Jakobikirche in Hamburg. Hier schied er 1940 aus gesundheitlichen Gründen aus.

Ulmer, Friedrich (1877 München - 1946 Erlangen), 1910-1918 Pfarrstelle in Adelshofen bei Rothenburg, 1914-1918 Feldgeistlicher; ab 1924 Prof. für Praktische Theologie in Erlangen; 1934 Gründung des Russlanddeutschen Hilfswerks; 1937 Zwangspensionierung.

Verschuer, Otmar, Prof. Dr. Freiherr von (1896 Richelsdorfer Hütte/Kassel - 1969 Münster), ab 1927 Privatdozent für menschliche Vererbungslehre und Leiter der Abteilung für menschliche Erblehre am KWI für Anthropologie in Berlin. Ab 1935 Direktor des Instituts für Erbiologie und Rassenhygiene der Universität Frankfurt a. M. Ab 1942 Direktor des Instituts für Humangenetik in Münster. V. beteiligte sich während des Nationalsozialismus an der Erbgesundheitspflege und an der sogenannte Minderwertige ausgrenzenden nationalsozialistischen Gesundheits- und Rassenpolitik. Wurde 1951 Direktor des Instituts für Humangenetik in Münster.

Wagner, Hermann (1896 Hildesheim -), Dipl. Ing. Maschinenbau. Leutnant der Rs. Ab 1931 Mitgl. d. NSDAP. Mitarbeiter der Gauleitung. Ab 1933 Gaubearbeiter für den Arbeitsdienst der NSDAP.

Wagner, Richard (1813 Leipzig - 1883 Venedig), Komponist. Ab 1833 Chordirektor in Würzburg. 1887 Anstel-

lungen als Musikdirektor in Lauschädt, Magdeburg, Königsberg. 1837-1839 Musikdirektor in Riga. 1848 Ernennung zum Königl. Sächs. Hofkapellmeister wegen des großen Erfolgs seiner Oper Der fliegende Holländer. Beteiligte sich 1848/49 an der bürgerlichen Revolution, wurde nach dem Scheitern der Dresdner Maiaufstände von 1849 steckbrieflich gesucht. Floh in die Schweiz. Wurde 1864 von Ludwig II. nach München geholt und - weil hochverschuldet - von ihm finanziert. Wegen seines Konfliktes mit dem bayerischen Kabinett musste er 1865 München verlassen. Trotzdem weiterhin Unterstützung durch Ludwig II.. Ließ sich in Tribtschen bei Luzern nieder. Siedelte 1872 mit seiner zweiten Frau Cosima von Bülow und den Kindern nach Bayreuth. Legte dort 1872 den Grundstein für das Festspielhaus. Reiste 1882 nach den zweiten Bayreuther Festspielen nach Venedig. Dort 1883 verstorben.

Wagner, Winifred geb. Williams (1897 Hastings/England - 1980 Überlingen), Schwiegertochter von Richard Wagner, verheiratet mit Siegfried Wagner (1869-1930) übernahm nach dem Tod ihres Mannes die künstlerische Leitung der Bayreuther Festspiele, war Mitglied der NSDAP und eng mit Hitler befreundet.

Walter, Bruno (1876 Berlin - 1962 Beverly Hills), Dirigent. 1893 Debüt an der Kölner Oper. 1894 in Hamburg, danach in Breslau, Preßburg, Riga und 1900 an der Oper in Berlin tätig. Folgte 1901 Gustav Mahler an die Hofoper nach Wien. Wurde 1912 Generalmusikdirektor der Oper in München.

Zwischen 1918 und 1933 mit den Berliner Philharmonikern in Berlin Aufführungen der Bruno-Walter-Konzerte. Ab 1925 Leitung der Städtischen Oper in Berlin. Gehörte zu den Mitbegründern der Salzburger Festspiele. Gründete 1929 die Bruno-Walter-Stiftung: Unterstützung für begabte mittellose Musiker. 1929 Übernahme der

Nachfolge Furtwänglers am Leipziger Gewandhausorchester. War in den 20-er Jahren der bedeutendste Mozart-Interpret. Wurde 1933 seiner Ämter enthoben, dies führte zu weltweitem Protest. Daraufhin in Deutschland Verkaufsverbot von Schallplatten derjenigen Dirigenten, die die Protestschreiben unterzeichnet hatten. „Richard Strauss übernahm die ersten Konzerte, die W. nicht mehr dirigieren durfte, nahm aber kein Honorar an, sondern ließ das Geld an das Orchester, die Berliner Philharmoniker überweisen.“ (Benz/Graml, 1988, S. 353.) 1938 übersiedelt nach Frankreich. 1939 Emigration in die USA. Ab 1948 in Europa Gastdirigent.

Weiß, Bernhard (1880 Berlin - 1951 London), Jurist. 1918 als erster nichtgetaufter jüdischer Assessor in das Preußische Innenministerium berufen. 1927-1932 Polizeipräsident in Berlin, wurde von v. Papen abgesetzt. 1933 über die Tschechoslowakei nach England emigriert. In London Druckereivertreter.

Weißmann, Robert (1869 Frankfurt/M. - 1942 New York), Jurist. Staatsanwalt in Duisburg, ab 1908 in Berlin. Ab 1920 Staatskommissar für öffentliche Ordnung. 1923-1932 Staatssekretär im Preußischen Innen- und Preußischen Staatsministerium. 1932 auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt. 1933 über die Tschechoslowakei und die Schweiz nach Frankreich geflohen, 1941 in die USA emigriert.

Wels, Otto (1873 Berlin - 1939 Paris), Politiker. Sohn eines Gastwirtes, Tapezierer, ab 1891 Mitgl. d. SPD. 1907-1918 Parteisekretär der SPD in Brandenburg, ab 1908 Vorsitzender der Presseorganisation des Vorwärts, 1912 in den Reichstag gewählt. Vertrat die Politik des Burgfriedens, war während der Novemberrevolution Mitgl. d. Berliner Arbeiter- und Soldatenrats und Stadtkommandant von Berlin. Machte sich Ende 1918 durch seine Mitverantwortung

beim gewaltsamen Vorgehen des Rats gegen die Revolution bei den Linken unbeliebt. Im Dezember 1918 von der radikalen Volksmarinedivision gefangen genommen. 1919 in die Nationalversammlung gewählt. Danach bis 1933 Mitgl. d. Reichstages und im Vorstand der SPD und nach 1931 ihr erster Vorsitzender. „Während des Kapp-Putsches leitete W. mit K. Legien den Generalstreik; auf ihren Druck hin mußte Noske nach dem Putsch das Reichswehrministerium räumen. (...) Nach dem Staatstreik gegen Preußen im Juli 1932 vertrat W. die Auffassung, die organisierte Arbeiterschaft sei angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht imstande, durch einen Generalstreik Reichskanzler Papen zur Aufgabe zu bewegen. Im Herbst 1932 stieß W. mit dem Gedanken an einen Generalstreik bei der Gewerkschaftsführung auf deutlichen Widerstand. (...). Am 23. März begründete er in einer mutigen Rede, warum die SPD Hitlers Ermächtigungsgesetz ablehnte. Zusammen mit S. Crummenerl gelang es ihm, beträchtliche Mittel aus der SPD- Parteikasse über die Grenze in die Tschechoslowakei zu bringen, Ab Mai 1933 baute W. zusammen mit E. Stampfer und E. Ollenhauer in Prag die Auslandsabteilung der SPD auf. Im August 1933 wurde W. ausgebürgert. 1938 siedelte er nach Paris über.“ (Benz/Graml, 1988, S. 362.)

Werfel, Franz (1890 Prag - 1945 Beverly Hills/Cal.), Schriftsteller. Zwischen 1912 und 1914 erschienen seine ersten Gedichte. Verlagslektor in Leipzig. Gründete mit W. Hasenclever und K. Pinthus 1913 die Buch-Sammlung Der jüngste Tag. Schloss sich 1919 in Wien der Roten Garde an. Heiratete 1920 die Schriftstellerin Alma Mahler-Werfel. Enttäuscht von der Revolution wandte er sich dem Konservatismus zu. Nach dem Erscheinen seines Buches Die vierzig Tage des Musa Dagh (1933), einem Roman über den Genozid an den Armeniern: als „jüdischer Intellektueller“ aus der Preußischen Akademie ausgeschlossen. Öffentliche Verbrennung seine Werke. 1938,

nach seinem Aufenthalt auf Capri, keine Rückkehr nach Deutschland, Emigration in die USA, schrieb dort das Buch Stern der Ungeborenen.

Werthauer, Johannes, Dr. jur. (1866 Kassel - ?), Justizrat, Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Verteidiger von Menschen, die nach seiner Auffassung durch Unrecht des Strafrechtes und Bürokratismus der Strafjustiz unschuldig angeklagt wurden.

Wirth, Hermann, Prof. Dr. (1885 Utrecht - 1981), Prof. an der Uni Berlin. Kriegsfreiwilliger. 1922 nach Marburg. Ab 1933 Prof. an der Uni Berlin zur Vorbereitung des Deutschen Ahnenerbes. Spezialgebiet: Urgeistgeschichte und Volkskunde.

Witte, Karl (1893 Aken - 1966 Hamburg), Theologe, Hamburger Landesbischof. 1921 in der Berliner Nikolaikirche ordiniert und 1926 nach Hamburg in die Stadtmission berufen. Übernahm 1933 die Führung des Landeskirchlichen Amtes für Volksmission. Erhielt im selben Jahr für sein Lutherandachtsbuch, welches in mehreren Sprachen übersetzt wurde, die theologische Ehrendoktorwürde der Fakultät Rostock. Setzte sich mit dem Freidenkertum auseinander, deshalb 1936 von der Gestapo Verbot des öffentlichen Auftretens und Redens. Verbot wurde erst nach einigen Jahren durch eine allgemeine Amnestie aufgehoben. Ab 1946 Pastor an der Kirchengemeinde St. Andreas in Hamburg, an der er seit 1941 kommissarisch tätig gewesen war. Ab 1956 Hauptpastor an der St. Petri Kirche in Hamburg. Ab 1959 Landesbischof.

Wolff, Theodor (1868 Berlin - 1943 Berlin), Journalist. Sohn eines jüdischen Textilgroßhändlers. Wurde Mitbegründer der DDP, verließ 1926 die Partei. Ab 1894 Korrespondent des Berliner Tageblatts (Prag). Setzte sich für die Verständigung mit Frankreich ein. Seine linkslibera-

len Artikel machten Furore. Öffentliche Verbrennung seiner Schriften. 1933 Emigration nach Nizza. Wurde dort 1943 von der italienischen Besatzungspolizei festgenommen, an die Gestapo ausgeliefert und in verschiedene Konzentrationslager und Gefängnisse inhaftiert. Starb 1943 im Berliner Jüdischen Krankenhaus.

Wurm, Theophil, Dr. (1868 Basel - 1953 Stuttgart), Alt-Landesbischof in Württemberg. Pfarrer in Ravensburg, Dekan in Reutlingen, Prälat in Heilbronn und ab 1929 Kirchenpräsident in Württemberg. Erhielt in dieser Funktion im Juli 1933 den Titel eines Landesbischofs, als sich die ev. Kirchen auf Druck der NS-Herrschaft umorganisieren mussten. „W. geriet als ein aufrechter Mann bald darauf in Gegensatz zu dem neuen Reichsbischof Müller, der ihn am 14.9.1934 beurlaubte, aber doch bald wieder in sein Amt einsetzte. W. hat dann weiterhin mit großem Mut und eben solchem Geschick die württembergische Landeskirche durch die Zeit des Nationalsozialismus hindurch gesteuert.“ (Munzinger-Archiv 1998.) Wurde nach dem Zweiten Weltkrieg an die Spitze des Rates der Evangelischen Kirchen Deutschlands berufen. Vertrat 1948 die Ansicht, dass: „alle in Nürnberg ergangenen Urteile einer zweiten Instanz zur Nachprüfung überwiesen werden müssten“ (ebenda). Auch befürwortete er die Wiederbewaffnung Deutschlands. Trat 1949 von seinem Amt des Württembergischen Landesbischofs zurück. Erhielt 1951 das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens.

Zänker, Otto (1876 Herzkamp - 1960 Bielefeld), Bischof von Schlesien. Ab 1905 Vereinsgeistlicher der Inneren Mission in Godesberg, ab 1908 Pfarrer in Viersen. 1912-1914 Studiendirektor des Predigerseminars in Soest. 1925 Ernennung zum Generalsuperintendenten beim ev. Konsistorium in Breslau. Wurde 1935 erster ev. Bischof von Schlesien. „Nach Errichtung der NS-Herrschaft sagte sich Z. Ende 1934 von der damaligen 'Reichskirchenregierung'

los und forderte die schlesischen Pfarrer auf, ihm ihre Zustimmung zum Beitritt zur Bekenntniskirche zu geben bzw. seinem Beispiel zu folgen. Unter seiner Führung setzte dann im Aug. 1935 die Bekenntniskirche in Schlesien eine Synode ein, die vom NS-Regime aufgelöst wurde. Z. wurde 1941 durch die Hitler-Regierung zwangspensioniert, amtierte aber trotzdem bis 1945 weiter.“ (Munzinger-Archiv, 1998.) Wurde nach dem Zweiten Weltkrieg Vorsitzender der Gemeinschaft evangelischer Schlesier in der Bundesrepublik. Erhielt 1954 das große Bundesverdienstkreuz mit Stern.

Zweig, Arnold (1887 Groß - Glogau - 1968 Ostberlin), Schriftsteller. Sohn eines jüdischen Sattlermeisters. Wurde nach seiner Kriegsteilnahme während des Ersten Weltkrieges Pazifist. Lebte von 1922-1923 in Berlin, wurde Redakteur der Jüdischen Rundschau und 1929 Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller. Emigrierte 1933 nach Palästina. Schrieb für die Neuen deutschen Blätter (Prag), die Neue Weltbühne (Prag), das Wort (Moskau) und die Deutsche Volkszeitung (Paris). 1935 erfolgte die offizielle Ausbürgerung aus Deutschland. In Palästina Mithrsg. d. deutschsprachigen antifaschistischen Wochenzeitschrift Orient. 1948 Rückkehr nach Ost-Berlin. Gehörte dem Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und dem SED-Kulturrat an.

Zweig, Stefan (1881 Wien - 1942 Petropolis), Schriftsteller. Sohn eines böhmischen Textilfabrikanten, studierte Philosophie, konnte es sich finanziell leisten, sich auf ausgedehnten Reisen weiterzubilden. Während des Ersten Weltkrieges: Arbeit im Kriegspressequartier in Wien. Wurde Pazifist. Siedelte in die Schweiz, danach nach Salzburg. Wurde in den 20-er-Jahren international bekannt. Emigrierte 1938 nach London. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Übersiedlung nach Petropolis in Brasilien, wo er triumphal gefeiert wurde. Litt unter Heimatlosigkeit und der Weltkatastrophe. 1942 Selbsttötung mit seiner Frau.

Dank

Dank an **Angelika Labs-Stender** für die akribische und unermüdliche Abschrift der Zeitungsartikel und Notizen. Ebenso Dank an **Dorothee Martin** und **Hansjörg Buss** für die Hilfe bei der Personenrecherche für das Personenverzeichnis.

Mitwirkende an dieser Publikation

Maria Holst, Tochter von Elisabeth Flügge, trat an **Dr. Rita Bake** heran und gab ihr die drei Kladden. Dr. Rita Bake, Historikerin und wissenschaftliche Referentin der Landeszentrale für politische Bildung, bearbeitete das Material und bat **Dr. Stephan Linck**, Historiker beim Nordelbischen Kirchenarchiv in Kiel einen Artikel über die Rolle der Kirche im NS-Staat zu schreiben.

Dr. Stephan Linck konzipierte auch die Ausstellung „Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933-1945“.

